



# Geschäftsbericht 2010

## Wichtige Kennzahlen

### Einzelabschluss HGB

<b>Aus der Bilanz in Mrd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Bilanzsumme	78,5	75,8
Forderungen an Kreditinstitute	49,5	46,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	26,9	28,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3,1	4,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	62,1	61,6
<b>Eigenmittel in Mio. €</b>	<b>3 074,6</b>	<b>3 125,7</b>

<b>Aus der GuV in Mio. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Zinsüberschuss	409,2	423,4
Verwaltungsaufwendungen	39,4	75,0
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung</b>	<b>366,2</b>	<b>347,4</b>
Risikovorsorge/Bewertung	319,2	302,4
Jahresüberschuss	47,0	45,0
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>11,8</b>	<b>11,3</b>
Cost-Income-Ratio in %	11,5	17,8
Gesamtkennziffer (SolvV) in %	24,5	23,8
Mitarbeiter	229	218

### Konzernabschluss IFRS

<b>Aus der Bilanz in Mrd. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Bilanzsumme	83,8	77,8
Forderungen an Kreditinstitute	49,3	45,8
Finanzanlagen	26,5	27,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,5	3,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	65,1	60,3
Bilanzielles Eigenkapital	2,1	2,2

<b>Aus der Gesamtergebnisrechnung in Mio. €</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	350,9	381,0
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	5,0	40,4
Verwaltungsaufwendungen	49,2	47,1
<b>Betriebsergebnis vor Fair Value- und Hedge-Bewertung</b>	<b>296,2</b>	<b>292,8</b>
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-144,4	-369,7
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-230,0	267,3
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>-78,2</b>	<b>190,4</b>
<b>Konzernbilanzgewinn</b>	<b>11,8</b>	<b>11,3</b>

### Rating

Langfrist-Rating: Kurzfrist-Rating:

Moody's Investors Service	Aaa	P-1
Standard & Poor's	AAA	A-1+
Fitch Ratings	AAA	F1+

# Geschäftsbericht 2010



# Inhaltsverzeichnis

Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank .....	4
Vorwort des Vorstandes .....	5
Finanzmarktregulierung - Die Folgen für die Agrarwirtschaft .....	11
Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2010 .....	25
<b>Informationen zum Geschäftsjahr 2010</b>	
Förderfinanzierungen für die Agrarwirtschaft .....	35
Sonstige Fördermaßnahmen .....	41
Refinanzierung der Rentenbank .....	47
Aktiv-Passiv-Steuerung .....	51
Sonstige Aktivitäten .....	52
Nachhaltigkeit .....	54
Corporate Governance .....	56
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	59
<b>Einzelabschluss HGB 2010</b>	
Bilanz und GuV: Positive Förderbilanz .....	63
Jahresbilanz .....	64
Gewinn-und-Verlust-Rechnung .....	66
<b>Konzernabschluss IFRS 2010</b>	
Konzernlagebericht .....	70
IFRS Konzerngesamtergebnisrechnung .....	92
IFRS Gewinnverwendung .....	92
IFRS Konzernbilanz .....	93
Konzern-Eigenkapital-Veränderungsrechnung .....	94
Konzern-Kapitalflussrechnung .....	95
Konzernanhang (Notes) .....	97
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	142
Versicherung der gesetzlichen Vertreter .....	143
Organe .....	144
Bericht des Verwaltungsrates .....	148
Glossar .....	149

## Kurzporträt: Die Landwirtschaftliche Rentenbank

Der permanente Strukturwandel stellt die Agrar- und Ernährungswirtschaft und den ländlichen Raum vor Herausforderungen, die einen besonderen Finanzierungsbedarf und hohe Anforderungen an das Liquiditäts- und Risikomanagement mit sich bringen.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft stellt die Landwirtschaftliche Rentenbank zinsgünstige Kredite für vielfältige agrarbezogene Investitionen bereit. Unser Angebot richtet sich sowohl an Produktionsbetriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus als auch an Hersteller landwirtschaftlicher Produktionsmittel sowie Handels- und Dienstleistungsunternehmen, die mit der Landwirtschaft in enger Verbindung stehen. Wir finanzieren darüber hinaus Vorhaben der Ernährungswirtschaft sowie sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen. Außerdem fördern wir Investitionen von Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts im ländlichen Raum sowie privates Engagement zur ländlichen Entwicklung. Die Kredite werden wettbewerbsneutral über andere Banken ausgelegt.

Die Refinanzierung unseres Kreditgeschäfts erfolgt überwiegend an den nationalen und internationalen Kapital- bzw. Interbankenmärkten durch die Emission von Wertpapieren und die Aufnahme von Darlehen. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Bank werden mit AAA bzw. Aaa, also der jeweils höchsten Bonitätseinstufung bewertet.

Die Rentenbank wurde 1949 durch Gesetz als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft mit Sitz in Frankfurt am Main errichtet. Die Bank ist eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts mit einem gesetzlichen Förderauftrag. Sie steht unter der Aufsicht der Bundesregierung und der Bund trägt die Anstaltslast. Die Rentenbank ist Mitglied des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands e.V., Berlin.

Der Grundstock des Eigenkapitals ist in den Jahren 1949 bis 1958 von der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht worden. Deshalb kommt unser Bilanzgewinn durch vielfältige Fördermaßnahmen der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung zugute.

## Vorwort des Vorstandes

Wer die Entwicklung oder den aktuellen Zustand eines Unternehmens beurteilen will, erschließt sich dies meist über ein intensives Zahlenstudium. Auch dieser Geschäftsbericht informiert Sie natürlich über die üblichen Kennziffern.

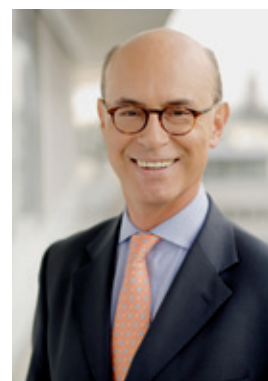
Es gab im vergangenen Jahr jedoch einige Zahlen, über die wir uns ganz besonders gefreut haben und die dennoch in diesem Bericht nicht weiter auftauchen. Dabei zeigen gerade sie deutlich auf, dass nicht nur die Bilanz eines Unternehmens wichtig für dessen Analyse ist. Wir sprechen an dieser Stelle über langfristig aufgebaute Markenwerte, über Image und die Einschätzung und Wahrnehmung des Unternehmens durch wichtige Stakeholder. Bei einer Onlinebefragung des Bundesverbands Öffentlicher Banken erzielte die Rentenbank unter zehn teilnehmenden Instituten die jeweils beste Benotung bei stolzen acht von neun abgefragten Imagewerten. Dazu gehörten Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Sympathie, Vorbildlichkeit und Kundenorientierung.

In einer Zeit, in der die ganze Branche von einer Vertrauenskrise erschüttert wurde, ist es uns offenbar gelungen, uns weiterhin als verlässlicher und professioneller Partner zu positionieren. Und es ist sicher kein Zufall, dass wir an dieser Stelle nahtlos zu unseren positiven Geschäftsergebnissen überleiten können: Im Jahr 2010 weiteten wir erneut unsere Förderung für die Agrarwirtschaft aus und erreichten ein Rekordniveau beim Neugeschäft mit Programmkrediten. Bei unserer Emissionstätigkeit konnten wir nach der krisenbedingten Konzentration auf den Inlandsmarkt wieder problemlos auf internationale Investoren zurückgreifen. Und auch unsere Ertragslage hat sich nach zwei Ausnahmejahren wie erwartet auf gutem Niveau normalisiert.

Wir sehen uns daher weiter gut aufgestellt für die Herausforderungen des laufenden Geschäftsjahres, die wir auch vor dem Hintergrund der geplanten Regulierung von Banken und Finanzmärkten betrachten. In unserem diesjährigen Sonderthema des Geschäftsberichts beschäftigen wir uns daher ausführlich mit den Folgen der Regulierung für die Agrarmärkte und unsere Zielgruppen. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt



# Regulierung im Fokus

Ein Thema dieses Geschäftsberichts ist die Finanzmarktregulierung und ihre Auswirkungen auf die Agrarwirtschaft. Dies nehmen wir als Anregung für das visuelle Konzept:

Jedes System lässt sich, zumindest bis zu einem gewissen Grad, regulieren und kontrollieren. Das gilt für die Finanzmärkte und auch für die Agrarwirtschaft.

Hier wie dort will man etwas „in die richtigen Bahnen lenken“, muss man „die Notbremse ziehen“ oder ist es „fünf vor zwölf“. Auf jeden Fall erfordert eine Regulierung Fingerspitzengefühl und Präzision. Besonders deshalb, weil es sich um vielschichtige und dynamische Systeme handelt.

Das visuelle Konzept für diesen Geschäftsbericht behandelt Aspekte der Regulierung in der agrarwirtschaftlichen Praxis. Dazu wird als beherrschendes Stilelement die extreme Nahaufnahme eingesetzt.

Die Motive zeigen einfache Kontroll-, Regulierungs- und Steuerungsinstrumente, wie sie im Alltag ihren Einsatz finden: zum Beispiel Stellschrauben, Messanzeigen oder Regelknöpfe.

Kurze Textelemente setzen die abstrakt, fast symbolisch präsentierten Objekte in Beziehung zu allgemeinen Aspekten der Finanzmarktregulierung - ob und wie sich entsprechende Maßnahmen dort auswirken, bleibt offen.

Wachstum







Gesundes Wachstum  
braucht das richtige  
Maß an Liquidität.  
Nicht zu viel und nicht  
zu wenig.

# Finanzmarktregulierung - Die Folgen für die Agrarwirtschaft

Die internationale Finanzkrise ist nach wie vor nicht ausgestanden. Was als Immobilien- und Bankenkrise begonnen hatte, entwickelte sich über eine weltweite Wirtschaftskrise 2008/2009 zu einer akuten Staatsschuldenkrise, insbesondere in Europa. Weltweit sind die Staatsdefizite, getrieben von den Kosten der Bankenrettung und Konjunkturstabilisierung, sprunghaft angestiegen. Auf den Finanzmärkten hat dies Zweifel an der zukünftigen Zahlungsfähigkeit einiger Staaten genährt. Dies wurde besonders im Mai 2010 deutlich, als die massiven Refinanzierungsprobleme Griechenlands fast in einer Euro- und erneuten Bankenkrise gipfelten. Erst die von den Mitgliedstaaten des Euroraums, der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds beschlossenen umfangreichen Rettungsprogramme für Griechenland und dann für den gesamten Euroraum führten zu einer Beruhigung der Lage. Im Jahresverlauf musste auch Irland die Hilfen beanspruchen, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.

Wer aber – ob nun Banken oder ganze Staaten – im Zweifel darauf bauen kann, dass Rettungsschirme aufgespannt werden, der verhält sich risikofreudiger oder mindestens sorgloser. Das ordnungspolitische Grundprinzip der Haftung, im Sinne eines Konsequenzen-Tragens, rückt damit in den Fokus der weltweiten Regulierungsansätze. Im Kern geht es um eine Entschleunigung und Risikoreduktion des Finanzsystems. „Nie wieder dürfen Regierungen in Geiselnhaft von Finanzinstituten genommen werden“; das ist der formulierte Anspruch der Staats- und Regierungschefs der G20. Ob die konkrete Ausgestaltung der Reformen diesem Ziel gerecht wird, muss sich zwar erst erweisen. Manches mag sogar kontraproduktiv sein oder eher symbolischen Charakter haben. In jedem Fall werden die Jahre 2010 und 2011 als Jahre der Regulierung in die Banken- und Finanzgeschichte eingehen, nachdem die Vorjahre im Zeichen der Bankenrettung gestanden hatten. Vorausgegangen waren zwei Jahrzehnte der Deregulierung des Bankensektors.

---

## Stabilisierungsmaßnahmen des SoFFin

in Mrd. €

### Gewährte Garantien (abgeschlossene Rahmenverträge, insgesamt 55,6)

FMS Wertmanagement (HRE)	15,0
IKB Deutsche Industriebank AG	9,7
HSH Nordbank AG	9,0
Einlagensicherungsfonds	5,4
Commerzbank AG	5,0
BayernLB	4,7
Aareal Bank AG	4,0
Düsseldorfer Hypothekenbank AG	2,4
Corealcredit Bank AG	0,4

### Kapitalmaßnahmen (insgesamt 29,3)

Commerzbank AG	18,2
Hypo Real Estate Holding AG	7,7
WestLB AG	3,0
Aareal Bank AG	0,4

Das um Prolongationen bereinigte Antragsvolumen auf Stabilisierungshilfen betrug insgesamt 123,6 Mrd. €.

Quelle: SoFFin, Stand 02.02.2011

---

Die wesentlichen Finanzmarktreformen finden dabei auf drei Ebenen statt: Neben der Neuordnung der Finanzaufsicht und Maßnahmen, die das geordnete Abwickeln von in Schieflage geratenen Finanzhäusern ermöglichen, sind dies insbesondere Maßnahmen der Krisenprävention. Dabei handelt es sich um Reformen, die sowohl auf der Ebene der einzelnen Institute als auch auf der Ebene des gesamten Finanzsystems für mehr Stabilität sorgen sollen.

Einige Reformen, insbesondere die, die einzelne Banken und Institute betreffen, sind bereits in Kraft oder müssen noch in nationales Recht umgesetzt werden. Anderes ist noch in Arbeit und heftig umstritten. Dabei sind die Reformbemühungen umso weniger weit fortgeschritten, je größer der Bedarf an supranationalen Regeln auf den jeweiligen Reformfeldern wird, wie der Sachverständigenrat festgestellt hat. Das gilt insbesondere für die Bereiche Systemrelevanz einzelner Bankhäuser und international abgestimmtes Insolvenzrecht für Banken sowie die Aufsichtsreformen.

### **Agrarwirtschaft von der Regulierung der Finanzmärkte betroffen**

Für die deutsche Agrarwirtschaft steht in erster Linie die zukünftige Kreditversorgung durch die Banken im Vordergrund. Im Folgenden sollen deshalb die wichtigsten Reformbemühungen auf diesem Feld vorgestellt werden und die möglichen Auswirkungen auf die Agrarwirtschaft skizziert werden. Das sind:

- die Verschärfung der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Banken im Rahmen der Basel III-Beschlüsse sowie
- die Einführung einer Bankenabgabe im Rahmen des Restrukturierungsfondsgesetzes für deutsche Kreditinstitute.

### **Eigenkapitalanforderungen versus Kreditvergabe**

Eine wichtige Erkenntnis der Krise ist, dass die Eigenkapitaldecke vieler Banken nicht ausgereicht hat. In Summe führte dies zu einer Unterkapitalisierung des gesamten Systems – mit den bekannten Folgen. Die Verschärfung der geltenden Eigenkapitalvorschriften ist in dieser Hinsicht eine logische Konsequenz. Bankenaufseher und Regulierer stehen dabei aber vor einem Zielkonflikt: Genauso wie krisenbedingte Eigenkapitalverluste bei Banken zu einer Reduzierung der Kreditvergabe führen können, engen strengere Eigenkapitalvorschriften ebenfalls die Kreditvergabe ein. Man spricht dann von einem regulatorisch induzierten Rückgang der Kreditvergabe. Finanzmarktregulierung definiert in dieser Hinsicht das Spannungsfeld zwischen angemessener Kreditversorgung der Realwirtschaft und der Stabilität des Finanzsystems als Ganzem. Die Regulierungskunst liegt darin, beide Waagschalen auszubalancieren.

### **Von Basel I zu Basel II**

Die Eigenkapitalvorschriften für Banken werden seit den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts auf Basis von Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht international harmonisiert und festgelegt. Die Empfehlungen sind nicht rechtlich bindend und müssen deshalb erst in nationales

**Ungelöste Probleme und eingeleitete Reformen  
zur Regulierung des Finanzsystems**

<b>Krisenprävention</b>		<b>Aufsichtsreform</b>	<b>Krisenmanagement</b>
Widerstandsfähigkeit einzelner Finanzinstitute erhöhen und Prozyklizität verringern	Marktstabilität erhöhen und Systemrelevanz verringern	Aufsichtskompetenzen neu ausrichten	Abwicklung und Lastenteilung
<b>Eingeleitete Reformen</b>			
Eigenkapitalbasis stärken	Standardisierung und Zentralisierung des Derivatehandels	Reform der Aufsichtsstrukturen auf europäischer Ebene	„Living Wills“
Prozyklizität reduzieren	Finanztransaktionssteuer und Verbot von ungedeckten Leerverkäufen		Reform des Restrukturierungsprozesses von Banken
Begrenzung des Verschuldungsgrads – Einführen einer Leverage Ratio	Volcker-Regeln – Systemrelevanz reduzieren durch Aktivitätenbeschränkungen/ Trennbankensystem		
Liquiditätsstandards und Begrenzung der Interbankenkredite			
Contingent Capital			
<b>Ungelöste Probleme</b>			
	Systemrelevanz reduzieren durch Lenkungsabgaben oder zusätzliche Eigenkapitalpuffer	Bündelung und Straffung der Aufsicht auf nationaler Ebene	Grenzüberschreitende Insolvenzen – Beteiligungen von Ländern an Krisenkosten
		Effektive Aufsicht über systemrelevante Institute auf der supranationalen Ebene	Grenzüberschreitender Restrukturierungsfonds – Beteiligung der Privaten an den Kosten der Krise

Quelle: Sachverständigenrat 2010

Recht umgesetzt werden. In Europa erfolgte dies durch eine Richtlinie der EU und entsprechende Umsetzungsgesetze in den Nationalstaaten.

Seit der Umsetzung der Basel I-Beschlüsse von 1988 müssen Banken eine 8-prozentige Eigenkapitalquote bezogen auf die risikogewichtete Bilanzsumme aufweisen. Unterschreitet ein Finanzinstitut die vorgeschriebene Schwelle, können aufsichtsrechtliche Maßnahmen eingeleitet werden – bis hin zur Zwangsverwaltung.

Mit Basel II wurde die Eigenkapitalunterlegung dann stärker differenziert, ohne dass auf Gesamtbankenebene die vorgeschriebene Quote von 8 % verändert wurde. Die Folge von Basel II ist, dass Banken für Kredite mit geringem Ausfallrisiko weniger Eigenkapital vorhalten müssen als für solche mit höherem. Die Einführung detaillierter Ratingsysteme zur Messung des Ausfallrisikos jedes einzelnen Kreditnehmers war die Folge.

Die damit verbundenen höheren Anforderungen im Kreditvergabeprozess werden auf der Ebene der Kreditnehmer bzw. Agrarunternehmen mittlerweile nicht mehr – wie zunächst befürchtet – als reine Notwendigkeit gesehen oder gar abgelehnt. Viele Betriebsleiter haben die Chancen des Ratings erkannt und nutzen die Ergebnisse für ihre Unternehmenssteuerung. Innerhalb der Förderbankenlandschaft wurde Basel II im Rahmen des Risikogerechten Zinssystems umgesetzt. Der Endkreditnehmerzinssatz wird dabei auf Basis von Bonität und Besicherung ermittelt und der Kredit damit risikogerecht bepreist.

Im Ergebnis hat Basel II zwar die Beziehung zwischen Bank und Kreditnehmer deutlich intensiviert, ohne allerdings die Risikotragfähigkeit des Finanzsystems insgesamt zu verändern.

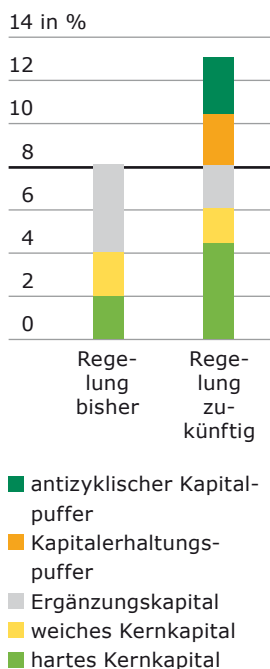
Dies soll nun nachgeholt werden. Strengere Eigenkapitalvorschriften sind deshalb der Kern der Empfehlungen, die der Baseler Ausschuss im September 2010 unter dem Kürzel Basel III vorgeschlagen hat. Dabei werden den Bankhäusern Übergangsfristen bis 2019 und für Teilbereiche auch bis 2023 eingeräumt. Die EU hat bereits angekündigt, die wesentlichen Elemente umzusetzen.

### Basel III: Höhere Mindestquoten und engere Eigenkapitaldefinition

Die Verschärfung erfolgt dabei nicht nur durch die pauschale Erhöhung der Mindesteigenkapitalquoten (siehe Grafik), sondern auch indirekt über eine engere Definition der zulässigen Eigenkapitalbestandteile.

Banken ist es nämlich unter den gültigen Vorschriften erlaubt, die Mindestquote von 8 % zu je gleichen Teilen mit Kernkapital, das dem Institut dauerhaft zur Verfügung steht, und Ergänzungskapital zu erfüllen. Letzteres wird zwar dem haftenden Eigenkapital von Kreditinstituten zugerechnet, nicht aber als Eigenkapital bilanziert, wie zum Beispiel Nachrangdarlehen oder Genussrechtskapital. In der Finanzkrise hat sich jedoch gezeigt, dass diese Kapitalbestandteile nicht immer zum laufenden Verlustausgleich zur Verfügung stehen, z. B. weil sie mit Kündigungsrechten versehen sind. Deshalb sollen zukünftig insbesondere die Anteile der Kapitalbestandteile erhöht werden, die uneingeschränkt zum Verlustausgleich zur Verfügung stehen. Das sind im Wesentlichen das Grundkapital sowie die einbehaltenen Gewinne.

#### Basel III: Neue Eigenkapitalregeln



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Für die deutsche Bankenlandschaft mit ihrem traditionell hohen Anteil an öffentlich-rechtlich und genossenschaftlich organisierten Instituten ist außerdem die zukünftige Behandlung von Einlagen stiller Gesellschafter und Genossenschaftskapital von Bedeutung. Stille Einlagen werden vor allem im öffentlich-rechtlichen Bankensektor genutzt. Es überrascht deshalb nicht, dass sich die deutschen Vertreter im Rahmen der Basel III-Beschlüsse nicht auf neue (höhere) Eigenkapitalquoten einlassen wollten, ohne vorher Klarheit über die Definition des Kapitalbegriffs zu haben. Letztlich konnte in den Verhandlungen erreicht werden, dass Genossenschaftskapital uneingeschränkt weiterhin als hartes Kernkapital gilt und für die stillen Einlagen von Nicht-AGs – also für die meisten Sparkassen und Landesbanken – zumindest lange Übergangsfristen gelten.

### **Deutsche Banken benötigen zusätzliches Eigenkapital**

Deutsche Banken benötigen zusätzliches Eigenkapital, um die zukünftigen Kapitalquoten erfüllen zu können. Eine im November 2010 veröffentlichte Simulationsstudie der Deutschen Bundesbank geht davon aus, dass dieser zusätzliche Bedarf an Eigenkapital bis 2018 etwa 50 Mrd. € beträgt. Dabei ist der erwartete Kapitalbedarf der einzelnen Bankhäuser sehr unterschiedlich. Die Studie geht weiter davon aus, dass für die Summe der Sparkassen und Genossenschaftsbanken ein eher geringer Bedarf besteht. Dies bestätigen auch entsprechende Verbandsangaben.

Angesichts der langen Übergangsphase dürfte ein Großteil der Kapitalbildung über einbehaltene Gewinne erfolgen, auch wenn die Ertragskraft vieler Banken in den nächsten Jahren nicht zuletzt wegen der steigenden Regulierungskosten leiden wird. Der Weg der Kapitalerhöhung steht insbesondere Aktiengesellschaften offen. In den letzten Monaten haben einige börsennotierte Privatbanken diesen Weg bereits genutzt. Daneben bleibt Banken Zeit, Anpassungen bei ihren Geschäftsmodellen vorzunehmen: Werden Risikoaktiva abgebaut, sinkt natürlich auch der zukünftige Eigenkapitalbedarf.

### **Erstmalige Einführung internationaler Liquiditätsanforderungen**

Mit den Basel III-Empfehlungen wurden nun auch erstmals international gültige quantitative Liquiditätsvorschriften für Banken formuliert. Ein wesentlicher Grund für das Ausmaß der Finanzkrise war nämlich eine exzessive Fristentransformation. So wurden mitunter langfristige Forderungen durch sehr kurzfristig revolvingierende Geldmarktpapiere refinanziert. Die schnelle Ausbreitung der Krise im Bankensektor erfolgte dann nicht zuletzt über den Geldmarkt, der aufgrund des mangelnden Vertrauens der Banken untereinander nicht mehr funktionsfähig war.

In Zukunft ist Banken eine zu starke Fristentransformation nicht mehr gestattet. Damit wächst die Bedeutung von mittel- und langfristigen Refinanzierungen, wie sie zum Beispiel die Rentenbank und andere Förderbanken anbieten. Die aktuell hohe Inanspruchnahme der Programmkredite der Rentenbank ist in dieser Hinsicht nicht nur Ausdruck einer hohen Investitionsdynamik der Agrarwirtschaft, sondern auch Kennzeichen eines gestiegenen Bedarfs an mittel- und langfristigen Refinanzierungsquellen der Banken.

## **Restrukturierungsgesetz und Bankenabgabe**

Eine weitere wichtige Lehre aus der Finanzmarktkrise besteht in der Einsicht, einen geordneten Rahmen für die Abwicklung von in Schwierigkeiten geratenen Banken schaffen zu müssen. Das dahinterliegende Problem des „too big to fail“ kann allerdings nur auf internationaler Ebene zufriedenstellend gelöst werden. Mit dem Restrukturierungsfondsgesetz hat der deutsche Gesetzgeber hier jedoch einen ersten Vorstoß unternommen.

Bestandteil dieses Gesetzes ist unter anderem die Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute. Dieser wird als Sondervermögen des Bundes errichtet und von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung verwaltet. Die angesammelten Mittel stehen zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei systemrelevanten Banken bereit.

Gespeist wird der Fonds ab 2011 durch eine Bankenabgabe. Es wird mit einem jährlichen Aufkommen von etwa 1,3 Mrd. € gerechnet. Zielgröße des Fonds sind 70 Mrd. €. Beitragspflichtig sind alle Banken und Sparkassen in Deutschland, mit Ausnahme der mit gesetzlichen Förderaufgaben betrauten Institute.

Bemessungsgrundlage für die progressiv ausgestaltete Abgabe ist die Bilanzsumme abzüglich des haftenden Eigenkapitals und der Kundeneinlagen. Darüber hinaus wird das Derivatevolumen einbezogen. Damit ist die Beitragsermittlung auf zwei Arten am systemischen Risiko der Bank ausgerichtet: Zum einen zahlen Bankhäuser mit einer hohen Bilanzsumme mehr, da die Abgabe progressiv ausgestaltet ist. Zum anderen sind Banken, die sich stark über Kundeneinlagen refinanzieren, wie zum Beispiel Sparkassen und Genossenschaftsbanken, weniger stark betroffen als kapitalmarktrefinanzierte Bankhäuser.

Auch wenn Förderbanken von der Beitragspflicht befreit sind, so gilt dies nicht für Förderkredite. Damit fällt auch bei Förderdarlehen der Rentenbank auf der Ebene der Hausbank und ggf. zusätzlich auf der Ebene des durchleitenden Zentralinstituts die Abgabe an. Dafür gibt es kein sachliches Argument. Während Kundeneinlagen in der Regel kurzfristig zumindest teilweise abgezogen werden können und dann gegebenenfalls am Kapitalmarkt refinanziert werden müssten, sind Förderkredite bereits volumen- und laufzeitkongruent refinanziert – und damit maximal krisenfest. Darüber hinaus kommt den Förderdarlehen eine wirtschaftspolitische Bedeutung zu. Daher ist eine Belastung der Förderdarlehen aus unserer Sicht inkonsequent.

## Zukünftige Kreditversorgung der Agrarwirtschaft gesichert

Um die Auswirkungen der geplanten Regulierung auf die Kreditversorgung der Land- und Ernährungswirtschaft zu bewerten, sind zwei im Grunde gegenläufige Entwicklungen von Bedeutung:

Zum einen führen strengere Eigenkapitalanforderungen wie auch die Bankenabgabe zu erhöhten Kosten der Kreditvergabe. Eine tatsächliche Begrenzung der Kreditvergabe – im Sinne einer regulatorischen Kreditklemme – ist allerdings nicht in Sicht.

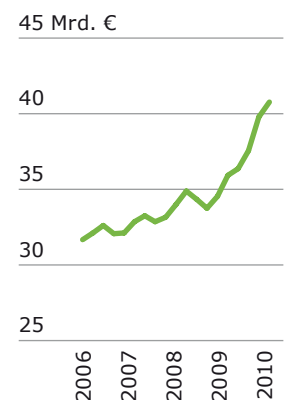
Zum anderen erwarten Branchenexperten eine stärkere realwirtschaftliche Ausrichtung des Bankensektors insgesamt. Das entspricht auch den grundlegenden Zielen der Bankenregulierung. Viele Geschäftsmodelle der Vergangenheit sind nicht mehr zukunftsfähig und werden angepasst. Die Bundesbank erwartet in ihrem Finanzmarktstabilitätsbericht 2010, dass Banken ihre Portfolien aufgrund der veränderten Regulierung neu ausrichten. Die relativen Kapitalkosten für Aktiva im Handelsbuch und im Bankbuch haben sich zugunsten von Letzterem verschoben. Das spricht für eine stärkere realwirtschaftlich orientierte Kreditvergabe und gegen eine weiter wachsende Bedeutung des Investment-Bankings. Mit anderen Worten: Banken entdecken den Mittelstand und den Privatkunden wieder. Zumindest für die Agrarwirtschaft galt dies schon in den letzten zwei Jahren. Die Hausbanken haben das Agrarkreditgeschäft, wie ein Blick in die Bundesbankstatistik und die Zusagestatistik der Rentenbank zeigt, deutlich ausgebaut und haben sich langfristig bei der Rentenbank refinanziert. In gewisser Weise haben sie sich damit schon frühzeitig auf die neuen Anforderungen der Bankenregulierung vorbereitet.

Somit spricht viel dafür, dass die Regulierungskosten nicht vollständig an den Kreditnehmer weitergeleitet werden können. Stattdessen dürften auch andere Stellschrauben zum Einsatz kommen, seien es Maßnahmen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung oder auch sinkende Ansprüche an die Eigenkapitalverzinsung von Banken.

## Unternehmen der Agrarwirtschaft bleiben attraktive Kreditkunden

Die Agrarwirtschaft gehört innerhalb der Geschäfts- bzw. Firmenkunden zu den solidesten Geschäftspartnern. Die Unternehmen weisen im wahrsten Sinne des Wortes bodenständige und nachhaltige Geschäftsmodelle auf. Insbesondere landwirtschaftliche Unternehmen zeichnen sich nicht zuletzt aufgrund der hohen Eigenkapitalquoten durch eine hohe Stabilität aus. Auch die Kapitalbasis der landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland hat sich in den letzten 20 Jahren nach dem Mauerfall verbessert. Vor allem Betriebe, die bereits frühzeitig landwirtschaftliche Nutzfläche zugekauft haben, profitieren nun von gestiegenen Bodenpreisen. Die damit einhergehende Vermögenswertsteigerung wirkt sich natürlich auch positiv auf die Beleihungswerte der Betriebe aus. Die Ausfallrisiken in der landwirtschaftlichen Kreditvergabe sind daher nach wie vor äußerst gering. Außerdem werden die langfristigen Perspektiven der Landwirtschaft positiv eingeschätzt, vor allem wegen der prognostizierten Steigerung der globalen Nahrungsmittelnachfrage und der Nutzung von Ackerland zur Produktion von Bioenergie.

### Kreditbestand der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht



Quelle:  
Deutsche Bundesbank

Im Export hat die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft unter dem Druck der niedrigen Agrarpreise auf dem Heimatmarkt bei gleichzeitig hohen Umwelt- und Tierschutzaufgaben ihre Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren deutlich verbessert. Zudem zeichnet sich der Agrarsektor gerade mit den mittelständisch geprägten Unternehmen der Ernährungswirtschaft durch eine hohe Stabilität aus. Die Ernährungsindustrie als Produzentin von Lebensmitteln – und somit Waren des täglichen Bedarfs – ist in relativ geringem Maße von Konjunkturschwankungen betroffen. Schließlich konnte dieser Industriezweig selbst während der Wirtschaftskrise stabile Umsatz- und Beschäftigtenzahlen aufweisen. Auch weitere der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Industrien wie etwa Landhandelsunternehmen oder die Bioenergiebranche werden eher von den Entwicklungen auf den Agrarmärkten sowie von den agrar- und energiepolitischen Rahmenbedingungen beeinflusst als von den allgemeinen konjunkturellen Zyklen. Die Agrarwirtschaft kann, nicht zuletzt durch Chancen auf den internationalen Märkten, als Zukunftsbranche mit erheblichem Wachstumspotenzial gesehen werden. Deshalb ist zu erwarten, dass die Hausbanken nach wie vor ein großes Interesse an der Kreditvergabe an diese Kundengruppe haben werden.

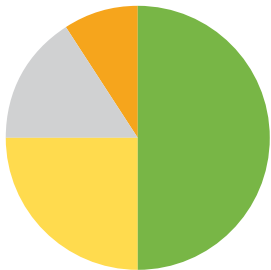
Zudem hat die deutsche Landwirtschaft aus Sicht der Kreditinstitute noch aus einem weiteren Grund an Attraktivität gewonnen. Die Landwirte haben in den vergangenen Jahren die äußerst günstigen Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) genutzt. Dieses sah sowohl für Fotovoltaik- als auch für Biogasanlagen attraktive Vergütungssätze vor. Dadurch ist der landwirtschaftliche Betrieb zum „doppelten“ Kreditkunden geworden. Dabei beschränkt sich die Rolle der Landwirtschaft nicht nur auf die Produktion von Rohstoffen für die Bioenergieproduktion, wie noch vor einigen Jahren befürchtet. Stattdessen befindet sich meistens der gesamte Prozess der Energieproduktion in den Händen der landwirtschaftlichen Unternehmer. Dies gilt zumindest für die vielen dezentralen Biogas- und Fotovoltaikanlagen. Bei Windkraftanlagen profitieren Landwirte hingegen über die Flächenpacht, soweit sie nicht ohnehin selbst Investor sind.

Wie die Bundesbankstatistik verdeutlicht, stieg die Kreditvergabe an landwirtschaftliche Unternehmen seit Anfang 2009 kontinuierlich an, während die Kreditvergabe an das verarbeitende Gewerbe deutlich sank. Im vierten Quartal 2010 betrug der Kreditbestand der Landwirtschaft 40,3 Mrd. € und verzeichnete damit einen Rekordwert. Dies lässt sich insbesondere durch die stark gestiegenen Investitionen in erneuerbare Energien erklären. Das EEG erwies sich dabei als eine Art Sonderkonjunkturprogramm und dürfte in dieser Hinsicht mittlerweile bedeutender sein als das klassische Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP).

### Land- und Ernährungswirtschaft profitieren von stabilen Bankpartnern

Nicht nur die hohe Attraktivität der Landwirtschaft, sondern auch die Stabilität der kreditgewährenden Institute begünstigen Landwirte beim Kreditzugang. Bei der Agrarkreditvergabe dominieren Volks- und Raiffeisenbanken mit aktuell einem Anteil von 49 %, gefolgt von den Sparkassen mit einem Marktanteil von 24 % und den privaten Kreditbanken mit einem Anteil von 17 %. Die oftmals im ländlichen Raum verwurzelten Institute haben sich auch in der Finanzkrise als äußerst solide erwiesen. Sie sind

**Kreditbestand der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht nach Bankengruppen im 4. Quartal 2010**



- Genossenschaftsbanken 49%
- Sparkassen 24%
- Kreditbanken 17%
- Sonstige Banken 10%

Quelle:  
Deutsche Bundesbank

deutlich weniger kapitalmarktabhängig und refinanzieren sich über die Einlagen ihrer Kunden und die mittel- und langfristigen Refinanzierungsangebote der Rentenbank. Sie waren daher wesentlich weniger von Liquiditätsschwierigkeiten betroffen.

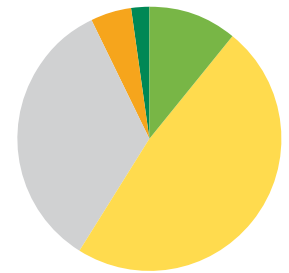
Der gute bis sehr gute Kreditzugang der Agrarwirtschaft wird auch regelmäßig von Umfragen innerhalb der Landwirtschaft bestätigt. So haben die Landwirte auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise von einem unproblematischen Kreditzugang berichtet. Verschlechterungen wurden nur insofern gesehen, als Kreditinstitute höhere Zinsaufschläge im Rahmen des Risikogerechten Zinssystems oder in Einzelfällen zusätzliche Sicherheiten forderten. Kreditablehnungen waren die absolute Ausnahme. Während des dramatischen Preiseinbruchs an vielen Agrarmärkten zeigten die Hausbanken ihre Kompetenz im Umgang mit der Krise und begleiteten die Landwirte durch diese schwierige Zeit. Daher verwundert es auch nicht, dass die Landwirte in der Umfrage des Konjunktur- und Investitionsbarometers Agrar sowohl die Agrar- als auch die Finanzierungskompetenz ihrer Kreditinstitute überwiegend positiv bewerteten. Auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (sehr unzufrieden) erhielten die Hausbanken im Hinblick auf die agrarfachliche Kompetenz einen Durchschnittswert von 2,6. Die Finanzierungskompetenz wurde mit 2,4 etwas besser bewertet. Allerdings bestehen regionale Unterschiede. Während die Landwirte in Norddeutschland sowohl hinsichtlich der Agrar- als auch der Finanzierungskompetenz zufriedener als der Bundesdurchschnitt sind, bezieht sich die höhere Zufriedenheit in Ostdeutschland nur auf die agrarfachliche Kompetenz. Die Unternehmen in Süddeutschland sind bezogen auf beide Attribute unzufriedener als im Bundesdurchschnitt.

### Große regionale Unterschiede im Agrarkreditgeschäft

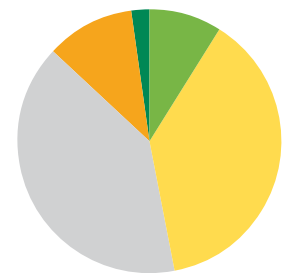
Diese Entwicklungen führten dazu, dass der Agrarkreditanteil innerhalb des Kreditportfolios bei vielen etablierten Agrarbanken gesteigert werden konnte. Zudem zeigten Banken an der Landwirtschaft Interesse, die in diesem Bereich bisher eher zurückhaltend agierten. Allerdings steigen die Anforderungen an den Prozess der Darlehensvergabe unabhängig von den Regulierungsanforderungen. Dies gilt für den Landwirt, aber ebenso für die Hausbank.

Auf Seiten der Hausbank wird es bei steigenden Blankoanteilen und stärker schwankenden Agrarpreisen immer wichtiger, die Qualität des Landwirts und seiner Unternehmensführung sachgerecht zu bestimmen. Neben der eher technisch ablaufenden Ermittlung des Ratings und der Kapitaldienstfähigkeit des Unternehmers ist es nötig, sich kritisch mit den vorgelegten Projektplanungsdaten auseinanderzusetzen. Agrarfachliches Wissen wird damit ein immer wichtigerer Erfolgsfaktor im Agrarkreditgeschäft, der nicht unterschätzt werden sollte. Das Vorhandensein oder eben das Fehlen von entsprechendem agrarwirtschaftlichem Know-how in den Banken erklärt zu einem Großteil die zu beobachtenden regionalen Qualitätsunterschiede im Agrarkreditgeschäft. In agrarstrukturell schwachen Regionen ist es den Hausbanken oftmals nicht möglich, spezialisiertes Fach-Know-how, beispielsweise durch einen Agrarkundenbetreuer, vorzuhalten. Der Rückgriff auf das Fachwissen von Zentralinstituten oder die entsprechende Bündelung innerhalb von verschiedenen Instituten könnte daher, wie Beispiele zeigen, ein Ausweg sein.

**Finanzierungskompetenz der Hausbanken**



**Agrarfachliche Kompetenz der Hausbanken**



- Sehr zufrieden
- Zufrieden
- Weder noch
- Unzufrieden
- Sehr unzufrieden

Quelle: Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar, Dezember 2010

## **Ausblick**

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die wesentlichen Eckpunkte der Bankenregulierung feststehen. Ursachen und Wirkungen der Finanzkrise sind in weiten Teilen analysiert und entsprechende Regulierungsvorschläge auf den Weg gebracht. Die Agrarwirtschaft kann den Änderungen gelassen entgegensehen; ist doch eine stärkere Ausrichtung des Finanzsektors auf realwirtschaftliche Aktivitäten das Ziel.

Daneben zeichnet sich aber mit der zukünftigen Organisation und Ausgestaltung von Warentermingeschäften ein zweites Regulierungsfeld ab, von dem die Agrarwirtschaft unmittelbar betroffen ist. Dabei gibt es einen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Handlungsfeldern. Während die Ursache-Wirkungs-Beziehung bei der Bankenregulierung auf Basis der Erfahrungen der letzten Jahre allgemein akzeptiert ist, wird über die Begründung der Regulierung des Warenterminhandels noch in starkem Maße diskutiert.

Auslöser der teilweise emotional aufgeladenen Diskussion ist die Zunahme der Preisschwankungen auf den Agrarrohstoffmärkten in den vergangenen Jahren. Dabei richtet sich der Vorwurf an Finanzinvestoren, durch ihr Engagement an den Warenterminbörsen Preisschwankungen auf den Kassamärkten auszulösen bzw. zu verstärken. Für die Funktionsfähigkeit der Warenterminmärkte sind Finanzinvestoren jedoch essenziell, um die nötige Liquidität zu gewährleisten. Die Agrarwirtschaft benötigt Warenterminbörsen zunehmend für das Risikomanagement, um ihre Ein- und Verkaufspreise abzusichern. Bisher wird konträr darüber diskutiert, ob und wenn ja welchen Anteil die Finanzinvestoren an den Preisveränderungen auf den Kassamärkten haben. Die Diskussion um die Regulierung der Warenterminbörsen steht daher noch am Anfang.



Diagnose







Kontrollen sollen  
Krisen verhindern.  
Ob das gelingt, hängt  
entscheidend davon  
ab, geeignete  
Parameter und  
Messverfahren  
zu identifizieren.

# Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft im Jahr 2010

## Landwirtschaft: Erträge verbessern sich nach Krise

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2009/10 (1.7.2009–30.6.2010) war überwiegend von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise gekennzeichnet. Erst im Laufe des Jahres 2010 nahm die Landwirtschaft durch den Preisaufschwung an wichtigen Märkten wieder Fahrt auf. Die Erholung konnte den vorangegangenen Einkommensrückgang allerdings nicht kompensieren. Das Einkommen der deutschen Landwirte ist im Wirtschaftsjahr 2009/10 daher noch einmal gesunken und liegt deutlich unter dem Durchschnitt der letzten fünf Wirtschaftsjahre. Der Gewinn je Unternehmen sank um 8,5 % auf durchschnittlich 35 216 €. Zu dieser negativen Entwicklung trug vor allem der Preisverfall bei Getreide und Milch bei. Ackerbau-, Dauerkultur- und Veredlungsbetriebe mussten zum Teil erhebliche Gewinnrückgänge verkraften. Dagegen stabilisierte sich die Einkommenssituation der Milchviehbetriebe auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

### Strukturwandel in der Landwirtschaft setzt sich fort

Die Ergebnisse der aktuellen Landwirtschaftszählung 2010 des Statistischen Bundesamtes deuten auf einen unveränderten Strukturwandel in der deutschen Landwirtschaft hin. So gab es in Deutschland 2010 knapp 300 700 landwirtschaftliche Betriebe, rd. 7 % weniger als 2007, dem Jahr der letzten Agrarstrukturerhebung. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche nahm aber nur geringfügig ab. Insgesamt bewirtschafteten die Betriebe rd. 16,8 Millionen Hektar (ha). Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von 52 ha (2007) auf 56 ha (2010). Damit besteht der Trend zu weniger, aber größeren Betrieben fort. Entsprechend sank auch die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte. Sie ging seit 2007 um 5 % zurück. In Deutschland waren im Jahr 2010 rd. 1,1 Millionen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft tätig. Mehr als die Hälfte, 568 200 Personen, waren Familienarbeitskräfte. Weiterhin arbeiteten 195 500 ständig angestellte Arbeitskräfte und 334 000 Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft. Fast die Hälfte aller Betriebe werden im Nebenerwerb geführt, d. h., weniger als 50 % des Einkommens stammt aus dem landwirtschaftlichen Betrieb. Nebenerwerbsbetriebe bewirtschafteten 2010 im Durchschnitt 21 ha.

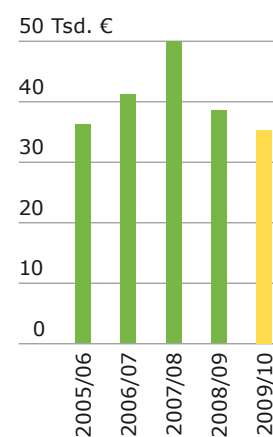
### Landwirte diversifizieren ihre Einkommensquellen

Mit dem Strukturwandel geht eine Diversifizierung der Einkommensquellen einher. Ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe hatte im Jahr 2010 neben Umsätzen aus klassischen landwirtschaftlichen Tätigkeiten weitere Einnahmequellen, die mit dem landwirtschaftlichen Betrieb in Verbindung stehen. Die häufigsten Einkommensalternativen waren die Erzeugung erneuerbarer Energien (42 %), Dienstleistungen z. B. für Kommunen oder andere Betriebe (28 %) sowie die Forstwirtschaft (24 %).

### Silomais inzwischen zweitwichtigste Ackerfrucht

Im Jahr 2010 waren von den 16,8 Millionen ha landwirtschaftlich genutzter Fläche 71 % Ackerland, 28 % Dauergrünland und 1 % Dauerkulturen. Die wichtigste angebaute Getreideart in Deutschland blieb der Winterweizen mit einem Anteil von rund 27 % an der gesamten Ackerfläche. Dahinter hat sich inzwischen Silomais mit einem Anteil von 15 % als zweitwichtigste

**Gewinn je Unternehmen**



Quelle: BMELV

Ackerfrucht etabliert. Dies ist vor allem auf die steigende Bedeutung von Energiemais für Biogasanlagen zurückzuführen.

### Viehhaltung unverändert wichtig

Die Viehhaltung ist unverändert ein bedeutendes Standbein der Landwirtschaft. Zum Stichtag 1. März 2010 gab es 217 400 Betriebe mit Tierhaltung, 9 % weniger als 2007. Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe sank besonders stark (-18 %). Die Tierbestände entwickelten sich aber nicht in gleicher Weise, so dass die verbliebenen Betriebe höhere Viehbestände aufwiesen. So blieb der Rinderbestand nahezu unverändert. Bei Schweinen (+1 %) und Geflügel (+2 %) war sogar ein leichter Anstieg der Tierbestände zu verzeichnen. Lediglich die Anzahl der Schafe ging deutlich um 15 % zurück.

### Ökologischer Landbau wächst weiter

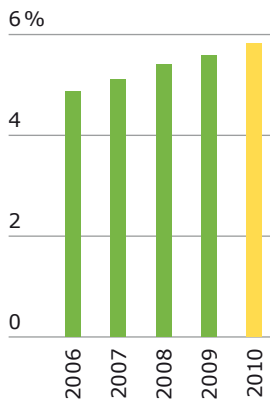
Der Ökolandbau hat in der deutschen Landwirtschaft nur eine vergleichsweise geringe Bedeutung, weist aber beachtliche Wachstumsraten auf. 2010 wirtschafteten 16 200 Betriebe nach den Regeln des ökologischen Landbaus auf einer Fläche von rund 979 100 ha. Das ist eine Steigerung der Fläche um 14 % seit 2007 und eine Verdoppelung im langfristigen Trend der letzten zehn Jahre. Die ausschließlich ökologisch bewirtschafteten Flächen hatten damit einen Anteil von knapp 6 % an der landwirtschaftlich genutzten Fläche aller Betriebe.

### Rückläufige Investitionen in landwirtschaftliche Vorhaben

Durch die schlechte Ertragslage und die zum Teil geringe Liquidität haben die Landwirte im Wirtschaftsjahr 2009/10 weniger in landwirtschaftliche Vorhaben investiert als im Vorjahr. Die Bruttoinvestitionen gingen um 15,7 % auf 27 457 € je Unternehmen zurück, jedoch mit großen Unterschieden zwischen ertragstarken und weniger ertragstarken Betrieben. Am häufigsten wurde in Maschinen und technische Anlagen (46 %) investiert, gefolgt von Bodeninvestitionen, auf die 13 % der Bruttoinvestitionen entfielen. 8 % betrafen Gebäudeinvestitionen. Die Nettoinvestitionen verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 64 % auf nur noch 2 977 € je Unternehmen.

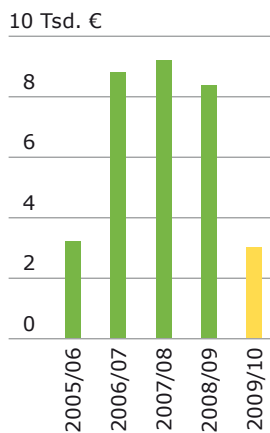
Die Eigenkapitalbildung ist eine wichtige Stabilitätskennziffer und Grundlage für die Finanzierung von Nettoinvestitionen. Im Durchschnitt erhöhte sich im Jahr 2010 das Eigenkapital nur noch geringfügig um 309 € pro Betrieb, allerdings bei starker Streuung. Im Vorjahr hatte der durchschnittliche Anstieg noch 4 579 € betragen. Die Streuung der Eigenkapitalbildung spiegelt die unterschiedlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Betriebsformen sowie den Einfluss der Betriebsgröße wider. Während die Ackerbau-, Futterbau- sowie die Gemischtbetriebe im Durchschnitt Eigenkapitalverluste aufwiesen, konnten die Gartenbau- und Veredlungsbetriebe ihr Eigenkapital erhöhen. Für die kleinen und mittleren Betriebe ergab sich im Durchschnitt ein Abbau des Eigenkapitals um 3 349 € bzw. 44 €, während die größeren Betriebe ihr Eigenkapital um 5 733 € deutlich aufstockten.

**Ökologischer Landbau**  
Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland



Quellen: BMELV, Stat. Bundesamt

**Nettoinvestitionen je Unternehmen**



Quelle: BMELV

---

**Eigenkapitalveränderungen der landwirtschaftlichen Haufterwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 2009/10**

	<b>Kleine</b>	<b>Mittlere</b>	<b>Große</b>
Betriebsgröße in EGE*	16-40	40-100	100 und mehr
Anteil in %	32	43	25
Eigenkapitalveränderung in €	-3 349	-44	5 733

\* EGE: Europäische Größeneinheit, 1 EGE = 1 200 € Ertragskraft

Quelle: BMELV

---

Die Verbindlichkeiten aller landwirtschaftlichen Unternehmen beliefen sich 2009/10 durchschnittlich auf 123 928 €. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr um 3,7 % zu. Der Anteil der Verbindlichkeiten an der Bilanzsumme betrug dennoch nur 18 %. Verglichen mit gewerblichen Unternehmen ist der Fremdfinanzierungsanteil relativ gering. Dies wirkt sich positiv auf die Stabilität der Unternehmen und auf den Zugang zu Bankkrediten aus.

Mit 281 000 € Kapital pro Erwerbstätigen (2008) gehört die Landwirtschaft zu den kapitalintensivsten Wirtschaftsbranchen. In der Industrie liegt der Kapitalbedarf bei 170 000 €, im Handel bei 55 000 € und in der Bauwirtschaft lediglich bei 34 000 €.

**Landwirtschaft im laufenden Jahr wieder auf Wachstumskurs**

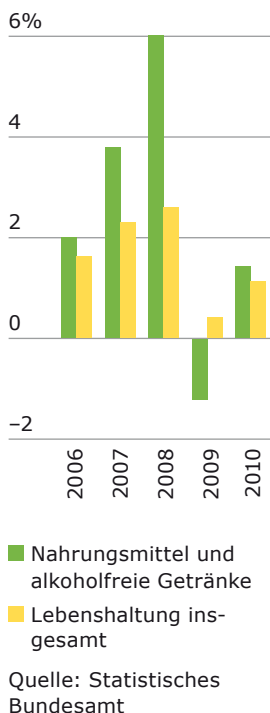
Aufgrund der deutlich verbesserten Rahmenbedingungen sind die Aussichten für die deutsche Landwirtschaft im laufenden Wirtschaftsjahr 2010/11 wieder günstiger. Die positiven Entwicklungen an wichtigen Absatzmärkten scheinen sich derzeit zu stabilisieren. Dies zeigen auch die Umfragen im Rahmen des aktuellen Konjunkturbarometers Agrar. Die wirtschaftliche Stimmungslage verbesserte sich im Laufe des vergangenen Jahres zusehends und auch die Investitionsabsichten im Kernbereich Landwirtschaft sind gestiegen. Allerdings dürfte sich die Nachfrage nach Finanzierungen für erneuerbare Energien abschwächen, insbesondere für Fotovoltaikanlagen. Die zukünftige wirtschaftliche Situation der nächsten zwei bis drei Jahre wird von den Futterbaubetrieben als stabil beurteilt, während Veredlungs- und Ackerbaubetriebe im Durchschnitt leicht skeptischer geworden sind. Höhere Preise für Futter und Düngemittel sowie steigende Pachten belasten die Stimmung. Unsicherheiten gehen derzeit auch von den Finanz- und Rohstoffmärkten aus.

Der Blick der Landwirte richtet sich zunehmend auf die EU-Kommission, die in absehbarer Zeit Entscheidungen zur Entwicklung der Direktzahlungen treffen wird. Diese machten im Wirtschaftsjahr 2009/10 im Durchschnitt aller Betriebe ca. 14,1 % der betrieblichen Erlöse aus und stellen somit einen wichtigen Einkommensbeitrag dar.

## Ernährungswirtschaft: Erfolgreich im Ausland

Die deutsche Ernährungswirtschaft profitierte vom Wirtschaftsaufschwung 2010 nicht so stark wie die meisten anderen Branchen. Der Umsatz stieg lediglich um 2,2 % auf 135,4 Mrd. €. Diese Entwicklung war zudem hauptsächlich auf höhere Lebensmittelpreise zurückzuführen. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt wurde 2010 dagegen ein Umsatzplus von 14,6 % gemessen. Im Vorjahr war der Umsatz dort allerdings als Folge der schweren Wirtschaftskrise sehr deutlich um 18,4 % eingebrochen. Das Ernährungsgewerbe hatte 2009 dagegen nur ein Umsatzminus von 4,0 % zu verzeichnen, das ebenfalls hauptsächlich preisbedingt war. Damit ist die Ernährungswirtschaft zwar insgesamt weniger konjunkturabhängig als andere Branchen. Angesichts gesättigter Märkte bestehen aber zumindest im Inland kaum mehr Spielräume, die Umsätze zu steigern. Anders sieht es dagegen beim Nahrungsmittlexport aus. Die Auslandsumsätze des deutschen Ernährungsgewerbes wuchsen 2010 bei steigenden Mengen überdurchschnittlich um 7,6 % auf 25,8 Mrd. €.

**Preisindex für die Lebenshaltung**  
(Veränderung zum Vorjahr)



Die Ernährungswirtschaft in Deutschland ist ähnlich wie die Landwirtschaft stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt und weist viele Familienbetriebe auf. Daher ist sie ebenfalls einem gewissen Strukturwandel und Konzentrationsdruck ausgesetzt. 2010 erhöhte sich die Anzahl der Betriebe im Ernährungsgewerbe mit mehr als 50 Beschäftigten weiter um 1,4 % auf 2 624. Gleichzeitig stieg die Zahl der dort Angestellten um 1,5 % auf rund 438 700. Die Zahl aller Betriebe in der Ernährungswirtschaft schätzt die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE) auf knapp 5 900.

Das Ernährungsgewerbe, das die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln sowie Getränken umfasst, ist gemessen am Umsatz nach dem Fahrzeugbau und dem Maschinenbau die drittgrößte Einzelbranche innerhalb der deutschen Industrie.

### Nahrungsmittelpreise überdurchschnittlich gestiegen

Als Folge einer international höheren Nachfrage nach Rohstoffen und insbesondere nach Agrargütern stiegen auch in Deutschland die Preise für Lebensmittel. Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke lagen im Durchschnitt 1,4 % über dem Vorjahr und damit über dem Anstieg des allgemeinen Preisindex für die Lebenshaltung, der im Jahr 2010 1,1 % betrug. Auch mittelfristig wirkten sich Nahrungsmittelpreise eher preistreibend auf die Gesamtteuerung aus. Mit 12,5 % stiegen die Lebensmittelpreise seit 2005 stärker als die allgemeinen Verbraucherpreise (+8,2 %).

Insbesondere für die kleinen und mittelständischen Unternehmen im deutschen Ernährungsgewerbe stellen die Preissteigerungen eine große Herausforderung dar. Die Konzentration in der Ernährungswirtschaft ist sehr gering im Vergleich zum Lebensmitteleinzelhandel, aber auch zu anderen Wirtschaftszweigen. Durch die fehlende Marktmacht können viele Unternehmen daher ihre Kostensteigerungen bei Rohstoffen, Energie und Verpackung nur teilweise auf die Verkaufspreise überwälzen.

**Umsatz der Betriebe\* des Ernährungsgewerbes  
nach ausgewählten Branchen im Jahr 2010**

	in Mrd. €	zum Vorjahr in %	Exportquote in %
<b>Ernährungsgewerbe insgesamt</b>	<b>135,4</b>	<b>2,2</b>	<b>19,0</b>
davon:			
<b>Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln</b>	<b>118,7</b>	<b>2,9</b>	<b>20,3</b>
darunter:			
Schlachten und Fleischverarbeitung	31,0	-1,2	16,1
Milchverarbeitung	21,7	8,5	23,1
Teig- und Backwaren	14,0	-1,6	8,0
Süßwaren	9,3	8,0	32,0
Obst- und Gemüseverarbeitung	8,3	-0,7	19,5
<b>Getränkeherstellung</b>	<b>16,7</b>	<b>-1,7</b>	<b>10,3</b>
darunter:			
Bier	7,1	-1,7	8,4
Mineralwasser, Erfrischungsgetränke	6,2	-3,1	10,9

\* Erfasst sind Betriebe mit mindestens 50 Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, vorläufige Zahlen

**Wachstum hauptsächlich durch Export**

Angesichts gesättigter Inlandsmärkte wird das Wachstum in der deutschen Ernährungswirtschaft hauptsächlich vom Export getragen. Mittlerweile wird fast jeder fünfte Euro im Ausland Erlöst. Das Exportgeschäft weist insgesamt eine stabile Entwicklung auf, da sich die ausländischen Märkte zu mehr als 70 % im Euroraum befinden. Die Auswirkungen von Wechselkursschwankungen halten sich daher in Grenzen.

Aufgrund höherer Weltmarktpreise gelang es 2010 insbesondere der Milchverarbeitenden Industrie, ihre Umsätze im In- und Ausland insgesamt um 8,5 % auf 21,7 Mrd. € zu steigern. Die fleischverarbeitenden Unternehmen konnten zwar ihre Exporterlöse um 7,1 % erhöhen. Dies reichte jedoch nicht, um den Rückgang im Inland zu kompensieren. Insgesamt verzeichnete die größte Einzelbranche der Ernährungswirtschaft ein Umsatzminus von 1,2 %. Auf den Auslandsmärkten waren die Süßwarenhersteller besonders erfolgreich. Sie weiteten ihre Ausfuhren um 16,7 % aus und erreichen inzwischen eine Exportquote von fast einem Drittel.

**Wachstum auch in inländischen Nischenmärkten**

Neben dem stetig wachsenden Auslandsgeschäft konnten einzelne Segmente der Ernährungswirtschaft auch im Inland Zuwächse erzielen. Dazu gehörten u. a. Bio-Produkte und Lebensmittel aus der Region der Verbraucher. Nach Schätzungen des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) stieg 2010 der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in Deutschland um rd. 2 % auf 5,9 Mrd. €. Eine positive Umsatzentwicklung verzeichnen nach wie vor auch „Convenience“-Produkte, die den Verbrauchern die Zubereitung der Mahlzeiten erleichtern. Dabei handelt es sich um teilweise vorgefertigte oder komplette Fertigmahlzeiten. Der Markt für Nahrungsmittel, die einen gesundheitlichen Zusatznutzen versprechen („Functional Food“), wächst

ebenfalls. Die sich wandelnden Konsumgewohnheiten prägen auch die Entwicklung im Außer-Haus-Verzehr. Insbesondere Cateringunternehmen profitierten davon und erzielten 2010 ein Umsatzplus von 3,2 % bei insgesamt rückläufigen Gastronomieumsätzen.

### **Weitere Erholung in der Ernährungswirtschaft absehbar**

Im laufenden Jahr dürften die konjunkturelle Erholung, steigende Einkommen und der weitere Abbau der Arbeitslosigkeit die Umsatzentwicklung der deutschen Ernährungswirtschaft erneut positiv beeinflussen. Bestimmender Faktor für das Wachstum wird allerdings die Preisentwicklung bleiben. Die Europäische Zentralbank erwartet bei den Nahrungsmittelpreisen einen dauerhaften Aufwärtstrend.

Der Skandal um dioxinbelastete Futtermittel zum Jahresbeginn 2011 führte sowohl bei den Verbrauchern zu kurzfristigen Nachfrageverschiebungen hin zu Bio-Produkten als auch zu Einschränkungen beim Export insbesondere von Schweinefleisch. Ob diese Entwicklungen allerdings dauerhaft sind, bleibt abzuwarten. Unabhängig davon liegt ein erhebliches Wachstumspotenzial nach wie vor im Export von Lebensmitteln. Denn weltweit steigende Bevölkerungszahlen und höhere Einkommen dürften die Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln aus Deutschland insbesondere außerhalb der Europäischen Union beflügeln.



Regulierung







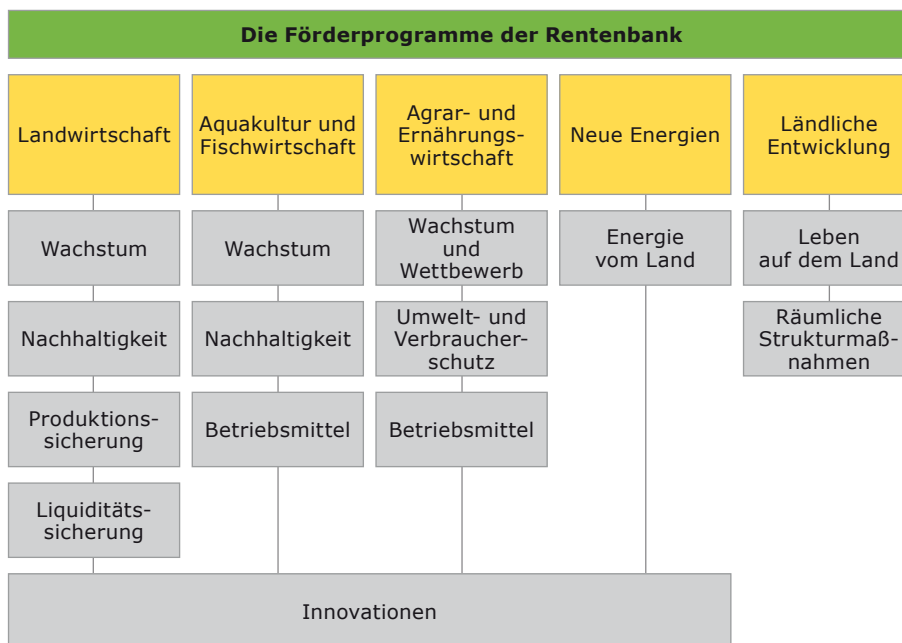
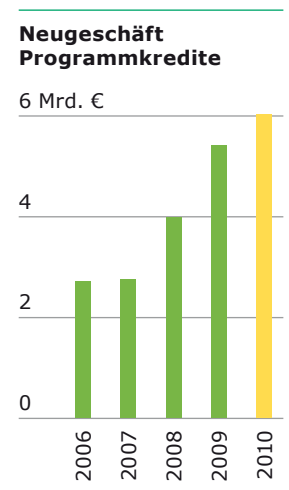
Manchmal muss man auf dem Weg zum Erfolg erst einen Schritt zurückgehen, um anschließend zwei vorwärts zu machen. Die Kunst des Eingriffs besteht darin, das richtige Maß zu finden.

# Informationen zum Geschäftsjahr 2010

## Förderfinanzierungen für die Agrarwirtschaft

### Programmkredite: Förderung erneut auf Rekordniveau

Im Rahmen unserer Förderstrategie sind unsere Programmkredite von zentraler Bedeutung. Diese Förderkredite wurden im Jahr 2010 so stark nachgefragt wie nie zuvor. Die Gründe für diese positive Entwicklung sind vielfältig. Während Teile der Landwirtschaft zu Beginn des Jahres noch auf Liquiditätshilfen angewiesen waren, führten die verbesserten Rahmenbedingungen in der Agrarwirtschaft insbesondere in der zweiten Jahreshälfte zu einer höheren Investitionstätigkeit. Um den steigenden Kreditbedarf zu decken, griffen die Hausbanken bei der Finanzierung ihrer Agrarkunden verstärkt auf die Förderkredite der Rentenbank zurück. Die günstigen Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) führten in Verbindung mit einem niedrigen Zinsniveau zudem zu einer hohen Kreditnachfrage für alternative Energien. Das breite Spektrum unseres Angebots an Förderkrediten ermöglichte die reibungslose Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen und Finanzierungsbedürfnisse im Agrarbereich. Die zinsgünstigen Programmkredite haben sich sowohl in der Krise als auch im Aufschwung als Garant einer stabilen Kreditversorgung der Agrarwirtschaft bewährt. Mit der Neueinführung von Förderprogrammen für Aquakultur und Fischwirtschaft rundeten wir im Berichtsjahr das Förderangebot der Rentenbank ab.



### 11% mehr Programmkredite zugesagt

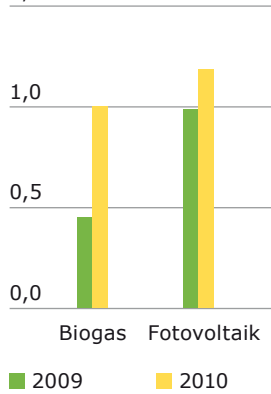
Das Neugeschäft mit Programmkrediten erreichte insgesamt 6,0 Mrd. € (5,4) und lag damit 11% über dem Vorjahr. Dennoch sank die Anzahl der zugesagten Kredite, da insbesondere das kleinteilige Liquiditätshilfeprogramm deutlich weniger in Anspruch genommen wurde. Im Jahr 2010 sagten wir 26 234 Einzelkredite (32 786) zu.

Neugeschäft Programmkredite in Mio. €	2010	2009
Landwirtschaft	2 056	2 006
<i>darunter zu Top-Konditionen</i>	<i>1 141</i>	<i>1 308</i>
Agrar- und Ernährungswirtschaft	279	204
Neue Energien	2 322	1 554
Ländliche Entwicklung	1 243	1 354
Sonstige Programmkredite (inkl. Zweckvermögen)	80	268
<b>Insgesamt</b>	<b>5 980</b>	<b>5 387</b>

### Anhaltend hohe Wachstumsimpulse durch Fotovoltaik- und Biogasfinanzierungen

#### Neugeschäft Fotovoltaik und Biogas

1,5 Mrd. €



Die Investitionen in erneuerbare Energien waren wiederum ein wichtiger Treiber unseres Fördergeschäfts. Insgesamt 2,3 Mrd. € (1,6) wurden über das Programm „Energie vom Land“ zugesagt, 49 % mehr als im Vorjahr. Der größte Teil entfiel auf die Finanzierung von Fotovoltaikanlagen. Hier betrug das Neugeschäft 1 175,8 Mio. € (993,1). Trotz dreimaliger Kürzung der Einspeisevergütung im Berichtsjahr nutzten viele Landwirte den Bau einer Fotovoltaikanlage zur Diversifizierung, um sich von den zunehmenden Preisschwankungen auf den Agrarmärkten unabhängiger zu machen und neue Einkommensquellen zu erschließen. Die Einspeisevergütungen sind zu Beginn 2011 nochmals gekürzt worden. Die zum 1. Januar 2012 vorgesehene weitere Kürzung soll schon im Laufe dieses Jahres wirksam werden. Zusätzlich zeichnen sich erste Sättigungstendenzen ab, da weitere Installationsmöglichkeiten für Landwirte in vielen Regionen Deutschlands inzwischen nur noch begrenzt vorhanden sind. Daher dürfte sich der Boom bei Fotovoltaikanlagen trotz weiter sinkender Modulpreise abschwächen.

Der Bereich Biogas entwickelte sich besonders dynamisch. Wir bewilligten im Berichtsjahr 1 000,2 Mio. € (449,0). Dies entspricht einem Wachstum von 123 %. Gerade tierhaltende Betriebe nutzten die attraktiven Vergütungssätze des EEG, um ein zusätzliches Einkommen zu erwirtschaften. Auch im laufenden Jahr zeichnet sich ein hoher Finanzierungsbedarf für Biogasanlagen ab. Da die Einspeisevergütung Anfang 2012 neu geregelt werden soll, dürften viele Investoren ihre Projekte noch 2011 realisieren.

Neben Biogas und Fotovoltaik fördern wir auch weitere Verwendungen von nachwachsenden Rohstoffen für energetische Zwecke, wie z. B. Holzhackschnitzelheizungen. Hier stieg das Förderneugeschäft deutlich auf 31,8 Mio. € (17,0).

### Nachhaltigkeit mit 2,5 Mrd. € gefördert

Nicht nur Investitionen in erneuerbare Energien tragen zu einer nachhaltigen Entwicklung bei. Die Rentenbank förderte 2010 in ihren Programmen „Nachhaltigkeit“ und „Umwelt und Verbraucherschutz“ auch Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Minderung von Emissionen sowie zur Förderung des Verbraucherschutzes und des ökologischen Landbaus. Zusammen mit dem Programm „Energie vom Land“ unterstützte die Rentenbank damit Investitionen von insgesamt 2,5 Mrd. € (1,7) in nachhaltig wirksame Projekte.

## Rückläufige Inanspruchnahme von Liquiditätshilfedarlehen

Das Berichtsjahr stand in den ersten Monaten noch im Zeichen des Preisverfalls auf den Agrarmärkten. Im weiteren Jahresverlauf entspannte sich jedoch die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Vor dem Hintergrund wieder steigender Preise an vielen Agrarmärkten nahm der Bedarf an Liquiditätshilfedarlehen in der zweiten Jahreshälfte ab. Unser im Frühjahr 2009 aufgelegtes „Konjunkturprogramm Agribusiness“, bestehend aus Liquiditätshilfedarlehen und Anschlussfinanzierungen, wurde deshalb 2010 deutlich weniger genutzt als im Vorjahr. Insgesamt wurden Liquiditätshilfedarlehen in Höhe von 456,0 Mio. € (729,8) vergeben. Davon waren 398,1 Mio. € (680,0) mit einer zusätzlichen Zinsverbilligung des Bundes ausgestattet, die bis zu zwei Prozentpunkte betrug. Ein Bestandteil dieses Liquiditätshilfeprogramms waren 50-prozentige Ausfallbürgschaften für Darlehen bis zu 100 000 €. Insgesamt gewährten wir 9 (2) Bürgschaften. Neben Liquiditätshilfedarlehen waren Anschlussfinanzierungen für bereits getätigte Investitionen und Betriebsausgaben ein wichtiger Bestandteil des „Konjunkturprogramm Agribusiness“. Dafür wurden 55,0 Mio. € (35,4) bereitgestellt. Das Konjunkturprogramm war bis zum 31. 12. 2010 befristet und wurde aufgrund der verbesserten Rahmenbedingungen in der Agrarwirtschaft nicht verlängert.

## Neugeschäft in der Fördersäule „Landwirtschaft“ leicht über Vorjahresniveau

Neben Liquiditätshilfen finanzieren wir ein breites Spektrum an Verwendungszwecken zur Förderung von Investitionen, die der Entwicklung moderner und zukunftsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe dienen. 2010 flossen 2,1 Mrd. € (2,0) in die Förderung von landwirtschaftlichen Investitionen. Davon entfielen 1,1 Mrd. € (1,3) auf Programmkredite zu Top-Konditionen für Liquiditätshilfen, Junglandwirte sowie besonders förderwürdige Vorhaben im Bereich des Tier- und Umweltschutzes.

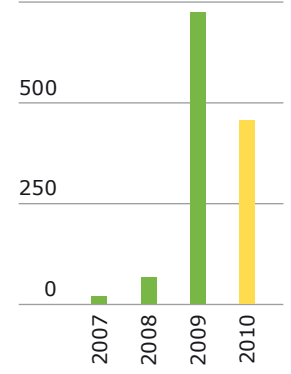
## Gebäudefinanzierungen um 37% gestiegen

Ein Großteil unseres Neugeschäfts entfällt auf die Finanzierung von Gebäuden, Flächen, Maschinen und des Erwerbs bisher gepachteter Betriebe. Wichtig in diesem Zusammenhang sind auch Hofübernahmen. Hier finanzieren wir sowohl Abfindungen als auch Umschuldungen. Im Berichtsjahr stieg vor allem die Nachfrage nach Gebäudefinanzierungen stark an. Da Investitionen in Gebäude in der Regel der Erweiterung der Produktionskapazitäten dienen, deutet die Zunahme der Finanzierungen auf eine wieder ansteigende Dynamik in der Tierhaltung hin.

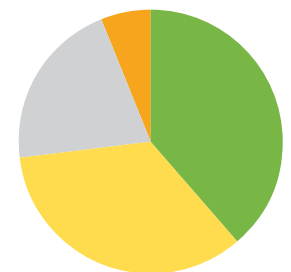
Gebäude finanzieren wir sowohl im Programm „Wachstum“ als auch im Programm „Nachhaltigkeit“, hierbei mit einem Zinsbonus für besonders tiergerechte Haltung, energiesparende Produktionsweise oder den ökologischen Landbau. In beiden Programmen zusammen haben wir im Berichtsjahr 947,7 Mio. € (690,4) für Gebäude neu zugesagt. Dies entspricht einem Wachstum von 37,3 %. Flächenkäufe wurden in der Fördersäule Landwirtschaft mit zinsgünstigen Finanzierungen in Höhe von 324,1 Mio. € (311,3) und Maschinenkäufe mit Darlehen in Höhe von 191,8 Mio. € (184,4) gefördert.

### Neugeschäft Liquiditätshilfen

750 Mio. €



### Neugeschäft Programmkredite 2010



## **Neue Förderprogramme für Aquakultur und Fischwirtschaft**

Immer häufiger nutzen Landwirte das wirtschaftliche Potenzial der Aquakultur als weiteres Standbein für ihren Betrieb. Überwiegend handelt es sich dabei um die Aufzucht von Fischen. Insbesondere die Verwertung von Abwärme aus Biogasanlagen macht diesen Produktionszweig für Landwirte interessant. Im Berichtsjahr haben wir daher unsere Förderangebote um eine neue Säule für Aquakultur und Fischwirtschaft erweitert. Im Rahmen des neuen Förderangebots wird eine Vielzahl von Investitionen, beispielsweise die Errichtung oder der Erwerb von Aquakulturanlagen und Teichwirtschaften, finanziert. Eine besondere Aufmerksamkeit richten wir dabei auf Finanzierungen, die dem Umwelt- und Verbraucherschutz zugute kommen. Die Bandbreite reicht von energetischen und emissionsmindernden Maßnahmen bis hin zur ökologischen Aquakultur und der Direktvermarktung. Im Berichtsjahr wurden in diesem Bereich bedingt durch die Einführung erst Ende des Jahres noch keine Förderkredite zugesagt.

## **Fördersparte „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ ausgebaut**

Über unser Förderangebot für die Landwirtschaft hinaus bieten wir auch Finanzierungen für die komplette Wertschöpfungskette der Produktion von Nahrungsmitteln an. Der Förderbereich „Agrar- und Ernährungswirtschaft“ trägt damit der zunehmenden Bedeutung vor- und nachgelagerter Wirtschaftsbereiche für eine positive Entwicklung der Landwirtschaft Rechnung. Im Berichtsjahr sagten wir insgesamt 278,9 Mio. € (204,4) zu. Schwerpunkte unseres Engagements für die Agrar- und Ernährungswirtschaft waren Maschinen- (49 %) und Gebäudefinanzierungen (37 %).

## **Förderschwerpunkt ländliche Entwicklung nahezu auf Vorjahresniveau**

Die ländliche Entwicklung fördern wir überwiegend über Globalrefinanzierungsvereinbarungen mit Förderbanken der Bundesländer. Mit diesen Mitteln werden Darlehensprogramme der Länder zur Förderung des ländlichen Raums refinanziert. Auf der Basis entsprechender Rahmenverträge sagten wir im Berichtsjahr insgesamt 1,2 Mrd. € (1,3) zu, hauptsächlich für kommunale Infrastrukturmaßnahmen, Wohnungsbau und wasserwirtschaftliche Maßnahmen in ländlichen Räumen.

Unser Förderprogramm „Räumliche Strukturmaßnahmen“ dient ebenfalls der Finanzierung kommunaler Infrastrukturprojekte in ländlich geprägten Regionen. Es wendet sich an Gemeinden und Zweckverbände im ländlichen Raum und ergänzt so die direkte Förderung der Agrarwirtschaft. Das Neugeschäft ging 2010 von 70,1 Mio. € auf 23,8 Mio. € zurück.

Das Förderprogramm „Leben auf dem Land“ richtet sich an private Investoren, die z. B. in ehemals landwirtschaftlich genutzte Gebäude investieren wollen. Hier sank das Zusagevolumen auf 9,4 Mio. € (14,2).

## Zukunftssicherung durch Innovationsförderung

Neben den Programmkrediten engagieren wir uns in besonderem Maße für die Förderung von Innovationen. Hierfür werden aus dem Zweckvermögen des Bundes Kredite zu besonders günstigen Konditionen bereitgestellt. Im Berichtsjahr lagen die Zinssätze bei 1,5 % (nominal) p. a. Nach Genehmigung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bewilligten wir im vergangenen Jahr 16 (18) Darlehen über insgesamt 5,7 Mio. € (8,2). Darüber hinaus erhielten ausgewählte Projekte Zuschüsse in Höhe von insgesamt 3,2 Mio. € (5,1) aus Mitteln des Zweckvermögens. Diese flossen in Machbarkeitsstudien und die Entwicklung von Prototypen.

Das Zweckvermögen der Rentenbank entstand 1952 auf Basis des Entschuldungsabwicklungsgesetzes. Die Rentenbank verwaltet es treuhänderisch für den Bund und führt dem Zweckvermögen jährlich die Hälfte des Bilanzgewinns des Vorjahres zu. Im Jahr 2010 waren das 5,6 Mio. € (5,4). Am Jahresultimo belief sich das Eigenkapital des Zweckvermögens (HGB) auf 94,5 Mio. € (90,5).

## Neues Leasinggeschäft wächst dynamisch

Die Möglichkeit zur Refinanzierung von Leasinggeschäften im Rahmen unserer Programmkredite besteht seit 2008. Der Einsatz von Leasingfinanzierungen hat insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien deutlich zugenommen. Vom Gesamtvolumen in Höhe von 115,9 Mio. € (42,0) entfielen im Berichtsjahr 115,4 Mio. € auf das Leasing von Anlagen zur Energieerzeugung. Wir bieten damit landwirtschaftlichen Kunden die Möglichkeit, Energieprojekte auch mit wenig Eigenkapital zu realisieren. Dieses Angebot nutzen vor allem Wachstumsbetriebe, die mit ihrem Eigenkapital ihre Kernproduktion ausbauen und dennoch vom Boom bei den erneuerbaren Energien profitieren möchten.

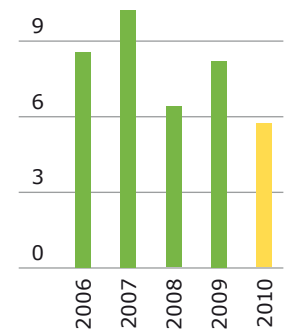
### Programmkredite nach Bundesländern 2010

(ohne Sonstige Programmkredite und Innovationsförderung)

	Anteil	Betrag	zum Vj.
	in %	in Mio. €	in %
Niedersachsen	25,9	1 526,3	67,0
Bayern	16,9	999,2	21,8
Schleswig-Holstein	15,6	920,7	21,7
Nordrhein-Westfalen	8,3	487,6	-13,2
Baden-Württemberg	7,6	445,8	-9,1
Rheinland-Pfalz	6,5	382,0	-26,3
Hessen	4,3	255,8	-8,4
Mecklenburg-Vorpommern	4,0	237,9	61,9
Sachsen-Anhalt	3,5	203,8	14,9
Sachsen	2,5	149,9	80,4
Brandenburg	2,4	140,6	-40,6
Thüringen	2,2	128,5	18,4
Hamburg	0,2	10,8	523,6
Saarland	0,1	5,6	-32,7
Bremen	0,1	4,1	-69,1
Berlin	0,0	1,1	-10,5
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>5 899,8</b>	<b>15,3</b>

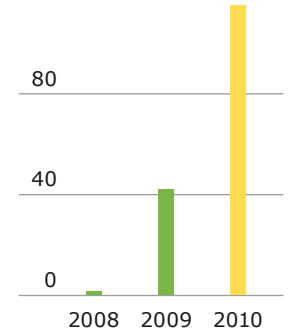
### Innovationsförderung aus dem Zweckvermögen (Darlehen)

12 Mio. €



### Neugeschäft Leasing

120 Mio. €



## Regionale Verteilung der Programmkredite

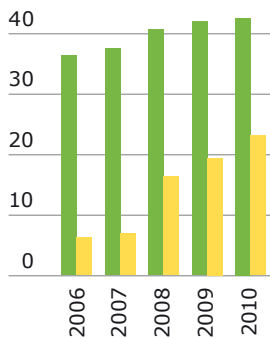
Entsprechend der unterschiedlichen Bedeutung der Agrarwirtschaft zeigt die regionale Verteilung des Neugeschäfts unserer Programmkredite traditionell Schwerpunkte in den Bundesländern Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein. Während das Neugeschäft 2010 in diesen drei Bundesländern kräftig zulegte, ging es unter anderem in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen zurück.

## Höheres Neugeschäft mit allgemeinen Förderkrediten und verbrieften Finanzierungen

Neben unseren Programmkrediten für spezielle Verwendungszwecke fördern wir die Agrarwirtschaft auch durch allgemeine Förderkredite. In dieser Sparte sagten wir im Berichtsjahr mit 1,9 Mrd. € (1,5) wieder deutlich mehr Förderkredite zu. Die durchschnittliche Laufzeit betrug bei den allgemeinen Förderkrediten 7,1 Jahre (6,8) und liegt damit etwas höher als bei den neu bewilligten Programmkrediten mit 5,9 Jahren (5,7). Das Neugeschäft mit verbrieften Finanzierungen stieg im Berichtsjahr auf 4,3 Mrd. € (3,8). Insgesamt erreichten die Abschlüsse im Fördergeschäft 2010 12,2 Mrd. € (10,7).

### Bestand mittel- und langfristiger Förderkredite (HGB)

50 Mrd. €



■ Mittel- und langfristige Förderkredite  
■ darunter Programmkredite

Neugeschäft Förderkredite in Mio. €	2010	2009
Programmkredite	5 980	5 387
Allgemeine Förderkredite	1 877	1 507
Verbrieftes Finanzierungen	4 347	3 772
<b>Insgesamt</b>	<b>12 204</b>	<b>10 666</b>

## Bilanz (HGB): Fördervolumen gestiegen

Die lebhaftere Nachfrage nach Programmkrediten hatte ein kräftiges Wachstum des Kreditbestands dieser Fördersparte zur Folge. Am 31.12.2010 werteten die Programmkredite mit 23,0 Mrd. € (19,6) und übertrafen damit das Niveau des Vorjahres um 17,3 %. Ihr Anteil am Fördervolumen stieg auf 35 % (30). In der Bilanz wuchs der Bestand an Förderkrediten insgesamt um 1,9 % auf 42,6 Mrd. € (41,8). Auszahlungen von 7,6 Mrd. € (6,6) standen Tilgungen in Höhe von 6,8 Mrd. € (5,2) gegenüber. Die verbrieften Finanzierungen, die in der Bilanz in der Position „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ erfasst werden, sanken trotz des gestiegenen Neugeschäfts wegen hoher Fälligkeiten leicht auf 23,9 Mrd. € (24,0). Das gesamte Fördervolumen erreichte 2010 66,5 Mrd. € (65,8) und lag damit um 1,1 % über dem Vorjahr.

## Sonstige Fördermaßnahmen

### Der Förderungsfonds: Forschung und Weiterbildung im Fokus

Der Bilanzgewinn der Landwirtschaftlichen Rentenbank wird für die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet und je zur Hälfte dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds zugeführt.

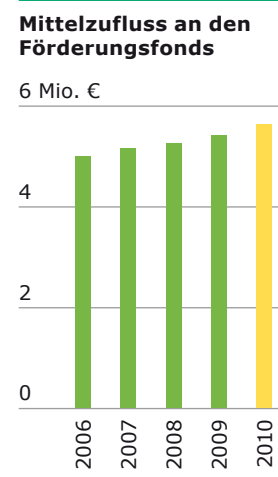
Dem Förderungsfonds standen im Berichtsjahr 5,7 Mio. € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln wurden sowohl Einzelprojekte finanziell unterstützt als auch Institutionen, die für die Landwirtschaft und die ländlichen Räume tätig sind. Neben agrarbezogenen Forschungsvorhaben gehören dazu praxisorientierte Modellprojekte, Fortbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen. Seit vielen Jahren werden auch die Landjugendarbeit, die Land-seniorenarbeit sowie der LandFrauenverband durch den Förderungsfonds unterstützt.

Die Förderung agrarbezogener Forschung bildete auch 2010 einen Schwerpunkt des Förderungsfonds. Fördermittel erhielten z. B. neben dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und anderen Einrichtungen zur Wissenschaftsförderung auch der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main, das Institut für Strukturforschung und Planung in landwirtschaftlichen Intensivgebieten (ISPA) der Hochschule Vechta, das Institut für Ökologischen Landbau des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Braunschweig und die Tierärztliche Hochschule Hannover. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Zuschüsse für die Weiterbildung des landwirtschaftlichen Berufsstands. In nennenswertem Umfang erhielt z. B. die Andreas Hermes Akademie für den Unterrichts- und Lehrbetrieb Mittel aus dem Förderungsfonds. Ebenso wurden das Trainee-Programm der DLG sowie Seminare und Fortbildungsveranstaltungen der Bildungsstätte des deutschen Gartenbaus, der Bundeslehranstalt Burg Warberg und des Vereins zur Förderung der Land- und Forstarbeiter (VLF) unterstützt. Projekte der Ernährungsbildung für Kinder und Jugendliche wurden ebenfalls gefördert, z. B. das Schulgartenprojekt „Kids an die Knolle“.

Auch im abgelaufenen Jahr unterstützten wir zahlreiche Projekte und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und des Marketings verschiedener landwirtschaftlicher Institutionen. Dazu zählte u. a. der Erlebnisbauernhof auf der „Grünen Woche“ in Berlin. Die Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) und der Verband der Landwirtschaftskammern erhielten finanzielle Mittel zur Fortsetzung des gemeinsamen Projekts „bio-offensive“, das den Landwirten die Umstellung auf den Öko-Landbau erleichtern soll. Weiterhin wird die vierteljährliche Erhebung des Geschäftsklimas in der Landwirtschaft im Rahmen des „Konjunkturbarometers Agrar“ zum großen Teil aus Mitteln des Förderungsfonds finanziert.

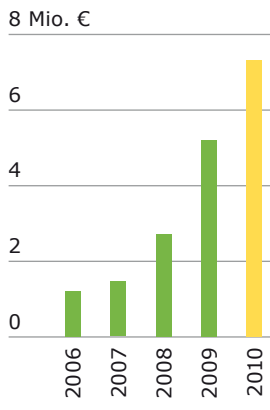
### Edmund Rehwinkel-Stiftung: Förderung wissenschaftlicher Arbeiten

Im Sinne ihres Namensgebers verfolgt die Edmund Rehwinkel-Stiftung das Ziel, agrarwissenschaftliche Forschungstätigkeit und Forschungsprojekte mit hohem praktischen Nutzen für die Landwirtschaft zu fördern. Die Stiftung wurde 1974 von der Rentenbank zu Ehren des langjährigen Vorsitzenden



ihres Verwaltungsrates gegründet. Seit Dezember 2007 ist die Edmund Rehwinkel-Stiftung eine rechtlich eigenständige Stiftung bürgerlichen Rechts. Die Rentenbank stockte das Stiftungskapital 2010 um zwei Millionen Euro auf. Durch eine Rücklage aus Eigenmitteln der Stiftung konnte das Stiftungsvermögen im Berichtsjahr weiter erhöht werden.

**Rehwinkel-Stiftung:  
Stiftungskapital zum  
31. 12.**



Die Stiftung schreibt jährlich Forschungsprojekte zu wechselnden aktuellen Themen aus. Einmal im Jahr werden die Ergebnisse im Rahmen eines Symposiums vorgestellt. Das Symposium zum Thema der Ausschreibung 2009, „Auswirkungen der Finanzkrise und volatiler Märkte auf die Agrarwirtschaft“, fand im März 2010 statt. Die fünf geförderten Studien analysieren mit unterschiedlichem Fokus die Auswirkungen zunehmender Preisschwankungen bei Agrarprodukten und Rohstoffen auf landwirtschaftliche Betriebe. Vor allem der Einsatz geeigneter Absicherungsinstrumente wird in den Studien beleuchtet. Die Forschungsarbeiten wurden im Band 26 der Rentenbank-Schriftenreihe veröffentlicht.

Mit der Ausschreibung 2010 förderte die Stiftung wissenschaftliche Arbeiten zum Thema „Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union nach 2013“. Aktuell werden Studien unter der Überschrift „Veredelungsstandort Deutschland – Herausforderungen von Gesellschaft, Politik und Märkten“ gefördert.

Aus aktuellem Anlass vergab die Stiftung im Berichtsjahr zusätzliche Mittel für eine Studie zum Thema „Risikomanagement in der Landwirtschaft“. Aufgezeigt werden darin praxisnahe Konzepte zur Absicherung unterschiedlichster Risiken in landwirtschaftlichen Betrieben. Am 17. November 2010 wurden die Ergebnisse auf der Fachmesse EuroTier in Hannover vorgestellt und gleichzeitig als Praxisleitfaden veröffentlicht.

Die Stiftung vergab 2010 erstmalig Stipendien an zwei Studierende der Agrar- und Ernährungswissenschaften. Das Stipendium wird für zwei Jahre gewährt und umfasst neben einer monatlichen finanziellen Unterstützung für die Stipendiaten auch die Möglichkeit zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen durch Seminare. Das Angebot richtet sich an Studierende, die ihren Masterabschluss an einer deutschen Hochschule anstreben. Auch im laufenden Jahr werden wieder zwei Stipendien vergeben.









Risiken lassen sich nie hundertprozentig vermeiden. Doch kann man ihre Konsequenzen durch rechtzeitiges und entschlossenes Handeln begrenzen.

## Refinanzierung der Rentenbank

### Günstige Refinanzierung trotz volatiler Märkte

Die Krise der Staatsfinanzen in den „peripheren“ Ländern des Euroraums verstärkte das Risikobewusstsein der Investoren und deren Flucht in sichere Anlagen. Als Förderbank des finanzstärksten Staates der EU war die Rentenbank hier sehr gut positioniert. Der gestiegene Bedarf von Banken an hochwertigen und liquiden Assets im Vorgriff auf die verschärfte Bankenregulierung („Basel III“) kam uns ebenfalls zugute. Abgerundet wurde das positive Bild durch eine wieder erstarkte Nachfrage der Zentralbanken. Diese verzeichneten weiterhin hohe Zuflüsse an Devisenreserven und erwarben zunehmend Titel von „Agencies“ mit bester Bonität wie der Rentenbank. Am Geldmarkt reduzierte die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahresverlauf sukzessive das Überangebot an kurzfristiger Liquidität. Über unser Euro Commercial Paper (ECP)-Programm konnten wir uns aber weiterhin zu sehr attraktiven Sätzen refinanzieren.

### Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen leicht über Plan

An den in- und ausländischen Kapitalmärkten nahmen wir 10,6 Mrd. € (10,0) mit Laufzeiten von mehr als zwei Jahren auf. Dieses Volumen lag leicht über dem Plan von 10 Mrd. €. Nach Refinanzierungsinstrumenten verteilte sich die Mittelaufnahme wie folgt:

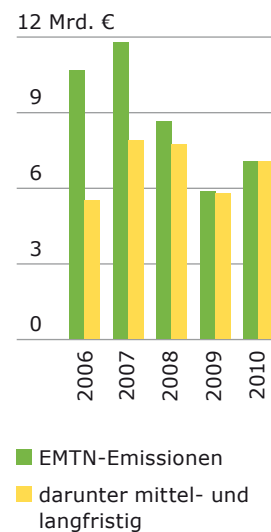
#### Mittel- und langfristiges Emissionsvolumen (über 2 Jahre)

	Mrd. €		Anteil in %	
	2010	2009	2010	2009
EMTN	7,0	5,8	66,0	58,0
AUD-MTN	1,5	0,6	14,2	6,0
Globalanleihen	2,0	1,5	18,9	15,0
Internationale Kredite/Schuldscheine	0,0	0,2	0,0	2,0
Inländische Kapitalmarktinstrumente	0,1	1,9	0,9	19,0
<b>Summe</b>	<b>10,6</b>	<b>10,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

### EMTN-Programm weiterhin führend

Mit einem Programmvolumen von 60 Mrd. € ist unser Euro Medium Term Note (EMTN)-Programm das wichtigste Refinanzierungsinstrument. Die Programmauslastung betrug am Jahresende 36,2 Mrd. € (38,7). Aus dem EMTN-Programm können Emissionen in allen gängigen Währungen mit unterschiedlichen Beträgen und Laufzeiten sowie einer standardisierten Dokumentation begeben werden. Im Berichtsjahr nutzten wir das Programm für die Aufnahme von Refinanzierungsmitteln im gesamten Laufzeitenspektrum, schwerpunktmäßig aber im mittel- und langfristigen Bereich. Der Absatz von Emissionen mit Laufzeiten über zwei Jahren erreichte 7,0 Mrd. € (5,8), einschließlich einer erfolgreich am Markt platzierten Benchmark-Emission über 1 Mrd. € mit fünfjähriger Laufzeit. Über variabel verzinsliche Euro-Emissionen nahmen wir 2,2 Mrd. € auf. Transaktionen in US-Dollar trugen 2,4 Mrd. € zur Refinanzierung bei. Über das EMTN-Programm refinanzierten wir uns außerdem in Australischen Dollar, Brasilianischen Real

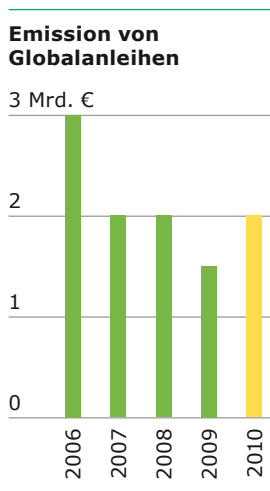
#### EMTN-Emissionen



und Schweizer Franken. Emissionen mit kurzen Laufzeiten bis zu zwei Jahren wurden im Berichtsjahr nicht begeben.

### Erfolgreiche US-Dollar-Globalanleihen

Seit 2001 nutzt die Rentenbank Globalanleihen als Refinanzierungsinstrument. Diese ermöglichen den Zugang zum US-Markt und unterstreichen unsere Positionierung als „Agency“ am internationalen Kapitalmarkt. Auf Globalanleihen entfielen im Berichtsjahr 2,0 Mrd. € (1,5) bzw. 18,9 % (15,0) des mittel- und langfristigen Kapitalaufkommens. Neben einer Globalanleihe über 1,5 Mrd. USD mit fünfjähriger Laufzeit konnten wir im September erstmals eine Globalanleihe mit siebenjähriger Laufzeit über 1,25 Mrd. USD emittieren. Beide Emissionen wurden überwiegend bei Zentralbanken und anderen offiziellen Stellen platziert.

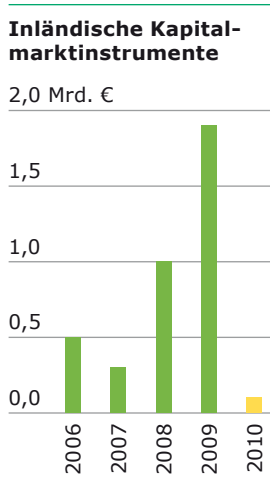


### Rekord-Emissionsvolumen im „Kangaroo“-Markt

Im Berichtsjahr platzierten wir „Kangaroo“-Bonds über 2,15 Mrd. Australische Dollar (AUD) im Gegenwert von 1,5 Mrd. € (0,6) aus dem AUD-MTN-Programm. Beide Beträge stellten eine neue Höchstmarke für uns dar. Mit einem ausstehenden Volumen von 7,4 Mrd. AUD war die Rentenbank weiterhin die drittgrößte Emittentin im australischen Inlandsmarkt. Die Position des „Kangaroo“-Marktes als strategische Säule unserer Refinanzierung hat sich hierdurch weiter gefestigt.

### Deutlicher Rückgang inländischer Instrumente

Die wieder erstarbte Nachfrage internationaler Investoren führte zu einem deutlichen Rückgang unserer Emissionstätigkeit im Inlandsmarkt. Verstärkt wurde dieser Trend dadurch, dass wir uns auf Laufzeiten bis sieben Jahre beschränkten und die Renditen deutlich zurückgingen. Der Absatz von Namenspapieren, mit denen wir insbesondere inländische Versicherungen ansprechen, spielte deshalb mit 0,1 Mrd. € (1,9) nur eine untergeordnete Rolle für unsere Refinanzierung.



### Höhere Auslastung des ECP-Programms

Innerhalb der kurzfristigen Refinanzierung sind Emissionen aus dem 20 Mrd. € ECP-Programm nach wie vor von großer Bedeutung. Dabei handelt es sich um Inhaberschuldverschreibungen mit unterjährigen Laufzeiten, die in abgezinsten, aufgezinsten oder indexierter Form begeben werden und auf einer entsprechenden Rahmendokumentation basieren. Die Präferenz für Schuldner mit höchster Bonität beflügelte auch im Berichtsjahr den Absatz unserer ECP-Emissionen und ermöglichte besonders attraktive Konditionen. Im Jahresdurchschnitt war das Programm mit 10,3 Mrd. € (8,9) ausgelastet. Am Jahresende betrug die Auslastung 10,1 Mrd. €.

### Nullgewichtung für Rentenbank-Anleihen

Seit 1. Januar 2007 sind Forderungen gegen die Rentenbank gemäß § 28 der Solvabilitätsverordnung (SolvV) hinsichtlich der Risikogewichtung Emissionen der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Im Kreditrisiko-Standardansatz müssen deutsche Kreditinstitute diese nicht mehr mit Eigenkapital unterlegen. Die novellierte EU-Bankenrichtlinie macht die Über-

nahme dieser Regelung auch für alle anderen EU-Staaten bindend. Gerade in Zeiten der Finanzmarktkrise erweist sich daher die Nullgewichtung für unsere Emissionstätigkeit als besonders nützlich. Sie erschließt uns zusätzliche Absatzmöglichkeiten bei nationalen und internationalen Bankinvestoren.

### Nachfrage von Zentralbanken stieg deutlich

Im Berichtsjahr lag der bei Banken platzierte Anteil am mittel- und langfristigen Emissionsvolumen mit 47 % leicht über dem Vorjahr (42). Diese Käufergruppe suchte nullgewichtete Papiere bester Bonität mit attraktiven Spreads, um damit Kapital- bzw. Risikokosten zu minimieren. Auch die geplante Verschärfung der Liquiditätsanforderungen im Rahmen von „Basel III“ erhöhte die Nachfrage der Banken, da diese künftig einen Bestand an hochwertigen Aktiva als Liquiditätspuffer halten müssen. Zentralbanken und andere offizielle Stellen spielten mit 32 % (12) wieder eine deutlich stärkere Rolle als im Vorjahr, was direkt mit dem höheren Fremdwährungsanteil der Mittelaufnahmen zusammenhängt. Versicherungen, Unternehmen und Pensionsfonds waren mit 8 % (26) aus den bereits genannten Gründen deutlich schwächer vertreten. Auch der Anteil der Asset Manager ging von 20 % auf 13 % zurück.

Die geografische Verteilung unserer Investoren wies ein besonders breites Spektrum auf. Dabei erhöhte sich der Auslandsanteil kräftig auf 82 % (48). Bedingt durch den Rückgang inländischer Investoren fiel der Anteil europäischer Adressen auf 52 % (76). Die Nachfrage asiatischer Käufer stieg dagegen deutlich auf 24 % (8). Auch der Anteil amerikanischer Investoren erhöhte sich erneut auf 14 % (11). Weitere 6 % (4) unserer Emissionen setzten wir in Neuseeland und Australien ab, die restlichen 4 % (1) im Mittleren Osten.

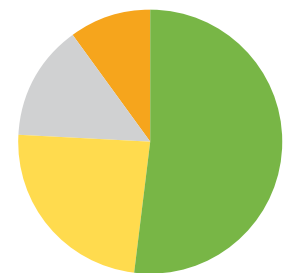
### US-Dollar wichtigste Emissionswährung

Das mittel- und langfristige Emissionsvolumen verteilte sich im Berichtsjahr auf sieben Währungen. Der US-Dollar konnte mit einem Anteil von 42 % (21) die Position als wichtigste Emissionswährung zurückerobern. Der Euro fiel hingegen mit 35 % (65) auf den zweiten Platz zurück. Den dritten Rang nahm mit 16 % (7) erneut der Australische Dollar ein. Er konnte seinen Anteil mehr als verdoppeln. Die übrigen 7 % des mittel- und langfristigen Mittelaufkommens verteilten sich auf Anleihen in Schweizer Franken, Türkischen Lira, Brasilianischen Real und Norwegischen Kronen.

### Rentenbank-Emissionen als refinanzierungsfähige Sicherheiten

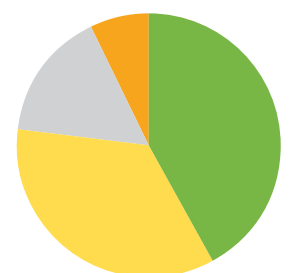
Unsere börsennotierten, auf Euro lautenden ungedeckten Emissionen erfüllen die Anforderungen des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) an refinanzierungsfähige Kategorie-1-Sicherheiten. Unsere Anleihen sind in die Liquiditätskategorie II eingestuft. Nur die Anleihen von Zentralbanken und Zentralstaaten werden der höheren Kategorie I zugeordnet. Die Liquiditätskategorie II beinhaltet u. a. Anleihen supranationaler Institutionen und Emissionen von Instituten mit öffentlichem Förderauftrag. Ferner erkennt die Reserve Bank of Australia unsere „Kangaroo“-Bonds und die Reserve Bank of New Zealand unsere „Kauri“-Bonds als refinanzierungsfähige Sicherheiten an. Auch in privaten Repo-Märkten genießen unsere Emissionen

**Absatz mittel- und langfristiger Emissionen 2010 nach Regionen**



- Europa 52 %
- Asien 24 %
- Amerika 14 %
- Sonstige 10 %

**Mittel- und langfristige Emissionen 2010 nach Währungen**



- USD 42 %
- EUR 35 %
- AUD 16 %
- Sonstige 7 %

eine bevorzugte Stellung. So akzeptiert z. B. die EUREX unsere Titel als Sicherheiten für den „GC Pooling ECB Basket“. Sie trägt damit der besonderen Sicherheit unserer Schuldverschreibungen Rechnung.

### **Rentenbank in den wichtigsten Bond-Indizes**

Unsere großvolumigen Euro- und Dollar-Anleihen sind in den wichtigsten Rentenindizes enthalten, wie u. a. im „iBoxx Euro Index“, dem „Barclays Capital Euro Aggregate Bond Index“ bzw. „Barclays Capital U.S. Aggregate Bond Index“ sowie dem „Morgan Stanley MSCI Eurodollar Credit Index“. Indizes messen die Performance nationaler oder internationaler Märkte. Die Aufnahme in einen Index verbessert deshalb die Absatzmöglichkeiten einer Anleihe, weil viele institutionelle Investoren an deren Wertentwicklung gemessen werden und folglich auch danach steuern.

### **Bestand mittel- und langfristiger Fremdmittel**

Die zur Refinanzierung insgesamt eingesetzten mittel- und langfristigen Fremdmittel beliefen sich am Bilanzstichtag auf 58,6 Mrd. € (58,9). Der Umlauf von Schuldverschreibungen betrug 56,4 Mrd. € (56,4). Das Volumen der begebenen Schuldscheine sank auf 1,2 Mrd. € (1,4). 1,0 Mrd. € (1,1) betrafen sonstige Kapitalmarktmittel.

### **Geldgeschäft**

Zur Refinanzierung des kurzfristigen Kreditgeschäfts, zur Liquiditätssteuerung und zur Sicherung des kurzfristigen Zinsänderungsrisikos setzen wir eine Vielzahl von Instrumenten ein. Die Mittel stammen aus dem ECP- und dem EMTN-Programm, Tages- und Termingeldern im Interbankenmarkt, Repogeschäften mit der EUREX sowie aus frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten bei der EZB. Das Zinsänderungsrisiko steuern wir zusätzlich mittels Derivaten. Das Einlagengeschäft mit Nichtbanken betreiben wir generell nicht.

### **Aktienhandel**

Wir handeln grundsätzlich nicht mit Aktien. Unsere Aktienbestände betreffen daher nur Beteiligungsunternehmen.

## Aktiv-Passiv-Steuerung

### **Bedeutung eines effizienten Liquiditätsrisiko-Managements nahm zu**

Vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise sind insbesondere Liquiditätsrisiken in der Finanzbranche stärker in das Blickfeld gerückt. Die Rentenbank hat der Steuerung dieser Risiken schon immer eine hohe Bedeutung beigemessen. Entsprechend wurden die Liquiditätsrisiken der Bank vom Vorstand limitiert. In der kurzfristigen Liquidität werden alle planmäßigen Euro-Ein- und -Auszahlungen der nächsten zwei Jahre auf Tagesbasis saldiert. Negative Salden müssen stets innerhalb unserer freien Refinanzierungsfazilitäten liegen. Hierdurch ist die Liquidität der Bank jederzeit sichergestellt, selbst wenn Marktstörungen die normalen Refinanzierungsmöglichkeiten einschränken sollten. Im Rahmen der strategischen Liquiditätssteuerung werden im kurzfristigen Liquiditätsstatus zusätzlich Risikoszenarien betrachtet.

Das mittel- und langfristige Liquiditätsrisiko wird auf Quartalsbasis ermittelt. Dies erfolgt durch eine Gegenüberstellung der planmäßigen Fälligkeiten aller Geschäfte für die jeweils folgenden 15 Jahre. Der maximale Saldo darf das vom Vorstand festgelegte Limit nicht überschreiten.

Die sich abzeichnenden Änderungen im regulativen Umfeld z. B. aus der Einführung neuer Liquiditätskennziffern im Rahmen von „Basel III“ werden wir ebenfalls zeitnah bewerten und uns darauf einstellen.

### **Steuerung des Zinsänderungsrisikos**

Unser Festsatzaktivgeschäft sowie die auf Euro lautenden Emissionen werden vorwiegend durch Zinsswaps in variable Positionen getauscht. Die auf Fremdwährungen lautenden Emissionserlöse sowie die Fremdwährungsaktivgeschäfte tauschen wir zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken ebenfalls nahezu ausschließlich über Zins-Währungsswaps (Cross-Currency-Swaps) oder Zins- und Basisswaps in variabel verzinsliche und auf Euro lautende Positionen. Auch die mit der Emission von strukturierten Anleihen verbundenen Marktpreisrisiken – z. B. Währungs-, Aktien- und Optionsrisiken – sichern wir durch derivative Instrumente ab. Die kurzfristigen Zinsänderungsrisiken aus variablen Aktiv- und Passivgeschäften werden im Geldgeschäft gesteuert. Mit diesem Ansatz können wir Marktpreisrisiken getrennt von der Gesamtbankliquidität flexibel und marktorientiert steuern.

Die auf Festzinsbasis abgeschlossenen Programmkredite werden entweder durch traditionelle Kapitalmarktinstrumente laufzeitkongruent refinanziert oder ebenfalls über Zinsswaps in variable Zinspositionen getauscht.

Die Überwachung der Risikoposition aus dem Geldgeschäft und den Liquiditätsbeständen sowie dem Kreditgeschäft erfolgt auf der Basis eines täglichen Risikoreportings, mit dem u. a. das Marktrisiko mittels einer Verschiebung der Zinskurve ermittelt wird. Die Bewertung von Marktpreisrisiken erfolgt unter Beachtung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk).

### **Derivate sicherten Marktpreisrisiken ab**

Zur Zins- und Währungssicherung wurden im Berichtsjahr Swaps in Höhe von 27,0 Mrd. € (23,6) abgeschlossen. Davon entfielen 16,6 Mrd. € (18,2) auf Zinsswaps und 10,4 Mrd. € (5,4) auf Zins-Währungsswaps. Darüber hinaus verwendeten wir EONIA-Swaps und Zinsswaps mit Laufzeiten bis zu einem Jahr zur kurzfristigen Zinssicherung sowie Währungsswaps zur Sicherung der Fremdwährungsemissionserlöse aus unserem ECP-Programm und der kurzfristigen Fremdwährungskredite.

Derivate nutzen wir ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken auf Basis von Mikro- oder Makro-Hedges. Bei Mikro-Hedges ist jeder Swap an ein konkretes Bilanzgeschäft geknüpft. Auch Swap-Optionen setzen wir nur zur Absicherung von Marktpreisrisiken ein.

Das Adressenausfallrisiko begrenzen wir durch Abschluss von Besicherungsvereinbarungen mit unseren Swappartnern. Diese decken fast unser gesamtes Derivateportfolio ab. Neuabschlüsse von Derivattransaktionen sind nur bei Bestehen einer solchen Absicherung möglich.

### **Sonstige Aktivitäten**

#### **Informations- und Fortbildungsaktivitäten weiter sehr gefragt**

Das Agrarkreditgeschäft erfordert ein immer höheres Fachwissen bei Kreditnehmern und Kreditgebern gleichermaßen. Deshalb engagieren wir uns seit Jahren in der Aus- und Fortbildung. Unsere Vortrags- und Seminarangebote sind daher ein fester Bestandteil unserer Fördertätigkeit. Die Angebote richten sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Banken und Sparkassen, Unternehmer der Agrarwirtschaft und Berater. Schwerpunkte der Fortbildungsaktivitäten sind Themen rund um den Agrarkredit. Hierzu gehören sowohl Informationen über Agrarmärkte und Agrarpolitik als auch bank- und betriebswirtschaftliche Themen. Im Berichtsjahr stießen insbesondere Fragen zur Finanzierung landwirtschaftlicher Betriebe und das Themenfeld „Risikomanagement landwirtschaftlicher Betriebe“ auf großes Interesse. Unser Ziel ist es, das Interesse der Kreditinstitute an der Agrarkreditvergabe weiter zu stärken. Daher setzen wir die intensive Schulungs- und Vortrags-tätigkeit auch 2011 fort. Darüber hinaus unterstützen wir Bankentagungen, die in erster Linie dem Austausch von Erfahrungen und Meinungen zu aktuellen Entwicklungen in der Landwirtschaft und der Agrarfinanzierung dienen.

#### **Verstärkte Beteiligung an Fachmessen: Debüt auf der BioFach in Nürnberg**

Die Rentenbank war auch 2010 mit einem eigenen Stand auf zahlreichen überregionalen Messen vertreten, darunter auf der Internationalen Pflanzmesse in Essen, auf der Biogas-Fachmesse in Leipzig, auf der BioFach in Nürnberg, auf den DLG-Feldtagen in Springe und auf der EuroTier in Hannover. Unser erstmaliger Messeauftritt auf der BioFach in Nürnberg diente

der Information über unsere Förderprogramme für Investitionen in der Bio-Branche. Mit dem Ausbau unserer Messeauftritte verfolgen wir die Ziele, die Bank und ihr Förderangebot weiter bekannt zu machen und darüber hinaus im direkten Dialog wichtige Anregungen zu erhalten sowie Kontakte zu pflegen. Unser Informations- und Beratungsangebot stößt bei den Fachbesuchern regelmäßig auf eine große Resonanz. Zahlreiche investitionswillige Unternehmer aus der Agrarwirtschaft sowie Bankenvertreter und Berater informierten wir am Messestand gezielt über unser Förderangebot.

### **Internetauftritt der Rentenbank hervorragend positioniert**

Der Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB) führte 2010 erstmalig eine Nutzerbefragung zur Qualität der Internetauftritte von zehn deutschen Förderbanken durch. Zwischen März und August wurden die Besucher der Rentenbank-Website nach ihrer Zufriedenheit mit unserem Internetauftritt und nach ihrer Bewertung unseres Unternehmensimages gefragt. Sowohl unsere Websitequalität als auch unser Unternehmensimage erreichten dabei die besten Bewertungen unter allen teilnehmenden Förderbanken. Auch in weiteren wesentlichen Kategorien schnitt der Internetauftritt der Rentenbank als bester ab.

Inhalt und Gestaltung unseres Geschäftsberichts werden ebenfalls sehr geschätzt. Beim jährlichen Wettbewerb „Bester Bankbericht 2009“ des Bankmagazins zählte der Geschäftsbericht der Rentenbank zu den fünf besten unter 86 eingesandten Geschäftsberichten.

### **Umfangreiches kulturelles und soziales Engagement am Finanzplatz**

Das Ansehen und die Entwicklung des Finanzplatzes Frankfurt am Main hängen auch vom kulturellen und sozialen Umfeld der Stadt ab. Angesichts knapper werdender öffentlicher Finanzierungsmittel kommt Unternehmen gerade in diesem Bereich eine zunehmende gesellschaftliche Verantwortung zu. Als in Frankfurt ansässiges Institut unterstützen wir daher vor allem lokale Kulturinstitutionen und einzelne Projekte. Regelmäßig werden u. a. die Oper Frankfurt durch das Sponsoring einer Premiere und der Operngala, die Schirn Kunsthalle und das Städel Museum unterstützt. Darüber hinaus engagierten wir uns im Berichtsjahr beim Rheingau Musik Festival als Sponsor für das Konzert des „Ensemble Wien-Berlin“ im Schloss Johannisberg.

## Nachhaltigkeit

### **Nachhaltigkeit ist Bestandteil des Förderauftrags**

Als Anstalt des öffentlichen Rechts mit gesetzlichem Förderauftrag kommt der Landwirtschaftlichen Rentenbank im Bereich Nachhaltigkeit eine besondere Verantwortung zu. Dies gilt umso mehr, als der Begriff Nachhaltigkeit ursprünglich aus der Forstwirtschaft kommt. Denn in der Land- und Forstwirtschaft ist durch das Denken in Generationen und die Besonderheiten des elementaren Produktionsfaktors Boden, der nicht reproduzierbar ist, nachhaltiges unternehmerisches Handeln tief verwurzelt. Die Tätigkeit der Agrarwirtschaft bietet zudem zahlreiche Ansatzpunkte für die Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen. So kann sie insbesondere auch zum globalen Klimaschutz beitragen. Denn anders als in anderen Wirtschaftszweigen wird durch die Aktivitäten der Land- und Forstwirtschaft CO<sub>2</sub> gebunden, also der Atmosphäre entzogen.

Gesellschaftlich verantwortliches Handeln und der Schutz der Umwelt haben daher für die Rentenbank schon lange einen hohen Stellenwert. Das auf Förderung und Langfristigkeit aufgebaute Geschäftsmodell der Rentenbank ist dabei die Grundlage des Engagements für eine wirtschaftlich stabile, ökologische und sozial gerechte Gesellschaft. Mit dem Inkrafttreten des 5. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank am 1. August 2002 wurden zudem wesentliche Aspekte des nachhaltigen Handelns explizit in den Förderauftrag der Bank aufgenommen.

### **Besonders günstige Konditionen für nachhaltige Investitionen**

Seit dem Jahr 2005 fördert die Rentenbank Investitionen von landwirtschaftlichen Betrieben in erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe sowie agrarbezogenen Umwelt-, Tier- und Verbraucherschutz zu besonders günstigen Konditionen.

Dieser Weg wurde mit der Neustrukturierung des Förderangebots im Jahr 2008 weiter beschritten, indem entsprechende Förderprogramme auch für die Ernährungswirtschaft und die der Landwirtschaft vorgelagerten Wirtschaftsbereiche eingeführt wurden. Investitionen in Maßnahmen zur Emissionsminderung und Energieeinsparung, zum Tier- und Verbraucherschutz, ökologischen Landbau und zur regionalen Vermarktung stehen hier im Mittelpunkt. Dementsprechend fördern wir auch diese Investitionen mit besonders günstigen Konditionen. Das ebenfalls 2008 neu aufgelegte Programm „Energie vom Land“ richtet den Fokus darüber hinaus auf die Erzeugung erneuerbarer Energien. Hier hat die Landwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der klimapolitischen Ziele des Bundes und der EU übernommen. Die Rentenbank unterstützt die Branche auf diesem Weg. Die Investitionen in die Produktion von Biogas- und Solarstrom, die durch die Rentenbank 2010 gefördert wurden, vermeiden jährlich rund 1,3 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Auch bei der im Berichtsjahr neu eingeführten Fördersäule für die Aquakultur und Fischwirtschaft werden Investitionen, die dem Umwelt- und Ressourcenschutz zugute kommen, mit unseren besonders günstigen Kon-

ditionen gefördert. Die nachhaltige Aufzucht von Fischen ist vor dem Hintergrund des Rückgangs natürlicher Fischbestände und einer gleichzeitig weltweit wachsenden Nachfrage eine vergleichsweise neue Herausforderung für die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft.

In den letzten Jahren ist das Zusagevolumen unserer Programmkredite für Investitionen mit Fokus auf Nachhaltigkeitsaspekte stetig gewachsen. Im Geschäftsjahr 2010 förderte die Rentenbank Investitionen von 2,5 Mrd. € (1,7) für nachhaltig wirksame Projekte. Das stetig gestiegene Zusagevolumen spiegelt dabei auch das höhere Engagement der geförderten Unternehmen der Agrarwirtschaft in diesem Bereich wider. Mit der Ausgestaltung unserer Programme verfolgen wir auch in Zukunft das Ziel, Investitionen der Agrarwirtschaft in nachhaltige Projekte zu unterstützen.

### **Senkung des Ressourcenverbrauchs im internen Bankbetrieb**

Als Dienstleistungsunternehmen tragen wir auch in unserem täglichen Bankbetrieb zur Schonung der Ressourcen bei und gehen sparsam mit Energie und Rohstoffen um. Wir prüfen außerdem, ob es weitere Potenziale gibt, und beziehen ökologische Aspekte in Entscheidungen und Verhaltensweisen mit ein. Im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes der Rentenbank stand im Berichtsjahr der Sanierungsbeginn der in den späten 50er- und frühen 60er-Jahren errichteten Mitarbeiterwohnungen im Vordergrund. Geplant ist, bis zum Jahr 2013 sämtliche Wohngebäude entsprechend der Energiesparverordnung (EnEV) energetisch zu sanieren und damit den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken. Die Sanierung der ersten drei Mehrfamilienhäuser mit insgesamt 15 Wohneinheiten konnte noch im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Über diese beispielhaft genannten Maßnahmen hinaus werden wir in Zukunft Nachhaltigkeitsaspekte verstärkt in unsere Geschäftstätigkeit und unseren internen Bankbetrieb einbeziehen. Hierzu wurde im Berichtsjahr eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die zunächst die bereits vorhandenen Maßnahmen systematisch erfasst und in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen Vorschläge für weitergehende Projekte entwickelt. Ein Projekt wird die erweiterte Dokumentation der Nachhaltigkeitsbestrebungen der Rentenbank sein.

## Corporate Governance

### **Rentenbank bekennt sich zum Public Corporate Governance Kodex des Bundes**

Wirkungsvolle Corporate Governance ist von zentraler Bedeutung für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Unternehmensführung. Die Rentenbank hat den von der Bundesregierung beschlossenen Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK, Stand 30. Juni 2009) mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 16. Juli 2009 übernommen. Der PCGK richtet sich zwar in erster Linie an Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des Privatrechts, jedoch wird dessen Anwendung Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, wie der Rentenbank als bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. das LR-Gesetz) nicht entgegenstehen.

Vorstand und Verwaltungsrat der Rentenbank identifizieren sich mit diesen Grundsätzen. Die Einhaltung der im Kodex enthaltenen international und national anerkannten Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung liegt ausdrücklich im allgemeinen Bundesinteresse an der Tätigkeit der Rentenbank.

### **Leitung und Kontrolle der Bank durch Vorstand und Verwaltungsrat**

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohle der Bank eng zusammen und beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Der Vorstand leitet die Bank in eigener Verantwortung nach Maßgabe des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank und der Satzung. Er ist dabei an das Unternehmensinteresse und den gesetzlichen Förderauftrag gebunden. Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Geschäftsführung der Bank. Er bestellt die Vorstandsmitglieder und plant gemeinsam mit dem Vorstand deren langfristige Nachfolge. Der Verwaltungsrat kann über die Regelungen in der Satzung hinaus bestimmte Geschäfte von seiner Zustimmung abhängig machen. Für den Vorstand und den Verwaltungsrat bestehen jeweils Geschäftsordnungen.

### **Vermeidung von Interessenkonflikten**

Die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Möglicherweise auftretende Interessenkonflikte im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit sind von den Vorstandsmitgliedern und den Mitgliedern des Verwaltungsrates gegenüber dem Verwaltungsratsvorsitzenden bzw. dem Verwaltungsrat offenzulegen. Interessenkonflikte von Mitgliedern des Vorstandes und des Verwaltungsrates sind im Berichtsjahr nicht aufgetreten.

### **Vergütungsregelung für Vorstand und Verwaltungsrat**

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Verwaltungsrat auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung in angemessener Höhe festgelegt. Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder enthält keine Komponenten mit Anreizwirkung, bestimmte Geschäfte oder Risiken einzugehen.

Bei der Bemessungsgrundlage der Tantieme, die für das vergangene Kalenderjahr gezahlt wird und jeweils in der Frühjahrssitzung des Verwaltungsrates festgelegt wird, orientiert sich der Verwaltungsrat an der individuellen Leistung eines Vorstandsmitglieds, der Leistung der Vorstandsmitglieder insgesamt, der wirtschaftlichen Lage sowie dem nachhaltigen Erfolg und den Zukunftsaussichten der Rentenbank. Zur Operationalisierung dieser Kriterien finden quantitative und qualitative Aspekte Berücksichtigung. Eine unmittelbare Verknüpfung der Höhe der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstandes mit einem oder mehreren dieser Kriterien besteht nicht.

Die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder regelt die Satzung. Dabei wird sowohl der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Verwaltungsratsmitglieder als auch der wirtschaftlichen Lage der Rentenbank Rechnung getragen.

Die individuelle Vergütung der Vorstands- und der Verwaltungsratsmitglieder ist im Konzernanhang (Notes) auf den Seiten 140 und 141 aufgeführt.

### **Transparenz und Information**

Transparenz und Information haben für die Bank einen hohen Stellenwert. Die Rentenbank verfolgt bei der Informationsverbreitung den Grundsatz der Gleichbehandlung der Anleger bzw. weiterer Interessenten. Die von der Bank veröffentlichten Informationen sind auch über ihre Internetseiten ([www.rentenbank.de](http://www.rentenbank.de)) zugänglich. Wesentliche Vorgänge, die geeignet sind, den Börsenpreis der zugelassenen Wertpapiere der Rentenbank zu beeinflussen, werden unverzüglich veröffentlicht.

### **Rechnungslegung und Abschlussprüfung**

Der Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2010 ist nach IFRS erstellt worden. Auch wird ein Einzelabschluss nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs für große Kapitalgesellschaften und den besonderen Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute berichtet. Der Verwaltungsrat wählt den Abschlussprüfer, erteilt den Prüfungsauftrag und trifft mit dem Abschlussprüfer die Honorarvereinbarung. Der vom Verwaltungsrat gebildete Bilanzausschuss achtet auf die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers.

### **Abweichungen von den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodexes**

Der PCGK richtet sich in erster Linie an Kapitalgesellschaften. Darüber hinaus sind auch andere juristische Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts, deren Gegenstand ein gewerblicher oder sonstiger wirtschaftlicher Betrieb ist oder einen solchen überwiegend umfasst, Adressaten des PCGK. Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts wird die Beachtung des PCGK empfohlen, soweit rechtliche Bestimmungen (z. B. gesetzliche Vorgaben zur Ausgestaltung der Unternehmensorgane) nicht entgegenstehen. Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank schließt die Anwendung einiger Vorgaben des Kodexes aus.

### **Entsprechenserklärung des Vorstandes und des Verwaltungsrates**

Die Landwirtschaftliche Rentenbank hat im Geschäftsjahr 2010 den Empfehlungen des PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:

- Eine Nennung der Vergütung für die Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder erfolgt nicht zusätzlich im Corporate Governance Bericht, da die Vergütung unter Namensnennung in allgemein verständlicher Form im Geschäftsbericht der Rentenbank wiedergegeben wird (Konzernanhang, Seiten 140 und 141).
- Die neue Empfehlung zu den Abfindungs-Caps bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit gem. Ziff. 4.3.2 des PCGK bezieht sich auf den Neuabschluss von Vorstandsverträgen und wurde für die Landwirtschaftliche Rentenbank bisher nicht relevant. Soweit es zu einem Abschluss von Vorstandsverträgen kommen sollte, werden der Verwaltungsrat beziehungsweise der zuständige Verwaltungsausschuss der Landwirtschaftlichen Rentenbank eine Umsetzung der Empfehlung prüfen.

Die Landwirtschaftliche Rentenbank beabsichtigt, dem PCGK in der Fassung vom 30. Juni 2009 mit obiger Maßgabe auch in Zukunft zu entsprechen.

Landwirtschaftliche Rentenbank  
Im März 2011

Der Vorstand  
Der Verwaltungsrat

# Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

## Unser Dank

Die Rentenbank hat 2010 ihre Förderaktivitäten weiter ausgebaut und ihr Betriebsergebnis verbessert. Dieses ist nicht selbstverständlich in einem Jahr, das sowohl die internationale Finanzbranche als auch die Agrarwirtschaft vor außerordentliche Herausforderungen gestellt hat. Mit fundiertem Know-how aus der Bankenwelt, Expertenwissen über den Agrarsektor und vielen weiteren Spezialkenntnissen haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Erfolg unseres Unternehmens möglich gemacht. Darüber hinaus bewiesen sie außerordentliches Engagement und Flexibilität, so dass auch im vergangenen Jahr alle Anforderungen hervorragend gemeistert wurden. Wir danken daher dem gesamten Team für die geleistete Arbeit, durch die eine gute Basis für ein erfolgreiches Jahr 2011 geschaffen wurde. Unserem Personalrat danken wir für die konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

## Qualifiziertes Wachstum

Unserer strategischen Ausrichtung folgend haben wir im Jahr 2010 neue hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Damit gewährleisten wir weiterhin eine gute Betreuung unserer Kunden und Geschäftspartner, stellen uns flexibel auf veränderte Marktgegebenheiten ein und werden zukünftigen rechtlichen und technischen Anforderungen gerecht. Mit Blick auf die Zukunft der Bank haben wir auch unser Traineeprogramm wieder aufgenommen und fünf Trainees eingestellt, um sie für weiterführende Aufgaben in der Bank zu qualifizieren. Am Jahresende 2010 beschäftigte die Rentenbank 229 (218) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (ohne Elternzeit und Vorstand), davon 196 in Vollzeit. Diese Zahl beinhaltet auch befristete Einstellungen, durch die wir der Elternzeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht werden sowie Arbeitsspitzen und längere Abwesenheiten auffangen können.

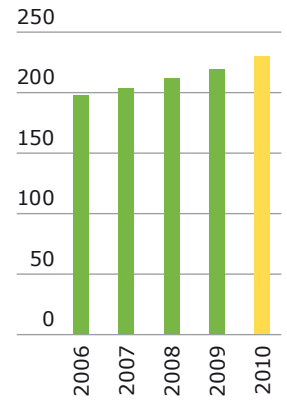
## Attraktiver Arbeitgeber

Unsere Erfolge in der Personalakquisition unterstreichen die Attraktivität der Rentenbank am Finanzplatz Frankfurt. So konnten wir alle Vakanzen mit sehr gut qualifizierten und äußerst engagierten Bewerberinnen und Bewerbern besetzen. Wir sind stolz, unseren Mitarbeitern unverändert sichere Arbeitsplätze bieten zu können. Eine geringe Fluktuation und die durchschnittliche Zugehörigkeit von 12 Jahren beweisen, dass wir uns auf unsere Mitarbeiter verlassen können. Unser Förderauftrag, nachhaltiges Handeln und das Wahrnehmen gesellschaftlicher Verantwortung überzeugt Mitarbeiterinnen, Mitarbeiter und Bewerber, gerade weil wir diese Werte nach innen und außen leben.

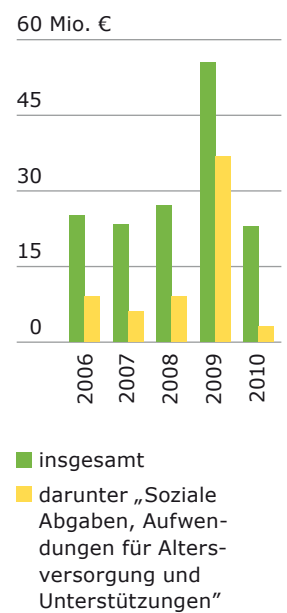
## Zahlen und Fakten

Der Aufwand für „Löhne und Gehälter“ ist 2010 mit 19,8 Mio. € (18,6 Mio. €) um 1,2 Mio. € gestiegen und insbesondere auf den höheren Mitarbeiterstand zurückzuführen. Der Aufwand für „Soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützungen“ sank dagegen deutlich gegenüber dem letzten Jahr auf 3,1 Mio. € (37,3 Mio. €), da im Jahr 2009 die Berechnungsgrundlage für Pensionsrückstellungen an die Systematik für internationale Bewertungsregeln (IAS 19) angelehnt wurde. Dieser Wertansatz führte 2009 zu einer einmaligen deutlich höheren Bewertung der Pensionsverpflichtungen.

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**  
(ohne Vorstand und Elternzeit)



**Personalaufwand**



Steuerung





AUTO





Regulierung muss  
die Dinge behutsam  
aber bestimmt in  
die angestrebten  
Bahnen lenken,  
dabei aber  
ausreichend  
Freiräume lassen.

# Einzelabschluss HGB 2010

## Bilanz und GuV: Positive Förderbilanz

Nach dem Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank erfolgt die Gewinnverwendung der Bank auf der Basis des HGB-Abschlusses. Neben dem IFRS-Konzernabschluss erstellen wir deshalb auch einen Einzelabschluss nach HGB. Die wichtigsten Entwicklungen des HGB-Jahresabschlusses werden im Folgenden dargestellt.

### Bilanzsumme gestiegen

Die Bilanzsumme wuchs 2010 um 2,7 Mrd. € bzw. 3,6 % auf 78,5 Mrd. € (75,8 Mrd. €). Da unsere Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken ausgelegt werden, fielen auf der Aktivseite der Bilanz die Forderungen an Kreditinstitute mit einem Anteil von 63,1 % (61,2 %) besonders ins Gewicht. Diese Position betrug am Jahresende 49,5 Mrd. €, 3,1 Mrd. € mehr als im Vorjahr (46,4 Mrd. €). Der Wertpapierbestand, der sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammensetzt, fiel um 1,2 Mrd. € auf 26,9 Mrd. € (28,1 Mrd. €).

Auf der Passivseite der Bilanz verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 1,2 Mrd. € auf 3,1 Mrd. € (4,3 Mrd. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verminderten sich um 0,3 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € (5,9 Mrd. €). Diese Bilanzposition enthält überwiegend Namensschuldverschreibungen mit einem Bestandsvolumen von 4,4 Mrd. € (4,7 Mrd. €) am Jahresende. Die verbrieften Verbindlichkeiten erhöhten sich um 0,5 Mrd. € und betragen 62,1 Mrd. € (61,6 Mrd. €).

### Ertragslage normalisiert

Die Ertragsentwicklung stand im Geschäftsjahr 2010 im Zeichen einer Normalisierung. Nach der außergewöhnlich positiven Ertragsentwicklung in den beiden Vorjahren sank der Zinsüberschuss um 3,4 % auf 409,2 Mio. € (423,4 Mio. €). Das Betriebsergebnis vor Bewertung erreichte mit 366,2 Mio. € (347,4 Mio. €) dennoch ein neues Rekordniveau. Dies beruht auf einem deutlichen Rückgang des Verwaltungsaufwandes von 75,0 Mio. € auf 39,4 Mio. €. Hintergrund ist die im Vorjahr vollzogene Anpassung der Bewertung von Pensionsverpflichtungen an die internationalen Rechnungslegungsvorschriften des IAS 19, die 2009 zu einem außerordentlichen Anstieg dieses Aufwandspostens führte.

Der Jahresüberschuss wurde 2010 mit 47,0 Mio. € (45,0 Mio. €) um 2,0 Mio. € höher als im Vorjahr ausgewiesen. Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe sollen hieraus

35,25 Mio. € (33,75 Mio. €) der Hauptrücklage zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Bilanzgewinn von 11,75 Mio. € (11,25 Mio. €), der für eine Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums verwendet wird.

### Eigenkapital leicht gesunken

Die bilanziellen Eigenmittel erreichten 2010 nach der Dotierung der Hauptrücklage und der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken 3 074,6 Mio. € (3 125,7 Mio. €) und lagen damit 51,1 Mio. € unter dem Vorjahr. Die Eigenmittel setzten sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2010	31. 12. 2009
	Mio. €	Mio. €
Grundkapital	135,0	135,0
Hauptrücklage	651,7	564,7
Deckungsrücklage	159,1	188,3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1 348,0	1 170,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	780,8	1 067,7
<b>Summe</b>	<b>3 074,6</b>	<b>3 125,7</b>

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde um 178,0 Mio. € auf 1 348,0 Mio. € aufgestockt. Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben sich, aufgrund von Fälligkeiten und unter Einrechnung von Wechselkurschwankungen, per saldo um 286,9 Mio. € vermindert. Der Anteil der ausgewiesenen haftenden Mittel an der Bilanzsumme betrug 3,9 % (4,1 %).

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel der Bank zum 31.12.2010 vor Feststellung des Jahresabschlusses auf 3 246,1 Mio. € (3 027,0 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am Bilanzstichtag mit 24,5 % (23,8 %) weit über den gesetzlichen Mindestanforderungen.

# Jahresbilanz zum

## AKTIVSEITE

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		0,1		0,1
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		53,4		102,1
darunter:			53,5	102,2
bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 53,4 (i. Vj. Mio. € 102,1)				
<b>2. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		3,3		2,5
b) andere Forderungen		49 532,3		46 408,6
			49 535,6	46 411,1
<b>3. Forderungen an Kunden</b>				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
Kommunalkredite				
Mio. € 1 379,9 (i. Vj. Mio. € 477,4)			1 834,3	978,0
<b>4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	132,1			0,0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 132,1 (i. Vj. Mio. € -,-)				
ab) von anderen Emittenten	0,0	132,1		189,9
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € 189,9)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	1 528,0			820,8
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 1 416,5 (i. Vj. Mio. € 690,8)				
bb) von anderen Emittenten	24 643,4	26 171,4		26 479,7
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank				
Mio. € 23 755,7 (i. Vj. Mio. € 25 783,4)				
c) eigene Schuldverschreibungen		635,9		635,9
Nennbetrag Mio. € 694,2 (i. Vj. Mio. € 581,9)			26 939,4	28 126,3
<b>5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			0,1	0,1
<b>6. Beteiligungen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			4,2	4,2
<b>7. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>				
darunter: an Kreditinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)				
an Finanzdienstleistungsinstituten				
Mio. € -,- (i. Vj. Mio. € -,-)			0,0	0,0
<b>8. Treuhandvermögen</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,8 (i. Vj. Mio. € 106,7)			104,8	106,7
<b>9. Immaterielle Anlagewerte</b>			0,4	0,3
<b>10. Sachanlagen</b>			19,0	19,8
<b>11. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			<b>11,5</b>	86,5
<b>12. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		4,1		5,1
b) andere		1,3		1,2
			5,4	6,3
<b>Summe der Aktiva</b>			<b>78 508,2</b>	<b>75 841,5</b>

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		0,1		0,0
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		3 124,3		4 308,6
			3 124,4	4 308,6
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
andere Verbindlichkeiten				
a) täglich fällig		63,1		65,4
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5 530,1		5 796,2
			5 593,2	5 861,6
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
begebene Schuldverschreibungen			62 059,5	61 623,4
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>				
darunter: Treuhandkredite				
Mio. € 104,8 (i. Vj. Mio. € 106,7)			104,8	106,7
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			4 020,7	283,5
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		1,3		0,7
b) andere		52,1		42,6
			53,4	43,3
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		84,6		107,1
b) andere Rückstellungen		381,2		370,4
			465,8	477,5
<b>8. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			780,8	1 067,7
<b>9. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			1 348,0	1 170,0
<b>10. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		135,0		135,0
b) Gewinnrücklagen				
ba) Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	564,6			
Einstellungen aus der Deckungsrücklage	29,2			
Erstanwendungseffekte BilMoG	22,6			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss	35,3	651,7		564,6
bb) Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes				
über die Landwirtschaftliche Rentenbank	188,3			
Entnahmen gemäß § 2 (3) Rentenbank-Gesetz	29,2	159,1		188,3
c) Bilanzgewinn		11,8		11,3
			957,6	899,2
<b>Summe der Passiva</b>			<b>78 508,2</b>	<b>75 841,5</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			3,6	119,1
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
Unwiderrufliche Kreditzusagen			1 370,8	1 322,2

# Gewinn-und-Verlust-Rechnung für die Zeit

## AUFWENDUNGEN

	Mio. €	Mio. €	Mio. €	2009 Mio. €
<b>1. Zinsaufwendungen</b>			2 425,1	2 663,0
<b>2. Provisionsaufwendungen</b>			2,7	2,3
<b>3. Nettoaufwand des Handelsbestands</b>			0,0	0,0
<b>4. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	19,8			18,6
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützungen	3,1			37,3
		22,9		55,9
darunter:				
für Altersversorgung Mio. € 0,8 (i. Vj. Mio. € 35,0)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		14,7		16,4
			37,6	72,3
<b>5. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			1,8	2,7
<b>6. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			8,4	6,5
<b>7. Aufwendungen für bestimmte Wertpapiere und Forderungen</b>				
a) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		168,4		191,6
b) Zuführung „Fonds für allgemeine Bankrisiken“		178,0		83,0
			346,4	274,6
<b>8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>			0,0	27,8
<b>9. Außerordentliche Aufwendungen</b>			0,0	0,0
<b>10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>			0,0	0,0
<b>11. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen</b>			0,1	0,1
<b>12. Jahresüberschuss</b>			47,0	45,0
<b>Summe der Aufwendungen</b>			<b>2 869,1</b>	<b>3 094,3</b>
<b>1. Jahresüberschuss</b>			47,0	45,0
<b>2. Entnahmen aus der Gewinnrücklage</b>				
aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank			29,2	121,0
<b>3. Einstellungen in die Gewinnrücklage</b>				
in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank				
aus der Deckungsrücklage			29,2	121,0
aus dem Jahresüberschuss			35,2	33,7
<b>4. Bilanzgewinn</b>			11,8	11,3

## vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

### ERTRÄGE

	Mio. €	Mio. €	2009 Mio. €
<b>1. Zinserträge</b> aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	2 061,0		2 204,9
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	773,0		881,3
		2 834,0	3 086,2
<b>2. Laufende Erträge</b> aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,0		0,0
b) Beteiligungen	0,3		0,2
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	0,0		0,0
		0,3	0,2
<b>3. Provisionserträge</b>		2,7	4,4
<b>4. Nettoertrag des Handelsbestands</b>		0,0	0,0
<b>5. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>		0,0	0,0
<b>6. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>		27,2	0,0
<b>7. Sonstige betriebliche Erträge</b>		4,9	3,5
<b>8. Außerordentliche Erträge</b>		0,0	0,0
<b>Summe der Erträge</b>		<b>2 869,1</b>	<b>3 094,3</b>



## Konzernabschluss IFRS 2010

# Konzernlagebericht

## Wirtschaftliches Umfeld

2010 prägten vor allem zwei Entwicklungen das Geschehen an den Finanzmärkten: die Erholung der Weltkonjunktur und die Staatsschuldenkrisen einiger Euroländer. Nach der schwersten weltwirtschaftlichen Rezession seit dem zweiten Weltkrieg belebte sich die Weltkonjunktur unerwartet schnell und kräftig. Sowohl staatliche Konjunkturprogramme als auch das dynamische Wachstum in den Schwellenländern leisteten wichtige Beiträge zur Aufwärtsentwicklung in den Industriestaaten. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Euroraum wuchs 2010 um rund 1,7 % nach einem Rückgang von 4,1 % im Vorjahr. Die Unterschiede zwischen den Euro-Staaten waren allerdings enorm. So befanden sich Griechenland und Irland auch 2010 noch in einer Rezession, während das BIP-Wachstum in Deutschland nach dem Einbruch im Vorjahr (-4,7 %) mit einem Plus von 3,6 % überdurchschnittlich hoch ausfiel. Für Wachstumsimpulse sorgte dabei nicht nur der Export, sondern auch die leichte Erholung der Binnennachfrage.

Die Inflationsraten blieben 2010 im Euroraum auf einem niedrigen Niveau. Trotz der konjunkturellen Erholung begrenzten die niedrige Kapazitätsauslastung und die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern den Preiserhöhungsspielraum. Die Verbraucherpreise stiegen im Euroraum durchschnittlich um 1,6 % nach 0,3 % im Vorjahr. Da die Energie- und Rohstoffpreise vor dem Hintergrund des weltweiten Aufschwungs wieder stärker stiegen, erhöhte sich jedoch der Preisdruck im Jahresverlauf. Im Dezember überschritt die monatliche Inflationsrate erstmals seit mehr als zwei Jahren wieder die 2 %-Marke. Nach dem deutlichen Anstieg im Rezessionsjahr 2009 verharrte die Arbeitslosigkeit im Euroraum 2010 ganzjährig bei rund 10 % (ILO-Standard). Eine deutlich positivere Entwicklung verzeichnete Deutschland. Hier sank die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf von 7,3 % auf 6,6 %.

Die umfangreichen Konjunkturprogramme zur Behebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage blieben ebenso wie die Rezession des Vorjahres nicht ohne Wirkung auf die öffentlichen Finanzen. Im Jahr 2010 rückte die weltweit ausufernde Staatsverschuldung in den Fokus der Anleger und Rating-Agenturen. Davon waren im Euroraum insbesondere die Länder Griechenland, Irland und Portugal, zeitweise aber auch Spanien und Italien betroffen. Die Spreads zwischen den Renditen europäischer Staatsanleihen weiteten sich dementsprechend stark aus. Im Mai spannte die Europäische Union (EU) unter Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Rettungsschirm von

750 Mrd. € mit dem Ziel, Euro-Mitglieder vor dem Staatsbankrott zu retten und die Finanzmärkte zu stabilisieren. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) war in die Hilfsmaßnahmen einbezogen. Sie gewährte den Banken im Rahmen ihrer regelmäßigen Refinanzierungsgeschäfte unbegrenzt Liquidität und kaufte gedeckte Schuldverschreibungen (covered bonds) und Staatsanleihen gefährdeter EU-Staaten.

Diese Maßnahmen führten zu einer vorübergehenden Stabilisierung der Finanzmärkte. Im weiteren Jahresverlauf kam es vor dem Hintergrund der anhaltenden Schuldenkrise und des immer noch fragilen Finanzsektors zur erneuten Verunsicherung der Marktteilnehmer. Das gesamte Jahr 2010 kennzeichnete eine hohe Volatilität der Finanzmärkte. Viele Investoren zogen sich aus risikoreicheren Anlageklassen zurück. Folglich sanken die langfristigen Renditen sicherer Anlageformen. Gleichzeitig wurde die Zinsstrukturkurve flacher. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen ging bis Anfang September 2010 auf rund 2 % zurück. Neuerlich aufkeimende Inflationserwartungen, die Diskussionen um die Einführung von Eurobonds und die Befürchtung, die Schuldenkrise im Euroraum könnte sich ausweiten, ließen die Rendite bis zum Jahresende 2010 wieder auf rund 3 % steigen.

## Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Rentenbank war 2010 durch eine anhaltend hohe Nachfrage nach Förderfinanzierungen und eine Normalisierung der Ertragslage gekennzeichnet. Das Fördervolumen erreichte insgesamt 66,5 Mrd. € (65,8 Mrd. €) und lag damit um 1,1 % über dem Vorjahr. Aufgrund des höheren Neugeschäfts bei Programmkrediten wuchs der Bestand an Förderkrediten um 0,8 Mrd. € bzw. 1,9 % auf 42,6 Mrd. € (41,8 Mrd. €). Das Bilanzvolumen der verbrieften Finanzierungen sank, da die Fälligkeiten das gestiegene Neugeschäft übertrafen. Insgesamt erreichten die Neuabschlüsse im Fördergeschäft im Geschäftsjahr 2010 12,2 Mrd. € (10,7 Mrd. €). Durch das höhere Neugeschäft stieg der Bedarf an Kapitalmarktmitteln. Im Berichtsjahr nahm die Bank an in- und ausländischen Kapitalmärkten 10,6 Mrd. € (10,0 Mrd. €) auf.

## Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Aus der Bilanz	31. 12. 2010 Mrd. €	31. 12. 2009 Mrd. €
Bilanzsumme	83,8	77,8
Forderungen an Kreditinstitute	49,3	45,8
Forderungen an Kunden	1,5	0,6
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6,0	2,9
Finanzanlagen	26,5	27,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,5	3,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5,6	5,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	65,1	60,3
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	3,3	4,4
Rückstellungen	0,1	0,1

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum 31. 12. 2010 gegenüber dem 31. 12. 2009 um 6,0 Mrd. € bzw. 7,7 % auf 83,8 Mrd. € (77,8 Mrd. €). Der Anstieg resultierte im Wesentlichen aus dem erhöhten Förderkreditvolumen, erhaltenen Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen und Wechselkursschwankungen. Die Bilanzsumme der konsolidierten Tochtergesellschaft LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, betrug zum 31. 12. 2010 219,5 Mio. € (232,2 Mio. €). Die Bilanzsumme der ebenfalls konsolidierten DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, an der die LR Beteiligungsgesellschaft mbH mit 100 % beteiligt ist, belief sich auf 16,6 Mio. € (17,8 Mio. €). Die Eventualverbindlichkeiten ohne die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen 4,1 Mio. € (119,1 Mio. €). Eine Rückbürgschaft gegenüber dem Bund in Höhe von 110 Mio. € wurde im Berichtsjahr zurückgeführt.

Der Konzern legt seine Kredite grundsätzlich wettbewerbsneutral über andere Banken heraus. Auf der Aktivseite der Bilanz fielen dementsprechend die „Forderungen an Kreditinstitute“ mit einem Anteil von 58,8 % (58,9 %) besonders ins Gewicht. Diese Position valutierte zum Jahresultimo mit 49,3 Mrd. € (45,8 Mrd. €). Sie erhöhte sich gegenüber dem 31. 12. 2009 im Wesentlichen durch das gestiegene Programmkreditvolumen sowie die Anlage erhaltener Barsicherheiten um 3,5 Mrd. €.

Die „Forderungen an Kunden“ stiegen um 0,9 Mrd. € auf 1,5 Mrd. € (0,6 Mrd. €).

Die „Finanzanlagen“ setzen sich fast ausschließlich aus Bankanleihen und -schuldverschreibungen zusammen. Sie verringerten sich im Wesentlichen aufgrund von über dem Neugeschäft liegenden Fälligkeiten um 1,4 Mrd. € auf 26,5 Mrd. € (27,9 Mrd. €). Der Konzern hält keine Wertpapiere bzw. Forderungen mit strukturierten Kreditrisiken wie ABS (Asset Backed Securities) oder CDO (Collateralized Debt Obligations).

Auf der Passivseite der Bilanz verringerten sich die „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ im Wesentlichen durch die Rückführung von Festgeldern um 1,2 Mrd. € auf 2,5 Mrd. € (3,7 Mrd. €).

Die „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ verminderten sich um 0,2 Mrd. € auf 5,6 Mrd. € (5,8 Mrd. €). Die Bilanzposition enthält überwiegend Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen, die am Jahresende mit Buchwerten von 5,5 Mrd. € (5,6 Mrd. €) ausgewiesen wurden.

Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich um 4,8 Mrd. € bzw. 8,0 % und wurde zum Jahresultimo mit 65,1 Mrd. € (60,3 Mrd. €) ausgewiesen. Für diesen Anstieg sind im Wesentlichen Effekte aus der Währungsumrechnung von USD-Emissionen verantwortlich. Dies führte entsprechend zu kompensierenden Effekten bei den ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken abgeschlossenen Derivaten. Die Medium-Term-Note-Programme (MTN) stellten mit 43,0 Mrd. € (40,2 Mrd. €) die wichtigste Refinanzierungsquelle dar. Die Globalanleihen beliefen sich am Jahresende auf 12,1 Mrd. € (9,9 Mrd. €). Der Bestand des ECP-Programms zur Geldmarktrefinanzierung verminderte sich geringfügig auf 10,0 Mrd. € (10,2 Mrd. €).

Die zur Refinanzierung aufgenommenen Geld- und Kapitalmarktmittel wurden grundsätzlich zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen.

Derivate dienen ausschließlich der Absicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken. Die Bank tätigt keine Geschäftsabschlüsse mit Credit Default Swaps (CDS). Aufgrund der Geschäftsentwicklung in 2010 und aufgrund von Marktbewertungen – insbesondere der Währungsumrechnung von USD-Positionen – haben sich die positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 3,1 Mrd. € auf 6,0 Mrd. € (2,9 Mrd. €) erhöht. Die negativen Marktwerte verringerten sich um 1,1 Mrd. € auf 3,3 Mrd. € (4,4 Mrd. €).

Die Rückstellungen verringerten sich leicht um 0,4 Mio. € auf 102,1 Mio. € (102,5 Mio. €). Den Pensionsrückstellungen wurden brutto 6,6 Mio. € zugeführt; der Verbrauch für laufende Pensionszahlungen betrug

5,6 Mio. €. Der Barwert der Pensionsverpflichtungen ist auf der Grundlage eines Rechnungszinsfußes von 4,8 % (5,2 %) ermittelt worden.

## Ertragslage

	31. 12. 2010	31. 12. 2009
	Mio. €	Mio. €
<b>1) Gewinn-und-Verlust-Rechnung</b>		
Zinsüberschuss vor Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	350,9	381,0
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	5,0	40,4
Verwaltungsaufwendungen	49,2	47,1
Sonstiges Ergebnis	-0,5	-0,7
<b>a) Operatives Ergebnis</b>	<b>296,2</b>	<b>292,8</b>
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	-144,4	-369,7
<b>b) Bewertungsergebnis</b>	<b>-144,4</b>	<b>-369,7</b>
<b>c) Konzernjahresüberschuss</b>	<b>151,8</b>	<b>-76,9</b>
<b>2) Sonstiges Ergebnis</b>		
Veränderung der Neubewertungsrücklage	-230,0	267,3
<b>3) Konzerngesamtergebnis</b>	<b>-78,2</b>	<b>190,4</b>

### Operatives Ergebnis

Die operative Ertragslage des Konzerns vor Fair Value- und Hedge-Bewertung entwickelte sich im laufenden Geschäftsjahr positiv. Einschließlich der Ergebnisbeiträge aus festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen erreichten die Zinserträge 4 019,3 Mio. € (3 854,5 Mio. €). Nach Abzug der Zinsaufwendungen von 3 668,4 Mio. € (3 473,5 Mio. €) errechnete sich ein Zinsüberschuss von 350,9 Mio. € (381,0 Mio. €). Dieser lag insbesondere aufgrund verringerter Margen im kurzfristigen Interbankengeschäft um 30,1 Mio. € oder 7,9 % unter dem Vorjahr. Da in 2010 keine Wertberichtigungen erforderlich waren und eine abgeschriebene Forderung veräußert werden konnte, sank die Risikovorsorge / Zinsunterdeckung um 35,4 Mio. € auf 5,0 Mio. € (40,4 Mio. €). Somit verbesserte sich das operative Ergebnis leicht um 3,4 Mio. € auf 296,2 Mio. € (292,8 Mio. €).

Das operative Ergebnis vor Fair Value- und Hedge-Bewertung im Segment „Fördergeschäft“ konnte aufgrund des höheren Fördergeschäftsvolumens bei steigenden längerfristigen Margen deutlich auf 128,6 Mio. € (71,1 Mio. €) gesteigert werden. Dagegen sank das Ergebnis im Segment „Treasury Management“ aufgrund des geringeren Zinsüberschusses auf 74,9 Mio. € (136,2 Mio. €). Das Segment „Kapitalstockanlage“ verzeichnete eine Ergebnisverbesserung auf 92,7 Mio. € (85,5 Mio. €).

### Bewertungsergebnis

Im Bewertungsergebnis werden die unrealisierten Gewinne und Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate und der Bilanzgeschäfte, die der Fair Value Option zugeordnet wurden, erfasst. Zudem werden die zinsinduzierten Wertänderungen von Bilanzgeschäften in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen bzw. bei bilanzieller Ineffektivität deren Amortisation hier erfasst. Die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ werden nicht im Bewertungsergebnis sondern erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen, soweit keine Wertminderungen zu berücksichtigen sind.

Die Entwicklung des Bewertungsergebnisses in 2010 war geprägt durch die Auswirkungen der Staatsschuldenkrisen einiger Euroländer auf die Finanzmärkte. Die bonitätsinduzierten Risikoaufschläge entwickelten sich uneinheitlich. Die Risikoaufschläge für die eigenen Verbindlichkeiten sind gestiegen, was zu Bewertungsgewinnen führte. Für aktivische Vermögenswerte aus Ländern mit übermäßiger Staatsverschuldung sind die Risikoaufschläge ebenfalls gestiegen, für Vermögenswerte aus den übrigen Ländern dagegen gesunken. Insgesamt ergaben sich aus der Bewertung der aktivischen Vermögenswerte ebenfalls Bewertungsgewinne in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung.

Die Bewertungsgewinne aus den Bilanzgeschäften wurden jedoch durch erhebliche Bewertungsverluste aufgrund der deutlichen Ausweitung der Basisspreads (Kosten für den Währungstausch sowie Kosten für den Tausch zwischen Zinsbasen in gleicher Währung) überkompensiert.

Zusätzlich führte die Amortisation von in Vorjahren ertragswirksam erfassten Wertänderungen der Grundgeschäfte aus dem Makro Hedge Accounting zu einer weiteren Ergebnisbelastung von 113,8 Mio. €.

Insgesamt ergab sich zum 31. 12. 2010 mit -144,4 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr (-369,7 Mio. €) geringerer Bewertungsverlust.

Durch die Buy and Hold - Strategie des Konzerns als Nichthandelsbuchinstitut stellen diese Bewertungsverluste, sofern kein Kontrahent ausfällt, lediglich eine temporäre Größe dar und fließen teilweise 2011 bzw. in den folgenden Jahren als Bewertungsgewinne durch Restlaufzeitenverkürzung wieder zurück.

#### Konzernjahresüberschuss

Das negative Bewertungsergebnis von -144,4 Mio. € konnte durch das operative Ergebnis von 296,2 Mio. € überkompensiert werden, so dass sich ein Konzernjahresüberschuss von 151,8 Mio. € ergibt. Gegenüber dem Konzernjahresfehlbetrag von -76,9 Mio. € im Vorjahr verbesserte er sich um 228,7 Mio. €.

#### Sonstiges Ergebnis

Das „Sonstige Ergebnis“ erfasst neben der Amortisation der in 2008 in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere im Wesentlichen die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“. Bonitätsinduzierte Wertänderungen resultieren aus Änderungen der Risikoaufschläge (Credit Spreads).

#### Eigenkapital

Das bilanzielle „Eigenkapital“ beträgt 2 146,6 Mio. € (2 236,1 Mio. €). Es setzt sich wie folgt zusammen:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0
Gewinnrücklagen	2 403,4	2 263,4
Neubewertungsrücklage	-403,6	-173,6
Bilanzgewinn	11,8	11,3
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>2 146,6</b>	<b>2 236,1</b>

Gestiegene Credit Spreads in Folge der Staatsschuldenkrisen einiger Eurostaaten verringerten die Marktwerte der Wertpapiere. Dies wirkte sich entsprechend auf die „Veränderung der Neubewertungsrücklage“ mit -230,0 Mio. € (267,3 Mio. €) negativ aus. Diese Schwankungen werden vor dem Hintergrund der langfristigen Investitionsstrategie des Konzerns als temporär angesehen, sofern kein Kontrahent ausfällt.

#### Konzerngesamtergebnis

Das Konzerngesamtergebnis wird zum 31. 12. 2010 mit -78,2 Mio. € (190,4 Mio. €) um 268,6 Mio. € niedriger als im Vorjahr ausgewiesen. Der Rückgang ist nahezu ausschließlich auf die Veränderung des erfolgsneutralen sonstigen Ergebnisses um -497,3 Mio. € zurückzuführen. Das um 225,3 Mio. € gestiegene Bewertungsergebnis aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung konnte hier nur teilweise kompensierend wirken.

#### Gewinnverwendung

Das Gesetz über die Landwirtschaftliche Rentenbank beschränkt nach § 2 Absatz 3, Satz 2 die maximale Höhe der Deckungsrücklage auf 5 % des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen. Entsprechend wurde aufgrund des rückläufigen Volumens der zu deckenden Schuldverschreibungen ein Betrag von 29,2 Mio. € (121,0 Mio. €) der Deckungsrücklage entnommen und in gleicher Höhe der Hauptrücklage wieder zugeführt.

Vorbehaltlich der noch ausstehenden Beschlüsse der zuständigen Organe sollen 57,8 Mio. € aus dem Konzernjahresüberschuss in die „Hauptrücklage“ eingestellt werden. Die verbleibenden operativen Ergebnisse zuzüglich der Bewertungsergebnisse in Höhe von 82,2 Mio. € sollen den anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden. Nach der Rücklagendotierung verbleibt ein Konzernbilanzgewinn von 11,75 Mio. € (11,25 Mio. €).

Das „Eigenkapital“ verringerte sich im Vergleich zu 31. 12. 2009 um 89,5 Mio. €. Die um 140,0 Mio. € gestiegenen Gewinnrücklagen konnten den Rückgang der „Neubewertungsrücklage“ um 230,0 Mio. € nur zum Teil kompensieren.

Die „Nachrangigen Verbindlichkeiten“ haben sich aufgrund von Fälligkeiten um 232,4 Mio. € auf 889,5 Mio. € (1 121,9 Mio. €) verringert. Die Bedingungen aller nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.

Aufsichtsrechtlich belaufen sich die Eigenmittel des Konzerns zum 31. 12. 2010 vor Feststellung des Jahresabschlusses auf 3 259,1 Mio. € (3 040,1 Mio. €). Die nach § 10 Abs. 1 KWG auf Basis der Solvabilitätsverordnung errechnete Gesamtkennziffer lag am Bilanzstichtag mit 25,2 % (23,9 %) weit über den derzeitigen gesetzlichen Mindestanforderungen.

### **Rechnungslegungsprozess**

Der Rechnungslegungsprozess umfasst sämtliche Tätigkeiten von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung des Jahres- bzw. Konzernabschlusses.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS)/Risikomanagementsystems (RMS) ist, die Einhaltung der Rechnungslegungsstandards und -vorschriften sicherzustellen und die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung zu gewährleisten.

Der Konzernabschluss der Rentenbank wird nach den verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. In Handbüchern und Arbeitsanweisungen werden diese Regelungen für die Rentenbank dargestellt. Der Bereich Finanzen überwacht diese regelmäßig und passt sie an veränderte gesetzliche und regulatorische Anforderungen an. Die Einbindung des Bereichs Finanzen in den „Neue-Produkte-Prozess“ (NPP) stellt die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sicher.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist für sachkundige Dritte nachvollziehbar dargestellt. Die Aufbewahrung der entsprechenden Unterlagen erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Fristen.

Die Funktionen der im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche sind klar getrennt. Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung sind in Nebenbüchern in verschiedenen Organisationseinheiten angesiedelt. Die Daten werden über automatisierte Schnittstellen ins Hauptbuch

übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung von Kontierungsregeln, die Buchungssystematik, die Buchungsprogrammsteuerung und die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Finanzen zuständig.

Die Bewertung zum Zeitwert erfolgt täglich automatisiert mittels aufsichtsrechtlich anerkannter Bewertungsmodelle.

Die Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Beachtung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS überleitet und in den Konzernabschluss einbezogen. Die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung erfolgt unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips.

Die Rentenbank setzt in der Finanzbuchhaltung eigenentwickelte Finanzsoftware ein. Die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen schützt den Rechnungslegungsprozess vor unbefugten Zugriffen. Durch Plausibilitätsprüfungen sollen Fehler vermieden werden. Außerdem sollen das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutinen sowie Soll-Ist-Vergleiche im Finanzsystem sicherstellen, dass Fehler entdeckt und korrigiert werden. Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz, dem Ausweis und der Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS/RMS wird durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision sowie durch Wirtschaftsprüfer überwacht.

Im Rahmen des Management-Information-Systems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an das Management. Über die aktuelle Geschäftsentwicklung werden der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse regelmäßig vom Vorstand unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

# Risikobericht

## Allgemeine Grundlagen

Alle wesentlichen Risiken sind auf die Rentenbank konzentriert und werden von dieser konzernweit gesteuert. Denn die Geschäftstätigkeit der Tochtergesellschaften ist eng begrenzt, und die Rentenbank hat für ihre LR Beteiligungsgesellschaft mbH eine Patronatserklärung abgegeben. Die Refinanzierung der Tochtergesellschaften erfolgt ausschließlich konzernintern.

Als Förderbank für die Agrarwirtschaft und des ländlichen Raums stellt die Rentenbank Mittel für eine Vielzahl von Investitionen bereit. Das Angebot richtet sich an Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Wein- und Gartenbaus sowie der Aquakultur/Fischwirtschaft. Finanziert werden ebenfalls Vorhaben der Ernährungswirtschaft, sonstiger vor- und nachgelagerter Unternehmen sowie Investitionen von Gemeinden für den ländlichen Raum.

Das Unternehmensziel des Konzerns, abgeleitet aus dem gesetzlichen Förderauftrag, ist die nachhaltige Förderung der Landwirtschaft sowie des ländlichen Raumes. Die Geschäftstätigkeit des Konzerns ist auf dieses Ziel ausgerichtet. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass der Konzern auch in Zukunft jederzeit in der Lage ist, seinen Förderauftrag zu erfüllen.

Die Rentenbank achtet bei ihren Geschäften auf eine hinreichende, risikoadäquate Marge, um dem Konzern die Erzielung eines angemessenen Gewinns zu ermöglichen. Dies soll erforderliche Eigenmittelerhöhungen aus eigenen Erträgen und damit den Förderauftrag sicherstellen. Die Risikostruktur des Konzerns wird wesentlich von den durch Gesetz und Satzung der Bank vorgegebenen Rahmenbedingungen geprägt.

Mit der Umsetzung der Anforderungen der 3. MaRisk-Novelle (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hat der Konzern Ende 2010 begonnen. Insbesondere erfolgt die Weiterentwicklung der Stresstests, wie die Berücksichtigung von Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekten innerhalb und zwischen den Risikoarten, die Darstellung eines schweren konjunkturellen Abschwungs und die Durchführung von „inversen“ Stresstests.

## Organisation des Risikomanagementprozesses

### *Risikomanagement*

Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement trägt der Vorstand der Bank. Er bestimmt die nachhaltige Gesamtbankrisikostrategie unter Berücksichtigung

der Vorschläge der bereichsübergreifenden ersten Führungsebene. Risikomanagementfunktionen werden vorwiegend von den Bereichen Treasury, Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligungen wahrgenommen. Ein Risikohandbuch gibt einen umfassenden Überblick über alle Geschäftsrisiken im Konzern basierend auf den Risikosteuerungs- und -controllingprozessen.

Die Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Geschäftsarten, Vertriebswegen oder auf neuen Märkten erfordert die Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ (NPP). Im Rahmen des NPP analysieren die involvierten Organisationseinheiten den Risikogehalt, die Prozesse und die wesentlichen Konsequenzen für das Management der Risiken.

### *Risikocontrolling*

Das Risikocontrolling ist organisatorisch in den Bereich Finanzen eingebunden. Es umfasst die regelmäßige Überwachung der vom Vorstand gesetzten Limite sowie eine auf den Risikogehalt und die aufsichtsrechtlichen Anforderungen abgestimmte Berichterstattung der Marktpreisrisiken, der operationellen Risiken, der Liquiditätsrisiken und der Risikotragfähigkeit. Der Bereich Banken überwacht das Adressenausfallrisiko. Der Vorstand und der Bilanz- bzw. Kreditausschuss des Verwaltungsrats werden mindestens quartalsweise über die gesamte Risikolage informiert. Unter Risikogesichtspunkten wesentliche Informationen werden vom Vorstand unverzüglich dem Verwaltungsrat weitergeleitet.

Die Instrumentarien zur Risikosteuerung und -überwachung werden ständig überprüft und weiterentwickelt.

### *Interne Revision*

Die Interne Revision der Rentenbank ist als Konzernrevision auf Gruppenebene tätig. Da keines der gruppenangehörigen Unternehmen eine eigene Interne Revision unterhält, führt die Konzernrevision die notwendigen Revisionshandlungen in diesen Unternehmen selbst durch.

Die Konzernrevision ist dem Vorstand der Rentenbank unmittelbar unterstellt. Sie nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Der Vorstand besitzt ein Direktionsrecht zur Anordnung zusätzlicher Prüfungen.

Auf der Grundlage einer risikoorientierten Prüfungsplanung prüft und beurteilt die Konzernrevision risikoorientiert und prozessunabhängig grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse des Konzerns, ein-

schließlich des Risikomanagements und des internen Kontrollsystems.

### Risikotragfähigkeit

Alle wesentlichen Risiken des Konzerns werden identifiziert und auf Konzentrationsrisiken hin untersucht. Wesentlicher Bestandteil des Risikomanagementsystems ist die Einrichtung und Überwachung der an der Risikotragfähigkeit ausgerichteten Limite. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt sicher, dass das Risikodeckungspotenzial ausreicht, um alle wesentlichen Risiken abzudecken. Dazu wird die Summe der

Anrechnungsbeträge aus den Adressenausfall-, Marktpreis- und operationellen Risiken des Konzerns einem Anteil der Risikodeckungsmasse in Abhängigkeit von unterschiedlichen Risikoszenarien gegenübergestellt. Liquiditätsrisiken werden gemäß dem Risikotragfähigkeitskonzept mit Null Euro angerechnet, weil der Konzern über ausreichende liquide Mittel verfügt und sich im übrigen aufgrund der Triple-A-Ratings jederzeit weitere benötigte liquide Mittel am Interbankengeldmarkt bzw. bei Marktstörungen im Rahmen der hinterlegten Sicherheiten bei der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft) und bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) beschaffen kann.

Die Risikodeckungsmasse nach IFRS zum 31. 12. 2010, die für die Berechnungen der Risikotragfähigkeit maßgeblich ist, stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
Verfügbares Betriebsergebnis	250,0	220,0
+ Gewinnrücklage (Andere Rücklagen)	110,0	5,0
<b>= Risikodeckungsmasse 1</b>	<b>360,0</b>	<b>225,0</b>
+ Gewinnrücklage (Andere Rücklagen)	1 482,7	1 505,4
+ Neubewertungsrücklage	-403,6	-173,6
<b>= Risikodeckungsmasse 2</b>	<b>1 439,1</b>	<b>1 556,8</b>
+ Gewinnrücklage (Hauptrücklage, Deckungsrücklage)	810,8	753,0
+ Gezeichnetes Eigenkapital (Grundkapital)	135,0	135,0
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	889,5	1 121,9
<b>= Risikodeckungsmasse 3</b>	<b>3 274,4</b>	<b>3 566,7</b>

Die Risikodeckungsmasse 1 beträgt 360 Mio. € (225 Mio. €). Das verfügbare Betriebsergebnis, abgeleitet aus der aktuellen Geschäftsentwicklung, beträgt 250 Mio. € (220 Mio. €). Von den „Anderen Rücklagen“ als Teil der bilanziellen Gewinnrücklagen wurden 110,0 Mio. € (5,0 Mio. €) der Risikodeckungsmasse 1 zugeordnet. 351 Mio. € (221 Mio. €) wurden den einzelnen Risikoarten zugewiesen.

Die Allokation der Risikodeckungsmasse auf die Risikoarten Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken ist auch Grundlage für die Vergabe der Globallimite für das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisisiko. Sie stellt sich wie folgt dar:

	Zugewiesene Risikodeckungsmasse			
	31. 12. 2010		31. 12. 2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	260,0	72,2	130,0	57,8
Marktpreisisiko	61,0	16,9	61,0	27,1
Operationelles Risiko	30,0	8,3	30,0	13,3
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>351,0</b>	<b>97,4</b>	<b>221,0</b>	<b>98,2</b>
<b>Risikodeckungsmasse 1</b>	<b>360,0</b>	<b>100,0</b>	<b>225,0</b>	<b>100,0</b>

Im Hinblick auf die anhaltende Finanzmarktkrise hat der Konzern zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken per 31. 12. 2010 260 Mio. € (130 Mio. €) der Risikodeckungsmasse 1 vorgesehen. Es ist damit zu rechnen, dass auch im Jahresverlauf 2011 weitere bonitätsbeeinträchtigende Informationen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Konzern-Kontrahenten bekannt werden. Dies kann weitere Ratingmigrationen im Jahresverlauf nach sich ziehen und damit zu einer höheren Belastung der Risikodeckungsmasse führen.

Zur Berechnung der möglichen Inanspruchnahme der Risikodeckungsmasse werden zwei Risikoszenarien analysiert. Hierbei werden die zugrundeliegenden Risikofaktoren für Adressenausfall-, Marktpreis- und operationelle Risiken einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen.

Im Risikoszenario 1 (Standardszenario) werden mögliche Marktpreisschwankungen, Kreditausfälle und das Eintreten bedeutender operationeller Schadensfälle angenommen. Die dadurch bedingte Veränderung der Risikowerte wird der Risikodeckungsmasse 1 gegenübergestellt, um die Tragfähigkeit der möglichen Verluste zu ermitteln. Der mögliche Verlust nach Szenario 1 soll das verfügbare Betriebsergebnis zzgl. eines Anteils der „Anderen Rücklagen“ nicht übersteigen (Risikodeckungsmasse 1).

Mit dem Risikoszenario 2 (Stressszenario) werden die Auswirkungen außergewöhnlicher Parameteränderungen analysiert. Das Stressszenario der Marktpreisrisiken beinhaltet eine differenzierte Verschiebung der Zinsstrukturkurve, eine Ausweitung der Risikoaufschläge im Interbankenmarkt, eine Ausweitung der Kosten für den Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen und eine Veränderung der Credit Spreads.

Für das Adressenausfallrisiko werden im Risikoszenario 2 eine volle Ausnutzung aller intern eingeräumten Limite, Bonitätsverschlechterungen, höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie eine Risikokonzentration innerhalb des Gesamtkreditportfolios unterstellt. Für operationelle Risiken wird im Risikoszenario 2 gegenüber dem Risikoszenario 1 eine Verdopplung der Schadensfälle unterstellt.

Diese Risikowerte aus den einzelnen Risikoarten werden addiert und der Risikodeckungsmasse 2 gegenübergestellt. Darüber hinaus wird zur Absicherung von potenziellen Bewertungsungenauigkeiten für ein strukturiertes Produkt Risikodeckungsmasse 2 reserviert. Haupt- und Deckungsrücklage, gezeichnetes Eigenkapital sowie Nachrangkapital (Risikodeckungsmasse 3) sollen im Szenario 2 nicht verbraucht werden.

Inanspruchnahmen durch Risikoarten im Risikoszenario 1 und 2 sind in folgender Tabelle dargestellt:

	Risikoszenario 1				Risikoszenario 2			
	31. 12. 2010		31. 12. 2009		31. 12. 2010		31. 12. 2009	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Adressenausfallrisiko	168,4	83,0	54,0	59,8	638,7	56,5	138,9	31,4
Marktpreisrisiko	7,9	3,9	14,8	16,4	18,6	1,7	21,1	4,8
Marktpreisrisiko (Spreadrisiko)	-	-	-	-	419,3	37,1	239,0	54,1
Operationelles Risiko	26,6	13,1	21,5	23,8	53,2	4,7	43,0	9,7
<b>Gesamtrisiko</b>	<b>202,9</b>	<b>100,0</b>	<b>90,3</b>	<b>100,0</b>	<b>1 129,8</b>	<b>100,0</b>	<b>442,0</b>	<b>100,0</b>
<b>Gesamtrisikolimite</b>	<b>351,0</b>		<b>221,0</b>		-		-	
<b>Auslastung</b>								
<b>Gesamtrisikolimite</b>		<b>57,8</b>		<b>40,9</b>		-		-
<b>Risikodeckungsmasse 1 bzw. 2</b>	<b>360,0</b>		<b>225,0</b>		<b>1 439,1</b>		<b>1 556,8</b>	
<b>Risikodeckungsmasse 2 reduziert um potenzielle Bewertungsungenauigkeiten</b>					<b>1 437,1</b>		<b>1 554,8</b>	
<b>Auslastung Risikodeckungsmasse</b>		<b>56,4</b>		<b>40,1</b>		<b>78,6</b>		<b>28,4</b>

83 % (bzw. 57 %) der Gesamtrisiken im Risikoszenario 1 (bzw. Risikoszenario 2) entfielen zum 31. 12. 2010 auf Adressenausfallrisiken. Die Auslastung der Risikodeckungsmasse durch Adressenausfallrisiken hat sich gegenüber dem 31. 12. 2009 deutlich erhöht. Dieser Anstieg ist insbesondere auf eine Modifikation des Risikotragfähigkeitskonzeptes sowie eine Bonitätsverschlechterung einzelner Bank-Geschäftspartner zurückzuführen. Im Teil Adressenausfallrisiken sind die Risikoaktiva tabellarisch nach Bonitätsklassen für die Geschäftsjahre 2009 und 2010 dargestellt.

Auf Marktpreisrisiken entfielen jeweils 4 % (bzw. 2 % des Risikoszenarios 2) und operationelle Risiken entsprachen 13 % (bzw. 5 %) der Gesamtrisiken des Konzerns. Im Geschäftsjahr 2010 erhöhten sich die Spreadrisiken infolge einer Szenarioanpassung für den Risikoparameter Credit Spread.

Das Gesamtrisiko unter Annahme eines Standardszenarios betrug 202,9 Mio. € (Vorjahr 90,3 Mio. €), unter Stressszenario-Annahmen 1.129,8 Mio. € (Vorjahr 442,0 Mio. €). Das Gesamtrisikolimit im Standardszenario wurde zu 58 % (Vorjahr 41 %) ausgelastet. Für die Risikodeckungsmasse 2, die hauptsächlich von den „Anderen Gewinnrücklagen“ bestimmt wird, ergab sich eine Auslastung von 79 % (Vorjahr 28 %). 2 Mio. € der Risikodeckungsmasse 2 sind für potenzielle Bewertungungenauigkeiten im Rahmen von Modellschwächen reserviert.

Die Ergebnisse aus den Berechnungen zur Risikotragfähigkeit reflektieren die auf Nachhaltigkeit und Stabilität angelegte Risikostrategie.

## Risikokategorien - Einzelrisiken

### Adressenausfallrisiken

#### Definition

Die Vergabe von Krediten und damit die Einschätzung und Übernahme von Adressenausfallrisiken ist ein wesentliches Element der Geschäftstätigkeit.

Das Adressenausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Adressenausfallrisiko umfasst das Kreditausfallrisiko, das wiederum das Kontrahenten-, das Emittenten-, das Länder- und das Strukturrisiko beinhaltet, sowie das Settlement- und das Wiedereindeckungsrisiko.

Das Ländertransferrisiko beschreibt die Gefahr, dass ein ausländischer Schuldner trotz eigener Zahlungsfähigkeit aufgrund von wirtschaftlichen oder politi-

schen Risiken, seine Zins- und Tilgungsleistungen nicht fristgerecht erbringen kann. Strukturrisiken (Klumpenrisiken) sind Risiken, die durch Konzentration des Kreditgeschäfts auf Regionen, Branchen oder Adressen entstehen.

Das Fördergeschäft des Konzerns ist durch Gesetz und Satzung der Bank weitgehend vorgegeben. Danach werden zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes derzeit grundsätzlich nur Kredite an Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Land in der Europäischen Union vergeben, die Geschäftsaktivitäten mit landwirtschaftlichen Unternehmen sowie vor- und nachgelagerten Bereichen oder im ländlichen Raum aufweisen. Die Programmkredite sind auf Deutschland als Investitionsstandort beschränkt. Somit ist das Kreditgeschäft der Bank weitestgehend auf die Refinanzierung von Banken sowie sonstiges Interbankengeschäft begrenzt. Dieses wird über allgemeine Refinanzierungs-, Global- und Einzelrefinanzierungsdarlehen durchgeführt. Das auf den Endkreditnehmer bezogene Ausfallrisiko liegt in diesem Fall bei der Hausbank.

Endkreditnehmer Risiken geht die Rentenbank lediglich im Direktkreditgeschäft (Konsortialgeschäft mit Unternehmen) sowie im Rahmen des Risikokapitalfonds Agrarwirtschaft ein. Neuabschlüsse werden derzeit im Konsortialgeschäft mit Unternehmen nicht getätigt. Der Katalog der Fördermaßnahmen umfasst auch die Möglichkeit, geeigneten Unternehmen der Agrarwirtschaft Eigenmittel zur Verfügung zu stellen. Hierzu hat die Bank einen Risikokapitalfonds in Höhe von 100 Mio. € aufgelegt, um etablierte Unternehmen in Form von Minderheitsbeteiligungen zu begleiten.

Zur Diversifikation der Kreditrisiken hat die Bank das Kreditgeschäft mit deutschen Bundesländern und einzelnen EU-Staaten intensiviert.

Für Neuabschlüsse von Förderkrediten sind je nach Geschäftsart die Bereiche Fördergeschäft, Banken oder Treasury verantwortlich. Der Bereich Treasury ist für Neuabschlüsse von verbrieftem Fördergeschäft sowie des Geldgeschäfts und der Derivate verantwortlich. Derivate werden ausschließlich als Absicherungsinstrumente für bestehende oder absehbare Marktpreisrisiken und nur mit Geschäftspartnern im EU- und OECD-Raum durchgeführt. Beim Neugeschäft werden grundsätzlich nur Geschäftspartner berücksichtigt, mit denen eine Besicherungsvereinbarung besteht.

## Organisation der adressenausfallbehafteten Geschäfte

Der Vorstand der Bank bestimmt jährlich die Kreditrisikostategie und legt diese dem vom Verwaltungsrat gebildeten Kreditausschuss vor.

Risikoüberwachung und Risikosteuerung der Adressenausfallrisiken erfolgen nach einheitlichen Grundsätzen und unabhängig davon, aus welcher Geschäftsart diese resultieren. Die zugehörigen Aufgaben werden vom Vorstand und dem Bereich Banken wahrgenommen. Der Bereich Banken ist für die Gestaltung und Umsetzung einer einheitlichen Kreditrisikostategie und für die Steuerung der Adressenausfallrisiken der Bank zuständig. Darüber hinaus werden u. a. Kreditrisiken analysiert, interne Bonitätsklassen ermittelt, Beschlussvorlagen für Kreditentscheidungen vorgelegt, das Marktfolgevotum erstellt und das Kreditrisiko kontrolliert. Der Bereich Treasury ist als Marktbereich in die Prozesskette des Kreditgeschäfts eingebunden.

Gemäß den MaRisk müssen bestimmte Aufgaben außerhalb des Marktbereichs wahrgenommen werden. Eine Vielzahl dieser als Marktfolge-Funktionen bezeichneten Aufgaben wird von den Bereichen Fördergeschäft, Banken und Sicherheiten & Beteiligungen übernommen. Die Bereiche geben das marktunabhängige Zweitvotum für Kreditentscheidungen ab, überprüfen bestimmte Sicherheiten im Sinne der MaRisk und haben die Zuständigkeit sowohl für die Intensivbetreuung als auch für die Behandlung von Problemkrediten. Alle erforderlichen Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand getroffen. Der Bereich Banken überwacht Adressenausfallrisiken auf der Ebene des Gesamtkreditportfolios sowie der einzelnen Kreditnehmer und ist für die Risikoberichterstattung der Adressenausfallrisiken verantwortlich. Die methodische Entwicklung, Qualitätssicherung und Überwachung der Verfahren zur Identifizierung und Quantifizierung des Adressenausfallrisikos fallen ebenfalls in seinen Zuständigkeitsbereich. Durch die funktionale und organisatorische Trennung des Risikocontrollings und der Bereiche Banken und Sicherheiten & Beteiligungen von den Bereichen Treasury und Fördergeschäft wird eine unabhängige Risikobeurteilung und -überwachung gewährleistet. Die Risikosteuerung und Risikoüberwachung der Adressenausfallrisiken erfolgen sowohl einzelgeschäftszugewandt auf Kreditnehmerebene als auch auf Ebene der Kreditnehmereinheit und des Gesamtkreditportfolios. Die Gesamtkreditportfoliosteuerung bzw. -überwachung erfolgt durch die Unterteilung des Kreditportfolios nach verschiedenen Merkmalen, wobei in mehreren Produktgruppen Geschäfte mit vergleichbaren Strukturen zusammengefasst werden.

## Bonitätsbeurteilung

Die aus der bankinternen Bonitätseinstufung und unter Berücksichtigung von externen Ratings ermittelte Bonitätsklasse ist ein maßgebliches Steuerungsinstrument für die Adressenausfallrisiken, die über das Limitsystem abgebildet werden.

Die interne Bonitätseinstufung erfolgt im Marktfolgebereich Banken. Dabei werden einzelne Geschäftspartner oder Geschäftsarten nach einem intern festgelegten Verfahren in 20 Bonitätsklassen eingestuft. Die besten 10 Bonitätsklassen AAA bis BBB- sind Geschäftspartnern mit geringen Risiken vorbehalten („Investment Grade“). Darüber hinaus sind die 7 Bonitätsklassen BB+ bis C für latente Risiken und die 3 Bonitätsklassen DDD bis D für Problemkredite und ausgefallene Geschäftspartner eingerichtet.

Die Bonitätsklasseneinstufung erfolgt mindestens einmal jährlich im Rahmen der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Jahresabschlüssen bzw. Geschäftsberichten. Hierbei werden auch betriebswirtschaftliche Kennzahlen, sogenannte weiche Faktoren, der Gesellschafterhintergrund sowie weitere Unterstützungsfaktoren wie die Zugehörigkeit zu einer Sicherungseinrichtung oder staatliche Haftungsmechanismen berücksichtigt. Sofern vorhanden werden zusätzlich die Einstufungen von Rating-Agenturen zur Bonitätsbeurteilung herangezogen. Spezielle Geschäftsarten wie die Hereinnahme von Pfandbriefen werden geschäftsspezifisch in eine Bonitätsklasse eingestuft. Zusätzlich werden die Länderrisiken als ein für die Bank relevantes Strukturrisiko gesondert beurteilt. Darüber hinaus können aktuelle Informationen über negative Finanzdaten oder eine Abschwächung der wirtschaftlichen Perspektiven eines Geschäftspartners eine Überprüfung und ggf. eine Anpassung der Bonitätsklasseneinstufung anhand von Frühwarnindikatoren sowie eine Limitanpassung zur Folge haben. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren wird fortlaufend weiterentwickelt und jährlich überprüft.

Die Folgen der internationalen Finanzkrise spiegeln sich auch in der wirtschaftlichen Entwicklung der Konzern-Geschäftspartner wider. Einzelne Kontrahenten sind als Engagements mit latenten Risiken eingestuft. Trotz Bonitätsherabstufungen einiger Konzern-Geschäftspartner ist die durchschnittliche Bonität des Gesamtkreditportfolios des Konzerns auch aufgrund eines qualitativ hochwertigen Neugeschäfts weiterhin gut. Das Engagement des Konzerns in den sogenannten PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland, Spanien) steht unter besonderer Beobachtung. Wertberichtigungen auf einzelne Engagements in diesen Staaten mussten nicht gebildet werden. Der Konzern ist mit 0,8 % der Bilanzsumme unmittelbar in den Staaten Portugal, Italien und Spanien investiert.

Davon sind ein Zehntel bis 2013 fällig. Der Konzern hält von Banken Anleihen und Schuldscheindarlehen aus den PIIGS-Staaten in Höhe von 9,9 % der Bilanzsumme, schwerpunktmäßig aus Portugal, Italien und Spanien. Davon sind zwei Drittel bis 2013 fällig.

### **Quantifizierung der Adressenausfallrisiken**

Im Mittelpunkt einer Steuerung zur Sicherung einer guten Bonität des Gesamtkreditportfolios stehen Kreditrisikostrategie und Risikotragfähigkeitskonzept.

Das interne Bonitätsklassen-System bildet die Basis für die Messung von Kreditausfallrisiken mit Hilfe statistischer Verfahren. Zur Ermittlung des potenziellen Ausfalls werden die von Rating-Agenturen veröffentlichten historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet. Auf historische interne Ausfallwahrscheinlichkeiten kann im Konzern aufgrund vernachlässigbar geringer Ausfälle in den letzten Jahrzehnten nicht zurückgegriffen werden. Die Berechnungen erfolgen jeweils zum Monatsultimo. Zur Abschätzung der Adressenausfallrisiken wird ein Standardszenario (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf Inanspruchnahmen) um Stressszenarien ergänzt (jährlicher, potenzieller Ausfall bezogen auf intern eingeräumte Limite unter Annahme von Bonitätsverschlechterungen sowie erhöhten Ausfallwahrscheinlichkeiten). In einem weiteren Stressszenario wird der höchste potenzielle Ausfall, der sich aus den Stressszenarien ergibt, mit einem Konzentrationsmaß multipliziert. Entsprechend dem im Risikohandbuch festgelegten Risikotragfähigkeitskonzept wird den Adressenausfallrisiken ein bestimmter Anteil der Risikodeckungsmasse zugewiesen. Die tägliche Überwachung der intern eingeräumten Limite stellt sicher, dass dieser Wert im Geschäftsjahr jederzeit eingehalten wird.

### **Limitierung und Reporting**

Die Risikoübernahme und -limitierung ist das Kernelement des Risikomanagements von Adressenausfallrisiken. Die Risikolimitierung stellt sicher, dass die tatsächlich eingegangenen Risiken mit der im Risikohandbuch festgelegten Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit des Konzerns vereinbar sind. Dabei erfolgt die Limitierung sowohl auf der Ebene von Kreditnehmern und Kreditnehmereinheiten als auch des Gesamtkreditportfolios. Grundlage der Limitierung ist die Kreditrisikostrategie, aus der sich strategiekonsistente Unterlimite ableiten.

Ausgehend von dem für Adressenausfallrisiken zur Verfügung gestellten Anteil der Risikodeckungsmasse wird mit Hilfe eines statistischen Modells eine Gesamtbergrenze für alle Adressenlimite festgelegt. Daneben

sind Länderkreditlimite und Ländertransferlimite, eine Blankoobergrenze, eine Höchstgrenze für das Kreditgeschäft mit Unternehmen sowie eine Gesamtbergrenze für das verbrieftete Fördergeschäft (Produktlimit) eingerichtet.

Ein Limitsystem regelt die Höhe und Struktur aller Adressenausfallrisiken. Für alle Kreditnehmer, Emittenten bzw. Kontrahenten sind Limite erfasst, die produkt- und laufzeitspezifisch untergliedert sind. Das interne Risikoklassifizierungsverfahren stellt die zentrale Entscheidungsgrundlage für die Limitfestsetzung dar. Die für einen Geschäftspartner insgesamt vergebenen Limite werden in Abhängigkeit von dessen aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen und der daraus resultierenden Bonität aus mehreren internen Rasterobergrenzen errechnet. Daneben ist eine Gesamtbergrenze je Kreditnehmereinheit eingerichtet, deren Auslastung in Abhängigkeit von den einzelnen Geschäftsarten ermittelt wird. Zusätzlich ist für einzelne Geschäfts- bzw. Limitarten eine bestimmte Mindestbonität erforderlich.

Die Überwachung sämtlicher Limite erfolgt täglich durch die Marktfolge. Dabei wird die Ausnutzung der Limite bei Geld- und Förderkreditgeschäften anhand der jeweiligen Buchwerte ermittelt. Bei verbrieften Fördergeschäften setzt sich die Limitausnutzung aus den aktuellen Kurswerten und im Falle von Derivaten aus den positiven Marktwerten, ggf. unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten, zusammen. Limitreserven werden als Puffer für Marktpreisschwankungen vorgehalten. Dem zuständigen Vorstand werden täglich die risikorelevanten Limite sowie deren Ausnutzung gemeldet. Limitüberschreitungen werden dem Vorstand unmittelbar angezeigt.

Die Bank hat mit nahezu allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen, so dass der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über den entsprechenden Frei- und Mindesttransferbeträgen liegen. Die Besicherungsvereinbarungen reduzieren die Limitauslastungen, die Eigenkapitalunterlegung der Adressenausfallrisiken und die Auslastung der Großkreditgrenzen.

Jeweils zum Quartalsende wird für den Vorstand sowie für den Kreditausschuss des Verwaltungsrats nach den Vorgaben der MaRisk ein Kreditrisikobericht vom Bereich Banken (Marktfolge) erstellt. Dieser Bericht enthält u. a. quantitative und qualitative Informationen über die Entwicklung des Gesamtkreditportfolios, welches nach Strukturmerkmalen wie Boni-

tätsklassen, Sicherheiten, Größenklassen und Restlaufzeiten beobachtet wird. Daneben wird über den Umfang der intern eingeräumten Limite, die Entwicklung des Neugeschäfts, das Geschäft mit Unternehmen, Beteiligungen, die Entwicklung des potenziellen Ausfalls aus Adressrisiken, neue Produkte, neue Märkte, neue Vertriebswege, neue Länder sowie Großkreditengagements berichtet. Weitere Informationen sind Vorjahresvergleiche, Veränderungen und deren Kommentierung sowie die Entwicklungen von Kontrahenten, welche unter besonderer Beobachtung stehen oder latente Risiken aufweisen.

## Aktuelle Risikosituation

Die Zahlen zur aktuellen Risikosituation beziehen sich nach IFRS 7.B9 auf den Bruttobuchwert, welcher dem Buchwert des jeweiligen Bilanzpostens im IFRS-Konzernabschluss entspricht. Die „Forderungen an Kreditinstitute“ und die „Forderungen an Kunden“ enthalten zusätzlich die entsprechenden Anteile aus dem Posten „Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte“ sowie die unwiderruflichen Kreditzusagen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 612,3 Mio. € (801,5 Mio. €) wurden mit ihrem Nominalwert angesetzt.

## Bruttokreditvolumen

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	31.12.10 Mio. €	31.12.09 Mio. €	31.12.10 Mio. €	31.12.09 Mio. €	31.12.10 Mio. €	31.12.09 Mio. €	31.12.10 Mio. €	31.12.09 Mio. €
<b>Bruttokreditvolumen</b>	<b>50 176,5</b>	<b>46 986,7</b>	<b>1 524,9</b>	<b>612,9</b>	<b>6 039,7</b>	<b>2 872,4</b>	<b>26 541,7</b>	<b>27 937,3</b>
Barsicherheiten	0,0	0,0	0,0	0,0	4 007,7	262,9	0,0	0,0
Pfandbriefe	650,9	803,8	0,0	0,0	0,0	0,0	6 428,6	5 787,3
Öffentliche Pfandbriefe	258,1	264,2	0,0	0,0	0,0	0,0	969,5	816,7
Gewährträgerhaftung und Staatsgarantie	10 936,7	12 204,6	1 414,2	487,8	0,0	0,0	7 912,5	8 067,1
gedecktes Fördergeschäft	262,6	257,4	1,1	3,4	0,0	0,0	1 187,3	511,2
gesichertes Geldgeschäft	5 056,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Forderungsabtretung	15 850,6	13 390,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Nettokreditvolumen</b>	<b>17 161,0</b>	<b>20 066,7</b>	<b>109,6</b>	<b>121,7</b>	<b>2 032,0</b>	<b>2 609,5</b>	<b>10 043,8</b>	<b>12 755,0</b>

Das Nettokreditvolumen stellt den jeweils unbesicherten Teil des Bilanzpostens dar.

In den nachfolgenden Darstellungen sind die Adressausfallrisikopositionen, differenziert nach Regionen,

Währungen, Branchen und internen Bonitätsklassen ohne Berücksichtigung von Kreditminderungstechniken dargestellt.

### Risikokonzentration nach Ländergruppen

31.12.2010	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
<b>Banken</b>								
Deutschland	44 632,6	89,0	0,0	0,0	802,3	13,3	6 508,0	24,5
Andere EU	5 543,8	11,0	0,0	0,0	2 906,0	48,2	18 195,2	68,5
OECD (ohne EU)	0,1	0,0	0,0	0,0	1 040,8	17,2	40,8	0,2
<b>Gesamt Banken</b>	<b>50 176,5</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>4 749,1</b>	<b>78,7</b>	<b>24 744,0</b>	<b>93,2</b>
<b>Sonstige Kontrahenten</b>								
Deutschland	0,0	0,0	1 508,1	98,9	0,0	0,0	824,2	3,1
Andere EU	0,0	0,0	16,8	1,1	1 065,6	17,6	973,5	3,7
OECD (ohne EU)	0,0	0,0	0,0	0,0	225,0	3,7	0,0	0,0
<b>Gesamt sonstige Kontrahenten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>1 524,9</b>	<b>100,0</b>	<b>1 290,6</b>	<b>21,3</b>	<b>1 797,7</b>	<b>6,8</b>
<b>Gesamt</b>	<b>50 176,5</b>	<b>100,0</b>	<b>1 524,9</b>	<b>100,0</b>	<b>6 039,7</b>	<b>100,0</b>	<b>26 541,7</b>	<b>100,0</b>

31.12.2009	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
<b>Banken</b>								
Deutschland	40 046,0	85,2	0,0	0,0	390,1	13,6	7 936,4	28,4
Andere EU	6 940,6	14,8	0,0	0,0	1 435,2	50,0	18 846,5	67,5
OECD (ohne EU)	0,1	0,0	0,0	0,0	373,2	13,0	111,4	0,4
<b>Gesamt Banken</b>	<b>46 986,7</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>2 198,5</b>	<b>76,6</b>	<b>26 894,3</b>	<b>96,3</b>
<b>Sonstige Kontrahenten</b>								
Deutschland	0,0	0,0	591,3	96,5	0,0	0,0	274,1	1,0
Andere EU	0,0	0,0	21,6	3,5	592,3	20,6	768,9	2,7
OECD (ohne EU)	0,0	0,0	0,0	0,0	81,6	2,8	0,0	0,0
<b>Gesamt sonstige Kontrahenten</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>612,9</b>	<b>100,0</b>	<b>673,9</b>	<b>23,4</b>	<b>1 043,0</b>	<b>3,7</b>
<b>Gesamt</b>	<b>46 986,7</b>	<b>100,0</b>	<b>612,9</b>	<b>100,0</b>	<b>2 872,4</b>	<b>100,0</b>	<b>27 937,3</b>	<b>100,0</b>

### Risikokonzentration nach Währungen

31.12.2010	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
EUR	50 059,6	99,8	1 524,9	100,0	-28 593,2	-473,4	25 361,3	95,6
CAD	0,0	0,0	0,0	0,0	1 180,4	19,5	170,8	0,6
JPY	0,0	0,0	0,0	0,0	3 019,1	50,0	286,9	1,1
USD	0,1	0,0	0,0	0,0	18 241,1	302,0	345,5	1,3
AUD	0,0	0,0	0,0	0,0	6 648,7	110,1	0,0	0,0
GBP	11,6	0,0	0,0	0,0	481,8	8,0	366,9	1,4
CHF	71,7	0,1	0,0	0,0	2 220,0	36,8	0,0	0,0
Sonstige Währungen	33,5	0,1	0,0	0,0	2 841,8	47,0	10,3	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>50 176,5</b>	<b>100,0</b>	<b>1 524,9</b>	<b>100,0</b>	<b>6 039,7</b>	<b>100,0</b>	<b>26 541,7</b>	<b>100,0</b>

## Risikokonzentration nach Währungen

31. 12. 2009	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
EUR	46 830,1	99,7	612,9	100,0	-23 825,9	-829,5	27 026,0	96,7
CAD	0,0	0,0	0,0	0,0	634,3	22,1	143,4	0,5
JPY	72,9	0,2	0,0	0,0	2 439,4	84,9	300,6	1,1
USD	0,1	0,0	0,0	0,0	16 323,9	568,4	367,3	1,3
AUD	0,0	0,0	0,0	0,0	3 800,3	132,3	0,0	0,0
GBP	19,7	0,0	0,0	0,0	408,7	14,2	19,5	0,1
CHF	20,2	0,0	0,0	0,0	1 718,1	59,8	33,6	0,1
Sonstige Währungen	43,7	0,1	0,0	0,0	1 373,6	47,8	46,9	0,2
<b>Gesamt</b>	<b>46 986,7</b>	<b>100,0</b>	<b>612,9</b>	<b>100,0</b>	<b>2 872,4</b>	<b>100,0</b>	<b>27 937,3</b>	<b>100,0</b>

Die Bewegungen zwischen den Währungen im Vergleich zur Vorperiode sind maßgeblich von den einzelnen Tauschkomponenten der Zins-/Währungsswaps geprägt. Die „Positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurden anhand ihres

beizulegenden Zeitwertes der Aktivseite der Bilanz zugeordnet. Wechselt ein positiver beizulegender Marktwert ins negative oder umgekehrt, kann es zu erheblichen Veränderungen der Risikokonzentration kommen.

## Institutgruppen

31. 12. 2010	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Privatbanken/ Sonstige Banken	10 951,1	21,8	0,0	0,0	622,7	10,3	1 841,8	6,9
Ausländische Banken	5 543,9	11,0	0,0	0,0	3 946,8	65,4	18 236,0	68,7
Öffentliche Banken	26 059,5	52,0	0,0	0,0	108,5	1,8	4 288,1	16,2
Genossenschaftsbanken	7 622,0	15,2	0,0	0,0	71,1	1,2	378,1	1,4
Zentralbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nichtbanken	0,0	0,0	1 524,9	100,0	1 290,6	21,3	1 797,7	6,8
<b>Gesamt</b>	<b>50 176,5</b>	<b>100,0</b>	<b>1 524,9</b>	<b>100,0</b>	<b>6 039,7</b>	<b>100,0</b>	<b>26 541,7</b>	<b>100,0</b>

31. 12. 2009	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Derivate		Finanzanlagen	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Privatbanken/ Sonstige Banken	8 132,3	17,3	0,0	0,0	287,8	10,0	2 916,2	10,4
Ausländische Banken	6 940,6	14,8	0,0	0,0	1 808,4	63,1	18 958,0	68,0
Öffentliche Banken	25 608,4	54,5	0,0	0,0	60,8	2,1	4 644,1	16,6
Genossenschaftsbanken	6 305,4	13,4	0,0	0,0	41,5	1,4	376,0	1,3
Zentralbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Nichtbanken	0,0	0,0	612,9	100,0	673,9	23,4	1 043,0	3,7
<b>Gesamt</b>	<b>46 986,7</b>	<b>100,0</b>	<b>612,9</b>	<b>100,0</b>	<b>2 872,4</b>	<b>100,0</b>	<b>27 937,3</b>	<b>100,0</b>

## Risikoaktiva nach Bonitätsklassen in Mio. €

31.12.2010		Bewertung*	Bonitätsklassen						Gesamt
			AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	
Forderungen an Kreditinstitute									
Programmkredite	f AK	80,2	1,4	13,3	2,1	0,0	0,0	0,0	<b>97,0</b>
	FV	6 708,4	2 055,0	11 559,8	2 263,2	0,0	0,0	0,0	<b>22 586,4</b>
Rest	f AK	971,6	1 343,7	438,9	141,9	1,8	12,0	0,0	<b>2 909,9</b>
	FV	592,3	16 013,7	5 920,8	1 735,6	147,6	173,2	0,0	<b>24 583,2</b>
Forderungen an Kunden	f AK	312,6	104,8	3,4	24,4	9,9	0,5	0,0	<b>455,6</b>
	FV	460,7	538,1	0,0	70,5	0,0	0,0	0,0	<b>1 069,3</b>
Derivate	FV	13,6	2 939,5	2 967,4	102,4	15,7	1,1	0,0	<b>6 039,7</b>
Finanzanlagen	f AK	451,1	816,8	1 568,3	429,4	243,1	157,9	0,0	<b>3 666,6</b>
	FV	9 065,4	9 622,4	3 205,3	509,9	167,4	304,7	0,0	<b>22 875,1</b>
<b>Gesamt</b>		<b>18 655,9</b>	<b>33 435,4</b>	<b>25 677,2</b>	<b>5 279,4</b>	<b>585,5</b>	<b>649,4</b>	<b>0,0</b>	<b>84 282,8</b>

31.12.2009		Bewertung*	Bonitätsklassen						Gesamt
			AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	
Forderungen an Kreditinstitute									
Programmkredite	f AK	15,4	346,8	186,6	6,6	0,0	0,0	0,0	<b>555,4</b>
	FV	3 886,7	3 329,4	10 078,8	1 503,3	0,0	0,0	0,0	<b>18 798,2</b>
Rest	f AK	763,8	2 182,3	1 072,5	143,7	9,9	198,2	0,0	<b>4 370,4</b>
	FV	748,0	12 536,6	7 781,3	1 729,0	279,5	188,3	0,0	<b>23 262,7</b>
Forderungen an Kunden	f AK	16,0	1,1	9,5	39,9	0,0	0,0	0,0	<b>66,5</b>
	FV	472,8	0,0	0,0	73,6	0,0	0,0	0,0	<b>546,4</b>
Derivate	FV	0,2	1 444,0	1 402,2	11,1	13,5	1,4	0,0	<b>2 872,4</b>
Finanzanlagen	f AK	436,2	1 040,6	2 049,0	460,7	159,6	89,0	0,0	<b>4 235,1</b>
	FV	8 307,5	10 329,6	3 951,9	846,0	148,4	118,8	0,0	<b>23 702,2</b>
<b>Gesamt</b>		<b>14 646,6</b>	<b>31 210,4</b>	<b>26 531,8</b>	<b>4 813,9</b>	<b>610,9</b>	<b>595,7</b>	<b>0,0</b>	<b>78 409,3</b>

\* f AK => fortgeführte Anschaffungskosten = Kategorien „Loans and Receivables“ und „Held to Maturity“  
 FV => Fair Value = Hedge Accounting sowie Kategorien „Held for Trading“, „Designated at Fair Value“ und „Available for Sale“

## Vergleich der internen Bonitätsklassen mit den durchschnittlichen externen Ratings der Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch in Mio. €

Bonitätsklasse intern	Bonitätsklasse extern							ohne externes Rating	Gesamt
	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	DDD-D		
AAA	9 231,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	9 424,4	<b>18 655,9</b>
AA	3 166,4	15 121,6	8 496,5	0,0	0,0	0,0	0,0	6 650,9	<b>33 435,4</b>
A	0,0	1 356,4	21 469,9	462,3	0,0	0,0	0,0	2 388,6	<b>25 677,2</b>
BBB	0,0	600,0	1 777,6	598,1	0,0	0,0	0,0	2 303,7	<b>5 279,4</b>
BB-B	0,0	0,0	115,4	346,9	0,0	0,0	0,0	123,2	<b>585,5</b>
CCC-C	0,0	0,0	189,4	370,3	79,3	0,0	0,0	10,4	<b>649,4</b>
DDD-D	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>12 397,9</b>	<b>17 078,0</b>	<b>32 048,8</b>	<b>1 777,6</b>	<b>79,3</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>20 901,2</b>	<b>84 282,8</b>

**Vergleich der internen Bonitätsklassen mit den durchschnittlichen externen Ratings der Agenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch in Mio. €**

**31.12.2009**

Bonitätsklasse extern

Bonitäts- klasse intern								ohne externes Rating	<b>Gesamt</b>
	AAA	AA	A	BBB	BB-B	CCC-C	DDD-D		
AAA	14 060,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	586,6	<b>14 646,6</b>
AA	2 489,6	18 409,9	364,0	0,0	0,0	0,0	0,0	9 946,9	<b>31 210,4</b>
A	0,0	2 624,6	20 161,1	817,5	0,0	0,0	0,0	2 928,6	<b>26 531,8</b>
BBB	0,0	290,5	1 420,2	934,0	0,0	0,0	0,0	2 169,2	<b>4 813,9</b>
BB-B	0,0	0,0	144,4	224,6	85,1	0,0	0,0	156,8	<b>610,9</b>
CCC-C	0,0	0,0	310,0	277,7	0,0	0,0	0,0	8,0	<b>595,7</b>
DDD-D	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	<b>0,0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>16 549,6</b>	<b>21 325,0</b>	<b>22 399,7</b>	<b>2 253,8</b>	<b>85,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>15 796,1</b>	<b>78 409,3</b>

(In den vorherigen Darstellungen wurden die Bonitätsklassen innerhalb einer Stufe zusammengefasst.)

*Risikovorsorge*

Eine Risikovorsorge wird bei ausfallgefährdeten Engagements gebildet. Zum 31.12.2010 mussten, wie im Vorjahr, keine Einzelwertberichtigungen auf Forderungen vorgenommen werden. Von der im Vorjahr gebildeten Portfoliowertberichtigung auf den ungesicherten Forderungsbestand zur Berücksichtigung latenter Risiken wurden 2,3 Mio. € aufgelöst, so dass der Bestand zum 31.12.2010 auf 3,8 Mio. € sank.

*Standardszenarien*

Basis für die Berechnungen zur Messung potenzieller Kreditausfälle im Standardszenario ist der jährliche potenzielle Ausfall, bezogen auf die Inanspruchnahme. Zum 31.12.2010 betrug der kumulierte potenzielle Ausfall 168,4 Mio. € (54,0 Mio. €). Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist auf eine Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzeptes zurückzuführen, wonach signifikant höhere Ausfallwahrscheinlichkeiten zu Grunde gelegt werden, sowie eine Bonitätsverschlechterung einzelner Bank-Geschäftspartner. Der durchschnittliche potenzielle Ausfall im Geschäftsjahr 2010 betrug 113,7 Mio. € (52,9 Mio. €). Im Verhältnis zur allokierten Risikodeckungsmasse für Adressenausfallrisiken zum 31.12.2010 betrug der durchschnittliche potenzielle Ausfall 43,7 % (40,7 %). Die Höchstinanspruchnahme belief sich auf 168,4 Mio. € (71,9 Mio. €) und lag somit unter dem vom Vorstand genehmigten Limit für das Standardszenario in Höhe von 260 Mio. €. Die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 92,2 Mio. € (43,4 Mio. €).

*Stressszenarien*

In einem ersten Stressszenario wird der jährliche potenzielle Ausfall zunächst bezogen auf die Inanspruchnahme zuzüglich der Ziehung aller intern eingeräum-

ten Limite berechnet. Zum 31.12.2010 belief sich der kumulierte potenzielle Ausfall in diesem Stressszenario auf 204,5 Mio. € (69,8 Mio. €). In zwei weiteren Szenarien wird der jährliche potenzielle Ausfall bezogen auf die Inanspruchnahme zuzüglich der Ziehung aller intern eingeräumten Limite und einer Verdoppelung der Ausfallwahrscheinlichkeiten bzw. einer negativen Entwicklung der Bonitätseinstufungen unterstellt. In einem weiteren Stressszenario wird der höchste potenzielle Ausfall, der sich aus den Stressszenarien ergibt, mit einem Konzentrationsmaß multipliziert. Der Wert dieses Szenarios für den jährlichen potenziellen Ausfall betrug zum 31.12.2010 638,7 Mio. €. Der Maximalwert der Stressszenarien ergab im Vorjahr 138,9 Mio. €.

**Marktpreisrisiken**

**Definition**

Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread-, Fremdwährungs- und anderen Preisrisiken. Berücksichtigt wird der potenzielle Verlust auf Positionen im eigenen Bestand in Folge sich ändernder Marktpreise.

**Organisation der marktpreisrisikobehafteten Geschäfte**

Die Bank als Teileinheit des Konzerns führt kein Handelsbuch im Sinne von § 2 Abs. 11 KWG. Offene Positionen aus Anlagebuchgeschäften werden nur in sehr eingeschränktem Umfang eingegangen.

Aufgabe des Risikomanagements ist die Bestimmung, qualitative Bewertung und Steuerung der Marktpreisrisiken. Das Risikocontrolling quantifiziert die Markt-

preisrisiken, überwacht die Limite und erstellt das Reporting. Die Abteilung Operations kontrolliert die Marktgerechtigkeit.

### Quantifizierung der Marktpreisrisiken

#### Zinsänderungsrisiken

Der Konzern begrenzt das Zinsänderungsrisiko durch fristenkongruente Refinanzierung von bilanziellen Aktiva durch bilanzielle Passiva sowie die Absicherung durch derivative Geschäfte. Derivate werden auf Basis von Mikro- oder Makro-Beziehungen abgeschlossen.

Fristentransformationsergebnisse werden zum einen bei Geldgeschäften realisiert und zum anderen in geringem Umfang im Förderkreditgeschäft und im verbrieften Fördergeschäft.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene ermittelt die Bank täglich für alle zinssensitiven Geschäfte der Segmente „Fördergeschäft“ und „Treasury Management“ Barwertsensitivitäten und misst zusätzlich quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell die Zinsänderungsrisiken für alle zinssensitiven Positionen der Bank. Die quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Durch Schließung aller offenen Festzinspositionen der Zinsbindungsbilanz werden kalkulatorisch die Zinsergebnisse aller künftigen Perioden ermittelt. Abschließend werden hierbei die für unterschiedliche Zinsänderungsszenarien ermittelten Risikowerte in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln nach § 10 KWG gesetzt.

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimit nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet, wobei die Auslastung der Risikolimit barwertorientiert auf Basis einer Sensitivität von 100 Basispunkten gemessen wird.

Zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken für eine positive Aktiv-/Passiv-Marge des Anlagebuchs werden alle zugeordneten Geschäfte zu jedem Monatsultimo zum zinsinduzierten beizulegenden Zeitwert bewertet.

Zu nachrichtlichen Zwecken wird täglich für das „Geldgeschäft“ ein VaR (Value at Risk) ermittelt und berichtet. Prognostiziert wird der maximale, tägliche, potenzielle Bewertungsverlust aufgrund von Markteffekten bei einer Prognosegüte von 99 %. Die verwendeten Szenarien werden aus der Historie abgeleitet. Die Einflussfaktoren bei der Bewertung des Portfolios

konzentrieren sich auf die Zinskurven für Interbankkredite (EURIBOR) und Derivate (EONIA).

#### Spreadrisiken

Veränderungen von Marktparametern in Form von Spreadaufschlägen auf die Swapkurve wirken sich unmittelbar auf die Bewertung bestehender Positionen aus und beeinflussen die Risikodeckungsmasse. Mittels Szenariobetrachtungen werden mögliche Auswirkungen der Spreadrisiken auf das Ergebnis simuliert und in der Risikotragfähigkeitsanalyse mit Risikodeckungsmasse unterlegt. Das Spreadrisiko würde erst bei Durchbrechung der Buy and Hold-Strategie realisiert werden, sofern es zu keinen Kontrahentenausfällen kommt.

#### Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken und andere Preisrisiken werden grundsätzlich durch Sicherungsgeschäfte ausgeschlossen. Offene Währungspositionen entstehen durch Abrechnungsspitzen in sehr geringem Umfang. In keiner Währung ist ein materielles Risiko gegeben.

#### Risikodeckungsmasse

Die dem Marktpreisrisiko zugewiesene Risikodeckungsmasse entspricht dem Risikolimit von 61 Mio. €. Dies teilt sich unverändert zum Vorjahr wie folgt auf:

	Limit Mio. €
Geldgeschäft	30,0
Fördergeschäft	31,0
<b>Gesamt</b>	<b>61,0</b>

#### Standardszenarien

Für alle offenen zinssensitiven Geschäfte der Positionen „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ wird täglich eine Barwertsensitivität unter Verwendung einer Parallelverschiebung der Zinskurven um +100 Basispunkte (BP) gerechnet und den jeweiligen Limiten (siehe Tabelle) gegenübergestellt.

#### Stressszenarien

Um Risiken extremer Marktentwicklungen abschätzen zu können, werden regelmäßig weitere Zinsänderungsszenarien jeweils für die Positionen „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ berechnet. Im Stressszenario wird nicht eine parallele Verschiebung der Zinskurve, wie im Standardszenario, sondern eine differenzierte

Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien untersucht.

Für die Ermittlung von Spreadrisiken werden mögliche Risikoauf- bzw. -abschläge im Interbankenmarkt für das „Geldgeschäft“ simuliert. Im „Fördergeschäft“ werden ebenfalls eine Ausweitung der Kosten für den Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen und Risiken aus der Veränderung von Credit Spreads berechnet.

### Limitierung und Reporting

Das Zinsänderungsrisiko aus offenen Positionen darf die durch Vorstandsbeschluss festgelegten Risikolimits nicht überschreiten. Die Einhaltung der Limite wird täglich überwacht und an den Vorstand berichtet. Sensitivitäts-, Szenario- und VaR-Analysen sowie Backtesting-Verfahren sind Bestandteil des Risikomanagements und Risikocontrollings. Der Verwaltungsrat wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen quartalsweise informiert.

### Backtesting

Die Verfahren zur Beurteilung der Marktpreisrisiken und die den Standard- und Stressszenarien zugrundeliegenden Marktparameter werden mindestens jährlich validiert.

Unter Verwendung historischer Zinsentwicklungen werden die Szenarioparameter im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ täglich überprüft. Änderungen der kurzfristigen Zinskurven für Interbankenkredite (EURIBOR) und Derivate (EONIA) sowie langfristige Swapsätze innerhalb von 10, 20 und 30 Tagen werden risikobezogenen Schwellenwerten gegenübergestellt.

Zur Überprüfung der Güte des VaR-Modells wird täglich ein Backtesting durchgeführt. Im Backtesting werden die potenziellen Bewertungsgewinne und -verluste, verursacht durch tatsächliche Markteffekte, dem VaR gegenübergestellt.

Die Ergebnisse der täglichen Szenarioanalysen zur Überwachung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankenebene werden quartalsweise mit einem barwertorientierten Modell validiert.

### Aktuelle Risikosituation

#### Standardszenarien

Zum 31.12.2010 ergab sich für das Marktpreisrisiko im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ bei einer Parallelverschiebung der Zinskurven um +100 BP eine Anrechnung von 7,9 Mio. € (14,8 Mio. €) auf die Risikodeckungsmasse. Die durchschnittliche Limitauslastung im Geschäftsjahr 2010 betrug 13,4 Mio. € (13,0 Mio. €). Dies entsprach einer durchschnittlichen Auslastung von 22 % (21 %). Die Höchstinanspruchnahme ergab ein Risiko von 27,2 Mio. € (21,0 Mio. €), die niedrigste Inanspruchnahme im Berichtsjahr betrug 5,1 Mio. € (5,3 Mio. €). 2010 und 2009 gab es keine Limitüberschreitungen.

#### Stressszenarien

Die Risikoberechnung in den Stressszenarien erfolgt in den Segmenten „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“. Das „Fördergeschäft“ setzt sich aus den Segmenten „Kreditgeschäft“ und „Wertpapiergeschäft“ zusammen. Für jedes Segment erfolgt eine differenzierte Verschiebung im Rahmen von zwei Einzelszenarien. Im Vorjahr wurden zur Ermittlung des Risikos im „Kreditgeschäft“ die Zinskurven parallel verschoben.

Die Barwertsensitivität der einzelnen Stressszenarien stellte sich wie folgt dar:

<b>Stressszenarien (Mio. €)</b>	<b>31.12.2010</b>	<b>31.12.2009</b>
<i>„Geldgeschäft“</i>		
+50 BP Shift im kurzen Bereich/+150 BP Shift im langen Bereich	5,1	-8,1
<i>„Geldgeschäft“</i>		
+150 BP Shift im kurzen Bereich/+50 BP Shift im langen Bereich	-10,5	-12,7
<i>„Kreditgeschäft“</i>		
+50 BP Shift im kurzen Bereich/+150 BP Shift im langen Bereich	-3,8	n. a.
<i>„Kreditgeschäft“</i>		
+150 BP Shift im kurzen Bereich/+50 BP Shift im langen Bereich	-8,0	n. a.
<i>„Kreditgeschäft“</i>		
+200 BP Parallel Shift der Zinskurve	n. a.	-8,3
<i>„Wertpapiergeschäft“</i>		
+50 BP Shift im kurzen Bereich/+150 BP Shift im langen Bereich	0,0	0,0
<i>„Wertpapiergeschäft“</i>		
+150 BP Shift im kurzen Bereich/+50 BP Shift im langen Bereich	-0,1	-0,1
<b>Gesamtsumme der relevanten Szenarien</b>	<b>-18,6</b>	<b>-21,1</b>

Für die Ermittlung der Gesamtsumme der Szenarien wird das maximale Verlustpotenzial des jeweiligen Segments herangezogen.

Die Summe der Marktpreisrisiken im „Geldgeschäft“ und „Fördergeschäft“ von 18,6 Mio. € lag unter dem vom Vorstand genehmigten Limit für das Standardszenario von 61 Mio. €.

Für Risikoaufschläge (Spreadrisiken) im „Geldgeschäft“ wird eine Schwankung von 60 BP (20 BP) im Szenario angenommen, was einer 30 BP (10 BP) Senkung der Derivatekurve (EONIA) und einer 30 BP (10 BP) Erhöhung der Interbankenkreditkurve (EURIBOR) entspricht. Das hieraus resultierende Risiko betrug 3,4 Mio. € (1,0 Mio. €).

Bei den Kosten für den Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen wird im Szenario eine Erhöhung von 20 BP unterstellt. Hieraus ergibt sich ein Spreadrisiko von 188,6 Mio. € (177,8 Mio. €).

Für Credit Spreads, die Risikoaufschläge aufgrund der Bonitätseinstufung eines Geschäftes darstellen, wird innerhalb der jeweiligen Bonitätsklasse eine Parallelverschiebung von 40 BP (20 BP) im Stressszenario vorgenommen. Die Credit Spread-Sensitivität betrug 227,3 Mio. € (60,1 Mio. €).

#### *Value at Risk (VaR)*

Der Value at Risk als der maximale Verlust aus Markteffekten im „Geldgeschäft“ bei 1-tägiger Haltdauer und einer Prognosegüte von 99 % betrug zum 31. 12. 2010 0,6 Mio. € (0,4 Mio. €).

#### *Zinsänderungsrisiken der Gesamtbank*

Eine quartalsweise durchgeführte Analyse untersucht die Auswirkungen von Zinsänderungen stichtagsbezogen. Durch Schließung aller offenen Festzinspositionen werden kalkulatorisch die Zinsergebnisse aller künftigen Perioden ermittelt. Bei der Berechnung des Barwerts werden Szenarioanalysen ohne Berücksichtigung von Eigenkapitalbestandteilen durchgeführt. Ein Zinsschock von +100 BP würde für die Gesamtbank zum 31. 12. 2010 zu einer negativen Wertveränderung von 140,1 Mio. € (106,1 Mio. €) führen.

Die Wertveränderungen der von der Aufsicht vorgegebenen plötzlichen und unerwarteten Zinsänderungen von derzeit +130 BP betragen -180,5 Mio. € (-136,8 Mio. €) und für Zinsänderungen von -190 BP +299,1 Mio. € (+219,8 Mio. €). Abschließend werden die aus den Szenarien ermittelten Risikowerte in Relation zu den regulatorischen Eigenmitteln nach § 10 KWG gesetzt. Sofern der Barwert um mehr als 20 % der

Eigenmittel sinkt, ist eine Meldung nach § 24 Abs. 1 Nr. 14 KWG erforderlich. Dies war 2010 zu keinem Zeitpunkt der Fall.

## Liquiditätsrisiken

### Definition

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht uneingeschränkt nachkommen zu können bzw. die hierfür erforderlichen Mittel nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen zu können.

### Steuerung und Überwachung

Die Liquiditätsrisiken der Bank werden durch ein vom Vorstand vorgegebenes Limit für Liquiditätssalden begrenzt. Der Bereich Finanzen überwacht die Liquiditätsrisiken täglich und bringt dem Vorstand und den zuständigen Fachabteilungen die Ergebnisse zur Kenntnis.

Analog den Anforderungen der dritten MaRisk-Novelle werden zur Überbrückung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs von mindestens einer Woche und zur Deckung des zusätzlich erforderlichen Refinanzierungsbedarfs aus Stressszenarien ausreichend bemessene, nachhaltige, hochliquide Liquiditätsreserven vorgehalten. Zur Eingrenzung der kurzfristigen Liquiditätsrisiken darf der Liquiditätsbedarf für einen Zeitraum bis zu zwei Jahren die jeweiligen frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten nicht überschreiten.

Zur Überwachung der mittel- und langfristigen Liquidität werden die planmäßigen Fälligkeiten für die jeweils folgenden 15 Jahre quartalsweise dargestellt. Ein langfristiges Liquiditätslimit ist über alle Laufzeitenbereiche eingerichtet. Die kumulierten Zahlungsströme dürfen das Limit nicht überschreiten.

### *Stressszenarien*

Stressszenarien sollen den Einfluss von unerwarteten, außergewöhnlichen Ereignissen auf die Liquiditätsposition untersuchen. Die wesentlichen Liquiditätsszenarien sind Bestandteil des internen Steuerungsmodells und werden monatlich berechnet und überwacht. Die Szenarioanalysen berücksichtigen einen Kursverfall für Wertpapiere, ein gleichzeitiges Abrufen aller unwiderruflichen Kreditzusagen, den Ausfall bedeutender Kreditnehmer und den Abruf der Barsicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen aufgrund eines

Anstiegs der negativen bzw. Rückgangs der positiven Marktwerte von Derivateportfolien. Mit dem Szenario-Mix wird das gleichzeitige (kombinierte) Eintreten von institutsspezifischen und marktbedingten Stressszenarien simuliert.

Die Angemessenheit der Stresstests sowie die zugrundeliegenden Annahmen und Verfahren zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken werden mindestens jährlich überprüft.

### **Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung**

Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen (Liquiditätsverordnung) werden täglich die gewichteten Zahlungsmittel den gewichteten Zahlungsverpflichtungen des gleichen Zahlungszeitraums gegenübergestellt. Ferner werden die hieraus ermittelten Kennziffern auf die melderelevanten Stichtage hochgerechnet. Im Berichtsjahr 2010 lag die monatlich gemeldete Liquiditätskennziffer für den Zeitraum bis 30 Tage zwischen 2,16 und 3,30 (1,90 und 4,99) und somit deutlich über dem aufsichtsrechtlich geforderten Wert von 1,0.

### **Reporting**

Der Vorstand wird mit der kurzfristigen Liquiditätsvorschau täglich und mit dem Liquiditätsrisikobericht monatlich über die kurz- und langfristige Liquidität sowie die Ergebnisse der Szenarioanalysen unterrichtet. Der Verwaltungsrat wird hierüber quartalsweise informiert.

### **Aktuelle Risikosituation**

Als Instrumente für die Steuerung der kurzfristigen Liquiditätsposition stehen Interbankengelder, besichertes Geldgeschäft, ECP-Emissionen und Offenermarktgeschäfte mit der Bundesbank zur Verfügung. Darüber hinaus können Wertpapiere zur Liquiditätssteuerung angekauft werden und Geldaufnahmen bis zu zwei Jahren über das EMTN-Programm, Loans, Globalanleihen bzw. traditionelle Instrumente getätigt werden.

Das Liquiditätsrisiko bei nicht fristgerecht eingehenden Tilgungs- und Zinszahlungen ist bei funktionierenden Märkten angesichts der Triple-A-Ratings der Bank und der kurzfristig zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten im Geld- und Kapitalmarkt beherrschbar. Bei Marktstörungen kann Liquidität in Höhe der frei verfügbaren Refinanzierungsfazilitäten beschafft werden. Diese überschritten stets den Liquiditätsbedarf bis zu zwei Jahren.

### *Stressszenarien*

Die Rentenbank führt ebenfalls kumuliert zu betrachtende Szenarioanalysen durch. Hierbei wird der aus allen Szenarien resultierende Liquiditätsbedarf zu den bereits bekannten Zahlungsströmen hinzugerechnet, um so die Auswirkung auf die Zahlungsfähigkeit der Bank zu untersuchen. Die Ergebnisse der Szenarioanalysen zeigen zum Berichtstag, ebenso wie im Vorjahr, dass der Konzern seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit uneingeschränkt nachkommen kann.

## **Operationelle Risiken**

### **Definition**

Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder aus externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen insbesondere Rechtsrisiken, Risiken aus betrügerischen Handlungen und Wirtschaftskriminalität (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken, sie beinhalten jedoch nicht strategische Risiken, Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken.

### **Organisationsstruktur operationeller Risiken**

Die operationellen Risiken des Konzerns werden durch ein Bündel von Maßnahmen gesteuert, welche an der Ursache, der Kontrolle oder der Schadensabsicherung ansetzen. Dazu zählen organisatorische Vorkehrungen (Trennung von Handel und Abwicklung bzw. Markt und Marktfolge, striktes Vier-Augen-Prinzip), detaillierte Arbeitsanweisungen und qualifiziertes Personal.

Rechtsrisiken aus Geschäftsabschlüssen reduziert die Bank, indem soweit wie möglich standardisierte Verträge genutzt werden. Die Rechtsabteilung wird frühzeitig in Entscheidungen einbezogen, die verpflichtende oder begünstigende Rechtswirkung für die Bank haben könnten sowie bei Abweichungen von Vertragsstandards.

Auf Basis einer Gefährdungsanalyse gemäß § 25c KWG werden Risiken aus betrügerischen Handlungen zu Lasten der Rentenbank und durch Wirtschaftskriminalität in der Rentenbank identifiziert und Maßnahmen zur Optimierung der Anti-Fraud-Organisation abgeleitet. Innerhalb Fraud-relevanter Themenbereiche wird die Einhaltung genereller und institutsspezifischer Anforderungen an eine wirksame Anti-Fraud-Organisation analysiert.

Die Risiken aus Auslagerungen sind grundsätzlich unter den operationellen Risiken erfasst und werden in der Risikotragfähigkeitsanalyse unter dieser Risikoart berücksichtigt. Auf Grundlage einer standardisierten Risikoanalyse wird zwischen wesentlichen und unwesentlichen Auslagerungen unterschieden. Wesentliche Auslagerungen werden durch Einrichtung eines dezentralen Outsourcing-Controllings explizit in die Risikosteuerung und Überwachung einbezogen.

Ein Notfall-Handbuch beschreibt die Vorgehensweise zur Katastrophenvorsorge bzw. im Katastrophenfall. Weitere Notfallpläne regeln den Umgang mit eventuell auftretenden Betriebsstörungen. Auslagerungen von zeitkritischen Aktivitäten und Prozessen werden in den Notfallplänen berücksichtigt.

### **Quantifizierung der operationellen Risiken**

Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikotragfähigkeitskonzeptes mit einem an den Basisindikatoransatz angelehnten Verfahren quantifiziert. Die Faktoren, die dem Standard- und Stressszenario zugrunde liegen, wurden aufgrund des Geschäftsumfangs festgelegt.

#### *Schadensfallerhebung*

Alle Schadensereignisse der Bank werden in einer Schadensfalldatenbank strukturiert gesammelt und ausgewertet. Die Erfassung aller laufenden Schäden und Beinahe-Schäden erfolgt dezentral durch die Operational Risk Beauftragten. Das Management operationeller Risiken erfolgt in den einzelnen Geschäftsbereichen, so dass bei diesem dezentralen Ansatz die Maßnahmen zur Vermeidung und Begrenzung der Risiken primär in der Verantwortung der Organisationseinheiten liegen. Die Analyse und Aggregation der Schadensfälle sowie die methodische Weiterentwicklung der eingesetzten Instrumente erfolgt im Risikocontrolling.

#### *Self Assessment*

Die Bank führt regelmäßig Self Assessments durch. Ziel der Self Assessments ist es, das Wissen zur Erkennung und Beurteilung von Risiken aus den Geschäftseinheiten, in denen sich die Risiken konkretisieren, nutzbar zu machen. Basierend auf einer unternehmensweiten Prozesslandkarte werden wesentliche, potenzielle operationelle Risikoszenarien auch unter Aspekten der Betrugsprävention für alle bedeutenden Geschäftsprozesse mindestens jährlich in einem Workshop identifiziert und anschließend nach Schadenshöhe und Schadenshäufigkeit bewertet. Je nach

Risikobewertung werden durch zusätzliche Präventivmaßnahmen operationelle Risiken reduziert.

### **Limitierung und Reporting**

Die Auslastung des operationellen Risikos im Standardszenario betrug am Stichtag 26,6 Mio. € (21,5 Mio. €). Die Berichterstattung erfolgt quartalsweise an den Vorstand, den Verwaltungsrat und den ersten Führungskreis.

### **Aktuelle Risikosituation**

Im Geschäftsjahr 2010 lagen keine bedeutenden Einzelverluste (ab 5 Tsd. €) aus operationellen Risiken vor. Im Vorjahr wurden vier bedeutende Schadensereignisse in der Schadensfalldatenbank erfasst, deren erwarteter Nettoverlust 26 Tsd. € betrug.

### **Prognosebericht**

Die internationalen Wachstumsperspektiven entwickelten sich zu Beginn des Jahres 2011 überwiegend positiv. Viele Konjunkturindikatoren deuten auf eine anhaltende Aufwärtsentwicklung hin. Die Erholung der Weltwirtschaft dürfte sich deshalb auch im laufenden Jahr fortsetzen. Die andauernde Staatsschuldenkrise im Euroraum und die noch nicht überwundene Instabilität des Finanzsektors belasten jedoch die weitere Entwicklung. Hohe Budgetdefizite machen eine Fortsetzung der Konjunkturstabilisierung in vielen Ländern unmöglich. Ein eher dämpfender Einfluss dürfte von der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit ausgehen. Außerdem zeichnet sich in vielen Schwellenländern ein niedrigeres Wirtschaftswachstum ab. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Wachstumsdynamik der Weltwirtschaft im laufenden Jahr abschwächen.

Nach Prognosen deutscher Wirtschaftsforschungsinstitute wird Deutschland mit einem Wachstum von mehr als 2 % wahrscheinlich eine überdurchschnittliche Konjunkturentwicklung verzeichnen. Bei weiter sinkender Arbeitslosigkeit stehen dem eher abnehmenden Exportwachstum zunehmende Impulse der Binnennachfrage gegenüber. Für den gesamten Euroraum liegen die Wachstumsprognosen zurzeit bei lediglich rund 1,5 %.

Für das Jahr 2011 zeichnet sich ein Anstieg der durchschnittlichen Inflationsrate im Euroraum ab. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die kritische Grenze für den von der Europäischen Zentralbank (EZB) tolerierten Preisniveauanstieg von 2 % im Jahresdurchschnitt

erstmal seit 2008 wieder überschritten werden könnte. Ein zunehmender Preisdruck wird insbesondere von den Energie- und Lebensmittelpreisen erwartet. Zum Anstieg der Verbraucherpreise tragen in vielen EU-Ländern aber auch einzelne Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung bei. Hierzu zählen insbesondere höhere Mehrwertsteuersätze und gestiegene administrative Preise.

Bei zunehmenden Inflationsgefahren dürfte die expansive Zinspolitik der EZB langsam auslaufen. Eine erste Leitzinserhöhung erscheint derzeit schon im zweiten Quartal des laufenden Jahres möglich. In einem Umfeld steigender Inflationserwartungen dürften auch die langfristigen Zinsen steigen. Vor dem Hintergrund der noch anhaltenden Schwäche in Teilbereichen des Bankensystems wird die EZB vermutlich aber ihre den Banksektor stabilisierenden Refinanzierungsgeschäfte noch einige Zeit fortsetzen.

Die Rentenbank sieht sich mit ihrem soliden Geschäftsmodell in Verbindung mit den Triple-A-Ratings auch unter diesen Rahmenbedingungen gut für die Erfüllung ihres Förderauftrags gerüstet.

Zur Prognose der zukünftigen Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage werden umfassende Jahres- und Dreijahrespläne erstellt. Sie beinhalten eine Bestands-, Ertrags- und Kostenplanung einschließlich Kostenbudgets sowie Stressszenarien. Dabei geht die Jahresplanung detaillierter auf Einzelheiten ein als die Dreijahresplanung.

Im Rahmen unserer aktuellen Planung wird im Konzern sowohl im Fördergeschäft als auch bei der Refinanzierung der Bank für die Geschäftsjahre 2011 und 2012 ein Neugeschäftsvolumen, das leicht unter bzw. auf dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegt, erwartet. Durch die absehbar hohen Fälligkeiten im Fördergeschäft werden niedrigere Zinserträge prognostiziert. Das Zinsergebnis des Segments „Treasury Management“ wird sich aus heutiger Sicht weiter normalisieren und – wie bereits in 2010 – rückläufig sein.

Die Kostenplanung für die Jahre 2011 und 2012 berücksichtigt die erforderlichen Investitionsmaßnahmen für Datenverarbeitung und Gebäude. Auch die vielfältigen Änderungen im Aufsichts- und Bilanzrecht werden weiterhin dafür sorgen, dass die Verwaltungsaufwendungen in den kommenden Jahren – trotz eines straffen Kostenmanagements – in allen Bereichen steigen werden.

Die Auswirkungen der Basel III-Anforderungen auf den Konzern wurden analysiert und in der aktuellen Planung berücksichtigt. Die erforderliche Stärkung der Kapitalbasis wird durch Gewinnthesaurierung sichergestellt. Für die neuen Liquiditätsstandards, insbesondere die neuen Liquiditätskennziffern, die sich

derzeit in der Beobachtungsphase befinden, wird der Baseler Ausschuss eine weitere Quantitative Auswirkungsstudie (QIS) durchführen. Der Konzern wird – wie auch schon 2010 – an der QIS teilnehmen.

Vor dem Hintergrund einer weiteren Normalisierung der erzielbaren Margen und des Treasury-Ergebnisses wird im Konzern 2011 und 2012 ein leicht rückläufiges Betriebsergebnis erwartet, das allerdings weiterhin über dem Vorkrisenniveau liegen wird.

Für die Gesamtjahre 2011 und 2012 wird im Konzern eine zufriedenstellende Ertragsentwicklung erwartet, die der Bank neben einer angemessenen Vorsorge für alle erkennbaren Risiken auch eine weitere Stärkung der Kapitalausstattung ermöglicht.

Das Fördergeschäft entwickelte sich in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres weiter dynamisch. Der Vorstand ist zuversichtlich, das Planvolumen 2011 im mittel- und langfristigen Fördergeschäft zu erreichen.

Durch die marktbedingte Entwicklung der Bewertungsparameter in den ersten zwei Monaten, insbesondere der Kosten für den Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen, sowie die Erholung der Marktkurse insbesondere für Anleihen aus den PIIGS-Staaten sind die Bewertungsverluste des Vorjahres zu einem großen Teil bereits wieder kompensiert worden. Dies hat zur Folge, dass das Ergebnis der Konzerngewinn- und -Verlust-Rechnung und das Konzerngesamtergebnis zum Monatsultimo Februar im unteren dreistelligen Mio. €-Bereich positiv ist. Durch die hohe Volatilität der Marktparameter ist die weitere Entwicklung des Bewertungsergebnisses nicht verlässlich prognostizierbar.

## Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, waren nicht zu verzeichnen.

## IFRS Konzerngesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Notes	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €
<b>1) Gewinn-und-Verlust-Rechnung</b>			
Zinserträge		4 019,3	3 854,5
Zinsaufwendungen		3 668,4	3 473,5
<b>Zinsüberschuss</b>	24	<b>350,9</b>	<b>381,0</b>
Risikovorsorge/Zinsunterdeckung	12, 25	5,0	40,4
davon Bildung Programmkredite		71,7	75,4
davon Auflösung Programmkredite		44,1	38,5
<b>Zinsüberschuss nach Risikovorsorge/Zinsunterdeckung</b>		<b>345,9</b>	<b>340,6</b>
Provisionserträge		2,7	4,3
Provisionsaufwendungen		2,7	2,3
<b>Provisionsüberschuss</b>	26	<b>0,0</b>	<b>2,0</b>
Handelsergebnis	27	0,0	0,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	28	-0,1	0,0
Verwaltungsaufwendungen	29	49,2	47,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis	30	0,7	-3,7
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	31	-144,4	-369,7
Ergebnis aus Steuern	32	-1,1	1,0
<b>Konzernjahresüberschuss</b>		<b>151,8</b>	<b>-76,9</b>
<b>2) Sonstiges Ergebnis</b>			
Veränderung der Neubewertungsrücklage		-230,0	267,3
<b>3) Konzerngesamtergebnis</b>		<b>-78,2</b>	<b>190,4</b>

## IFRS Gewinnverwendung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

	Notes	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €
Konzernjahresüberschuss		151,8	-76,9
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen			
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	33	29,2	121,0
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen	33	0,0	121,9
Einstellungen in die Gewinnrücklagen			
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	33	87,0	154,7
b) in die Anderen Gewinnrücklagen	33	82,2	0,0
<b>Konzernbilanzgewinn</b>		<b>11,8</b>	<b>11,3</b>

## IFRS Konzernbilanz zum 31. Dezember 2010

<b>Aktiva</b>	Notes	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
Barreserve	36	53,5	102,2
Forderungen an Kreditinstitute	37	49 286,5	45 840,5
<i>davon Förderbeitrag Forderungen an Kreditinstitute</i>		-249,4	-229,0
Forderungen an Kunden	38	1 517,4	612,8
<i>davon Förderbeitrag Forderungen an Kunden</i>		-0,1	-0,1
Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte	40	285,2	344,8
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	41	6 039,7	2 872,4
Finanzanlagen	42	26 541,7	27 937,3
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte	13, 43	0,8	0,0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	14, 44	16,8	17,3
Sachanlagen	15, 45	22,6	25,5
Immaterielle Vermögenswerte	16, 46	2,5	3,3
Laufende Ertragsteueransprüche	18, 47	1,7	1,0
Aktive latente Steuern	18, 48	1,5	2,3
Sonstige Aktiva	17, 49	13,1	88,4
<b>Gesamt</b>		<b>83 783,0</b>	<b>77 847,8</b>

<b>Passiva</b>	Notes	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50	2 494,3	3 660,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	51	5 628,9	5 784,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	52	65 101,8	60 263,2
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	53	3 341,8	4 362,9
Rückstellungen	19, 20, 54	102,1	102,5
Nachrangige Verbindlichkeiten	55	889,5	1 121,9
Sonstige Passiva	21, 56	4 078,0	316,4
Eigenkapital	22, 33, 57		
Gezeichnetes Kapital		135,0	135,0
Gewinnrücklagen		2 403,4	2 263,4
Neubewertungsrücklage		-403,6	-173,6
Konzernbilanzgewinn		11,8	11,3
<b>Gesamt</b>		<b>83 783,0</b>	<b>77 847,8</b>

## Konzern-Eigenkapital-Veränderungsrechnung

### Entwicklung des Eigenkapitals vom 01. Januar bis 31. Dezember 2010

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt 2010
<b>Eigenkapital zum 01. 01. 2010</b>	<b>135,0</b>	<b>2 263,4</b>	<b>-173,6</b>	<b>11,3</b>	<b>2 236,1</b>
Konzernjahresüberschuss		140,0		11,8	151,8
Veränderung unrealisierter Gewinne und Verluste			-230,0		-230,0
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>140,0</b>	<b>-230,0</b>	<b>11,8</b>	<b>-78,2</b>
Verwendung des Bilanzgewinns				-11,3	-11,3
<b>Eigenkapital zum 31. 12. 2010</b>	<b>135,0</b>	<b>2 403,4</b>	<b>-403,6</b>	<b>11,8</b>	<b>2 146,6</b>

### Entwicklung des Eigenkapitals vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

in Mio. €	Gezeichnetes Kapital	Gewinn- rücklagen	Neube- wertungs- rücklage	Bilanz- gewinn	Gesamt 2009
<b>Eigenkapital zum 01. 01. 2009</b>	<b>135,0</b>	<b>2 351,6</b>	<b>-440,9</b>	<b>10,8</b>	<b>2 056,5</b>
Konzernjahresüberschuss		-88,2		11,3	-76,9
Veränderung unrealisierter Gewinne und Verluste			267,3		267,3
<b>Konzerngesamtergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>-88,2</b>	<b>267,3</b>	<b>11,3</b>	<b>190,4</b>
Verwendung des Bilanzgewinns				-10,8	-10,8
<b>Eigenkapital zum 31. 12. 2009</b>	<b>135,0</b>	<b>2 263,4</b>	<b>-173,6</b>	<b>11,3</b>	<b>2 236,1</b>

Für weitere Erläuterung und Aufgliederung des Eigenkapitals wird auf die Abschnitte (22) und (57) verwiesen.

## Konzern-Kapitalflussrechnung

	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>152</b>	<b>-77</b>
Im Konzernjahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	3	2
Aufwendungen für bestimmte Wertpapiere und Forderungen	26	43
Veränderung von Rückstellungen	0	0
Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung	144	370
Sonstige Anpassungen (per saldo)	-351	-381
<b>Zwischensumme</b>	<b>-26</b>	<b>-43</b>
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	-3 473	6 903
Forderungen an Kunden	-904	5 861
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-3 167	22
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	112	-521
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1 166	-6 837
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-156	1 509
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 839	-6 326
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-1 021	-941
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	3 673	455
Erhaltene Zinsen	4 015	3 853
Erhaltene Dividenden	4	2
Gezahlte Zinsen	-3 668	-3 474
Sonstige Anpassungen (per saldo)	-144	-370
<b>Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1 082</b>	<b>93</b>
Einzahlungen aus der Veräußerung von:		
Finanzanlagen	6 646	6 069
Auszahlungen für den Erwerb von:		
Finanzanlagen	-5 226	-6 049
Sachanlagen	-1	-2
<b>Cash-Flow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1 419</b>	<b>18</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	-374	-26
Auszahlung an das Zweckvermögen und für sonstige, das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft	-11	-11
<b>Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-385</b>	<b>-37</b>
<b>Zahlungsmittelbestand jeweils zum 01. 01.</b>	<b>102</b>	<b>28</b>
Cash-Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	-1 082	93
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	1 419	18
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-385	-37
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0
<b>Zahlungsmittelbestand jeweils zum 31. 12</b>	<b>54</b>	<b>102</b>

Die Konzern-Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands der Geschäftsjahre 2010 und 2009 aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit im Vergleich. Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Bilanzposition „Barreserve“.

Die Cash-Flows aus operativer Geschäftstätigkeit wurden nach der indirekten Methode ermittelt, die aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit nach der direkten Methode.

Die Liquiditätssteuerung des Konzerns ist auf die Rentenbank konzentriert. Die pflichtgemäß nach IAS 7 erstellte Konzern-Kapitalflussrechnung hat als Indikator für die Liquiditätslage nur eine geringe Aussagekraft. In diesem Zusammenhang wird auf die Ausführungen in unserem Lagebericht zur Liquiditätssteuerung des Konzerns verwiesen.

## Konzernanhang (Notes)

<b>Grundlagen der Rechnungslegung</b> .....	99
<b>Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen</b> .....	99
<b>Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden</b> .....	101
(1) Allgemeine Angaben .....	101
(2) Konsolidierungskreis .....	101
(3) Konsolidierungsgrundsätze .....	102
(4) Finanzinstrumente .....	102
(5) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente .....	104
(6) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen .....	105
(7) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives) .....	106
(8) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten .....	106
(9) Währungsumrechnung .....	107
(10) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte .....	107
(11) Bilanzierung von Leasingverhältnissen .....	107
(12) Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung .....	107
(13) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte .....	107
(14) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien .....	108
(15) Sachanlagen .....	108
(16) Immaterielle Vermögenswerte .....	108
(17) Sonstige Aktiva .....	108
(18) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten .....	108
(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen .....	108
(20) Andere Rückstellungen .....	109
(21) Sonstige Passiva .....	109
(22) Eigenkapital .....	109
(23) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen .....	109
<b>Erläuterungen zur Konzerngesamtergebnisrechnung</b> .....	110
(24) Zinsüberschuss .....	110
(25) Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung .....	110
(26) Provisionsüberschuss .....	111
(27) Handelsergebnis .....	111
(28) Ergebnis aus Finanzanlagen .....	111
(29) Verwaltungsaufwendungen .....	112
(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis .....	112
(31) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung .....	113
(32) Ergebnis aus Steuern .....	114
(33) Gewinnrücklagen .....	114
<b>Segmentberichterstattung</b> .....	114
(34) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung .....	114
(35) Segmente .....	115

<b>Erläuterungen zur Bilanz</b> .....	116
(36) Barreserve .....	116
(37) Forderungen an Kreditinstitute .....	116
(38) Forderungen an Kunden .....	116
(39) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung im Kreditgeschäft .....	116
(40) Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte .....	117
(41) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten .....	117
(42) Finanzanlagen .....	118
(43) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte .....	119
(44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien .....	119
(45) Sachanlagen .....	119
(46) Immaterielle Vermögenswerte .....	120
(47) Laufende Ertragsteueransprüche .....	120
(48) Aktive latente Steuern .....	121
(49) Sonstige Aktiva .....	122
(50) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten .....	122
(51) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden .....	122
(52) Verbriefte Verbindlichkeiten .....	122
(53) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten .....	123
(54) Rückstellungen .....	123
(55) Nachrangige Verbindlichkeiten .....	125
(56) Sonstige Passiva .....	125
(57) Eigenkapital .....	126
(58) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen .....	126
<b>Erläuterungen zu Finanzinstrumenten</b> .....	127
(59) Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien .....	127
(60) Ergebnis nach Bewertungskategorien .....	128
(61) Hierarchie der Bewertungsmethoden zum beizulegenden Zeitwert .....	129
(62) Ergänzende Angaben zum beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten .....	130
(63) Derivative Geschäfte .....	130
(64) Liquiditätsanalyse .....	131
(65) Restlaufzeitengliederung .....	133
<b>Sonstige Angaben</b> .....	134
(66) Eigenkapitalmanagement .....	134
(67) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital .....	134
(68) Kapitaladäquanz .....	135
(69) Positionswerte mit aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewichten .....	136
(70) Kreditrisikominderungstechniken .....	136
(71) Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte .....	136
(72) Derivative Adressenausfallrisikopositionen und Aufrechnungspositionen .....	137
(73) Darstellung der Volumina der Fremdwährungsgeschäfte .....	138
(74) Anteilsbesitzliste .....	139
(75) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen .....	139
(76) Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer .....	141
(77) Abschlussprüferhonorare .....	141

## Grundlagen der Rechnungslegung

Der vorliegende Konzernabschluss der Rentenbank wurde in Übereinstimmung mit allen für das Geschäftsjahr 2010 verpflichtend anzuwendenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Er basiert auf der Verordnung 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 sowie den Verordnungen, mit denen die IFRS in das EU-Recht übernommen wurden. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) und des Standing Interpretations Committee (SIC).

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzernbilanz, der Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung, der Konzern-Kapitalflussrechnung und dem Konzernanhang sowie ergänzend dem Konzernlagebericht. Die Konzerngesamtergebnisrechnung setzt sich zusammen aus der Konzerngewinn- und -Verlust-Rechnung ergänzt um eine Überleitung auf das Konzerngesamtergebnis.

Der Konzernabschluss sowie der ergänzende Konzernlagebericht wurden vom Vorstand der Landwirtschaftlichen Rentenbank aufgestellt. Die Freigabe zur Veröffentlichung erfolgt voraussichtlich am 31. März 2011 mit Billigung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts durch den Verwaltungsrat.

Die Berichtswährung ist Euro. Die Betragsangaben erfolgen grundsätzlich in Millionen Euro.

Die erforderlichen Angaben zu den Bonitäts-, Liquiditäts- und Marktpreisrisiken aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.31–7.42 werden grundsätzlich im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Offenlegungsvorschriften im Rahmen der SolvV werden in einem gesonderten Offenlegungsbericht erfüllt. Dieser verweist u. a. auf Darstellungen im Konzernanhang sowie im Risikobericht. Die Angaben erfolgen im Risikobericht als Teil des Konzernlageberichts sowie im Konzernanhang ab Abschnitt (66), um die Struktur des Geschäftsberichts nicht wesentlich zu ändern.

## Anwendung neuer oder geänderter Standards und Interpretationen

Folgende Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen waren von der Rentenbank im Geschäftsjahr 2010 erstmals verpflichtend anzuwenden:

<b>Standard/ Interpretation</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>anzuwenden für Geschäftsjahre ab*</b>
IFRS 1	Erstmalige Anwendung der IFRS	1. Januar 2010
IFRS 1	Zusätzliche Ausnahmen für erstmalige Anwender	1. Januar 2010
IFRS 2	Anteilsbasierte Vergütung:	
	Anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich im Konzern	1. Januar 2010
IFRS 3	Unternehmenszusammenschlüsse	1. Juli 2009
IAS 27	Konzern- und separate Einzelabschlüsse	1. Juli 2009
IAS 39	Geeignete Grundgeschäfte – Änderung des IAS 39	
	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	1. Juli 2009
IFRIC 12	Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen	29. März 2009
IFRIC 15	Verträge über die Errichtung von Immobilien	1. Januar 2010
IFRIC 16	Absicherung einer Nettoinvestition in einem ausländischen Geschäftsbetrieb	1. Juli 2009
IFRIC 17	Sachdividenden an Eigentümer	1. November 2009
IFRIC 18	Übertragung von Vermögenswerten durch einen Kunden	1. November 2009

\* gemäß EU-Verordnung. Der Anwendungstermin kann von dem im Standard bzw. der Interpretation genannten Termin abweichen.

Die oben genannten Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen sind für die Rentenbank nicht relevant und haben somit keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Folgende Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen sind bereits veröffentlicht, aber erst für zukünftige Geschäftsjahre verpflichtend anzuwenden:

<b>Standard/ Interpretation</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>anzuwenden für Geschäftsjahre ab*</b>
IFRS 1	Begrenzte Befreiung erstmaliger Anwender von Vergleichsangaben nach IFRS 7	1. Juli 2010
IFRS 1	Starke Hochinflation und Abschaffung fester Umstellungszeitpunkte für erstmalige Anwender	offen
IFRS 7	Finanzinstrumente: Angaben	offen
IFRS 9	Finanzinstrumente	offen
IAS 12	Latente Steuern: Rückgewinnung zugrundeliegender Vermögenswerte	offen
IAS 24	Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	1. Januar 2011
IAS 32	Klassifizierung von Bezugsrechten	1. Februar 2010
IFRIC 14	IAS 19 – Die Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestdotierungsverpflichtungen und ihre Wechselwirkung: Vorauszahlungen im Rahmen von Mindestdotierungsvorschriften	1. Januar 2011
IFRIC 19	Tilgung finanzieller Verbindlichkeiten mit Eigenkapitalinstrumenten	1. Juli 2010

\* gemäß EU-Verordnung. Der Anwendungstermin kann von dem im Standard bzw. der Interpretation genannten Termin abweichen.

Der IFRS 9 wurde im Jahr 2010 um Regelungen zu finanziellen Verbindlichkeiten ergänzt. Der derzeitige Stand des Standards stellt den Abschluss des ersten Teils eines dreiphasigen Projekts zur Ersetzung von IAS 39 durch einen neuen Standard dar. Der IFRS 9 ersetzt Teile des IAS 39, die sich auf die Klassifizierung und Bewertung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen. Die wesentlichen Vorschriften des IFRS 9 sind die folgenden:

- Finanzielle Vermögenswerte sind bei erstmaligem Ansatz einer der beiden folgenden Bewertungskategorien zuzuordnen:
  - Bewertung zum beizulegenden Zeitwert
  - Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten
- Zu fortgeführten Anschaffungskosten kann nur ein Schuldinstrument bewertet werden, das mit dem Ziel gehalten wird, die vertraglichen Zahlungsströme zu realisieren. Bei den vertraglichen Zahlungsströmen des Schuldinstruments darf es sich nur um Zinsen und Rückzahlungen des Nominalwerts handeln. Alle anderen Schuldinstrumente sind erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten.
- Eigenkapitalinstrumente sind zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten. Bei zu Handelszwecken gehaltenen Eigenkapitaltiteln sind die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam zu erfassen. Für die anderen Eigenkapitaltitel kann zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes die unwiderrufliche Entscheidung getroffen werden, die unrealisierten und realisierten Änderungen des

beizulegenden Zeitwerts im sonstigen Ergebnis (Eigenkapital) zu erfassen.

- Für finanzielle Verbindlichkeiten werden die Regelungen des IAS 39 im Wesentlichen beibehalten. Änderungen ergeben sich bei der Anwendung der Fair Value Option. So ist der Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts, der aus der Änderung des eigenen Kreditrisikos resultiert, nicht in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung, sondern direkt im sonstigen Ergebnis (Eigenkapital) zu erfassen. Führt diese Vorgehensweise jedoch zu einer Bewertungsinkongruenz ist die gesamte Änderung des beizulegenden Zeitwerts erfolgswirksam in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung zu erfassen.

Die zwei offenen Phasen befassen sich mit der Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) und der Abschreibung von Vermögenswerten (Impairment). Der komplette Standard soll im 2. Quartal 2011 vorliegen. Der Zeitpunkt der Übernahme des IFRS 9 durch die EU ist noch offen. Die Auswirkungen des neuen IFRS 9 auf den Konzernabschluss der Rentenbank können erst nach der Verabschiedung aller Phasen beurteilt werden, da insbesondere die Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen und die Kategorisierung in einer wechselseitigen Beziehung stehen.

Der geänderte IAS 24 wurde am 19. Juli 2010 von der EU übernommen. Danach sind Staatsunternehmen und staatlich kontrollierte Unternehmen von den detaillierten Angabepflichten des IAS 24 befreit. Sie

müssen nunmehr allgemeine Angaben zu wesentlichen Transaktionen mit dem Staat und anderen staatlich kontrollierten Unternehmen machen. Der Standard enthält ferner eine Klarstellung der Definition nahestehender Unternehmen und Personen. Die Anwendung des geänderten IAS 24 wird lediglich Auswirkungen auf Angaben in den Notes haben, aber nicht auf das Konzernergebnis oder die Konzernbilanz.

Die anderen Standards und Interpretationen bzw. deren Änderungen sind für die Rentenbank nicht relevant und werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben.

Zusätzlich zu den genannten neuen und geänderten Standards und Interpretationen werden vom IASB regelmäßig zahlreiche Änderungen an IFRS veröffentlicht, die als nicht dringend aber notwendig einge-

schätzt werden. Die im April 2009 veröffentlichten „Verbesserungen an IFRS“ wurden am 23. März 2010 von der EU übernommen. Diese Änderungen sind überwiegend für Geschäftsjahre, die am 1. Januar 2010 oder später beginnen, verpflichtend anzuwenden. Die im Mai 2010 veröffentlichten „Verbesserungen an IFRS“ wurden am 18. Februar 2011 von der EU übernommen. Diese Änderungen sind für Geschäftsjahre, die am 1. Januar 2011 beginnen, verpflichtend anzuwenden.

Die Änderungen aus beiden Veröffentlichungen können Auswirkungen auf Ausweis, Ansatz oder Bewertung haben. Teilweise handelt es sich aber auch nur um begriffliche oder redaktionelle Änderungen. Aus der Anwendung der Änderungen ergaben sich keine Auswirkungen bzw. werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der Rentenbank erwartet.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### (1) Allgemeine Angaben

Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt unter der Annahme der Unternehmensfortführung, die die Angabe von Veräußerungspreisen im Rahmen der Fair Value-Bewertung bedingt. Diese sind jedoch strikt von Liquidationspreisen zu unterscheiden, die zur Anwendung kommen, sofern die Annahme der Unternehmensfortführung nicht mehr gegeben ist. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden, sofern nicht anders vermerkt, einheitlich und stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt.

Dem Konzernabschluss liegen sowohl Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert als auch zu (fortgeführten) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zugrunde. Erträge und Aufwendungen werden periodengerecht abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind. Agien und Disagien werden nach der Effektivzinsmethode über die Laufzeit abgegrenzt und direkt dem Geschäft zugerechnet. Abgegrenzte Zinsen werden in dem Bilanzposten ausgewiesen, in dem das zugrunde liegende Finanzinstrument bilanziert wird.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert bestimmte Schätzungen und Annahmen. Änderungen dieser Schätzungen und Annahmen innerhalb einer Periode können wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens- und Ertragslage dieser Periode haben. Schätzungen und Annahmen, die wesentlich für den Abschluss sind, werden in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der ent-

sprechenden Posten und ggf. zusätzlich bei den entsprechenden Posten selbst erläutert.

### (2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der Rentenbank für das Geschäftsjahr 2010 wurden neben der Bank als Konzernmuttergesellschaft die beiden Töchter LR Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (LRB) und DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, (DSV) einbezogen. Eine detaillierte Aufstellung der von der Bank gehaltenen Anteile wird in Abschnitt (74) gegeben.

Zwei Unternehmen (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main und Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main) mit untergeordneter Bedeutung für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden nicht konsolidiert. Die Anteile an diesen Unternehmen werden in den „Finanzanlagen“ ausgewiesen. Anhand der Jahresabschlussdaten der zwei Gesellschaften ergab sich bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns bzw. des Konzernjahresüberschusses ein Anteil von jeweils unter 1 %. Diese Daten basieren auf dem Jahresabschluss zum 31.12.2009. Für das Jahr 2010 stehen sie noch aus, es wird aber nur mit unwesentlichen Änderungen gerechnet.

### (3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wurde unter einheitlicher Anwendung der für die Bank geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erstellt.

Die Kapitalkonsolidierung der LRB (Tochterunternehmen) erfolgte auf Basis der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung unter Berücksichtigung der damaligen Rechnungslegungsvorschriften in den Konzernabschluss des Jahres 1993. Die Bilanzsumme des handelsrechtlichen Einzelabschlusses betrug am 31. Dezember 2010 219,5 Mio. € (232,2 Mio. €).

Die Kapitalkonsolidierung der DSV (Tochterunternehmen) erfolgte ebenfalls auf Basis der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung unter Berücksichtigung der damaligen Rechnungslegungsvorschriften in den Konzernabschluss des Jahres 1998; die Kapitalkonsolidierung der restlichen Anteile an der DSV erfolgte auf Basis der Wertansätze zum 31. Dezember 2000, dem Ultimo des Erwerbsmonats. Die Bilanzsumme des handelsrechtlichen Einzelabschlusses betrug am 31. Dezember 2010 15,1 Mio. € (15,4 Mio. €).

### (4) Finanzinstrumente

Alle finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen einschließlich aller derivativen Finanzinstrumente werden gemäß IAS 39 in der Bilanz erfasst. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften zum Erfüllungstag und bei Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente werden im Zeitpunkt ihres Zugangs zum beizulegenden Zeitwert bewertet, welcher in der Regel dem Kauf-/Verkaufspreis entspricht. Die Folgebewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen richtet sich danach, welchen Kategorien nach IAS 39 sie zugeordnet wurden.

#### Kategorien der Finanzinstrumente

##### **Financial Assets/ Liabilities at Fair Value through Profit or Loss**

Diese Kategorie umfasst zwei Unterkategorien:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Held for Trading“)
- Als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten eingestufte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen („Designated as at Fair Value“)

Als zu Handelszwecken gehalten gelten Derivate und finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen, die

mit einer kurzfristigen Verkaufsabsicht abgeschlossen worden sind. Im Konzern sind ausschließlich Derivate inkl. zu trennender eingebetteter Derivate dieser Kategorie zugeordnet. Die Derivate werden ausschließlich zur Absicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken abgeschlossen. Der Ausweis erfolgt in den Posten „Positive bzw. Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“.

Bestimmte finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen werden beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet (Fair Value Option). Gemäß IAS 39 kann die Fair Value Option nur unter folgenden Bedingungen angewendet werden:

- Die Anwendung der Fair Value Option beseitigt oder verringert ansonsten entstehende Bewertungsinkongruenzen.
- Die finanziellen Vermögenswerte und/oder Verpflichtungen sind Teil eines Portfolios, welches auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts gesteuert wird.
- Der finanzielle Vermögenswert oder die Verpflichtung enthalten zu trennende eingebettete Derivate.

Im Konzern wird die Fair Value Option für finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen angewendet, denen Sicherungsderivate wirtschaftlich gegenüberstehen, bei denen die restriktiven Vorschriften des Hedge Accounting aber nicht angewendet werden können. Die betreffenden finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen würden ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wohingegen die Sicherungsderivate erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Diese drohende Bewertungsinkongruenz wird durch die Anwendung der Fair Value Option beseitigt.

Die finanziellen Vermögenswerte oder Verpflichtungen der Kategorie „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden hierbei implizit berücksichtigt. Zinserträge oder -aufwendungen werden im Zinsergebnis berücksichtigt.

## Loans and Receivables

Der Kategorie „Loans and Receivables“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien erfüllen:

- Kein Derivat
- Nicht an einem aktiven Markt notiert
- Feste oder bestimmbare Zahlungen

Hiervon ausgenommen sind:

- Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte („Held for Trading“) und solche, für die die Fair Value Option ausgeübt wurde
- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation der Kategorie „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, für die der Inhaber seine ursprüngliche Investition infolge anderer Gründe als einer Bonitätsverschlechterung nicht mehr nahezu vollständig wiedererlangen könnte

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Loans and Receivables“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Geschäft direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation und der Zinsabgrenzung werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzerngesamtergebnisrechnung in der Position „Risikovorsorge“ erfasst.

## Held to Maturity

Der Kategorie „Held to Maturity“ werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die folgende Kriterien erfüllen:

- Kein Derivat
- Feste oder bestimmbare Zahlungen
- Absicht und Fähigkeit, diese bis zur Endfälligkeit zu halten

Hiervon ausgenommen sind:

- Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz per Designation den Kategorien „Designated as at Fair Value“ oder „Available for Sale“ zugeordnet wurden
- Finanzielle Vermögenswerte, die per Definition der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet sind

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Held to Maturity“ werden zu fortgeführten Anschaffungskos-

ten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Geschäft direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation und der Zinsabgrenzung werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Vorliegende Wertminderungen bzw. -aufholungen werden direkt mit dem Buchwert verrechnet und in der Konzerngesamtergebnisrechnung im „Ergebnis aus Finanzanlagen“ erfasst.

## Available for Sale

Die Kategorie „Available for Sale“ enthält alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der anderen aktiven Kategorien zugeordnet sind.

Die finanziellen Vermögenswerte der Kategorie „Available for Sale“ werden erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Gewinne oder Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden in der Neubewertungsrücklage im Eigenkapital ausgewiesen.

Bei Abgang oder Wertminderung werden die in der Neubewertungsrücklage kumulierten Gewinne oder Verluste in der Konzerngesamtergebnisrechnung im „Ergebnis aus Finanzanlagen“ erfasst.

Nicht notierte Eigenkapitaltitel, deren beizulegender Zeitwert nicht verlässlich ermittelt werden kann, werden zu Anschaffungskosten abzüglich eventueller Wertminderungen bewertet. Im Konzern betrifft dies die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligungen.

## Other Liabilities

Der Kategorie „Other Liabilities“ werden alle finanziellen Verpflichtungen zugeordnet, die nicht der Kategorie „Financial Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ zugeordnet sind.

Finanzielle Verpflichtungen der Kategorie „Other Liabilities“ werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Hierbei werden eventuelle Agien oder Disagien bzw. sonstige Anschaffungsnebenkosten effektivzinsgerecht amortisiert und dem Geschäft direkt zu- bzw. abgeschrieben. Die Erträge oder Aufwendungen aus der Amortisation und der Zinsabgrenzung werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

## Überblick der verwendeten Bewertungskategorien nach IAS 39

### Finanzielle Vermögenswerte

Bilanzposten	Bewertungskategorie
Barreserve	Loans and Receivables
Forderungen an Kreditinstitute	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Forderungen an Kunden	Loans and Receivables Designated as at Fair Value
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Finanzanlagen	Available for Sale Held to Maturity Designated as at Fair Value
Sonstige Aktiva	Loans and Receivables

### Finanzielle Verbindlichkeiten

Bilanzposten	Bewertungskategorie
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Verbriefte Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	Held for Trading
Nachrangige Verbindlichkeiten	Other Liabilities Designated as at Fair Value
Sonstige Passiva	Other Liabilities

### Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Nicht-derivative finanzielle Vermögenswerte, für die keine kurzfristige Verkaufsabsicht mehr besteht, können nur bei Vorliegen außergewöhnlicher Umstände aus der Kategorie „Held for Trading“ umgegliedert werden. Finanzielle Vermögenswerte, die beim erstmaligen Ansatz der Definition „Loans and Receivables“ entsprochen hätten, können aus den Kategorien „Held for Trading“ und „Available for Sale“ umgegliedert werden, wenn sie auf absehbare Zeit oder bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können.

Finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Available for Sale“ dürfen in die Kategorie „Held to Maturity“ umgegliedert werden, wenn sie bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen und können. Eine umgekehrte Umgliederung ist nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich.

Im Jahr 2010 wurden keine finanziellen Vermögenswerte umgegliedert.

### (5) Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Finanzinstrumente

Als beizulegender Zeitwert wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument bei Vertragsabschluss unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann. Für Finanzinstrumente, die auf aktiven Märkten gehandelt werden, basiert die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts auf notierten Marktkursen. Ein Finanzinstrument gilt als auf einem aktiven Markt notiert, wenn Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden. Sind die genannten Kriterien nicht erfüllt, gilt der Markt als inaktiv. Hinweise auf einen inaktiven Markt sind u. a. eine große Geld-Brief-Spanne oder nur wenige Transaktionen in der jüngeren Vergangenheit.

Für alle anderen Finanzinstrumente, für die keine Kurse auf aktiven Märkten notiert sind, wird der beizulegende Zeitwert mittels aufsichtsrechtlich anerkannter Bewertungsmodelle ermittelt. Den Modellen liegen beobachtbare Marktparameter zugrunde.

Der beizulegende Zeitwert von Kontrakten ohne optionale Bestandteile wird auf Basis ihrer abgezinsten erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (Discounted Cashflow (DCF) – Methode) ermittelt. Zur Abzinsung wird die Swapkurve zuzüglich eines geschäftsspezifischen Credit Spreads bzw. Basisswap-Spreads herangezogen. Die Credit Spreads werden aus beobachtbaren Marktdaten differenziert nach Rating, Laufzeit, Währung und Besicherungsgrad abgeleitet. Die Credit Spreads zur Bewertung der eigenen Verbindlichkeiten werden dabei aus Sekundärmarktpreisen für staatsgarantierte Anleihen ermittelt. Die Basisswap-Spreads werden differenziert nach Laufzeit und Währung von einem externen Marktdatenanbieter bezogen.

Eine Erhöhung der Refinanzierungskosten durch Spreadveränderungen führt zu Bewertungsgewinnen, da der Wert der Verbindlichkeiten sinkt. Dagegen führen sinkende Refinanzierungskosten zu Bewertungsverlusten, da der Wert der Verbindlichkeiten steigt. Für finanzielle Vermögenswerte ist der Effekt aus der Veränderung der Credit Spreads umgekehrt. Höhere Margen durch steigende Credit Spreads führen zu Bewertungsverlusten, sinkende Margen zu Bewertungsgewinnen.

Kontrakte mit optionalen Bestandteilen werden mit bankaufsichtsrechtlich anerkannten Optionspreismodellen bewertet. Neben der oben erwähnten Swapkurve gehen zudem Volatilitäten und Korrelationen zwischen beobachtbaren Marktdaten in die Berechnung ein.

Die hier beschriebenen Bewertungsmethoden werden nach IFRS 7.27Af. verschiedenen Hierarchieleveln zugeordnet (siehe Abschnitt (61)).

Im Rahmen des Hedge Accounting werden beim Grundgeschäft nur die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind. Im Konzern beschränkt sich in diesem Zusammenhang das gesicherte Risiko ausnahmslos auf das Zinsrisiko. Der zinsinduzierte beizulegende Zeitwert wird anhand der Swapkurve zuzüglich der konstanten individuellen Marge des Geschäfts ermittelt.

#### **(6) Bilanzierung von Sicherungszusammenhängen**

Die Bank schließt Derivate ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken ab. Derivate werden immer erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die abgesicherten Bilanzgeschäfte dagegen werden zunächst zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Die hierdurch bestehende Bewertungsinkongruenz wird durch die Anwendung der Vorschriften zum Hedge Accounting kompensiert oder verringert. Können die Anforderungen zum Hedge Accounting nicht erfüllt werden, werden die abgesicherten Bilanzgeschäfte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet.

Im Rahmen des Aktiv-Passiv-Managements werden Fair Value Hedges im Sinne des IAS 39 eingesetzt, die der Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken dienen. Nur hier ist ein nachhaltiges und effektives Hedge Accounting möglich. Beim Fair Value Hedge werden die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des abgesicherten Bilanzgeschäfts, die auf das abgesicherte Zinsrisiko zurückzuführen sind, unabhängig von der Kategorie erfolgswirksam erfasst. Die erfolgswirksam erfassten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate werden dadurch in hohem Maße kompensiert.

Der Cash Flow Hedge kommt im Konzern nicht zum Einsatz.

Sicherungsgeschäfte im Rahmen des Hedge Accounting sind grundsätzlich Zinsswaps, die zur Besicherung von Kredit-, Wertpapier- oder Emissionsgeschäften abgeschlossen wurden und die den Anforderungen des Hedge Accounting entsprechen. Die Absiche-

rung erfolgt für Geschäfte mit größeren Volumina grundsätzlich auf Einzelbasis (Mikro Hedge). Die im Rahmen des Förderauftrags begebenen Programmkredite werden aufgrund der geringen Volumina je Einzelgeschäft im Wesentlichen auf Portfoliobasis (Makro Hedge) abgesichert.

Bei Abschluss einer Transaktion wird die Beziehung zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft sowie die Art des gesicherten Risikos dokumentiert. Ebenso wird sowohl zu Beginn (ex ante) als auch fortlaufend (ex ante und ex post) die Einschätzung dokumentiert, dass die Absicherung in hohem Maße effektiv ist.

Im **Mikro-Hedge**-Bereich werden ein oder auch mehrere gleichartige Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten als eine Sicherungsbeziehung bestimmt. Die Ex ante-Effektivität wurde bis zum 30. Juni 2010 mittels einer Sensitivitätsanalyse bestimmt, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird. Effektivität war gegeben, wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % liegt. Seit dem 01. Juli 2010 wird zu Beginn der Sicherungsperiode ex ante von Effektivität ausgegangen, sofern die wesentlichen Ausstattungsmerkmale des Sicherungsderivats und des Grundgeschäfts übereinstimmen (critical term match). Die Ex post-Effektivität sowie die Ex ante-Effektivität während der Sicherungsperiode werden halbjährlich zu den Bilanzierungstichtagen mittels einer Regressionsanalyse gemessen. Ein Sicherungszusammenhang gilt als effektiv, wenn die Steigung der durch die zinsinduzierten Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft bestimmten linearen Regressionsgeraden zwischen  $-0,8$  und  $-1,25$  liegt sowie die Güte der Regression, gemessen mittels dem Bestimmtheitsmaß, einen Wert von größer oder gleich  $0,8$  aufweist. Die Regressionsanalyse basiert auf den Daten der letzten sechs Monate. Bei effektiven Sicherungsbeziehungen wird der Buchwert der abgesicherten Grundgeschäfte um die zinsinduzierte Veränderung des beizulegenden Zeitwerts angepasst und zusammen mit der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts der Sicherungsgeschäfte erfolgswirksam im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ erfasst.

Für ineffektive Sicherungsbeziehungen können die Vorschriften des Hedge Accountings für den entsprechenden Zeitraum nicht angewendet werden. Das Grundgeschäft wird für diesen Zeitraum entsprechend seiner Kategoriezuordnung bewertet. In vorangegangenen effektiven Sicherungsperioden erfasste zinsinduzierte Wertänderungen werden unter Verwendung der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ über die Restlaufzeit amortisiert.

Die im Rahmen des Fair Value Hedge auf Portfolio-basis (**Makro Hedge**) abgesicherten Grundgeschäfte werden zu Beginn jeder Sicherungsperiode auf Basis der Fälligkeit der einzelnen erwarteten Zahlungsströme einem vierteljährlichen Laufzeitband zugeordnet. Jedem Laufzeitband werden Zinsswaps als Sicherungsinstrumente maximal in Höhe des Nominalwerts der kumuliert zugrundeliegenden Grundgeschäfte zugeordnet. Die Sicherungsperiode ist in der Regel ein Monat. Übersteigt das Neugeschäft in einem Laufzeitband innerhalb der Sicherungsperiode ein bestimmtes Volumen, kann die Sicherungsbeziehung für dieses Laufzeitband vorzeitig beendet und neu bestimmt werden.

Die Ex ante-Effektivität wird mittels einer Sensitivitätsanalyse bestimmt, bei der die relevante Zinskurve um 100 Basispunkte parallel verschoben wird. Die Ex post-Effektivität wird nach der Dollar Offset-Methode gemessen. Hier werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte zueinander in Relation gesetzt. Effektivität ist gegeben, wenn das Verhältnis der Wertveränderungen von Grund- und Sicherungsgeschäften in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % liegt.

Bei effektiven Laufzeitbändern werden am Ende der Sicherungsperiode die zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte zusammen mit den gegenläufigen Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte erfolgswirksam im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ erfasst. In der Bilanz wird im Gegensatz zum Mikro Hedge Accounting nicht der Buchwert der einzelnen Grundgeschäfte angepasst. Stattdessen wird die Anpassung des Buchwerts der Grundgeschäfte in dem separaten Bilanzposten „Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte“ ausgewiesen. Dieser separate Bilanzposten wird über die Restlaufzeit der jeweiligen Laufzeitbänder ergebniswirksam gegen das „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ amortisiert bzw. bei außerplanmäßiger Rückzahlung von Finanzinstrumenten anteilig ausgebucht. Für ineffektive Laufzeitbänder erfolgt keine Erfassung der zinsinduzierten Wertänderungen der Grundgeschäfte.

#### **(7) Hybride Finanzinstrumente (Embedded Derivatives)**

Als hybride Finanzinstrumente werden Geschäfte bezeichnet, welche sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen. Hierbei stellen die eingebetteten Derivate einen integralen Vertragsbestandteil dar und können nicht separat gehandelt werden.

Bestimmte eingebettete Derivate werden als eigenständige Derivate behandelt, wenn deren wirtschaftliche Charakteristika und Risiken keine eindeutige

und enge Beziehung zu denen des Basisvertrags aufweisen und das strukturierte Finanzinstrument nicht bereits erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird. Ein Beispiel für zu trennende eingebettete Derivate stellen Darlehensverträge dar, deren Rückzahlung in Aktien oder in Geld erfolgen kann. In diesem Fall ist die Wertentwicklung der Rückzahlungsoption nicht eng mit der Wertentwicklung des zinstragenden Basisvertrags (Darlehen) verbunden.

Im Konzern werden grundsätzlich alle strukturierten Produkte mit ansonsten trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten der Kategorie „Designated as at Fair Value“ zugeordnet. Ausnahme hierzu bilden die Liquiditätshilfedarlehen mit täglichem Kündigungsrecht, bei denen der Basisvertrag der Kategorie „Loans and Receivables“ zugeordnet wird.

Bei nicht trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten erfolgt die Bewertung des gesamten strukturierten Produkts anhand der Kategorie des Basisvertrags.

Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Nicht trennungspflichtige eingebettete Derivate werden zusammen mit dem Basisvertrag unter dem jeweiligen Konzernbilanzposten ausgewiesen. Trennungspflichtige eingebettete Derivate werden je nach aktuellem Marktwert unter den „Positiven bzw. Negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten“ ausgewiesen.

#### **(8) Wertberichtigung von finanziellen Vermögenswerten**

Zu jedem Bilanzstichtag wird untersucht, ob objektive Hinweise vorliegen, dass nicht alle Zins- und Tilgungsleistungen vertragskonform erbracht werden können. Folgende Kriterien werden im Wesentlichen für diese Beurteilung herangezogen:

- Zahlungsverzug bei Zinsen oder Tilgung von länger als 90 Tagen
- Wesentliche Herabstufung im internen Rating-system
- Aufnahme in die Überwachung der bemerkenswerten Engagements

Für finanzielle Vermögenswerte der Kategorie „Designated as at Fair Value“ entfällt aufgrund der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert eine gesonderte Überprüfung auf Wertminderungen, da diese bereits im beizulegenden Zeitwert enthalten und erfolgswirksam erfasst sind.

#### *Forderungen:*

In der Bank erfolgt die Beurteilung der Werthaltigkeit sowohl für signifikante Einzelforderungen als auch für Forderungen von individuell untergeordneter Bedeutung (Förderkreditgeschäft) auf Einzelbasis. Bei Vorliegen von objektiven Hinweisen wird die Wertberichtigung als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Barwert der erwarteten Zahlungsströme ermittelt. Als Diskontierungsfaktor wird für festverzinsliche Forderungen der ursprüngliche Effektivzins und für variabel verzinsliche Forderungen der aktuelle Effektivzins verwendet.

Sofern im Rahmen der Einzelprüfung keine Hinweise auf eine Wertminderung festgestellt werden, werden diese Forderungen zusätzlich auf Portfolioebene auf Wertminderungen hin untersucht. Hierbei werden die Forderungen in homogene Portfolios mit vergleichbaren Kreditrisikomerkmale gruppiert. Der wertzu-berichtigende Betrag berechnet sich aus dem Forderungsvolumen des betrachteten Portfolios zum Bilanzstichtag multipliziert mit der portfoliospezifischen historischen Ausfallquote.

#### *Finanzanlagen:*

Sofern bei den Finanzanlagen objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung vorliegt, wird diese als Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen beizulegenden Zeitwert ermittelt. Der so berechnete Verlust wird für Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ als Korrektur der Neubewertungsrücklage und für Wertpapiere der Kategorie „Held to Maturity“ sowie für die Beteiligungen als Korrektur des Buchwerts im „Ergebnis aus Finanzanlagen“ erfasst.

Bei Wegfall der Gründe für eine Wertminderung ist für Schuldtitel eine erfolgswirksame Wertaufholung vorzunehmen.

#### **(9) Währungsumrechnung**

Monetäre Fremdwährungspositionen werden täglich zum Stichtagskurs umgerechnet. Nicht monetäre Positionen in Fremdwährung befinden sich nicht im Bestand.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung werden in der Konzerngesamtergebnisrechnung erfasst; für gesicherte Währungspositionen im Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung und für die offenen Währungspositionen aus den Zahlungsverrechnungskonten im Handelsergebnis.

Aufwendungen und Erträge werden mit dem Stichtagskurs des Tages umgerechnet, an dem sie erfolgswirksam werden.

#### **(10) Echte Pensionsgeschäfte, Pfandkredite und Wertpapierleihegeschäfte**

Im Konzern werden neben den Pfandkrediten mit der Deutschen Bundesbank besicherte Fest- und Tagesgelder aufgenommen bzw. gegeben. Als Sicherheiten werden für die besicherten Tages- und Festgelder Wertpapiere bei Clearstream hinterlegt bzw. von Clearstream gestellt (siehe Abschnitt (71)).

#### **(11) Bilanzierung von Leasingverhältnissen**

Leasingverhältnisse werden unterschieden in Finanzierungsleasing und Operating-Lease. Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem rechtlichen Eigentum am Leasinggegenstand verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, erfolgt eine Klassifizierung als Finanzierungsleasing. In allen anderen Fällen liegt ein Operating-Lease vor.

Der Konzern tritt als Leasingnehmer auf. Die abgeschlossenen Leasingverträge sind als Operating-Lease eingestuft. Bei den Leasinggegenständen handelt es sich im Wesentlichen um Kraftfahrzeuge. Die vom Konzern zu leistenden Leasingraten werden als Verwaltungsaufwand erfasst. Untermietverhältnisse liegen nicht vor.

#### **(12) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung**

Der Posten „Risikovorsorge/Zinsunterdeckung“ in der Konzerngesamtergebnisrechnung beinhaltet im Wesentlichen Wertminderungen aufgrund der diskontierten Zinsunterdeckungen der Programmkredite und deren Auflösung über die Restlaufzeit. Daneben werden hier Wertberichtigungen bzw. Abschreibungen auf Forderungen sowie Erträge aus abgeschriebenen Forderungen ausgewiesen.

#### **(13) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte**

Der Posten „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ wird ausgewiesen, wenn langfristige Vermögenswerte innerhalb eines Jahres veräußert werden sollen und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist.

Der Ansatz erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich der Veräußerungskosten. Außerplanmäßige Abschreibun-

gen werden als Wertminderungsaufwand berücksichtigt.

#### **(14) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**

Die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien dienen der Erzielung von Mieteinnahmen. Sie werden analog zu den Sachanlagen zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und eventueller kumulierter Wertminderungen bewertet.

#### **(15) Sachanlagen**

Die selbstgenutzten Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden unter den Sachanlagen ausgewiesen.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die planmäßige Abschreibung erfolgt linear, für Gebäude über eine Nutzungsdauer von 33 bis 50 Jahre und für die Betriebs- und Geschäftsausstattung über vier Jahre. Grundstücke werden nicht planmäßig abgeschrieben. Eine Überprüfung der Sachanlagen auf Wertminderung erfolgt zu jedem Bilanzstichtag.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert bis zu 5 Tsd. € werden sofort als Aufwand erfasst.

#### **(16) Immaterielle Vermögenswerte**

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene Software ausgewiesen.

Der Ansatz erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Planmäßige Abschreibungen werden linear über vier Jahre vorgenommen. Sofern dauerhafte Wertminderungen vorliegen, werden diese erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt.

#### **(17) Sonstige Aktiva**

Der Bilanzposten „Sonstige Aktiva“ beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen gegebene Barsicherheiten und Vermögenswerte, welche einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten, welche dem Nominalwert entsprechen.

#### **(18) Steuerforderungen/-verbindlichkeiten**

Die Steuerforderungen/-verbindlichkeiten unterteilen sich in laufende Ertragsteueransprüche/-verbindlichkeiten und in latente Steueransprüche/-verpflichtungen und entfallen nahezu ausschließlich auf die konsolidierten Konzerntöchter LRB und DSV. Tatsächlich laufende Ertragsteueransprüche werden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet, in deren Höhe die Erstattung von der Steuerbehörde geleistet wird. Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines bilanzierten Vermögenswertes oder einer Verpflichtung in der Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen. Hierbei werden die für die Tochterunternehmen geltenden Steuersätze angesetzt.

#### **(19) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

Im Konzern bestehen ausschließlich leistungsorientierte Versorgungszusagen, die intern refinanziert werden. Abhängig vom Eintrittsdatum der Mitarbeiter bestehen unterschiedliche Versorgungsregelungen. Die Höhe der Versorgungsleistung bestimmt sich unter Berücksichtigung der anrechnungsfähigen Dienstzeit und des ruhegeldfähigen Jahresgehalts. Für die Mitglieder des Vorstands bestehen einzelvertragliche Versorgungszusagen. Die Leistungen im Versorgungsfall sind vertraglich zugesagt.

Für leistungsorientierte Versorgungszusagen wird als Rückstellung der Barwert des zum Bilanzstichtag erreichten Verpflichtungsumfangs unter Berücksichtigung bisher nicht erfasster versicherungsmathematischer Gewinne bzw. Verluste angesetzt, ggf. abzüglich eines bisher nicht erfassten nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands. Der Verpflichtungsumfang wird jährlich von einem unabhängigen Versicherungsmathematiker nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Der zur Diskontierung des Verpflichtungsumfangs herangezogene Zinssatz orientiert sich zum jeweiligen Bilanzstichtag am Zinssatz für erstrangige Unternehmensanleihen in Euro mit Restlaufzeiten, die der Pensionsverpflichtung entsprechen.

Aus Abweichungen zwischen der tatsächlichen und der erwarteten Entwicklung der Bemessungsgrundlagen bzw. der Parameter entstehen versicherungsmathematische Gewinne und Verluste. Sofern zum Bilanzstichtag versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste den Betrag von 10 % des Verpflichtungsumfangs übersteigen, werden diese über die geschätzte durchschnittliche Restarbeitszeit aufwandswirksam verteilt und erfasst. Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste innerhalb des 10 %-Korridors bleiben unberücksichtigt. Eine gesonderte Angabe

hierzu erfolgt in den Erläuterungen zur Bilanz (siehe Abschnitt (54)).

#### **(20) Andere Rückstellungen**

Für Verpflichtungen gegenüber Dritten, die bezüglich ihrer Fälligkeit oder ihrer Höhe ungewiss sind, werden Rückstellungen nach bestmöglicher Schätzung in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet. Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern ein wesentlicher Effekt entsteht. Die Bildung und Auflösung der Rückstellungen erfolgt erfolgswirksam über die korrespondierenden GuV-Posten bzw. das sonstige betriebliche Ergebnis.

#### **(21) Sonstige Passiva**

Der Bilanzposten „Sonstige Passiva“ beinhaltet im Rahmen von Besicherungsvereinbarungen erhaltene Barsicherheiten, die Bewertung für die offenen Zusagen der Programmkredite sowie sonstige Verpflichtungen, welche einzeln betrachtet keine wesentliche Bedeutung haben und keinem anderen Bilanzposten nach den IFRS-Regelungen zugeordnet werden können. Der Ansatz erfolgt mit den Anschaffungskosten mit Ausnahme der diskontierten Zinsunterdeckungen der offenen Zusagen der Programmkredite.

#### **(22) Eigenkapital**

Das „Gezeichnete Kapital“ spiegelt das eingezahlte Kapital wider. Die „Gewinnrücklagen“ beinhalten neben der aus dem Jahresabschluss nach HGB übernommenen gesetzlich bestimmten Haupt- und Deckungsrücklage die „Anderen Gewinnrücklagen“, welche neben dem nach HGB erzielten operativen

Ergebnis auch die Ergebnisse aus den abweichenden Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften nach IFRS enthalten.

In der „Neubewertungsrücklage“ werden neben der Amortisation der in 2008 in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere im Wesentlichen die bonitätsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Wertpapiere der Kategorie „Available for Sale“ erfasst. Bonitätsinduzierte Wertänderungen resultieren aus Änderungen der Risikoaufschläge (Credit Spreads). Die zinsinduzierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von Wertpapieren in bilanziell effektiven Sicherungsbeziehungen werden zusammen mit den Wertänderungen der dazugehörigen Sicherungsderivate im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ ausgewiesen.

#### **(23) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen**

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die entweder

- zu möglichen Verpflichtungen führen, deren Bestehen erst noch durch das Eintreten ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht in der Kontrolle des Unternehmens liegen, bestätigt werden muss oder
- zu gegenwärtigen Verpflichtungen führen, bei denen es nicht wahrscheinlich ist, dass sie zu einer Vermögensminderung führen bzw. bei denen der Erfüllungsbetrag nicht mit ausreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

Diese Verpflichtungen werden gemäß IAS 37.27 nicht passiviert. Die Offenlegung der Eventualverpflichtungen erfolgt in Abschnitt (58).

## Erläuterungen zur Konzerngesamtergebnisrechnung

<b>(24) Zinsüberschuss</b>	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Zinserträge aus</b>			
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	1 327,0	1 680,2	-353,2
Derivativen Finanzinstrumenten	1 913,0	1 283,8	629,2
Finanzanlagen	771,7	876,7	-105,0
Sonstige	2,9	10,9	-8,0
<b>Laufende Erträge aus</b>			
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,3	0,7	-0,4
Beteiligungen	4,4	2,2	2,2
<b>Zinserträge gesamt</b>	<b>4 019,3</b>	<b>3 854,5</b>	<b>164,8</b>
<b>Zinsaufwendungen für</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	314,6	379,9	-65,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 114,8	2 197,1	-82,3
Derivative Finanzinstrumente	1 190,5	848,2	342,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	34,2	41,8	-7,6
Sonstige	14,3	6,5	7,8
<b>Zinsaufwendungen gesamt</b>	<b>3 668,4</b>	<b>3 473,5</b>	<b>194,9</b>
<b>Zinsüberschuss</b>	<b>350,9</b>	<b>381,0</b>	<b>-30,1</b>

<b>(25) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung</b>	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Aufwendungen für Zuführung Förderbeitrag	71,7	75,4	-3,7
Erträge aus Auflösung Förderbeitrag	44,1	38,5	5,6
Wertberichtigungen und Forderungsabschreibungen	0,0	6,1	-6,1
Auflösung von Portfoliowertberichtigungen	2,3	0,0	2,3
Erträge aus abgeschriebenen Forderungen	20,3	2,6	17,7
<b>Risikovorsorge</b>	<b>5,0</b>	<b>40,4</b>	<b>-35,4</b>

Die „Risikovorsorge/Zinsunterdeckung“ beinhaltet insbesondere die am Tag der Inanspruchnahme vorgenommene Abzinsung der zukünftigen Aufwendungen für die Programmkredite (Zuführung Förderbeitrag) und deren Auflösung über die Restlaufzeit. In 2010 waren keine Forderungsabschreibungen oder Einzel-

wertberichtigungen erforderlich. Die im Vorjahr gebildete Wertberichtigung auf Portfoliobasis für latente Risiken von 6,1 Mio. € verringerte sich aufgrund der Reduktion des zugrundeliegenden Portfolios um 2,3 Mio. €.

**(26) Provisionsüberschuss**

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Provisionserträge aus</b>			
Bearbeitungsgebühren	2,4	3,0	-0,6
Avalprovisionen	0,0	0,8	-0,8
Treuhand- und Durchleitungskrediten	0,1	0,1	0,0
Sonstige	0,2	0,4	-0,2
<b>Provisionserträge gesamt</b>	<b>2,7</b>	<b>4,3</b>	<b>-1,6</b>
<b>Provisionsaufwendungen für</b>			
Depotgebühren	2,2	2,0	0,2
Sonstige	0,5	0,3	0,2
<b>Provisionsaufwendungen gesamt</b>	<b>2,7</b>	<b>2,3</b>	<b>0,4</b>
<b>Provisionsüberschuss</b>	<b>0,0</b>	<b>2,0</b>	<b>-2,0</b>

**(27) Handelsergebnis**

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Handelsergebnis	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Die Bank führt kein Handelsbuch im aufsichtsrechtlichen Sinne. Im „Handelsergebnis“ wird das Ergebnis aus der Umrechnung der offenen Fremdwährungspositionen, die bei Nostro-Verrechnungskonten durch die Umrechnung in Berichtswährung entstanden sind,

erfasst. Das aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert resultierende Währungsergebnis aus den geschlossenen Fremdwährungspositionen wird im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ ausgewiesen.

**(28) Ergebnis aus Finanzanlagen**

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Beteiligungsabschreibung	-0,1	0,0	-0,1
<b>Gesamt</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,1</b>

**(29) Verwaltungsaufwendungen**

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen für</b>			
Personal	30,8	28,2	2,6
Öffentlichkeitsarbeit	2,0	3,6	-1,6
IT-Lizenzen, -Gebühren, -Beratung	3,8	3,7	0,1
Prüfungen, Beiträge, Spenden	1,2	1,2	0,0
Raum- und Gebäudekosten	1,5	1,7	-0,2
Sonstiges	3,5	2,9	0,6
<b>Andere Verwaltungsaufwendungen gesamt</b>	<b>42,8</b>	<b>41,3</b>	<b>1,5</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf</b>			
Immaterielle Vermögenswerte	3,2	3,5	-0,3
<i>davon selbstentwickelte Software</i>	2,9	3,1	-0,2
Wohn- und Bürogebäude	2,2	0,9	1,3
IT-Anlagen	0,5	0,7	-0,2
Büroeinrichtungen und Fahrzeuge	0,2	0,3	-0,1
Technische und sonstige Einrichtungen	0,3	0,4	-0,1
<b>Abschreibungen gesamt</b>	<b>6,4</b>	<b>5,8</b>	<b>0,6</b>
<b>Verwaltungsaufwendungen gesamt</b>	<b>49,2</b>	<b>47,1</b>	<b>2,1</b>

Im Posten „Sonstige Verwaltungsaufwendungen“ sind Leasingaufwendungen in Höhe von 103,7 Tsd. € (87,4 Tsd. €) enthalten. Die Summe der künftigen Mindestleasingzahlungen bis zu einem Jahr beträgt 76,0 Tsd. € (56,6 Tsd. €), die über einem Jahr und bis zu fünf Jahren 100,8 Tsd. € (67,1 Tsd. €). Es bestehen wie im Vorjahr keine künftigen Mindestleasingzahlungen für einen Zeitraum von mehr als fünf Jahren.

Bei den Zahlungen aus Leasingverhältnissen handelt es sich um Mindestleasingzahlungen (feste Leasingraten). Durch Leasingvereinbarungen auferlegte Beschränkungen lagen nicht vor. Der Konzern war zum Jahresende an 23 (21) Leasingverträge gebunden, von denen acht (acht) eine mögliche Vertragsverlängerung von jeweils einem Jahr vorsehen.

**(30) Sonstiges betriebliches Ergebnis**

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>			
Mieterträge	1,9	1,8	0,1
Übrige Erträge	2,0	1,2	0,8
<b>Sonstige betriebliche Erträge gesamt</b>	<b>3,9</b>	<b>3,0</b>	<b>0,9</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			
Kapitalaufstockung Edmund Rehwinkel-Stiftung	2,0	2,0	0,0
Abwicklungskosten aus der Aufrechnung der Zahlungsansprüche	0,0	3,3	-3,3
Bankeigene Wohnungen	0,7	0,5	0,2
Übrige Aufwendungen	0,5	0,9	-0,4
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen gesamt</b>	<b>3,2</b>	<b>6,7</b>	<b>-3,5</b>
<b>Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	<b>0,7</b>	<b>-3,7</b>	<b>4,4</b>

**(31) Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung**

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Mikro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	-34,5	101,2	-135,7
Sicherungsgeschäfte	35,4	-100,4	135,8
Ergebnis Währungsbewertung	-0,1	0,1	-0,2
<b>Mikro Hedge Accounting Gesamt</b>	<b>0,8</b>	<b>0,9</b>	<b>-0,1</b>
Makro Hedge Accounting			
Grundgeschäfte	-59,6	23,4	-83,0
<i>davon Amortisation Portfoliobewertung</i>	<i>-113,8</i>	<i>-95,5</i>	<i>-18,3</i>
Sicherungsgeschäfte	-62,8	-138,2	75,4
<b>Makro Hedge Accounting Gesamt</b>	<b>-122,4</b>	<b>-114,8</b>	<b>-7,6</b>
Fair Value-Bewertung			
Bilanzgeschäfte	31,8	703,3	-671,5
Derivate	-50,9	-960,3	909,4
Ergebnis Währungsbewertung	-3,7	1,2	-4,9
<b>Fair Value-Bewertung Gesamt</b>	<b>-22,8</b>	<b>-255,8</b>	<b>233,0</b>
<b>Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung</b>	<b>-144,4</b>	<b>-369,7</b>	<b>225,3</b>

Im „Ergebnis aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ werden die unrealisierten Gewinne und Verluste aus Änderungen des beizulegenden Zeitwerts der Derivate und der Finanzinstrumente der Kategorien „Financial Assets/Liabilities at Fair Value through Profit or Loss“ erfasst. Zudem werden die zinsinduzierten Wertänderungen der Bilanzgeschäfte aus dem Hedge Accounting bzw. bei Ineffektivität deren Amortisation hier erfasst.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Amortisation von Agien/Disagien, Upfront-Zahlungen, Förderbeiträgen usw., die Teile der Änderungen der beizulegenden Zeitwerte darstellen, werden aufgrund ihres Zinscharakters im Zinsergebnis ausgewiesen.

Durch die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert kommt es bei nominell geschlossenen Fremdwährungspositionen dennoch zu einem Ergebnis aus der Währungsumrechnung, welches hier ausgewiesen wird.

Die in der Bewertung enthaltenen nicht-marktbedingten Änderungen zeigt folgende Tabelle. Nicht-marktbedingte Änderungen des beizulegenden Zeitwerts sind auf Änderungen des Kreditrisikos zurückzuführen. Die Ermittlung erfolgt auf Basis der Bewertungseffekte aus Änderungen der Bonitätseinstufung von Geschäftspartnern bzw. der eigenen Bonität.

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	kumuliert bis 31.12.2010 Mio. €	kumuliert bis 31.12.2009 Mio. €
Forderungen	-6,9	2,5	-37,8	-30,9
Finanzanlagen	-28,6	-22,2	-73,8	-45,2
Verbindlichkeiten	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>-35,5</b>	<b>-19,7</b>	<b>-111,6</b>	<b>-76,1</b>

Die risikoadjustierte Bewertung der Verbindlichkeiten unter Berücksichtigung des Credit Spreads enthielt im abgelaufenen Geschäftsjahr sowie in den Vorjahren

nur marktbedingte Änderungen. Das Bonitätsrating der Bank und damit der Verbindlichkeiten blieb im Jahr 2010 sowie in den Vorjahren unverändert.

### (32) Ergebnis aus Steuern

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Latente Steuern	-0,9	1,2	-2,1
Laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-0,1	-0,1	0,0
Sonstige Steuern	-0,1	-0,1	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>-1,1</b>	<b>1,0</b>	<b>-2,1</b>

### (33) Gewinnrücklagen

	01.01. bis 31.12.2010 Mio. €	01.01. bis 31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Entnahmen aus den Gewinnrücklagen			
a) aus der Deckungsrücklage nach § 2 (3) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	29,2	121,0	-91,8
b) aus den Anderen Gewinnrücklagen	0,0	121,9	-121,9
Einstellungen in die Gewinnrücklagen			
a) in die Hauptrücklage nach § 2 (2) des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank	87,0	154,7	-67,7
b) in die Anderen Gewinnrücklagen	82,2	0,0	82,2
<b>Gesamt</b>	<b>140,0</b>	<b>-88,2</b>	<b>228,2</b>

Die Haupt- und Deckungsrücklage werden im Einzelabschluss der Bank gebildet und in den Konzern übergeleitet. Nach § 2 Abs. 3 Satz 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank darf die Deckungsrücklage fünf vom Hundert des Nennbetrages der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen nicht überschreiten. Durch den fälligkeitsbedingten Rückgang der deckungspflichtigen Schuldverschreibungen (Namenschuldverschreibungen, Rentenbankbriefe und Landwirtschaftsbriefe; vgl. Abschnitt (50)-(52)) musste die Deckungsrücklage um 29,2 Mio. € (121,0 Mio. €) reduziert werden, was bilanztechnisch in gleicher Höhe zu einer Erhöhung der Hauptrücklage führte.

Die Einstellung in die Hauptrücklage aus dem Konzernjahresüberschuss betrug 57,8 Mio. € (33,7 Mio. €).

In die anderen Gewinnrücklagen wurden unter Berücksichtigung des auszuschüttenden Konzernbilanzgewinns von 11,8 Mio. € (11,3 Mio. €) die verbleibenden operativen Ergebnisse zuzüglich der Bewertungsergebnisse in Höhe von 82,2 Mio. € (Entnahme: 88,2 Mio. €) eingestellt.

## Segmentberichterstattung

### (34) Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Entsprechend den Regelungen des IFRS 8 sind wesentliche Jahresabschlussergebnisse nach operativen Geschäftsfeldern und Regionen aufzugliedern. Bei der Definition der Segmente haben wir die Organisations- und Führungsstruktur sowie die interne finanzielle Berichterstattung des Konzerns berücksichtigt. Unsere Segmente umfassen:

- **Das Treasury Management:** In diesem Segment werden die Ergebnisse der Liquiditätsversorgung und -steuerung des Konzerns dargestellt. Es handelt sich um Geschäfte, die eine Zinsbindung von maximal einem Jahr aufweisen dürfen (z. B. Tages- und Festgelder, Euro Commercial Papers (ECP), Derivate).
- **Das Fördergeschäft:** Dieses Segment zeigt die Fördergeschäftstätigkeit mit Ausnahme der Kapitalstockanlage. Neben den Ergebnissen der Bank sind sämtliche Ergebnisse der Tochtergesellschaften einschließlich der von diesen gehaltenen Beteiligungen enthalten.

- **Die Kapitalstockanlage:** In diesem Segment werden die Ergebnisbeiträge aus der Anlage der eigenen Mittel und der mittel- bzw. langfristigen Rückstellungen in Form von Wertpapieren, Förderkrediten und der direkten Beteiligungen der Bank dargestellt.

Da der Konzern ausschließlich aus Frankfurt am Main zentral gesteuert wird und die Geschäftstätigkeit zudem auf Mitgliedstaaten der EU/OECD beschränkt ist, ist eine sinnvolle Abgrenzung von geographischen Segmenten nicht möglich. Auf eine Darstellung der nach IFRS 8 geforderten Angaben nach Regionen wird somit verzichtet, da hieraus keine zusätzlichen Informationen resultieren würden.

Die Ergebnisse werden gemäß der margenorientierten Steuerung der Bank in der Segmentberichterstattung netto dargestellt. Segmentvermögen/-schulden bestehen gegenüber Dritten und entsprechend werden die Segmentergebnisse nur mit externen Kontrahenten erzielt. Zwischen den Segmenten werden keine internen Geschäfte abgeschlossen. Es gibt keine wesentlichen Abweichungen zwischen der internen Berichterstattung und der Rechnungslegung nach IFRS. Aufgrund von fehlenden internen Geschäften und der

unwesentlichen Unterschiede zwischen dem internen Reporting und dem externen Rechnungswesen wird auf weitergehende Überleitungsrechnungen verzichtet.

Die Verteilung der Komponenten aus dem „Zins-, „Provisions-, „Handels- und Finanzanlageergebnis“ sowie dem „Ergebnis aus der Fair Value- und Hedge Bewertung“ erfolgt auf Einzelgeschäftsbasis. Die „Verwaltungsaufwendungen“, das „Sonstige betriebliche Ergebnis“ sowie das „Ergebnis aus Steuern“ aus den konsolidierten Tochtergesellschaften werden entweder direkt oder indirekt anhand von Schlüsseln den jeweiligen Segmenten zugeordnet. Diese Schlüssel basieren im Wesentlichen auf der Anzahl der zugeordneten Mitarbeiter, dem Ressourcenverbrauch und den sonstigen Ressourcenzuordnungen in den jeweiligen Segmenten.

Bei Segmentvermögen/-verbindlichkeiten erfolgt die Zuordnung von Forderungen und Verbindlichkeiten analog der Zuordnung der Ergebnisbeiträge der einzelnen Segmente. Die mittel- und langfristigen Rückstellungen und das investierte Eigenkapital werden dem Segment „Kapitalstock“ zugeordnet. Die restlichen Bilanzposten werden dem Segment „Fördergeschäft“ zugeordnet.

### (35) Segmente

	Treasury Management		Fördergeschäft		Kapitalstockanlage		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
jeweils vom 01.01. bis zum 31.12.								
Zinsüberschuss	80,2	141,5	170,9	147,4	99,8	92,1	350,9	381,0
Risikovorsorge/ Zinsunterdeckung	0,0	0,0	5,0	40,4	0,0	0,0	5,0	40,4
Provisionsüberschuss	-0,2	0,1	0,2	1,9	0,0	0,0	0,0	2,0
Ergebnis aus Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	-0,1	0,0
Andere Verwaltungsaufwendungen	4,3	4,6	32,4	30,9	6,1	5,8	42,8	41,3
Planmäßige Abschreibungen	0,8	0,8	4,7	4,2	0,9	0,8	6,4	5,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	0,0	0,0	0,7	-3,7	0,0	0,0	0,7	-3,7
Ergebnis aus der Fair Value- und Hedge-Bewertung	6,0	-11,7	-150,4	-358,0	0,0	0,0	-144,4	-369,7
Ergebnis aus Steuern	0,0	0,0	-1,1	1,0	0,0	0,0	-1,1	1,0
<b>Konzernjahresüberschuss</b>	<b>80,9</b>	<b>124,5</b>	<b>-21,8</b>	<b>-286,9</b>	<b>92,7</b>	<b>85,5</b>	<b>151,8</b>	<b>-76,9</b>
	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2009 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2009 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2009 Mrd. €	31.12. 2010 Mrd. €	31.12. 2009 Mrd. €
<b>Segmentvermögen</b>	<b>10,4</b>	<b>8,4</b>	<b>70,8</b>	<b>67,1</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>83,8</b>	<b>77,8</b>
<b>Segmentsschulden (inkl. Eigenkapital)</b>	<b>14,4</b>	<b>12,6</b>	<b>66,8</b>	<b>62,9</b>	<b>2,6</b>	<b>2,3</b>	<b>83,8</b>	<b>77,8</b>

## Erläuterungen zur Bilanz

### (36) Barreserve

	31. 12. 2010	31. 12. 2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Kassenbestand	0,1	0,1	0,0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	53,4	102,1	-48,7
<b>Gesamt</b>	<b>53,5</b>	<b>102,2</b>	<b>-48,7</b>

Bei den „Guthaben bei Zentralnotenbanken“ handelt es sich wie im Vorjahr um Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

### (37) Forderungen an Kreditinstitute

	31. 12. 2010	31. 12. 2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Täglich fällig	3,3	2,5	0,8
Festgelder	7 515,5	4 215,2	3 300,3
Schuldscheindarlehen/Namensschuldverschreibungen	18 495,2	21 370,6	-2 875,4
Programmkredite	22 405,7	19 008,8	3 396,9
<i>davon Förderbeitrag</i>	-249,4	-229,0	-20,4
Globalrefinanzierungsdarlehen	540,7	741,8	-201,1
Sonstige	326,1	501,6	-175,5
<b>Gesamt</b>	<b>49 286,5</b>	<b>45 840,5</b>	<b>3 446,0</b>

### (38) Forderungen an Kunden

	31. 12. 2010	31. 12. 2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Täglich fällig	0,1	0,1	0,0
Mittel- und langfristige Kredite	38,2	54,0	-15,8
Schuldscheindarlehen	964,5	69,7	894,8
Programmkredite	512,8	487,6	25,2
<i>davon Förderbeitrag</i>	-0,1	-0,1	0,0
Sonstige	1,8	1,4	0,4
<b>Gesamt</b>	<b>1 517,4</b>	<b>612,8</b>	<b>904,6</b>

### (39) Risikovorsorge/Zinsunterdeckung im Kreditgeschäft

	Förder- beitrag		Einzelwert- berichtigungen		Portfoliowert- berichtigungen		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Bestand zum 01. 01.	239,8	202,9	0,0	0,0	6,1	0,0	245,9	202,9
Zuführungen	71,7	75,4	0,0	8,4	0,0	9,2	71,7	93,0
Inanspruchnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auflösungen	44,1	38,5	0,0	8,4	2,3	3,1	46,4	50,0
<b>Bestand zum 31.12.</b>	<b>267,4</b>	<b>239,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>3,8</b>	<b>6,1</b>	<b>271,2</b>	<b>245,9</b>
<i>davon für</i>								
Forderungen an Kreditinstitute	249,4	229,0	0,0	0,0	3,8	6,1	253,2	235,1
Forderungen an Kunden	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Kreditzusagen	17,9	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0	17,9	10,7
<b>Gesamt</b>	<b>267,4</b>	<b>239,8</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>3,8</b>	<b>6,1</b>	<b>271,2</b>	<b>245,9</b>

**(40) Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte**

Im Bilanzposten „Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte“ werden die zinsinduzierten Wertänderungen von

285,2 Mio. € (344,8 Mio. €) aus den Krediten ausgewiesen, die dem Makro Hedge Accounting zugeordnet sind. Für weitere Erläuterungen siehe Abschnitt (6).

**(41) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten**

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Absicherung für:</b>			
<b>Grundgeschäfte Hedge Accounting</b>			
<b>Aktivposten</b>			
Forderungen an Kreditinstitute	65,9	4,2	61,7
Forderungen an Kunden	0,0	0,2	-0,2
Finanzanlagen	9,3	2,3	7,0
<b>Passivposten</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24,9	22,9	2,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	181,2	103,1	78,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	415,9	408,8	7,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	9,1	7,4	1,7
<b>Summe Hedge Accounting</b>	<b>706,3</b>	<b>548,9</b>	<b>157,4</b>
<b>Grundgeschäfte Designated as at Fair Value</b>			
<b>Aktivposten</b>			
Forderungen an Kreditinstitute	5,0	5,9	-0,9
Finanzanlagen	10,6	34,9	-24,3
<b>Passivposten</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,7	7,7	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82,9	49,4	33,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	4 952,3	1 899,7	3 052,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	198,3	103,7	94,6
<b>Treasury Management</b>	<b>48,4</b>	<b>181,0</b>	<b>-132,6</b>
<b>Summe Designated as at Fair Value</b>	<b>5 305,2</b>	<b>2 282,3</b>	<b>3 022,9</b>
<b>Grundgeschäfte Sonstige Bewertung</b>			
<b>Aktivposten</b>			
Forderungen an Kreditinstitute	0,9	1,3	-0,4
Finanzanlagen	2,6	3,4	-0,8
<b>Passivposten</b>			
Verbriefte Verbindlichkeiten	24,7	36,5	-11,8
<b>Summe Sonstige Bewertung</b>	<b>28,2</b>	<b>41,2</b>	<b>-13,0</b>
<b>Gesamt</b>	<b>6 039,7</b>	<b>2 872,4</b>	<b>3 167,3</b>

Derivate zur Absicherung von Grundgeschäften mit sonstiger Bewertung resultieren im Wesentlichen aus Sicherungsbeziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting zum Bilanzstichtag ineffektiv waren.

**(42) Finanzanlagen**

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
Geldmarktpapiere			
von öffentlichen Emittenten	133,6	0,0	133,6
von anderen Emittenten	0,0	189,9	-189,9
Anleihen und Schuldverschreibungen			
von öffentlichen Emittenten	1 606,3	896,5	709,8
von anderen Emittenten	24 682,8	26 731,9	-2 049,1
Beteiligungen	118,8	118,8	0,0
Sonstige Finanzanlagen	0,2	0,2	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>26 541,7</b>	<b>27 937,3</b>	<b>-1 395,6</b>

Die „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ unterteilen sich in beleihbar und nicht beleihbar:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
	beleihbar	nicht beleihbar	beleihbar	nicht beleihbar
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
Geldmarktpapiere				
von öffentlichen Emittenten	133,6	0,0	0,0	0,0
von anderen Emittenten	0,0	0,0	189,9	0,0
Anleihen und Schuldverschreibungen				
von öffentlichen Emittenten	1 464,0	142,3	745,3	151,2
von anderen Emittenten	23 721,9	960,9	25 883,0	848,9
<b>Gesamt</b>	<b>25 319,5</b>	<b>1 103,2</b>	<b>26 818,2</b>	<b>1 000,1</b>

Die Kategorisierung der „Finanzanlagen“ stellt sich wie folgt dar:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Assets at Fair Value through Profit or Loss	10 265,1	12 269,5	-2 004,4
Available for Sale	12 728,8	11 551,5	1 177,3
Held to Maturity	3 547,8	4 116,3	-568,5
<b>Gesamt</b>	<b>26 541,7</b>	<b>27 937,3</b>	<b>-1 395,6</b>

Die Entwicklung der langfristigen Beteiligungen stellt sich folgendermaßen dar:

	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Anschaffungskosten historisch per 01. 01.</b>	<b>223,3</b>	<b>209,7</b>
Zugänge	0,1	13,7
Abgänge	0,0	0,1
Abschreibungen kumuliert	104,6	104,5
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,1</i>	<i>0,0</i>
<b>Buchwert per 31. 12.</b>	<b>118,8</b>	<b>118,8</b>

Der Wertansatz der Beteiligungen erfolgte gemäß IAS 39.46 (c) mit den Anschaffungskosten, da sowohl ein aktiver Markt als auch entsprechende Bewertungsinformationen fehlten. Eine zu Förderzwecken erworbene Beteiligung wurde mit Zugang vollständig abgeschrieben. Weitere Abschreibungen waren zum 31.12.2010 nicht erforderlich.

#### (43) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Ende 2010 wurde beschlossen, eine Immobilie im Jahr 2011 zu veräußern. Hierbei wird nicht mit nennenswerten Veräußerungskosten gerechnet. Eine Wertminderung gemäß IFRS 5.20 lag nicht vor.

	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Zugänge	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0
Umgliederungen	0,9	0,0
Abschreibungen kumuliert	0,1	0,0
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,0</i>	<i>0,0</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>0,8</b>	<b>0,0</b>

#### (44) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Der Posten „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ enthält eine Immobilie, welche von der Bank komplett fremd vermietet ist. Die voraussichtliche Nutzungsdauer wurde auf 33 Jahre festgelegt.

Es lagen keine Beschränkungen im Hinblick auf die Grundstücke und die Gebäude vor, welche eine Veräußerung beeinträchtigen würden.

Der Impairmenttest nach IAS 36 für die „Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien“ ergab keinen Abschreibungsbedarf, da keine dauerhafte Wertminderung vorlag.

Die Entwicklung der „Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien“ stellte sich folgendermaßen dar:

	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.</b>	<b>19,7</b>	<b>19,7</b>
Zugänge	0,0	0,0
Abgänge	0,0	0,0
Umgliederungen	0,0	0,0
Abschreibungen kumuliert	2,9	2,4
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,5</i>	<i>0,9</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>16,8</b>	<b>17,3</b>

Der beizulegende Zeitwert der Immobilie betrug rd. 18,9 Mio. € (rd. 18,3 Mio. €). Die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes erfolgte unter Berücksichtigung eines von einem unabhängigen Gutachter erstellten Gutachtens.

In den „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ wurden Mieteinnahmen in Höhe von 1,0 Mio. € (0,9 Mio. €) ausgewiesen. Der Immobilie direkt zurechenbare Ausgaben von 56,3 Tsd. € (138,4 Tsd. €) wurden unter den „Sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ erfasst. Die Grundsteuer in Höhe von 35,9 Tsd. € (35,9 Tsd. €) wird im „Ergebnis aus Steuern“ ausgewiesen.

#### (45) Sachanlagen

Unter den Grundstücken und Gebäuden wird das eigengenutzte Bürogebäude in der Hochstraße 2, Frankfurt am Main, ausgewiesen. Des Weiteren besitzt die Bank Mitarbeiterwohnungen, welche gemäß IAS 40.9 (c) nicht zu den „Als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien“ zählen, sondern den Vorschriften des IAS 16 unterliegen. Ende 2010 wurde beschlossen, eine Immobilie im Jahr 2011 zu veräußern. Diese wurde in den Posten „Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte“ umgegliedert.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellte sich folgendermaßen dar:

	Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäftsausstattung		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.</b>	<b>24,0</b>	<b>24,0</b>	<b>11,5</b>	<b>13,2</b>	<b>35,5</b>	<b>37,2</b>
Zugänge	0,0	0,0	0,6	1,9	0,6	1,9
Abgänge	0,0	0,0	1,9	3,6	1,9	3,6
Umgliederungen	-0,9	0,0	0,0	0,0	-0,9	0,0
Abschreibungen kumuliert	1,8	0,2	8,9	9,8	10,7	10,0
<i>Abschreibungen</i>	<i>1,7</i>	<i>0,0</i>	<i>1,0</i>	<i>1,4</i>	<i>2,7</i>	<i>1,4</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>21,3</b>	<b>23,8</b>	<b>1,3</b>	<b>1,7</b>	<b>22,6</b>	<b>25,5</b>

Eine Überprüfung der Werthaltigkeit der Grundstücke anhand aktueller Bodenrichtwerte bzw. Bodeneckwerte ergab für 2010 einen Wertberichtigungsbedarf von 1,7 Mio. € (0,0 Mio. €).

#### (46) Immaterielle Vermögenswerte

Im Konzern unterteilen sich die „Immateriellen Vermögenswerte“ in erworbene und selbst erstellte Software.

Es ergab sich kein Wertberichtigungsbedarf gemäß IAS 36, welcher als außerplanmäßige Abschreibung im Verwaltungsaufwand zu erfassen wäre.

Die Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte stellte sich folgendermaßen dar:

	Erworbene Software		Selbstentwickelte Software		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Anschaffungskosten/ Herstellungskosten per 01.01.</b>	<b>1,5</b>	<b>1,2</b>	<b>12,4</b>	<b>10,2</b>	<b>13,9</b>	<b>11,4</b>
Zugänge	0,4	0,4	2,0	2,2	2,4	2,6
Abgänge	0,2	0,1	2,7	0,0	2,9	0,1
Abschreibungen kumuliert	1,3	1,2	9,6	9,4	10,9	10,6
<i>Abschreibungen</i>	<i>0,3</i>	<i>0,4</i>	<i>2,9</i>	<i>3,1</i>	<i>3,2</i>	<i>3,5</i>
<b>Buchwert per 31.12.</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>2,1</b>	<b>3,0</b>	<b>2,5</b>	<b>3,3</b>

#### (47) Laufende Ertragsteueransprüche

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Erstattungsansprüche	1,1	0,7	0,4
Ertragsteueransprüche	0,6	0,3	0,3
<b>Gesamt</b>	<b>1,7</b>	<b>1,0</b>	<b>0,7</b>

Die Erstattungsansprüche an das Finanzamt resultieren aus Geschäftsvorgängen, in denen Kapitalertragsteuer erhoben wurde. Darüber hinaus ergaben sich

„Laufende Ertragsteueransprüche“ aus der Verrechnung der Vorauszahlungen mit dem voraussichtlichen Ergebnis aus dem Steuerbescheid.

#### (48) Aktive latente Steuern

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Aktive latente Steuern	1,5	2,3	-0,8
<b>Gesamt</b>	<b>1,5</b>	<b>2,3</b>	<b>-0,8</b>

Im Konzern sind die konsolidierten Tochtergesellschaften steuerpflichtig. Die Bank ist von der Körperschaftsteuer gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 KStG und von der Gewerbesteuer gemäß § 3 Nr. 2 GewStG befreit. Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde generell ein Körperschaftsteuersatz (inkl. Solidaritätszuschlag) von

15,8 % (15,8 %) und ein einheitlicher Gewerbesteuersatz von 16,0 % (16,0 %) verwendet.

Aktive latente Steuern wurden aus temporären Differenzen zwischen IFRS- und Steuerbilanz sowie aus den bestehenden Verlustvorträgen im Konzern ermittelt.

31. 12. 2010	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Steuerliche Verlustvorträge	1,5	2,2	-0,7
Temporäre Differenzen	0,0	0,1	-0,1
<b>Gesamt</b>	<b>1,5</b>	<b>2,3</b>	<b>-0,8</b>

31. 12. 2009	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2008 Mio. €	Veränderung Mio. €
Steuerliche Verlustvorträge	2,2	1,1	1,1
Temporäre Differenzen	0,1	0,0	0,1
<b>Gesamt</b>	<b>2,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,2</b>

Zum 31. 12. 2010 ergab sich kein Unterschiedsbetrag zwischen der Steuerbilanz und der IFRS-Bilanz. Es erfolgte somit kein Ansatz aktiver latenter Steuern aufgrund temporärer Differenzen. Im Vorjahr wurde aufgrund der unterschiedlichen Bewertung der Pensionsrückstellungen eine aktivische latente Steuer in Höhe von 68 Tsd. € gebildet.

Im Konzern bestanden nach den aktuellsten Steuerbescheiden vom 31. 12. 2009 steuerliche Verlustvorträge bei der DSV in Höhe von 50,2 Mio. € (50,2 Mio. €). Davon entfielen 26,1 Mio. € (26,1 Mio. €) auf die Körperschaftsteuer und 24,1 Mio. € (24,1 Mio. €) auf die Gewerbesteuer. Die Verlustvorträge der DSV stammen im Wesentlichen aus Wertberichtigungen, die in den vorangegangenen Geschäftsjahren vorgenommen worden sind.

Bei der LRB betragen die steuerlichen Verlustvorträge 73,4 Mio. € (72,5 Mio. €). Diese resultierten mit

64,0 Mio. € (62,4 Mio. €) aus der Körperschaftsteuer und mit 9,4 Mio. € (10,1 Mio. €) aus der Gewerbesteuer. Die Verlustvorträge der LRB sind im Wesentlichen aus der Abschreibung von Beteiligungen bis zum Geschäftsjahr 1999 entstanden.

Für die Ermittlung der latenten Steuern auf die steuerlichen Verlustvorträge wurde bei der DSV auf einen Planungshorizont von 20 Jahren (Basis 01. Januar 2006) zur Abwicklung ihrer Pensionsverpflichtungen und den Durchschnittsgewinn der letzten Jahre abgestellt.

Der Planungshorizont der LRB als aktive Gesellschaft wurde aufgrund der Planungsunsicherheiten ihrer Einkünfte, die im Wesentlichen auf Dividendenzahlungen basieren, auf 5 Jahre festgelegt. Auf Basis eines in Zukunft geplanten ausgeglichenen Ergebnisses wurden keine latenten Steuern auf die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer gebildet.

31. 12. 2010	31. 12. 2009 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Zuführung Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €
Aktive latente Steuern				
<b>DSV</b>				
Körperschaftsteuer	1,1	0,4	0,0	0,7
Gewerbesteuer	1,2	0,4	0,0	0,8
<b>Gesamt</b>	<b>2,3</b>	<b>0,8</b>	<b>0,0</b>	<b>1,5</b>

<b>31.12.2009</b>	31.12.2008	Verbrauch	Zuführung	31.12.2009
Aktive latente Steuern	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
<b>DSV</b>				
Körperschaftsteuer	0,5	0,0	0,6	1,1
Gewerbsteuer	0,6	0,0	0,6	1,2
<b>Gesamt</b>	<b>1,1</b>	<b>0,0</b>	<b>1,2</b>	<b>2,3</b>

#### (49) Sonstige Aktiva

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management	11,4	86,4	-75,0
Periodenabgrenzung	1,3	1,2	0,1
Sonstiges	0,4	0,8	-0,4
<b>Gesamt</b>	<b>13,1</b>	<b>88,4</b>	<b>-75,3</b>

#### (50) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Täglich fällig	0,1	0,0	0,1
Festgelder	210,0	965,0	-755,0
Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	1 344,0	1 676,6	-332,6
Globaldarlehen	940,2	1 018,4	-78,2
<b>Gesamt</b>	<b>2 494,3</b>	<b>3 660,0</b>	<b>-1 165,7</b>

#### (51) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Täglich fällig	62,5	64,5	-2,0
Festgelder	14,9	9,2	5,7
Namenschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	5 453,9	5 605,7	-151,8
Loan Agreements	47,9	59,7	-11,8
Sonstige	49,7	45,7	4,0
<b>Gesamt</b>	<b>5 628,9</b>	<b>5 784,8</b>	<b>-155,9</b>

#### (52) Verbriefte Verbindlichkeiten

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Medium Term Notes	42 963,0	40 152,5	2 810,5
Globalanleihen	12 056,5	9 886,2	2 170,3
Euro Commercial Papers	10 032,6	10 163,8	-131,2
Inhaberschuldverschreibungen	46,6	56,9	-10,3
Rentenbankbriefe	3,1	3,8	-0,7
<b>Gesamt</b>	<b>65 101,8</b>	<b>60 263,2</b>	<b>4 838,6</b>

### (53) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

Die Derivate gliedern sich nach den wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen wie folgt:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Absicherung für:</b>			
<b>Grundgeschäfte Hedge Accounting</b>			
<b>Aktivposten</b>			
Forderungen an Kreditinstitute	1 295,8	1 191,2	104,6
Forderungen an Kunden	60,6	33,0	27,6
Finanzanlagen	673,0	570,4	102,6
<b>Passivposten</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2,2	0,1	2,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	1,0	-1,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	25,3	19,3	6,0
<b>Summe Hedge Accounting</b>	<b>2 056,9</b>	<b>1 815,0</b>	<b>241,9</b>
<b>Grundgeschäfte Designated as at Fair Value</b>			
<b>Aktivposten</b>			
Forderungen an Kreditinstitute	23,7	22,8	0,9
Finanzanlagen	215,4	133,8	81,6
<b>Passivposten</b>			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	38,3	68,3	-30,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38,3	45,2	-6,9
Verbriefte Verbindlichkeiten	779,8	2 135,5	-1 355,7
Nachrangige Verbindlichkeiten	-17,6	-7,9	-9,7
<b>Treasury Management</b>	<b>85,2</b>	<b>36,2</b>	<b>49,0</b>
<b>Summe Designated as at Fair Value</b>	<b>1 163,1</b>	<b>2 433,9</b>	<b>-1 270,8</b>
<b>Grundgeschäfte Sonstige Bewertung</b>			
<b>Aktivposten</b>			
Forderungen an Kreditinstitute	84,3	71,6	12,7
Forderungen an Kunden	2,9	0,7	2,2
Finanzanlagen	20,8	41,7	-20,9
<b>Passivposten</b>			
Verbriefte Verbindlichkeiten	13,8	0,0	13,8
<b>Summe Sonstige Bewertung</b>	<b>121,8</b>	<b>114,0</b>	<b>7,8</b>
<b>Gesamt</b>	<b>3 341,8</b>	<b>4 362,9</b>	<b>-1 021,1</b>

Derivate zur Absicherung von Grundgeschäften mit sonstiger Bewertung resultieren im Wesentlichen aus Sicherungsbeziehungen, die nach den Vorschriften zum Hedge Accounting zum Bilanzstichtag ineffektiv waren.

In der „Summe Sonstige Bewertung“ sind in den Forderungen an Kreditinstitute eingebettete Derivate (Kündigungsrechte aus Liquiditätshilfedarlehen) in Höhe von 0,7 Mio. € (0,7 Mio. €) enthalten.

### (54) Rückstellungen

	31. 12. 2009 Mio. €	Verbrauch Mio. €	Auflösung Mio. €	Zuweisung Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €
a) Pensionsrückstellungen	89,4	5,6	0,4	6,6	90,0
b) Andere Rückstellungen	13,1	2,0	0,5	1,5	12,1
<b>Gesamt</b>	<b>102,5</b>	<b>7,6</b>	<b>0,9</b>	<b>8,1</b>	<b>102,1</b>

## a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Entwicklung der Pensionsverpflichtungen sowie die in der Konzerngesamtergebnisrechnung erfassten Beträge zeigt folgende Aufstellung:

	2010 Mio. €	2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Barwert der Pensionsverpflichtung zum 01. 01.</b>	<b>87,9</b>	<b>87,9</b>	<b>0,0</b>
Abzgl. noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	-1,5	0,3	-1,8
<b>Rückstellung zum 01. 01.</b>	<b>89,4</b>	<b>87,6</b>	<b>1,8</b>
Laufender Dienstzeitaufwand	1,6	1,5	0,1
Zinsaufwand	5,0	5,9	-0,9
<b>Zuführung zu den Pensionsrückstellungen</b>	<b>6,6</b>	<b>7,4</b>	<b>-0,8</b>
Pensionsleistungen	-5,6	-5,6	0,0
Auflösungen	-0,4	0,0	-0,4
<b>Rückstellung zum 31. 12.</b>	<b>90,0</b>	<b>89,4</b>	<b>0,6</b>
Zuzgl. noch nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+)	0,0	-1,5	1,5
<b>Barwert der Pensionsverpflichtung zum 31. 12.</b>	<b>90,0</b>	<b>87,9</b>	<b>2,1</b>

Abweichungen zwischen dem Barwert der Pensionsverpflichtung und der in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellung resultierten aus der Anwendung der Korridor-Regelung des IAS 19.92ff. Hiernach werden Gewinne und Verluste, die aus Änderungen der Bemessungsgrundlagen und Bewertungsparameter entstehen (sog. versicherungsmathematische Gewinne/Verluste), erst dann zeitanteilig erfasst, wenn diese 10 % der tatsächlichen Pensionsverpflichtung überstei-

gen. Versicherungsmathematische Gewinne oder Verluste innerhalb des 10 %-Korridors bleiben unberücksichtigt. Zum 31. 12. 2010 bestehen keine in Folgejahren zu berücksichtigenden versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste.

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen von 6,6 Mio. € wurden vollständig in den Verwaltungsaufwendungen ausgewiesen.

Für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen wurden im Wesentlichen folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

	31. 12. 2010	31. 12. 2009
Rechnungszinsfuß	4,8%	5,2%
Einkommenstrend		
Tariferhöhung	2,3%	2,5%
Karrieretrend bis Alter 45	1,0%	1,0%
Rententrend	1,0% - 2,3%	1,0% - 2,5%
Inflationsrate	2,3%	2,5%
Fluktuationsrate	2,0%	2,0%

Im Konzern existieren verschiedene Versorgungsregelungen. Die Bandbreite beim Rententrend ergibt sich aus den je Versorgungsregelung zugrunde gelegten Rententrends.

Die Entwicklung der barwertigen Pensionsverpflichtung im Mehrjahresvergleich stellte sich wie folgt dar:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2008 Mio. €	31. 12. 2007 Mio. €	31. 12. 2006 Mio. €
Barwert der Pensionsverpflichtung	90,0	87,9	87,9	86,7	95,5
Erfahrungsbedingte Anpassung der Pensionsverpflichtung	1,5	-1,8	1,1	-9,5	8,2

Als erfahrungsbedingte Anpassung der Pensionsverpflichtung wird die Abweichung zwischen der tatsächlichen Pensionsverpflichtung und der auf Basis der Bewertungsparameter des Vorstichtages erwarteten

Pensionsverpflichtung bezeichnet. Die erfahrungsbedingte Anpassung entspricht somit der Veränderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste.

#### b) Andere Rückstellungen

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung	10,0	10,2	-0,2
Sonstige Rückstellungen	2,1	2,9	-0,8
<b>Gesamt</b>	<b>12,1</b>	<b>13,1</b>	<b>-1,0</b>

Die Rückstellungen für Beteiligungsabwicklung wurden im Wesentlichen für ausstehende Pensionsverpflichtungen gebildet. Die „Sonstigen Rückstellungen“

enthielten im Wesentlichen Rückstellungen für eventuelle Zahlungen aus Jubiläen bzw. dem Vorruhestand.

#### (55) Nachrangige Verbindlichkeiten

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Medium Term Notes	627,3	899,4	-272,1
Loan Agreements	202,8	164,8	38,0
Schuldscheindarlehen	59,4	57,7	1,7
<b>Gesamt</b>	<b>889,5</b>	<b>1 121,9</b>	<b>-232,4</b>

Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind in Form von Schuldscheindarlehen, Loan-Agreements und Inhaberpapieren mit Globalurkunden ausgestaltet. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 889,5 Mio. € (1 121,9 Mio. €) betrug der Nettoaufwand nach Sicherung 9 Mio. € (19 Mio. €). Auf drei Anleihen mit folgenden Ausstattungsmerkmalen entfiel ein Anteil von jeweils mehr als 10 % des Gesamtbuchwerts der nachrangigen Verbindlichkeiten:

2. Nominal 100 Mio. €, Buchwert 103,0 Mio. €, Fälligkeit 18.08.2021, Zinssatz vor Sicherung 2,222 %
3. Nominal 100 Mio. €, Buchwert 103,3 Mio. €, Fälligkeit 18.08.2021, Zinssatz vor Sicherung 2,252 %

Die Bedingungen aller nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG und schließen eine vorzeitige Rückzahlung bzw. Umwandlung aus.

1. Nominal 25 Mrd. JPY, Buchwert 180,5 Mio. €, Fälligkeit 21.04.2036, Zinssatz vor Sicherung 2,8 %

#### (56) Sonstige Passiva

Die „Sonstigen Passiva“ setzten sich folgendermaßen zusammen:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Barsicherheiten Collateral Management	4 007,8	262,9	3 744,9
Rechnungsabgrenzungsposten	42,2	33,2	9,0
Diskontierte Förderbeiträge	17,9	10,7	7,2
Abzugrenzende Schulden	7,0	6,0	1,0
Sonstige Verbindlichkeiten	3,1	3,6	-0,5
<b>Gesamt</b>	<b>4 078,0</b>	<b>316,4</b>	<b>3 761,6</b>

Bei den „Barsicherheiten Collateral Management“ handelt es sich um Sicherheiten, die die Bank für über die vertraglich definierten Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwerte aus dem Derivategeschäft erhalten hat.

Die Länder gewähren im Rahmen von Investitionsförderprogrammen Zinsverbilligungen, welche die Bank in Verbindung mit ihren Förderkrediten an die Landwirtschaft weiterleitet. In den Rechnungsabgrenzungsposten sind die Vorauszahlungen dieser Zinsverbilligungen dargestellt.

Die diskontierten Förderbeiträge betreffen die Zinsunterdeckungen und Verwaltungskostenpauschalen von zugesagten aber noch nicht ausgezahlten Programmkrediten.

Die abzugrenzenden Schulden beinhalten im Wesentlichen Verpflichtungen aus Abschlussvergütungen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind als größter Posten Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe von 1,2 Mio. € (2,0 Mio. €) enthalten.

#### (57) Eigenkapital

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Gezeichnetes Kapital	135,0	135,0	0,0
Gewinnrücklagen			
Hauptrücklage	651,6	564,6	87,0
Deckungsrücklage	159,1	188,3	-29,2
Andere Gewinnrücklagen	1 592,7	1 510,5	82,2
Gewinnrücklagen insgesamt	2 403,4	2 263,4	140,0
Neubewertungsrücklage	-403,6	-173,6	-230,0
Konzernbilanzgewinn/-verlust	11,8	11,3	0,5
<b>Gesamt</b>	<b>2 146,6</b>	<b>2 236,1</b>	<b>-89,5</b>

Die Haupt- und Deckungsrücklage werden im Einzelabschluss der Bank gebildet und in den Konzern überleitet. Der verbleibende Konzernjahresüberschuss wurde unter Anrechnung des auszuschüttenden Konzernbilanzgewinns in den „Anderen Gewinnrücklagen“ berücksichtigt.

Die Veränderung der Neubewertungsrücklage von -230 Mio. € wurde durch die Amortisation der in 2008 in die Kategorie „Held to Maturity“ umgewidmeten Wertpapiere in Höhe von 74,0 Mio. € zum Teil kompensiert.

#### (58) Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	4,1	119,1	-115,0
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen	612,3	801,5	-189,2
<b>Gesamt</b>	<b>616,4</b>	<b>920,6</b>	<b>-304,2</b>

Die „Eventualverbindlichkeiten“ beinhaltenen Ausfallbürgschaften für zinsverbilligte Kapitalmarktkredite in Höhe von 3,5 Mio. € (3,8 Mio. €). Für die zinsverbilligten Kapitalmarktkredite bestehen Rückbürgschaften der öffentlichen Hand zugunsten der Bank, die die Ausfallbürgschaften zu 100 % absichern. Die restlichen Eventualverbindlichkeiten stellen Garantien und Bürgschaften aufgrund des agrarwirtschaftlichen Förderauftrags dar. Diese wurden im Auftrag einer

öffentlichen Institution übernommen, so dass hieraus keine finanziellen Auswirkungen für die Bank zu erwarten sind. Eine Rückbürgschaft in Höhe von 110 Mio. € gegenüber dem Bund wurde im Berichtsjahr zurückgeführt.

Die „Anderen Verpflichtungen“ enthalten unwiderrufliche Kreditzusagen aus dem Kreditbereich.

## Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

### (59) Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

	Full Fair Value		Hedge Fair Value		fortgeführte AK	
	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
<b>Aktivpositionen</b>						
Held for Trading						
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5 333,4	2 323,5	706,3	548,9		
Designated as at Fair Value						
Forderungen an Kreditinstitute	19 707,0	18 112,0				
Forderungen an Kunden	360,6	13,4				
Finanzanlagen	10 265,1	12 269,5				
Loans and Receivables						
Guthaben Zentralnotenbanken					53,4	102,1
Forderungen an Kreditinstitute			27 462,6	23 948,9	2 394,6	4 124,3
Forderungen an Kunden			708,7	533,0	455,6	66,5
Sonstige Aktiva					11,4	116,3
Available for Sale						
Finanzanlagen	810,0	872,6	11 800,0	10 560,1	118,8	118,8
Held to Maturity						
Finanzanlagen					3 547,8	4 116,3
<b>Summe Aktivpositionen</b>	<b>36 476,1</b>	<b>33 591,0</b>	<b>40 677,6</b>	<b>35 590,9</b>	<b>6 581,6</b>	<b>8 644,3</b>
<b>Passivpositionen</b>						
Held for Trading						
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1 284,9	2 547,9	2 056,9	1 815,0		
Designated as at Fair Value						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 234,8	2 209,4				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	880,0	827,0				
Verbrieftete Verbindlichkeiten	52 400,7	48 539,2				
Nachrangige Verbindlichkeiten	830,2	1 064,2				
Other Liabilities						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			670,2	599,0	589,3	851,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			2 616,9	2 588,6	2 132,0	2 369,2
Verbrieftete Verbindlichkeiten			8 947,6	9 899,1	3 753,5	1 824,9
Nachrangige Verbindlichkeiten			59,3	57,7	0,0	0,0
Sonstige Passiva					4 008,1	263,1
<b>Summe Passivpositionen</b>	<b>56 630,6</b>	<b>55 187,7</b>	<b>14 350,9</b>	<b>14 959,4</b>	<b>10 482,9</b>	<b>5 308,8</b>

Die Kategorie „Loans and Receivables“ enthält für die „Forderungen an Kreditinstitute“ sowie die „Forderungen an Kunden“ beim Hedge Fair Value die entsprechenden Anteile aus der „Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte“. Wertpapiere der Kategorie Available for Sale und Derivate, die dem Hedge Accounting zugeordnet waren und deren Wertveränderungen im Hedge Ergebnis erfasst wurden, wurden unabhängig

von ihrem Bilanzansatz zum Full Fair Value in der Spalte Hedge Fair Value erfasst.

Für die Verbindlichkeiten der Kategorie „Designated as at Fair Value“ ergab sich ein Unterschiedsbetrag zwischen Buchwert und vertraglich vereinbarter Rückzahlung von 37,7 Mio. € (392,5 Mio. €). Dieser Betrag resultierte neben der Bewertung zum beizu-

legenden Zeitwert aus Unterschiedsbeträgen zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlung, insbesondere bei Null-Kupon-Anleihen.

Die Höhe der maximalen Ausfallrisikoposition (Buchwert) für die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden der Kategorie „Designated as at Fair Value“ betrug 20 067,6 Mio. € (18 125,4 Mio. €).

### (60) Ergebnis nach Bewertungskategorien

Folgende Ergebnisbeiträge entfielen auf die verschiedenen Bewertungskategorien:

	Zinsertrag/ Amortisation		Zinsaufwand/ Amortisation		Risikovorsorge/Zins- unterdeckung (RV/ZU)		Zinsüberschuss nach RV/ZU	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Held for Trading	1 913,0	1 283,8	1 190,5	848,2	0,0	0,0	722,5	435,6
Designated as at Fair Value	373,1	849,0	1 831,2	1 904,3	4,5	6,2	-1 462,6	-1 061,5
Loans and Receivables	1 130,2	1 141,3	1,0	0,5	0,5	34,2	1 128,7	1 106,6
Available for Sale	541,9	476,8	7,7	4,0	0,0	0,0	534,2	472,8
Held to Maturity	61,1	97,4	1,6	0,2	0,0	0,0	59,5	97,2
Other Liabilities	0,0	6,2	636,4	716,3	0,0	0,0	-636,4	-710,1
keine Finanzinstrumente	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>4 019,3</b>	<b>3 854,5</b>	<b>3 668,4</b>	<b>3 473,5</b>	<b>5,0</b>	<b>40,4</b>	<b>345,9</b>	<b>340,6</b>

	Zinsüberschuss nach RV/ZU		Provisions- ertrag		Provisions- aufwand		Zinsüberschuss nach RV/ZU zzgl. Provisionsüberschuss	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Held for Trading	722,5	435,6	0,0	0,0	0,0	0,0	722,5	435,6
Designated as at Fair Value	-1 462,6	-1 061,5	0,4	0,5	1,3	1,2	-1 463,5	-1 062,2
Loans and Receivables	1 128,7	1 106,6	2,3	2,4	0,1	0,0	1 130,9	1 109,0
Available for Sale	534,2	472,8	0,0	0,0	1,0	0,8	533,2	472,0
Held to Maturity	59,5	97,2	0,0	0,0	0,3	0,3	59,2	96,9
Other Liabilities	-636,4	-710,1	0,0	0,0	0,0	0,0	-636,4	-710,1
keine Finanzinstrumente	0,0	0,0	0,0	1,4	0,0	0,0	0,0	1,4
<b>Gesamt</b>	<b>345,9</b>	<b>340,6</b>	<b>2,7</b>	<b>4,3</b>	<b>2,7</b>	<b>2,3</b>	<b>345,9</b>	<b>342,6</b>

	Zinsüberschuss nach RV/ZU zzgl. Provisionsüberschuss		Ergebnis aus Fair Value und Hedge-Bewertung		Sonstiges		Gesamt	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Held for Trading	722,5	435,6	12,1	-1 196,7	0,0	0,0	734,6	-761,1
Designated as at Fair Value	-1 463,5	-1 062,2	-52,9	755,4	0,0	0,0	-1 516,4	-306,8
Loans and Receivables	1 130,9	1 109,0	-63,7	101,5	0,0	0,0	1 067,2	1 210,5
Available for Sale	533,2	472,0	45,4	108,8	-0,1	0,0	578,5	580,8
Held to Maturity	59,2	96,9	0,0	0,0	0,0	0,0	59,2	96,9
Other Liabilities	-636,4	-710,1	-85,3	-138,7	0,0	0,0	-721,7	-848,8
keine Finanzinstrumente	0,0	1,4	0,0	0,0	-49,6	-49,8	-49,6	-48,4
<b>Gesamt</b>	<b>345,9</b>	<b>342,6</b>	<b>-144,4</b>	<b>-369,7</b>	<b>-49,7</b>	<b>-49,8</b>	<b>151,8</b>	<b>-76,9</b>

Es wurden für die Finanzinstrumente der verschiedenen Kategorien alle erfolgswirksamen Ergebnisse dargestellt, hierunter fielen im Wesentlichen Ergebnisse aus Zinsen, Provisionen sowie der Fair Value- und Hedge-Bewertung. Bei bestehenden Sicherungsbeziehungen wurden die „Ergebnisse aus Fair Value- und Hedge-Bewertung“ der Sicherungsgeschäfte unter „Held for Trading“ und die der Grundgeschäfte unter den „Loans and Receivables“ bzw. „Other Liabilities“ ausgewiesen. Für Erträge und Aufwendungen, die nicht aus Finanzinstrumenten erzielt wurden, erfolgte eine Angabe in der Zeile „keine Finanzinstrumente“. Personalaufwendungen, Verwaltungsaufwendungen, Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung, Steuern und sonstige betriebliche Aufwendungen und Erträge wurden in der Spalte „Sonstiges“ ausgewiesen.

#### (61) Hierarchie der Bewertungsmethoden zum beizulegenden Zeitwert

IFRS 7 definiert eine Hierarchie der Bewertungsmethoden, die darauf basiert, ob die Parameter der Bewertungsmodelle beobachtbar sind oder nicht. Beobachtbare Parameter sind Marktdaten aus unabhängigen Quellen. Unbeobachtbare Parameter basieren auf konzerninternen Annahmen. Daraus ergibt sich folgende Hierarchie der Bewertungsmethoden:

- Level 1: Auf einem aktiven Markt notierte Preise für dasselbe Instrument
- Level 2: Preise, die auf einem aktiven Markt für einen ähnlichen Vermögenswert oder eine ähnliche Verbindlichkeit notiert sind oder die mittels Bewertungstechniken auf der Basis von beobachtbaren Marktdaten ermittelt werden
- Level 3: Preise die mittels Bewertungstechniken ermittelt werden, wobei wesentliche Bewertungsparameter auf nicht beobachtbaren Marktdaten beruhen

	Level 1 zum 31. 12.		Level 2 zum 31. 12.		Level 3 zum 31. 12.	
	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0	19 707,0	18 112,0	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	360,6	13,4	0,0	0,0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	0,0	6 039,7	2 872,4	0,0	0,0
Finanzanlagen	19 291,7	22 256,6	3 583,4	1 445,6	0,0	0,0
<b>Summe Aktivpositionen</b>	<b>19 291,7</b>	<b>22 256,6</b>	<b>29 690,7</b>	<b>22 443,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,0	0,0	1 234,8	2 209,4	0,0	0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0,0	0,0	880,0	827,0	0,0	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	40 871,2	36 171,0	11 529,5	12 368,2	0,0	0,0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	0,0	0,0	3 341,8	4 362,9	0,0	0,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	0,0	830,2	1 064,2	0,0	0,0
<b>Summe Passivpositionen</b>	<b>40 871,2</b>	<b>36 171,0</b>	<b>17 816,3</b>	<b>20.831,7</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

In Buchwerten zum 31. 12. 2010 erfolgten folgende Übertragungen zwischen den Leveln 1 und 2:

	Level 1 → Level 2 Mio. €	Level 2 → Level 1 Mio. €
Finanzanlagen	2 723,7	394,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	213,3	756,2
<b>Summe</b>	<b>2 937,0</b>	<b>1 151,0</b>

Ursache für die Übertragungen waren das Vorliegen bzw. der Wegfall von Kursen auf aktiven Märkten.

## (62) Ergänzende Angaben zum beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten

Für alle Finanzinstrumente, die nicht in der Bilanz zum beizulegenden Zeitwert angesetzt werden, erfolgt eine Gegenüberstellung von beizulegendem Zeitwert und Buchwert.

	31. 12. 2010			31. 12. 2009		
	Fair Value Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €	Fair Value Mio. €	Buchwert Mio. €	Differenz Mio. €
<b>Aktivpositionen</b>						
Barreserve	53,4	53,4	0,0	102,1	102,1	0,0
Forderungen an Kreditinstitute	30 490,1	29 857,2	632,9	28 333,7	28 073,2	260,5
Forderungen an Kunden	1 179,6	1 164,3	15,3	595,7	599,5	-3,8
Finanzanlagen	3 508,8	3 547,8	-39,0	4 160,2	4 116,3	43,9
<b>Summe Aktivpositionen</b>	<b>35 231,9</b>	<b>34 622,7</b>	<b>609,2</b>	<b>33 191,7</b>	<b>32 891,1</b>	<b>300,6</b>
<b>Passivpositionen</b>						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 295,6	1 259,5	36,1	1 486,4	1 450,6	35,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 871,5	4 748,9	122,6	5 063,9	4 957,8	106,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	12 735,8	12 701,1	34,7	11 755,2	11 724,0	31,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	56,8	59,3	-2,5	56,1	57,7	-1,6
<b>Summe Passivpositionen</b>	<b>18 959,7</b>	<b>18 768,8</b>	<b>190,9</b>	<b>18 361,6</b>	<b>18 190,1</b>	<b>171,5</b>

Die „Forderungen an Kreditinstitute“ sowie die „Forderungen an Kunden“ enthalten die entsprechenden Anteile aus der „Portfoliobewertung Bilanzge-

schäfte“. Für die zu Anschaffungskosten bilanzierten Beteiligungen ließ sich der beizulegende Zeitwert nicht verlässlich ermitteln.

## (63) Derivative Geschäfte

### Darstellung der Volumina

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
<b>Zinsrisiken</b>						
Zinsswaps	75 408	66 537	1 770	1 324	2 349	2 104
– davon in Swaps eingebettete Kündigungs- und Wandlungsrechte	753	799	18	9	33	73
Swaptions						
– Käufe	0	0	0	0	0	0
– Verkäufe	626	647	0	0	35	39
Sonstige Zinstermingeschäfte	7	447	7	8	0	0
<b>Zinsrisiken – gesamt</b>	<b>76 041</b>	<b>67 631</b>	<b>1 777</b>	<b>1 332</b>	<b>2 384</b>	<b>2 143</b>
<b>Währungsrisiken</b>						
Zins-Währungsswaps	44 219	41 031	4 213	1 357	872	2 181
– davon in Swaps eingebettete Devisenoptionen	181	187	19	11	8	8
– davon in Swaps eingebettete Kündigungsrechte	101	83	0	0	5	5
Währungsswaps	8 698	8 951	48	181	85	35
<b>Währungsrisiken – gesamt</b>	<b>52 917</b>	<b>49 982</b>	<b>4 261</b>	<b>1 538</b>	<b>957</b>	<b>2 216</b>
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>						
Aktienindex-Swaps	45	131	2	2	1	4
– davon in Swaps eingebettete Aktienoptionen	45	131	2	2	1	4
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken – gesamt</b>	<b>45</b>	<b>131</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>4</b>
<b>Gesamt</b>	<b>129 003</b>	<b>117 744</b>	<b>6 040</b>	<b>2 872</b>	<b>3 342</b>	<b>4 363</b>

**Kontrahentengliederung**

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2009
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Banken in der EU/OECD	109 249	100 566	4 749	2 198	2 961	3 658
Sonstige Kontrahenten in der EU/OECD	19 754	17 178	1 291	674	381	705
<b>Gesamt</b>	<b>129 003</b>	<b>117 744</b>	<b>6 040</b>	<b>2 872</b>	<b>3 342</b>	<b>4 363</b>

**(64) Liquiditätsanalyse**

	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Aktiva</b>			
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>			
bis 3 Monate	8 120	5 189	2 931
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6 056	5 601	455
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	16 650	16 286	364
über 5 Jahre	18 258	18 612	-354
<b>Forderungen an Kunden</b>			
bis 3 Monate	14	14	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	74	63	11
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	953	334	619
über 5 Jahre	417	169	248
<b>Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>			
bis 3 Monate	109	696	-587
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	497	80	417
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2 141	337	1 804
über 5 Jahre	618	139	479
<b>Finanzanlagen</b>			
bis 3 Monate	2 675	2 729	-55
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	4 216	4 242	-26
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	14 430	13 751	679
über 5 Jahre bzw. unbestimmt	5 182	7 093	-1 911
<b>Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>			
bis 3 Monate	0	0	0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	560	748	-188
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	52	54	-2
über 5 Jahre bzw. unbestimmt	0	0	0

<b>Passiva</b>	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			
bis 3 Monate	294	1 178	-884
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	138	434	-296
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1 218	947	271
über 5 Jahre	820	1 117	-297
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>			
bis 3 Monate	161	120	41
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	308	247	61
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1 663	1 829	-166
über 5 Jahre	3 781	3 960	-179
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>			
bis 3 Monate	10 108	13 033	-2 925
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7 858	7 147	711
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	33 646	27 240	6 406
über 5 Jahre	12 924	12 613	311
<b>Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>			
bis 3 Monate	225	570	-345
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	173	439	-266
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	650	1 521	-871
über 5 Jahre	125	387	-262
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			
bis 3 Monate	6	3	3
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	15	328	-313
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	121	103	18
über 5 Jahre	789	696	93

Die in der Liquiditätsanalyse angegebenen Beträge sind die vertraglich vereinbarten Rückzahlungsbeträge. Diese weichen von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten ab.

wurden anhand ihres beizulegenden Zeitwertes der jeweiligen Bilanzseite zugeordnet. So kann es sein, dass negative Liquiditätsrückflüsse einen positiven beizulegenden Zeitwert aufweisen und umgekehrt.

Die Zahlungsströme der Positiven und Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten

**(65) Restlaufzeitengliederung**

<b>Aktiva</b>	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>			
bis 12 Monate	13 271,3	10 862,8	2 408,5
über 12 Monate	36 292,9	35 322,4	970,5
<b>Forderungen an Kunden</b>			
bis 12 Monate	293,3	271,5	21,8
über 12 Monate	1 231,6	341,4	890,2
<b>Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>			
bis 12 Monate	1 492,4	1 100,2	392,2
über 12 Monate	4 547,3	1 772,2	2 775,1
<b>Finanzanlagen</b>			
bis 12 Monate	6 980,4	7 107,7	-127,3
über 12 Monate	19 561,3	20 829,6	-1 268,3

<b>Passiva</b>	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>			
bis 12 Monate	433,3	1 614,1	-1 180,8
über 12 Monate	2 061,0	2 045,9	15,1
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>			
bis 12 Monate	467,2	422,9	44,3
über 12 Monate	5 161,7	5 361,9	-200,2
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>			
bis 12 Monate	18 769,7	20 410,4	-1 640,7
über 12 Monate	46 332,1	39 852,8	6 479,3
<b>Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten</b>			
bis 12 Monate	885,5	1 309,7	-424,2
über 12 Monate	2 456,3	3 053,2	-596,9
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			
bis 12 Monate	54,0	336,3	-282,3
über 12 Monate	835,5	785,6	49,9

Die Restlaufzeitengliederung enthält die Buchwerte sämtlicher Finanzinstrumente, die nach ihren Fälligkeiten bis zu 12 Monaten und über 12 Monaten untergliedert worden sind. Geschäfte mit unbestimmten Laufzeiten (z. B. Beteiligungen) wurden mit einer Fälligkeit von über 12 Monaten berücksichtigt. In den „Forderungen an Kreditinstitute“ und den „Forderungen an Kunden“ sind die entsprechenden Anteile aus dem Bilanzposten „Portfoliobewertung Bilanzgeschäfte“ enthalten.

Die unter den sonstigen Aktiva bzw. Passiva ausgewiesenen Barsicherheiten aus Collateral Management

in Höhe von 11,4 Mio. € bzw. 4 007,8 Mio. € weisen eine Fälligkeit von bis zu 12 Monaten auf. Die übrigen Vermögenswerte der Aktivseite wurden aufgrund ihrer Unwesentlichkeit nicht berücksichtigt.

Für die Passivseite bestanden neben den Finanzinstrumenten und den unwesentlichen sonstigen Posten noch die Pensionsrückstellungen, von denen 5,6 Mio. € (5,7 Mio. €) eine Fälligkeit von bis zu 12 Monaten und 84,4 Mio. € (83,7 Mio. €) eine Fälligkeit von über 12 Monaten hatten.

## Sonstige Angaben

### (66) Eigenkapitalmanagement

Die Anlage des Eigenkapitals wird nach Aufstellung des Jahresabschlusses auf Vorschlag des Liquiditätsausschusses durch den Vorstand entschieden. Dabei werden sowohl die prognostizierten Zinsentwicklungen als auch Fälligkeitsstrukturen berücksichtigt. Für weitere Erläuterungen zum Eigenkapitalmanagement verweisen wir auch auf die folgenden Angaben.

### (67) Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital

Gemäß IAS 1.135 ist im Konzernabschluss über die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel zu berichten.

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des Konzerns wurden nach den Vorschriften der §§ 10 und 10a KWG ermittelt. Hierbei wurde nach dem Wahlrecht von § 10a Abs. 7 KWG nicht der nach den IFRS aufgestellte Konzernabschluss zugrundegelegt. Die Ermittlung der Eigenmittel erfolgte gem. § 64 h, Abs. 4 KWG nach dem Aggregationsverfahren auf Basis der nach HGB aufgestellten Einzelabschlüsse der Konzerngesellschaften vor Feststellung des Jahresabschlusses. Somit bestehen in den folgenden ausgewiesenen Positionen Abweichungen sowohl zum Konzernabschluss nach IFRS als auch zum Einzelabschluss nach HGB. Beim Aggregationsverfahren werden die Eigenmittel der einbezogenen Gesellschaften nicht konsolidiert, sondern unter Abzug der Beteiligungsbuchwerte addiert. Die Eigenmittel setzen sich aus Kern- und Ergänzungskapital (haftendes Eigenkapital), zuzüglich der Drittrangmittel zusammen.

Die Zusammensetzung der aggregierten Eigenmittel zum 31. 12. 2010 auf Basis der HGB-Werte ist folgender Tabelle zu entnehmen:

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €	Veränderung Mio. €
<b>Zusammensetzung der Eigenmittel</b>			
Gezeichnetes Kapital	176	176	0
Offene Rücklagen	782	748	34
Fonds für allgemeine Bankrisiken	1 126	1 043	83
Immaterielle Vermögensgegenstände	-1	-1	0
Verlustvortrag	-12	-12	0
<b>Kernkapital</b>	<b>2 071</b>	<b>1 954</b>	<b>117</b>
Nachrangige Verbindlichkeiten	900	913	-13
Übrige Bestandteile	289	173	116
<b>Ergänzungskapital</b>	<b>1 189</b>	<b>1 086</b>	<b>103</b>
<b>Haftendes Eigenkapital</b>	<b>3 260</b>	<b>3 040</b>	<b>220</b>
Dritrangmittel	0	0	0
davon genutzte Drittrangmittel	0	0	0
<b>Eigenmittel insgesamt</b>	<b>3 260</b>	<b>3 040</b>	<b>220</b>

Gemäß Solvabilitätsverordnung darf die Kernkapitalquote (Kernkapital/gewichtete Risikoaktiva) 4 % und die Eigenkapitalquote (haftendes Eigenkapital/gewichtete Risikoaktiva) bzw. die Gesamtkennziffer

(anrechenbare Eigenmittel/Summe aus den gewichteten Risikoaktiva und dem 12,5-fachen des Anrechnungsbetrages aus dem Marktrisiko) 8 % nicht unterschreiten.

	31. 12. 2010 Mio. €	31. 12. 2009 Mio. €
Gewichtete Risikoaktiva	12 614	12 157
Eigenmittelanforderungen		
Adressenausfallrisiken	1 010	972
Marktrisiko	0	1
Operationelles Risiko	25	46

Zum Berichtstag ergaben sich auf Gruppenebene folgende Kennziffern:

	31. 12. 2010	31. 12. 2009
	%	%
Kernkapitalquote gemäß SolvV	16,0	15,3
Gesamtkennziffer gemäß SolvV	25,2	23,9

Die Kennziffern des Instituts weichen nur unwesentlich von den Gruppenkennziffern ab. Die bankaufsichtlichen Eigenmittelanforderungen wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten.

Zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen aus dem Adressenausfallrisiko wurde für alle Forderungsklassen der Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) angewendet.

## (68) Kapitaladäquanz

### Eigenkapitalanforderungen für Kreditrisiken und für Beteiligungspositionen

Die Risikodeckungsmasse ist, wie in der Gesamtbankstrategie und dem Risikotragfähigkeitskonzept dargestellt (siehe Lagebericht), ausreichend bemessen um aktuelle und zukünftige Risiken zu unterlegen.

Für die Eigenkapitalanforderungen aus dem Adressenausfallrisiko gelten von der Aufsicht vorgegebene Risikogewichte. In den Forderungskategorien Staaten und Unternehmen ist das Risikogewicht dabei abhängig vom externen Rating, in der Kategorie Banken ist das Risikogewicht abhängig vom externen Rating des Sitzlandes.

Nachfolgende Übersicht zeigt die Eigenkapitalanforderungen aus dem Adressenausfallrisiko im KSA, gegliedert nach Forderungsklassen, zum 31. 12. 2010:

	31. 12. 2010	31. 12. 2009
	Mio. €	Mio. €
Zentralregierungen	4	0
Institute	894	874
Unternehmen	24	22
Beteiligungen	14	14
Von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	72	60
Sonstige Positionen	2	2
<b>Eigenmittelanforderungen für Adressenausfallrisiken</b>	<b>1 010</b>	<b>972</b>

### Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken

Zur Ermittlung der Eigenmittelanforderungen für Fremdwährungsrisiken wird die Währungsgesamtposition ermittelt. Diese betrug zum 31. 12. 2010 nach dem Standardverfahren 0,3 Mio. € (0,6 Mio. €).

Rohwaren-, Handelsbuch-Risikopositionen und andere Marktrisikopositionen bestanden nicht. Eigene Risikomodelle wurden nicht verwendet.

### Eigenkapitalanforderungen für operationelle Risiken

Im Berichtsjahr wurde das operationelle Risiko für aufsichtsrechtliche Zwecke anhand des Basisindikatoransatzes ermittelt. Die Eigenkapitalunterlegung für das operationelle Risiko zum 31.12.2010 betrug 25 Mio. € (46 Mio. €).

### (69) Positionswerte mit aufsichtsrechtlich vorgegebenen Risikogewichten

Bei der Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen für Adressenausfallrisikopositionen im KSA kommen ausschließlich externe Ratings von Moody's Investors Service in den Forderungskategorien Unternehmen, Banken und Staaten zur Anwendung.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Höhe des Adressenausfallrisiko-Exposures vor und nach Sicherheiten der im KSA geltenden aufsichtsrechtlichen Risikogewichte zum 31. 12. 2010:

Risikogewicht in %	Gesamtsumme der Positionswerte	
	vor Kreditrisiko- minderung Mio. €	nach Kreditrisiko- minderung Mio. €
0	9 428	17 240
10	7 715	7 679
20	59 438	52 443
50	1 659	885
100	1 015	1 008
<b>Gesamt KSA</b>	<b>79 255</b>	<b>79 255</b>

Substitutionseffekte führen dazu, dass Positionswerte mit ursprünglich höheren Risikogewichten in Positionen mit Risikogewicht 0 % ausgewiesen werden, so

dass sich die Gesamtsumme der Positionswerte nicht ändert.

### (70) Kreditrisikominderungstechniken

In der Bank werden nur Gewährleistungen, insbesondere Garantien und Bürgschaften, und finanzielle Sicherheiten nach der „einfachen Methode“ im Rahmen der SolvV als anrechnungsmindernd berücksichtigt.

Gewährleistungsgeber sind ausschließlich europäische Staaten, Bund, Länder oder örtliche Gebietskörperschaften.

Im KSA kommen zum 31. 12. 2010 folgende Sicherheiten zur Anwendung:

Portfolio in Mio. €	Finanzielle Sicherheiten	Garantien
Zentralregierungen	-	1 216
Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	-	2 676
Institute	2 992	-
Unternehmen	1 027	-
<b>Gesamt</b>	<b>4 019</b>	<b>3 892</b>

Bei den finanziellen Sicherheiten handelt es sich ausschließlich um saldierungsfähige Sicherheiten aus Besicherungsvereinbarungen.

### (71) Als Sicherheit übertragene bzw. erhaltene Vermögenswerte

Das Derivategeschäft wird im Konzern von der Bank ausschließlich zur Sicherung von bestehenden oder absehbaren Marktpreisrisiken getätigt und beschränkt sich auf bonitätsmäßig einwandfreie Geschäftspartner im EU/OECD-Raum. Die Bank hat mit nahezu allen Kontrahenten, mit denen derivative Geschäfte getätigt werden, Besicherungsvereinbarungen abgeschlossen,

so dass der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen in Euro zu besichern ist. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativem Marktwert Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen. Die gestellten und erhaltenen Sicherheiten werden täglich mit EONIA verzinst. Die Zinszahlungen erfolgen monatlich. Die Buchwerte der Barsicherheiten aus dem Collateral Management betragen für die gegebenen Sicherheiten 11,4 Mio. € (86,4 Mio. €) und für die erhaltenen Sicherheiten 4 007,8 Mio. € (262,9 Mio. €).

Zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft bestanden zum Bilanzstichtag frei verfügbare Refinanzierungsfazilitäten in Höhe von insgesamt nom. 28 717 Mio. € (26 944 Mio. €). Ende 2010 waren wie im Vorjahr keine Wertpapiere im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank bei der selbigen in Frankfurt am Main kreditiert.

Zum 31. 12. 2010 bestanden Forderungen aus Geldgeschäften in Höhe von 5,1 Mrd. € (1,8 Mrd. €) gegenüber der Eurex Clearing AG. Hierfür hatte die Bank Wertpapiere mit einem Nominalwert von 5,5 Mrd. € (1,9 Mrd. €) als Sicherheit erhalten. Im Rahmen der Besicherungsvereinbarung hatte die Bank Wertpapiere aus ihrem Bestand mit einem Nominalwert von 1,2 Mrd. € (1,3 Mrd. €) als Initial Margin hinterlegt.

## **(72) Derivative Adressenausfallrisikopositionen und Aufrechnungspositionen**

Die Kontrahentenausfallrisikoposition aus allen derivativen Geschäften (Kreditäquivalenzbetrag) betrug per 31. 12. 2010 5 807 Mio. € (1 605 Mio. €). Die Ermittlung dieser Position erfolgt dabei nach der Marktbewertungsmethode. Die Nutzung von Aufrechnungsmöglichkeiten aus standardisierten und aufsichtsrechtlich anerkannten Nettingvereinbarungen mit grundsätzlich allen Kontrahenten reduziert die positiven Wiederbeschaffungswerte.

Die folgende Übersicht zeigt die positiven Wiederbeschaffungswerte aus derivativen Geschäften zum 31.12.2010 vor und nach Anwendung von Nettingvereinbarungen und anrechenbaren Sicherheiten:

	in Mio. €
<b>Positive Wiederbeschaffungswerte vor Aufrechnung und Sicherheiten</b>	<b>6 040</b>
Aufrechnungsmöglichkeiten	2 652
anrechenbare Sicherheiten	4 008
<b>Positive Wiederbeschaffungswerte nach Aufrechnung und Sicherheiten</b>	<b>0</b>

Kreditderivate (Credit Default Swaps – CDS) schließt die Bank nicht ab und hält solche somit auch nicht im Bestand.

### (73) Darstellung der Volumina der Fremdwährungsgeschäfte

Aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung des Konzerns bestehen grundsätzlich keine offenen Währungspositionen. Das Währungsrisiko ist auf die

täglichen Wechselkursveränderungen der Salden von Korrespondenzbankkonten in Fremdwährung begrenzt.

Die folgende Tabelle stellt hierzu die Fremdwährungsnominalbestände per 31.12.2010 dar:

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Gesamt
<b>Bilanzaktiva</b>								
Forderungen an Kreditinstitute	0,1	5,8	72,0	0,0	0,0	0,0	33,6	111,5
Forderungen an Kunden	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen	969,5	322,5	0,0	267,5	210,5	0,0	10,3	1 780,3
Derivative								
Finanzinstrumente	32 727,8	2 530,5	2 163,3	3 475,7	1 242,9	6 696,4	3 202,9	52 039,5
<b>Summe Aktiva</b>	<b>33 697,4</b>	<b>2 858,8</b>	<b>2 235,3</b>	<b>3 743,2</b>	<b>1 453,4</b>	<b>6 696,4</b>	<b>3 246,8</b>	<b>53 931,3</b>
<b>Bilanzpassiva</b>								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	74,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	74,8
Verbindlichkeiten geg. Kunden	82,3	0,0	0,0	46,0	0,0	0,0	0,0	128,3
Verbriefte Verbindlichkeiten								
Verbindlichkeiten	30 586,5	2 530,5	2 083,3	2 473,1	1 242,9	6 656,1	3 202,7	48 775,1
Nachrangige Verbindlichkeiten	22,4	0,0	80,0	524,6	0,0	0,0	0,0	627,0
Derivative								
Finanzinstrumente	2 931,3	328,3	72,0	699,5	210,5	40,3	43,8	4 325,7
<b>Summe Passiva</b>	<b>33 697,3</b>	<b>2 858,8</b>	<b>2 235,3</b>	<b>3 743,2</b>	<b>1 453,4</b>	<b>6 696,4</b>	<b>3 246,5</b>	<b>53 930,9</b>
<b>Netto-Währungsposition</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>

Das aus der Bewertung der offenen Währungspositionen entstandene Devisenergebnis des Geschäftsjahres 2010 in Höhe von 0,0 Mio. € wurde im „Handlungsergebnis“ ausgewiesen.

Die folgende Tabelle stellt hierzu die Fremdwährungsnominalbestände per 31. Dezember 2009 dar:

Nominalwerte in Mio. €	USD	GBP	CHF	JPY	CAD	AUD	Sonstige	Summe
<b>Bilanzaktiva</b>								
Forderungen an Kreditinstitute	23,3	11,9	20,2	73,0	0,0	0,0	43,7	172,1
Forderungen an Kunden	19,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	19,5
Finanzanlagen	892,1	19,3	33,7	279,3	185,4	0,0	46,2	1 456,0
Derivative								
Finanzinstrumente	32 480,5	2 673,9	1 668,2	3 260,2	983,5	4 313,2	2 567,9	47 947,4
<b>Summe Aktiva</b>	<b>33 415,4</b>	<b>2 705,1</b>	<b>1 722,1</b>	<b>3 612,5</b>	<b>1 168,9</b>	<b>4 313,2</b>	<b>2 657,8</b>	<b>49 595,0</b>
<b>Bilanzpassiva</b>								
Verbindlichkeiten geg. Kreditinstituten	143,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	143,7
Verbindlichkeiten geg. Kunden	76,3	0,0	0,0	60,1	0,0	0,0	0,0	136,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	30 401,2	2 672,7	1 634,5	2 213,1	983,5	4 273,2	2 567,8	44 746,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	20,8	0,0	67,4	742,0	0,0	0,0	0,0	830,2
Derivative								
Finanzinstrumente	2 773,3	32,4	20,2	597,2	185,4	40,0	89,9	3 738,4
<b>Summe Passiva</b>	<b>33 415,3</b>	<b>2 705,1</b>	<b>1 722,1</b>	<b>3 612,4</b>	<b>1 168,9</b>	<b>4 313,2</b>	<b>2 657,7</b>	<b>49 594,7</b>
<b>Netto-Währungsposition</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>

Das aus der Bewertung der offenen Währungspositionen entstandene Devisenergebnis des Geschäftsjahres

2009 in Höhe von 0,0 Mio. € wurde im „Handelsergebnis“ ausgewiesen.

#### (74) Anteilsbesitzliste

	Gezeichnetes Kapital in Mio. €	Anteil am Kapital %	Konsolidierung
	2010	2010	
LR-Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt	28,6	100,0	konsolidiert
DSV Silo- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt	17,9	100,0	konsolidiert
Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt	7,7	100,0	nicht konsolidiert
Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt	8,7	25,1	nicht konsolidiert
LAND-DATA Gesellschaft für Verarbeitung landwirtschaftlicher Daten GmbH, Hannover	0,8	10,9	nicht konsolidiert
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	10,2	9,8	nicht konsolidiert
Niedersächsische Landgesellschaft mbH, Hannover	0,8	6,3	nicht konsolidiert
Landgesellschaft Sachsen-Anhalt mbH, Magdeburg	9,2	5,6	nicht konsolidiert
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt	3 160,1	3,4	nicht konsolidiert
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	27,5	3,2	nicht konsolidiert

Auf eine Konsolidierung der Anteile der Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, und der Deutschen Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, wurde aufgrund von Wesentlichkeitsaspekten verzichtet. Durch die geringen Beteiligungsquoten am gezeichneten Kapital bestand für die restlichen Gesellschaften keine Konsolidierungspflicht.

#### (75) Angaben über Geschäftsbeziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Nach den Vorschriften des IAS 24 sind die Geschäfte zwischen nahestehenden Personen und dem Konzern der Landwirtschaftlichen Rentenbank darzustellen. Als nahestehende Personen gelten die Mitglieder des Vorstandes und des Verwaltungsrates sowie die nicht

konsolidierten Unternehmen mit einer Beteiligungsquote von über 10 % (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main, Deutsche Bauernsiedlung – Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung GmbH, Frankfurt am Main, und LAND-DATA Gesellschaft

für Verarbeitung landwirtschaftlicher Daten GmbH, Hannover). Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Mit dem Vorstand und den nicht konsolidierten Unternehmen wurden folgende Geschäfte abgeschlossen:

Angaben in Mio. €	Vorstand				nicht konsolidierte Unternehmen			
	Volumen		ausstehende Salden		Volumen		ausstehende Salden	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Einlagen	0,1	0,4	0,0	0,0	9,8	9,4	0,0	0,0
Kredite	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Wertpapiere	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Gesamt</b>	<b>0,1</b>	<b>0,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>9,8</b>	<b>9,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>

Es wurden keine Geschäfte mit Verwaltungsratsmitgliedern abgeschlossen.

Für die einzelnen Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer wurde folgende Vergütung für das Geschäftsjahr 2010 festgesetzt:

Angabe in Tsd. €	Fixe Bezüge		Variable Bezüge		Sonstige Bezüge		Gesamt	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Hans Bernhardt	300,0	290,0	355,0	355,0	32,0	32,0	687,0	677,0
Dr. Horst Reinhardt	300,0	290,0	355,0	330,0	22,0	22,0	677,0	642,0
Dr. Marcus Dahmen (bis 08.02.2010)	34,0	350,0	390,0	390,0	837,0	9,0	1 261,0	749,0
<b>Vorstand LR gesamt</b>	<b>634,0</b>	<b>930,0</b>	<b>1 100,0</b>	<b>1 075,0</b>	<b>891,0</b>	<b>63,0</b>	<b>2 625,0</b>	<b>2 068,0</b>
Geschäftsführung LRB und DSV								
Jens Kollmann	12,3	12,3	0,0	0,0	0,0	0,0	12,3	12,3
Lothar Kuhfahl (ab 01.11.2009)	12,3	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,3	2,0
Hans Erich Waßmuth (bis 31.10.2009)	0,0	10,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	10,3
<b>Geschäftsführung LRB und DSV gesamt</b>	<b>24,6</b>	<b>24,6</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>24,6</b>	<b>24,6</b>

Als Leistungen an Vorstandsmitglieder nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind 696 Tsd. € (195 Tsd. €) als Aufwand erfasst worden.

Gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes sowie früheren Geschäftsführern und ihren Hinterbliebenen bestanden zum 31. Dezember 2010 Pensionsverpflichtungen in Höhe von insgesamt 16 279 Tsd. € (16 329 Tsd. €). An laufenden Versorgungsleistungen sind 1 251 Tsd. € (1 465 Tsd. €) gezahlt worden.

Gemäß der geltenden Vergütungsregelung erhält der bzw. die Vorsitzende des Verwaltungsrates eine fixe Vergütung von 25 Tsd. € und der bzw. die Stellvertreter/in 12,5 Tsd. €. Mitglieder, die Vorsitzende

eines Ausschusses des Verwaltungsrates sind, erhalten 10 Tsd. €, soweit nicht bereits eine höhere Vergütung bezogen wird. Verwaltungsratsmitglieder mit Ausschusstätigkeit werden mit 8,5 Tsd. €, Verwaltungsratsmitglieder ohne Ausschusstätigkeit mit 7 Tsd. € vergütet. Zusätzlich wird den Verwaltungsratsmitgliedern ein Sitzungsgeld von 0,5 Tsd. € pro Sitzung gezahlt.

Die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 220 Tsd. € (211 Tsd. €), jeweils mit Umsatzsteuer. In der folgenden Tabelle sind die individuellen Bezüge aufgelistet, jeweils ohne Umsatzsteuer:

Angaben in Tsd. €	Mitgliedschaft		Vergütung		Sitzungsgelder	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009
Gerd Sonnleitner (Vorsitzender)	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	25,0	25,0	3,0	2,5
Ilse Aigner **	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	12,5	12,5	1,5	1,5
Dr. Till Backhaus	-	01.01.-31.12.	0,0	7,0	0,0	0,0
Dr. Helmut Born	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	8,5	8,5	2,5	2,0
Dr. Rolf-E. Breuer	-	01.01.-15.07.	0,0	5,4	0,0	0,5
Wilhelm Dietzel	-	01.01.-05.02.	0,0	0,6	0,0	0,0
Bruno Fehse	01.01.-31.12.	16.07.-31.12.	7,0	3,2	1,0	1,0
Udo Folgart	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	7,0	7,0	1,5	0,0
Heinrich Haasis	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	8,5	8,5	1,0	1,0
Werner Hilse	01.01.-31.12.	16.07.-31.12.	8,5	3,9	1,5	1,0
Dr. Benjamin-Immanuel Hoff	01.01.-31.12.	-	7,0	0,0	1,5	0,0
Dietrich Jahn	01.01.-31.12.	02.04.-31.12.	8,5	8,1	1,5	1,5
Wolfgang Kirsch	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	8,5	8,5	1,5	1,5
Dr. Robert Kloos	01.10.-31.12.	-	1,9	0,0	0,5	0,0
Silke Lautenschläger *	-	06.02.-31.12.	0,0	6,4	0,0	1,5
Franz-Josef Möllers	01.07.-31.12.	01.01.-15.07.	3,7	4,6	1,0	0,5
Stefan Mörsdorf	-	01.01.-10.11.	0,0	6,1	0,0	0,0
Klaus-Peter Müller	01.01.-31.12.	16.07.-31.12.	10,0	4,6	0,5	0,5
Manfred Nüssel	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	8,5	8,5	2,5	1,0
Johannes Rimmel	15.07.-31.12.	-	3,2	0,0	0,5	0,0
Brigitte Scherb	01.01.-31.12.	01.01.-31.12.	8,5	8,5	2,0	1,5
Norbert Schindler	01.01.-30.06.	01.01.-31.12.	4,3	8,5	1,0	1,5
Dr. Peter Traumann	-	01.01.-15.07.	0,0	3,8	0,0	0,5
Eckhard Uhlenberg *	01.01.-13.07.	-	3,8	0,0	1,0	0,0
Dr. Jörg Wendisch	01.01.-30.09.	01.01.-31.12.	6,4	8,5	2,0	2,0
Hans-Joachim Wilms	-	01.01.-15.07.	0,0	4,6	0,0	0,0
Klaus WieseHügel	01.01.-31.12.	16.07.-31.12.	8,5	3,9	1,5	0,5
Herbert Wolff	01.01.-31.12.	-	7,0	0,0	1,5	0,0

\* oder Vertreter

\*\* Spende an die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz

#### (76) Durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer

	2010			2009		
	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt
Vollzeitbeschäftigte	120	76	196	115	78	193
Teilzeitbeschäftigte	3	28	31	2	23	25
<b>Gesamt</b>	<b>123</b>	<b>104</b>	<b>227</b>	<b>117</b>	<b>101</b>	<b>218</b>

#### (77) Abschlussprüferhonorare

	2010 Tsd. €	2009 Tsd. €
Abschlussprüfungsleistungen	281	290
Sonstige Bestätigungsleistungen	104	63
Sonstige Leistungen	121	105

Frankfurt am Main, den 8. März 2011

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standard (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen im Rentenbank-Gesetz und in der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und über den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartun-

gen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Frankfurt am Main, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen im Rentenbank-Gesetz und in der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 8. März 2011

Deloitte & Touche GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Prof. Dr. Kläs)  
Wirtschaftsprüfer

(Hansen)  
Wirtschaftsprüfer

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungs-Grundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich der

Geschäftsergebnisse und der Risikoentwicklung sowie die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 8. März 2011

LANDWIRTSCHAFTLICHE RENTENBANK

Der Vorstand



Hans Bernhardt



Dr. Horst Reinhardt

## Organe (Stand 01. März 2011)

### Vorstand

Dipl.-Kfm. Hans Bernhardt  
Dipl.-Volksw. Dr. Horst Reinhardt, MBA

### Verwaltungsrat

#### Vorsitzender:

Gerd Sonnleitner  
Präsident des Deutschen Bauernverbands e.V., Berlin

#### Stellvertreterin des Vorsitzenden:

Ilse Aigner, MdB  
Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz, Berlin

#### Vertreter des Deutschen Bauernverbands e.V.:

Dr. Helmut Born  
Generalsekretär des Deutschen Bauernverbands e.V.,  
Berlin

Franz-Josef Möllers  
Präsident des Westfälisch-Lippischen-  
Landwirtschaftsverbands e.V., Münster (ab 01.07.2010)

Udo Folgart  
Präsident des Landesbauernverbands Brandenburg e.V.,  
Teltow/Ruhlsdorf

Brigitte Scherb  
Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbands e.V., Berlin

Werner Hilse  
Präsident des Landvolks Niedersachsen-Landesbauernverband e.V.,  
Hannover

Norbert Schindler, MdB  
Präsident des Bauern- und Winzerverbands Rheinland-Pfalz Süd e.V.,  
Mainz (bis 30.06.2010)

#### Vertreter des Deutschen Raiffeisenverbands e.V.:

Manfred Nüssel  
Präsident des Deutschen Raiffeisenverbands e.V., Berlin

#### Vertreter der Ernährungswirtschaft:

Bruno Fehse  
Präsident des Bundesverbands der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V.,  
Bonn

#### Landwirtschaftsminister der Länder:

*Berlin:*  
Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff  
Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Gesundheit,  
Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Berlin,  
Berlin (ab 01.01.2010)

*Nordrhein-Westfalen:*  
Eckhard Uhlenberg  
Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Düsseldorf (bis 13.07.2010)

*Nordrhein-Westfalen:*  
Johannes Rimmel  
Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und  
Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Düsseldorf (ab 15.07.2010)

*Sachsen:*  
Herbert Wolff  
Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Umwelt  
und Landwirtschaft, Dresden (ab 01.01.2010)

### **Vertreter der Gewerkschaften:**

Klaus Wieschügel  
Bundesvorsitzender der IG Bauen-Agrar-Umwelt,  
Frankfurt am Main

### **Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Dr. Jörg Wendisch  
Ministerialdirektor, Bonn  
(bis 30.09.2010)

Dr. Robert Kloos  
Staatssekretär, Berlin  
(ab 01.10.2010)

### **Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen:**

Dietrich Jahn  
Ministerialdirigent, Berlin

### **Vertreter von Kreditinstituten oder andere Kreditsachverständige:**

Klaus-Peter Müller  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Commerzbank AG,  
Frankfurt am Main

Heinrich Haasis  
Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V.,  
Berlin

Wolfgang Kirsch  
Vorsitzender des Vorstands der DZ BANK AG  
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,  
Frankfurt am Main

## **Anstaltsversammlung**

### **Vom Land Baden-Württemberg berufen:**

Gerd Hockenberger  
Ehrenpräsident des Landesbauernverbands  
in Baden-Württemberg e.V., Stuttgart

Werner Räßle  
Präsident des Badischen  
Landwirtschaftlichen Hauptverbands e.V., Freiburg

### **Vom Freistaat Bayern berufen:**

Werner Reihl  
Bezirkspräsident Oberfranken im  
Bayerischen Bauernverband,  
Arzberg-Bergnersreuth

Jürgen Ströbel  
Vizepräsident des  
Bayerischen Bauernverbands, Rügland

### **Von den Ländern Berlin und Brandenburg berufen:**

Jürgen Ebel  
Oberkrämer-Vehlefan

Karsten Jennerjahn  
Präsident des Bauernbunds Brandenburg e.V.,  
Schrepkow

Bernhard Groß  
Vizepräsident des Landesbauernverbands  
Brandenburg e.V., Tauche

**Von der Freien Hansestadt Bremen berufen:**

Hermann Sündermann  
Präsident der Landwirtschaftskammer Bremen,  
Bremen

**Von der Freien und Hansestadt Hamburg berufen:**

Heinz Behrmann  
Präsident des Bauernverbands Hamburg e.V.,  
Hamburg

**Vom Land Hessen berufen:**

Jürgen Mertz  
Präsident des Hessischen Gärtnereiverbands e.V.,  
Frankfurt am Main

Friedhelm Schneider  
Präsident des Hessischen Bauernverbands e.V.,  
Friedrichsdorf

**Vom Land Mecklenburg-Vorpommern berufen:**

Harald Nitschke  
Geschäftsführer der Raminer Agrar GmbH, Ramin

Rainer Tietböhl  
Präsident des Bauernverbands  
Mecklenburg-Vorpommern e.V., Neubrandenburg

**Vom Land Niedersachsen berufen:**

Heinz Korte  
Vizepräsident des Landesvolks Niedersachsen  
Landesbauernverband e.V., Bremervörde

Helmut Meyer  
Vizepräsident des Landesvolks Niedersachsen  
Landesbauernverband e.V., Betheln

**Vom Land Nordrhein-Westfalen berufen:**

Johannes Frizen  
Präsident der Landwirtschaftskammer  
Nordrhein-Westfalen, Alfter

Friedrich Ostendorff, MdB  
Landwirt, Bergkamen

**Vom Land Rheinland-Pfalz berufen:**

Leonhard Blum  
Präsident des Bauern- und Winzerverbands  
Rheinland-Nassau e.V., Niederbettingen

Michael Prinz zu Salm-Salm  
Schloss Wallhausen

**Vom Saarland berufen:**

Klaus Fontaine  
Präsident des Bauernverbands Saar e.V.,  
Saarwellingen

**Vom Freistaat Sachsen berufen:**

Dietmar Berger  
Verbandspräsident des Mitteldeutschen  
Genossenschaftsverbands e.V., Chemnitz

Roland Freiherr von Fritsch  
1. Vizepräsident des Verbands der privaten Landwirte  
und Grundeigentümer Sachsen e.V. – VDL, Pfaffroda-Dittmannsdorf

**Vom Land Sachsen-Anhalt berufen:**

Jochen Dettmer  
Mitglied des Vorstands des  
Bauernbunds Sachsen-Anhalt e.V., Belsdorf

Torsten Wagner  
Mitglied des Vorstands des Landesbauernverbands  
Sachsen-Anhalt e.V., Sangerhausen

**Vom Land Schleswig-Holstein berufen:**

Christoph Freiherr von Fürstenberg,  
Nehnten

Werner Schwarz  
Präsident des Schleswig-Holsteinischen  
Bauernverbands, Rethwisch

**Vom Freistaat Thüringen berufen:**

Siegmar Arnoldt  
Thüringer Bauernverband e.V., Erfurt

Joachim Lissner  
Landesverband Gartenbau Thüringen e.V., Erfurt

**Treuhänder**

Wolfgang Reimer  
Leiter der Unterabteilung Strukturpolitik  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bonn

**Stellvertreter:**

Karl-Heinz Tholen  
Regierungsdirektor  
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz, Bonn

## Bericht des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse haben während des Geschäftsjahres die ihnen nach Gesetz, Satzung und den Corporate-Governance-Grundsätzen der Rentenbank übertragenen Aufgaben wahrgenommen und den Vorstand in der Ordnungsmäßigkeit seiner Geschäftsführung beraten und überwacht.

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss sowie ergänzend der Lagebericht nach den Rechnungslegungsvorschriften des HGB zum 31. Dezember 2010 sind durch die Deloitte & Touche GmbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Konzernabschluss sowie ergänzend der Konzernlagebericht wurden zum 31. Dezember 2010 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften vom Vorstand aufgestellt und durch die Deloitte & Touche GmbH – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, Frankfurt am Main, geprüft sowie mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Verwaltungsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat den Jahresabschluss und den Konzernabschluss inklusive der ergänzenden Lageberichte sowie den Geschäftsbericht für die Landwirtschaftliche Rentenbank geprüft. Er beschließt den Jahresabschluss 2010 der Bank und billigt den Konzernabschluss sowie ergänzend die Lageberichte 2010.

Berlin, den 31. März 2011

DER VERWALTUNGSRAT  
DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN RENTENBANK



Der Vorsitzende  
Gerd Sonnleitner

Der Verwaltungsrat beschließt darüber hinaus, dass aus der Deckungsrücklage aufgrund der gesetzlichen Regelung in § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank, die die Deckungsrücklage auf maximal 5 % der jeweils im Umlauf befindlichen gedeckten Schuldverschreibungen begrenzt, € 29186291,89 entnommen werden und der Hauptrücklage in derselben Höhe zugeführt werden.

Von dem im Jahresabschluss in der Gewinn- und Verlust-Rechnung ausgewiesenen Jahresüberschuss von € 47000000,- werden € 35250000,- der Hauptrücklage nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank zugewiesen.

Der Verwaltungsrat beschließt weiterhin, den Bilanzgewinn von € 11750000,- in der Weise zu verwenden, dass € 5875000,- dem Zweckvermögen und dem Förderungsfonds (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Landwirtschaftliche Rentenbank) € 5875000,- für sonstige das Allgemeininteresse wahrende Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums zur Verfügung gestellt werden.

Der Verwaltungsrat hat sich davon überzeugt, dass Vorstand und Verwaltungsrat den Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der Fassung vom 30. Juni 2009 beachten. Er wird dessen Beachtung und Umsetzung fortlaufend prüfen. Der Verwaltungsrat billigt den Corporate Governance Bericht einschließlich der Entsprechenserklärung.

## Glossar

**Adressenausfallrisiken:** Das Adressenausfallrisiko wird unterteilt in Kreditausfall-, Wiedereindeckungs- und Settlementrisiko. Die Definitionen befinden sich unter den jeweiligen Bezeichnungen.

**Aktiver Markt:** Ein aktiver Markt liegt vor, wenn für ein Finanzinstrument Preise von Börsen, Brokern, Maklern, Industriegruppen, Preisagenturen oder Aufsichtsbehörden leicht und regelmäßig verfügbar sind und tatsächlich und regelmäßig Markttransaktionen zu diesen Preisen stattfinden.

**Amortisation:** Prozess, in dem anfängliche Aufwendungen für eine Investition durch dadurch entstehende Erträge gedeckt werden. Für Finanzinstrumente bezieht sich die Amortisation auf eine periodengerechte Abgrenzung von einmaligen Aufwendungen oder Erträgen über die Laufzeit des jeweiligen Geschäfts.

**Anschaffungskosten:** Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit sie dem Vermögensgegenstand einzeln zugeordnet werden können. Für Finanzinstrumente entsprechen die Anschaffungskosten dem Kaufpreis.

**Anstaltslast:** Rechtliche Verpflichtung des Anstalts-trägers, eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit den für die Funktionsfähigkeit notwendigen Mitteln auszustatten.

**Asset Backed Securities (ABS):** Ein forderungsbesichertes Wertpapier (ABS) ist ein verzinsliches Wertpapier, welches Zahlungsansprüche gegen eine Zweckgesellschaft zum Gegenstand hat, wobei die Zweckgesellschaft die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger verwendet und zu einem Wertpapier verbrieft. Forderungsverkäufer in einer solchen Transaktion sind in der Regel Banken, die so Teile ihrer Kreditforderungen handelbar machen, um sich wieder Liquidität zu verschaffen.

**Assets/Liabilities at Fair Value through Profit and Loss (A/LFVTP&L):** Bilanzielle Bewertungskategorie mit den Unterkategorien „Held for Trading“ und „Designated as at Fair Value“. Es wird auf die Definitionen der Unterkategorien verwiesen.

**Available for Sale (Afs):** Bilanzielle Bewertungskategorie nach IFRS. Die Kategorie „Available for Sale“ enthält alle finanziellen Vermögenswerte, die keiner der anderen aktivischen Bewertungskategorien zugeordnet sind. Die Ergebnisschwankungen aus der Bewertung der hier zugeordneten finanziellen Vermögenswerte werden in der Neubewertungsrücklage

ausgewiesen, die eine Teilkomponente des Eigenkapitals darstellt.

**Backtesting:** Im Backtesting wird unter Verwendung von historischen Daten die Qualität von Modellen bzw. die Gültigkeit von Szenarioannahmen validiert. Negative Ergebnisse aus Markteffekten werden z. B. den prognostizierten maximalen negativen Ergebnissen der VaR-Analyse gegenübergestellt. Auf diese Weise kann die angenommene Prognosegüte der VaR-Analyse mit der tatsächlichen Prognosegüte verglichen werden.

**Barwertsensitivität:** Die Barwertsensitivität ist die Veränderung des Barwertes (Fair Value) aufgrund von geänderten Marktparametern (z. B. Zins- oder Spreadänderungen).

**Basispunkte (BP):** 1 BP entspricht 0,01 Prozentpunkt; 100 BP entsprechen 1,00 Prozentpunkt.

**Beizulegender Zeitwert (Fair Value):** Als „beizulegender Zeitwert“ wird der Betrag angesehen, zu dem ein Finanzinstrument bei Vertragsabschluss unter sachverständigen und unabhängigen Marktteilnehmern gehandelt werden kann. Bei Abschluss des Geschäfts entspricht der beizulegende Zeitwert i.d.R. den Anschaffungskosten. Er kann bei veränderten Marktpreisen starken Schwankungen unterliegen.

**Bestimmtheitsmaß:** Ein statistisches Maß, mit dem die Güte einer Regression gemessen wird. Das Bestimmtheitsmaß kann Werte zwischen 0 (kein linearer Zusammenhang) und 1 (perfekter linearer Zusammenhang) annehmen. Im Konzern findet das Bestimmtheitsmaß Verwendung bei der Effektivitätsmessung im Rahmen des Hedge Accounting.

**Collateralized Debt Obligation (CDO):** CDO ist ein Überbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe der forderungsbesicherten Wertpapiere (Asset Backed Securities) und strukturierten Kreditprodukte gehören. CDOs bestehen aus einem Portfolio aus festverzinslichen Wertpapieren. Das Ausfallrisiko steigt aufgrund der nachrangigen Bedienung im Fall eines Ausfalls mit sinkendem Rating.

**Control and Risk Self Assessments (CRSA):** Ziel des CRSA ist es, in einem Prozess potenzielle operationelle Risiken aufzuzeigen um ggf. präventiv Gegenmaßnahmen einzuleiten. CRSA können dezentral mit einer Fragebogentechnik oder mittels Workshops durchgeführt werden. Die Bank nutzt Workshops zur Identifizierung von operationellen Risiken.

**CP (Commercial Paper):** Inhaberschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von weniger als zwei Jahren, die im Rahmen eines nicht befristeten Programms bis zu einem vereinbarten Gesamtvolumen revol-

vierend emittiert werden können. CPs werden in der Regel als abgezinste Papiere begeben.

**Credit Spread:** Es wird auf die Definition zu den Spreadrisiken (Credit Spread) verwiesen.

**Credit Support Annex (CSA):** Die Bank hat mit nahezu allen Kontrahenten Collateral Service Agreements (CSA) abgeschlossen. In diesen Fällen wird der über die vertraglich definierten, bonitätsabhängigen Frei- und Mindesttransferbeträge hinausgehende positive Marktwert aus dem Derivategeschäft durch Bareinlagen ausschließlich in Euro besichert. Andererseits verpflichtet sich die Bank bei negativen Marktwerten Bareinlagen in Euro bereitzustellen, sofern diese über dem entsprechenden Frei- und Mindesttransferbetrag liegen.

**Derivate:** Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstrumentes abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswerts abgeleitet (z. B. Zinssatz, Wechselkurs).

**Designated as at Fair Value:** Bilanzuelle Bewertungskategorie für finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten, für die die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

**Eingebettetes Derivat (Embedded Derivative):** Derivativer Bestandteil eines strukturierten Finanzinstrumentes, das auch einen nicht derivativen Basisvertrag enthält. Hierbei stellt das eingebettete Derivat einen integralen Vertragsbestandteil dar und kann nicht separat gehandelt werden.

**EONIA (Euro Overnight Index Average):** Der EONIA ist der offiziell berechnete Tagesgeldzinssatz für den Euro. Er besteht aus dem gewichteten Durchschnitt der Zinssätze, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für unbesicherte Übernachtkontrakte effektiv abgeschlossen haben. Die am Markt quotierten Sätze für EONIA Swaps werden in der Rentenbank zur Konstruktion einer entsprechenden EONIA Kurve bis 12 Monate verwendet.

**EURIBOR (EUro InterBank Offered Rate):** Der EURIBOR ist der Zinssatz für Termingelder in Euro im Interbankengeschäft. Er besteht aus dem Durchschnitt der Zinssätze, die eine Gruppe größerer Institute im Euro-Währungsgebiet auf dem Interbankenmarkt für Ein- bis Zwölfmonatsgelder täglich um 11 Uhr angeboten haben (Briefsätze). Die Bank nutzt entsprechende am Markt quotierte Loan/Deposit-Sätze, um daraus eine Bewertungskurve zu konstruieren.

**Fair Value (Barwert):** Es wird auf die Definition zum „beizulegenden Zeitwert“ verwiesen.

**Fair Value Hedge:** Bilanzuelle Abbildung einer Absicherung des Risikos einer Fair-Value-Änderung von Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten mit Hilfe eines Swaps. Beim Fair Value Hedge werden die Wertänderungen des abgesicherten Bilanzgeschäfts und die des Sicherungsgeschäfts in hohem Maße kompensiert.

**Fair Value Option:** Durch die „Fair Value Option“ können Bilanzgeschäfte zum Fair Value bewertet werden. Die Ergebnisschwankungen spiegeln sich dann in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung (GuV) wider. Die Option wird bei der Bank teilweise bei Bilanzgeschäften ausgeübt, die durch Derivate gesichert sind. Damit können die Schwankungen der Derivate, welche durch die verpflichtende Fair Value-Bewertung entstehen, durch die der Bilanzgeschäfte in der GuV weitestgehend ausgeglichen werden.

**Finanzinstrumente:** Vertragliche Vereinbarung, die bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

**Fortgeführte Anschaffungskosten:** Anschaffungskosten abzüglich Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation sowie abzüglich etwaiger Minderung für Wertminderungen oder Uneinbringlichkeit.

**Fristentransformation:** Die Fristentransformation ist eine Methode von Kreditinstituten, kurzfristige Passiva in langfristige Aktiva auszugeben, d. h., kurzfristige Einlagen werden als langfristige Kredite ausgegeben. Im Normalfall sind die Zinssätze mit längerer Zinsbindung höher als bei einer niedrigeren Zinsbindung, was bei einer durchgeführten Fristentransformation zu entsprechenden Zusatzerträgen führt. Diese Strategie birgt jedoch bei Zinsänderungen entsprechende Risiken.

**Globalanleihe (Global Bond):** Anleihe, die aufgrund ihrer Registrierung bei der US-amerikanischen Wertpapier- und Börsenaufsicht SEC (Securities and Exchange Commission) auch in den Vereinigten Staaten platziert werden kann.

**Hedge Accounting:** Vorschriften zur bilanziellen Abbildung von Sicherungsbeziehungen. Für den in der Rentenbank angewendeten Fair Value Hedge wird auf die entsprechende Definition verwiesen.

**Held for Trading (HfT):** Bilanzuelle Bewertungskategorie für Derivate und Finanzinstrumente, die zu Handelszwecken gehalten werden.

**Held to Maturity (HtM):** Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit,

die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann.

**IFRS (International Financial Reporting Standards):**

Internationale Rechnungslegungsvorschriften, die Standards des IASB (International Accounting Standards Board) enthalten, Standards des IASC (International Accounting Standards Committee) sowie Interpretationen des IFRIC (International Financial Reporting Interpretations Committee) bzw. des ehemaligen SIC (Standing Interpretations Committee).

**Inhaberschuldverschreibung:** Wertpapier, in dem der Berechtigte nicht namentlich genannt ist, da der Schuldner jedem Inhaber zur Leistung verpflichtet ist.

**Inverse Stresstests:** Inverse Stresstests stellen eine Ergänzung der sonstigen Stresstests dar. Bei Inversen Stresstests wird untersucht, welche Ereignisse das Institut in seiner Überlebensfähigkeit gefährden könnten. Die Überlebensfähigkeit ist dann als gefährdet anzunehmen, wenn sich das ursprüngliche Geschäftsmodell als nicht mehr durchführbar beziehungsweise tragbar erweist.

**Kapitalflussrechnung:** Darstellung der Veränderung des Zahlungsmittelbestandes innerhalb eines Geschäftsjahres aufgeteilt nach der operativen Tätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit.

**Kapitalkonsolidierung:** Verrechnung der Beteiligungswerte des Mutterunternehmens mit dem auf diese Anteile entfallenden anteiligen Eigenkapitalbetrag des einzubeziehenden Unternehmens, so dass im Konzernabschluss weder das Eigenkapital der Töchter noch der zugehörige Beteiligungswert der Mutter enthalten sind.

**Kategorisierung:** Einteilung der finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen in unterschiedliche bilanzielle Kategorien zur Erst- und Folgebewertung.

**Korrelation:** Die Korrelation ist ein Maß für den Zusammenhang zweier Variablen (in unserem Fall Risikofaktoren). Es gibt positive, d. h. die Risikofaktoren verändern sich gleichläufig und negative Korrelationen, d. h. die Risikofaktoren verändern sich gegenläufig. Existiert zwischen zwei Variablen kein Zusammenhang, so ist die Korrelation gleich Null. In der Value at Risk-Analyse werden die Korrelationen zwischen der EONIA- und der Interbankenkreditkurve berechnet und verwendet.

**Kreditausfallrisiken:** Das Kreditausfallrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund von Ausfällen oder Bonitätsverschlechterungen von Geschäftspartnern. Das Kreditausfallrisiko umfasst das Kontrahenten-, das Emittenten-, das Länder- und das Strukturrisiko.

**Latente Steuern:** Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltene Ertragsteuern, die aus bilanziellen Diffe-

renzen zwischen steuer- und handelsrechtlich ermitteltem Steueraufwand resultieren.

**Loans and Receivables (LaR):** Kategorie für nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbar Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind.

**Makro Hedge:** Absicherung eines Portfolios von finanziellen Vermögenswerten oder Verbindlichkeiten mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten.

**Marktpreisrisiken:** Risiken aus veränderten Marktparametern (-daten). Marktpreisrisiken bestehen in Form von Zinsänderungs-, Spread- und anderen Marktpreisrisiken. Andere Marktpreisrisiken, wie z. B. Fremdwährungsrisiken, werden nur in sehr geringem Umfang eingegangen. Die Definitionen Zinsänderungsrisiken und Spreadrisiken befinden sich unter den jeweiligen Bezeichnungen.

**Mikro Hedge:** Absicherung eines oder mehrerer gleichartiger Grundgeschäfte mit einem oder mehreren Sicherungsderivaten.

**MTN (Medium Term Notes):** Inhaberschuldverschreibungen, die unter einem Emissionsprogramm begeben werden. MTN können in einer Vielzahl von Währungen und Strukturen sowie mit unterschiedlichen Laufzeiten begeben werden. Grundkonzeption wie CP.

**Namenschuldverschreibung:** Schuldverschreibung, die auf eine bestimmte Person lautet. Der Schuldner hat direkt an den Benannten zu leisten.

**Neubewertungsrücklage:** Unterposten des Eigenkapitals, in dem Marktwertänderungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“ erfolgsneutral erfasst werden.

**Operationelle Risiken:** Operationelle Risiken sind Risiken aus nicht funktionierenden oder fehlerhaften Systemen, Prozessen, aus Fehlverhalten von Menschen oder externen Ereignissen. Zu den operationellen Risiken zählen auch Rechtsrisiken, Risiken aus betrügerischen Handlungen und Wirtschaftskriminalität (Fraud), Risiken aus Auslagerungen, Betriebsrisiken und Ereignis- bzw. Umweltrisiken. Sie beinhalten jedoch nicht strategische Risiken, Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken.

**OTC (Over the Counter):** Finanzielle Transaktionen zwischen Finanzmarkt-Teilnehmern, die nicht über die Börse abgewickelt werden.

**Other Liabilities (OL):** Kategorie für finanzielle Verbindlichkeiten, für die nicht die sogenannte „Fair Value Option“ ausgeübt wurde.

**Pfanddepot:** Das Pfanddepot der Rentenbank enthält alle an die Deutsche Bundesbank verpfändbaren Wertpapiere, die entweder erworben oder als Sicherheit übereignet wurden. Im Rahmen von freien Refinanzierungsfazilitäten bei der Deutschen Bundesbank kann in dieser Höhe Liquidität beschafft werden.

**Prozesslandkarte:** Die Prozesslandkarte stellt die Verbindungen und Abhängigkeiten zwischen den Geschäftsprozessen dar. Die Prozesslandkarte strukturiert die Geschäftsprozesse in drei Ebenen, Steuerungsprozesse, Ausführungsprozesse und Unterstützungsprozesse. Ausführungsprozesse dienen der primären Wertschöpfung. Steuerungsprozesse haben übergreifende und strategische Bedeutung und Unterstützungsprozesse stellen benötigte Ressourcen bereit.

**Rating:** Bonitätsbeurteilung von Finanzpapieren und ihren Emittenten sowie von Unternehmen durch unabhängige Bewertungsagenturen.

**Refinanzierungsfazilitäten:** Im Rahmen von freien Refinanzierungsfazilitäten kann in dieser Höhe Liquidität beschafft werden. Refinanzierungsfazilitäten bestehen für frei verfügbare Collaterals bei der Deutschen Bundesbank (Pfandkredite) und der Eurex Clearing AG (besichertes Geldgeschäft).

**Rentenbankbriefe/Landwirtschaftsbriefe:** Von der Landwirtschaftlichen Rentenbank emittierte gedeckte festverzinsliche Inhaberschuldverschreibungen.

**Settlementrisiken:** Das Settlementrisiko (Vorleistungsrisiko) als Teil des Adressenausfallrisikos ist der potenzielle Verlust, der entsteht, wenn die eigene Leistung erbracht wird und die Gegenleistung bzw. die Lieferung nicht erfolgt.

**Spreadrisiken (Basisswap-Spread):** Beim Tausch von Liquidität zwischen unterschiedlichen Währungen werden im Swapmarkt zusätzliche Kosten/Erträge – die so genannten Cross Currency (CCY) Basisswap-Spreads eingepreist. Die Höhe der Spreads ist abhängig von der Währung, der Laufzeit des Swapgeschäfts und ob die Währungsseite des Swaps aktivisch oder passivisch ist. In Folge ihrer Verwendung als Bewertungsparameter bei der Bestimmung des Fair Values für die Fremdwährungsseite der Swaps, besteht eine direkte Auswirkung auf die Entwicklung der Barwerte.

**Spreadrisiken (Credit Spread):** Der Credit Spread entspricht der Risikoprämie, die der Anleger für das Ausfallrisiko einer Unternehmensanleihe als zusätzliche Verzinsung fordert. Er ist ein bonitätsbezogener Risikoaufschlag. Bei Geschäftsabschluss ist der Credit Spread ein Teil der erzielten Marge.

**Spreadrisiken (EONIA- und Deposit-Sätze):** Diese Spreadrisiken beschreiben die Risiken aus einer Aus-

weitung der Risikoaufschläge im Interbankenmarkt. Die EONIA Sätze dienen der Preisfeststellung von EONIA Swaps, die Deposit-Sätze dienen der Bewertung von Interbankenkrediten, -einlagen und kurzläufigen EUR Zinsswaps. Etwaige Spreads zwischen den EONIA- und den Deposit-Sätzen können sich abhängig von der Positionierung direkt auf die Barwertermittlung auswirken.

**Swaps:** Finanzinstrumente, bei denen der Austausch von Zahlungsströmen über einen festgelegten Zeitraum vereinbart wird.

**Szenarioanalysen:** Zur Berechnung einer möglichen Inanspruchnahme der Risikodeckungsmasse werden Szenarioanalysen durchgeführt. Hierbei werden die zugrundeliegenden Risikofaktoren einer Veränderung gemäß vordefinierter Szenarien unterzogen. Es werden für Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und Liquiditätsrisiken Standard- und Stressszenarien analysiert.

**VaR (Value at Risk):** Der VaR prognostiziert den maximalen Verlust in Euro aufgrund von Markteffekten unter Verwendung von historischen Marktdaten bei einer 1-tägigen Haltedauer und einer Prognosegüte von 99 %.

**Verbriefte Verbindlichkeiten:** Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, für die nicht auf den Namen lautende, übertragbare Urkunden ausgestellt sind.

**Volatilitäten:** Die Volatilität ist ein Maß für die Schwankung einer Variablen in einem vorgegebenen Zeitraum. Man unterscheidet zwischen impliziten und historischen Volatilitäten. Während erstere ihre Anwendung in der Optionspreisberechnung finden, werden historische Volatilitäten aus Zeitreihen abgeleitet. Eine historische Zinsvolatilität zeigt z. B., wie stark die Zinsen in der Vergangenheit über eine bestimmte Periode schwankten. Die Zinsvolatilität findet u. a. im Value at Risk-Modell Anwendung.

**Wiedereindeckungsrisiken:** Das Wiedereindeckungsrisiko als Teil des Adressenausfallrisikos ist der zusätzliche Aufwand, der bei Neuabschluss eines ausgefallenen Geschäfts entsteht. Er entspricht der Höhe des positiven Marktwerts des Geschäfts.

**Zinsänderungsrisiken:** Steigende Zinsen führen zu einer Verminderung des Barwerts einer Position. Handelt es sich um eine Aktivposition, vermindert sich der Gesamtbankbarwert, ist die Position passivisch, erhöht sich der Gesamtbankbarwert. Die Bank misst regelmäßig die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs und simuliert mit Hilfe von Zinsänderungsszenarien mögliche Auswirkungen auf den Gesamtbankbarwert.

*Dieser Geschäftsbericht enthält bestimmte in die Zukunft gerichtete Aussagen, die auf gegenwärtigen Erwartungen, Annahmen, Vermutungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen basieren. Hierbei handelt es sich insbesondere um Aussagen hinsichtlich unserer Pläne, Geschäftsstrategien und -aussichten. Wörter wie „erwarten“, „antizipieren“, „beabsichtigen“, „planen“, „glauben“, „anstreben“, „schätzen“ und ähnliche Begriffe kennzeichnen solche zukunftsgerichteten Aussagen. Diese Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen zu verstehen, sondern sie sind vielmehr von Faktoren abhängig, die Risiken und Unwägbarkeiten beinhalten und auf Annahmen beruhen, die sich ggf. als unrichtig erweisen. Sofern keine anders lautenden gesetzlichen Bestimmungen bestehen, können wir keine Verpflichtung zur Aktualisierung der zukunftsgerichteten Aussagen nach Veröffentlichung dieser Informationen übernehmen.*



Landwirtschaftliche Rentenbank  
Hochstraße 2 / 60313 Frankfurt am Main  
Postfach 101445 / 60014 Frankfurt am Main

Telefon 069 2107-0  
Telefax 069 2107-6444  
office@rentenbank.de  
www.rentenbank.de

*Produktion:*  
Ariel Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

*Fotos:*  
Robert Lichtenberg

*Gestaltung:*  
Rottmar/Peter/Lang

Dieser Geschäftsbericht wurde CO<sub>2</sub>-neutral produziert. Das Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern. Beides ist entsprechend zertifiziert.

